



zeitspRUng

Sonderheft



Kirche in der DDR



Liebe Leserin, lieber Leser !

Die DDR ist seit 20 Jahren vergangen und doch spüren wir dieser Tage, dass Christa Wolf recht hatte mit ihrer Einsicht, dass die Vergangenheit nicht tot, ja nicht einmal vergangen ist. Im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution wurde eine Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur erstmalig eingeführt. Studien belegen das mangelnde Wissen der Schülerinnen und Schüler gerade in unserer Region zum Thema. Dem etwas entgegenzusetzen, das ist die Aufgabe dieses zeitspRUng Sonderheftes. Entsprechend dem speziellen Bildungsauftrag unseres Faches, befasst es sich besonders mit der evangelischen Kirche in der DDR und enthält neben inhaltlichen Aspekten auch Unterrichtsbeispiele und Materialien, die im Unterricht verwendet werden können.

Das Thema „Kirche in der DDR“ ist im Rahmenlehrplan für den Evangelischen Religionsunterricht enthalten und insofern ist es besonders für Lehrkräfte in den Sekundarstufen I und II relevant.

In der Rubrik „inhalte“ finden sich unterschiedliche Blickwinkel auf das Thema. Neben einer allgemeinen Einführung geht es um die Bluesmessen, die Friedliche Revolution und die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit, sowie die aufschlussreiche Untersuchung über die Verbindungen von Staatssicherheit und Schule.

Zahlreiche Beispiele, wie das Thema im Religionsunterricht umgesetzt werden kann, finden Sie unter „unterricht“. Bücher, Filme und hilfreiche Internetlinks sind unter „medien“ dargestellt.

Auf den hinteren Umschlagseiten finden Sie eine chronologische Übersicht über die Kirche in der DDR. Nicht auf alle dargestellten Daten und Ereignisse wird in diesem Themenheft eingegangen. Es wird mit den Artikeln kein umfassender Überblick über das Thema gegeben, sondern es sind Anregungen für Ihre Arbeit im Unterricht.

Zu danken ist für die zahlreichen Hinweise und die positive Begleitung, die wir bei der Gestaltung des Heftes erfahren haben. Unser Dank gilt dabei insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstätte Hohenschönhausen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

Wir hoffen mit dem vorliegenden Heft einen religionspädagogischen Beitrag zur unterrichtlichen Auseinandersetzung mit der „Kirche in der DDR“ zu leisten und sind gespannt auf Ihre Erfahrungen.

Jens Kramer

Cornelia Oswald

Henning Schluß

inhalte

- 1 Die Evangelische „Kirche im Sozialismus“ - Christliche Botschaft versus ideologische Gleichschaltung? Henning Pietzsch
- 4 Und trotzdem überlebt - Evangelische Kirche in Ostdeutschland - im, gegen und ohne den Sozialismus Erhart Neubert
- 7 Die Blues-Messen (1979-1986) - Massenandrang zu Jugendgottesdiensten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Dirk Moldt
- 11 Die Friedliche Revolution Richard Schröder
- 16 Observation und Kooperation - Staatssicherheitsdienst und Schule im politisch-operativen Zusammenwirken Ulrich Wiegmann
- 26 Verdrängen, vergelten oder versöhnen? Über den Umgang mit der Wahrheit Heino Falcke

unterricht

- 32 Kirche in der DDR. Eine Unterrichtssequenz in einer 9. Klasse Gloria Conrad/ Sylvia Hügel
- 52 Fürchtet euch nicht - Christen in der DDR. Die Arbeit mit einer didaktischen DVD Jens Kramer
- 59 „Ja, das geloben wir!“ Jugendweihe in der DDR als Thema des Religionsunterrichts Jens Kramer
- 65 Kirche in der DDR - Materialien und Anregungen Anne-Kathrin Müller/ Karsten Harfst/ Cornelia Oswald/ Jens Kramer
- 79 Abkürzungen

medien

- 80 Literaturlauswahl zu „Kirche in der DDR“ in der Bibliothek des AKD Karlheinz Horn
- 81 Digitale Unterrichtsmedien für den Religionsunterricht zum Thema DDR Henning Schluß
- 83 Filme in der Medienzentrale Karlheinz Horn



Henning Pietzsch Die Evangelische „Kirche im Sozialismus“ Christliche Botschaft versus ideologische Gleichschaltung?

Das Verhältnis der DDR-Staatsführung gegenüber der Religion sowie den Kirchen war von Anfang an ambivalent und voller Spannungen. Der atheistische Marxismus-Leninismus und die Gleichsetzung des christlichen Dogmas mit der Vision des Kommunismus,¹ die Staatsideologie der DDR, postulierte ein Verschwinden von Religion auf dem Weg zum Kommunismus, auf dem sich die DDR sah. Die Kirchen waren für den Staat schon aus diesem Grund ideologische Gegner. Weitere Gründe waren das Verhalten der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus (Kollaboration) und die dem Kommunismus/Sozialismus gegenüber ablehnende Haltung der Kirchen.

Außerdem war für den Staat die zwar im Laufe der Zeit schwächer werdende, aber gleichwohl stets hohe Verbundenheit der Ev. Kirche in der DDR mit den westdeutschen Kirchen ein großes Problem. Bis 1969 waren die Evangelischen Kirchen immer noch gesamtdeutsch in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) organisiert.² Insbesondere in der formalen Zustimmung der ostdeutschen Kirchen zum Militärseelsorgevertrag der Bundeswehr³ sahen die staatlichen Stellen der DDR einen Affront. Wegen des erheblichen politischen Drucks, zunehmender organisatorischer Probleme (DDR-Vertreter konnten z. T. wegen Visaverweigerungen nicht an den EKD-Treffen teilnehmen), aber auch wegen zunehmender Unterschiede in der alltäglich kirchlichen Arbeit in beiden Ländern wurde 1969 der Bund der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR gegründet.⁴

Der vom Thüringer Landesbischof Moritz Mitzenheim⁵ seit Ende der 50er Jahre verfolgte Weg der „Annäherung“ an den SED-Staat wird nach wie vor kontrovers beurteilt. Fakt ist, dass der so genannte „Thüringer Weg“ den kooperativen Kurs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen⁶ mit dem politischen System der DDR beförderte.⁷

In den 1970er Jahren prägten Vertreter des evangelischen Kirchenbundes der DDR die Formel von der Kirche im Sozialismus. Diese Formel signalisierte dem SED-Staat ein deutliches Sich-Einlassen der Ev. Kirche auf den Sozialismus in der DDR. Innerhalb der Ev. Kirche war die Formel jedoch bis zum Ende der DDR umstritten. Vor allem in den Gemeinden ging man besonders noch in den 1950er und 1960er Jahren von einem „Überwintern“ der Ev. Kirche bis zum schnellen Ende der DDR aus. Als Bekenntnis zum SED-Staat wurde die Formel deshalb von den meisten, die sie verwendeten, nicht verstanden. Dennoch vollzog die Ev. Kirche in Teilen eine deutliche Hinwendung zum sozialistischen SED-Staat. So erklärten die evangelischen Bischöfe auf einer Tagung im Kloster Lehnin am 15. Februar 1968: Als Staatsbürger eines sozialistischen Landes sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen.⁸ Damit bestätigten sie indirekt eine „Übereinstimmung“ christlicher Werte mit der kommunistischen Vision und gaben den Gemeinden deutliche Anstöße für eine positive Haltung zum Sozialismus.

Diese Neuorientierung führte in der Folge zu einigen Verbesserungen in der kirchlichen Arbeit, die von der SED im sozialen Bereich

durchaus geschätzt wurde und hochwillkommen war, da die DDR vor allem im Bereich der Behindertenintegration rückständig war. Insbesondere in den 1980er Jahren bot die Kirche unterschiedlichsten Gruppen einen sonst nicht vorhandenen Freiraum. In Teilen der Ev. Kirche oder unter ihrem Dach entstanden Friedens- und Ökologiearbeitskreise, Frauengruppen und Gruppen, die sich für eine Demokratisierung der Gesellschaft einsetzten. Selbst so kirchenferne Gruppen wie Punks wurden in einzelnen Kirchengemeinden aufgenommen und spielten ihre Konzerte in Kirchen, da sie sonst keine Räume dafür fanden.

Das Selbstverständnis der Evangelischen Kirche in der DDR als „Kirche im Sozialismus“

Eng verbunden mit der Geschichte der Evangelischen Kirchen in der DDR ist die Formel von der Kirche im Sozialismus.⁹ Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen hat sich im Laufe ihrer Geschichte immer wieder mit der Frage und der Stellung der Kirchen und der Christen in einem sozialistischen Staat beschäftigt. Einige kirchenleitende Persönlichkeiten wie Bischof Albrecht Schönherr oder Propst Heino Falcke¹⁰ (Erfurt) haben wichtige Dokumente zu diesem Thema verfasst. Es ist aber nie zu einem umfassenden Beschluss der Bundessynode zu diesem Thema gekommen. Statt dessen wurden verschiedene Formeln geprägt, die Interpretationsspielraum ließen und auch immer neu ausgelegt wurden. Beispiele dafür sind die „kritische Distanz“, die „kritische Solidarität“, die „mündige Mitarbeit in der sozialistischen Gesellschaft“ oder die Formel vom „verbesserlichen Sozialismus“.¹¹

Die bekannteste dieser Formeln wurde 1971 von der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR herausgestellt. Bischof Albrecht Schönherr¹² formulierte hier auf der Bundessynode: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein.“ Auch hierbei stand für einige der Protagonisten die Bonhoeffersche Vision einer „Kirche für andere“ Pate. Diese Formel konnte allerdings sehr unterschiedlich interpretiert werden, je nachdem als reine Ortsbestimmung, als Beschreibung des Aktionsfeldes der Kirchen im Sinne eines Sicheinlassens auf den Sozialismus in der DDR, als Bekenntnis zu einer sozialistischen Grundüberzeugung oder gar als Bekenntnis zur DDR. Wichtigster Befürworter des „Annäherungskurses“ der Ev. Kirche in der DDR an den SED-Staat war in den 70er Jahren der Thüringer Bischof Ingo Braecklein.¹³ Die Formel war daher kleinster gemeinsamer Nenner der sehr unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der evangelischen Kirchen. In den 1980er Jahren wurde die Formel zunehmend kritisiert, bis zum Ende der DDR aber nicht aufgegeben.

Staat-Kirche-Gespräch vom 6. März 1978

Die Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und die damit verbundene Neuorientierung bildeten die Grundlage für einen beginnenden Dialog zwischen SED-Staat und evangelischer Kirche. Dies wurde schlaglichtartig deutlich durch das für die meisten völlig überraschende Gespräch zwischen dem damaligen Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen, Albrecht Schönherr, und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker

am 6. März 1978, über das auch in der DDR-Presse ausführlich berichtet wurde. Das im Geheimen vorbereitete Gespräch fiel in eine Zeit zunehmender ideologischer Zuspitzungen in der DDR, wie die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 oder die Einführung des Pflichtfaches Wehrerziehung 1978 an den Schulen der DDR. Dennoch lag dem Staat daran, ein „geregeltes Verhältnis“ zu den Kirchen zu haben.

So hatte das Gespräch unmittelbare praktische Konsequenzen, die die Arbeit der Kirchen erleichterten oder an manchen Stellen erst ermöglichten wie den Zugang für kirchliche Mitarbeiter zu staatlichen Altersheimen und Gefängnissen, kirchliche Sendungen im DDR-Fernsehen und die Möglichkeit, in Neubaugebieten neue Kirchen bauen zu können. Andererseits rückte die evangelische Kirche dadurch in der Öffentlichkeit in eine größere Nähe zur DDR-Führung, was vom Staat durchaus gewollt und im Lutherjahr 1983 besonders sinnfällig wurde. Während einige Kirchenvertreter dies in Kauf nahmen oder sogar suchten, gab es in vielen Gemeinden Unverständnis und Kritik daran.

In den achtziger Jahren entstanden in vielen Gemeinden gleichzeitig Friedensgruppen, später Umwelt-, Menschenrechtsgruppen, Gruppen der „Offenen Arbeit“ und schließlich Gruppen von Ausreisewilligen.¹⁴ Diese Gruppen, die mit ihrem Anspruch, aber auch mit Aktionen bewusst aus dem kirchlichen Raum heraus traten, führten zu weiteren Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinden, zwischen Gemeinden und Gruppen und zwischen Gemeinden und Kirchenleitungen um das Selbstverständnis der Kirche. Dem Anspruch als Christ und Kirche, zu den wichtigen Fragen der Zeit öffentlich reden zu wollen, traten Befürchtungen entgegen, dies würde die gemeindliche Arbeit erschweren oder das Verhältnis der Kirche zum Staat belasten. Verschärfte Auseinandersetzungen gab es um Gruppen, die lediglich das Dach der Kirche suchten, um agieren zu können, sich aber keinem kirchlichen Auftrag verbunden fühlten.

In Vorbereitung der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 empfahl der Thüringer Bischof Werner Leich¹⁵ den Kirchengemeinden ein allgemeines Läuten der Kirchenglocken, das in kirchlichen und auf eine Reform der DDR orientierten Kreisen heftig kritisiert wurde. Wenige Monate zuvor hatte er sich dafür ausgesprochen, die Formel Kirche im Sozialismus fallenzulassen zugunsten der Bezeichnung „Evangelische Kirche in der DDR“. In der Konsequenz hat die christliche Botschaft die Versuche der ideologischen Gleichschaltung überdauert.

Dr. Henning Pietzsch ist Projektleiter der Geschichtswerkstatt Jena e.V.

.....
¹ Rosa Luxemburg: Kirche und Sozialismus. »KOSCIOL A SOCJALIZM« (Krakau 1905), „Einer der schwersten Vorwürfe, den die Geistlichkeit den Sozialdemokraten macht, ist der, daß sie den »Kommunismus« einführen wollen, das heißt gemeinsames Eigentum aller irdischen Güter. Es wird hier vor allem interessant sein festzustellen, daß die heutigen Priester, wenn sie gegen den »Kommunismus« wettern, eigentlich gegen die ersten Apostel der Christenheit wettern. Denn gerade sie waren die leidenschaftlichsten Kommunisten.“ vgl.: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0504.pdf, S. 2.

² EKD = Evangelische Kirche in Deutschland. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs unternahm die führenden Geistlichen der Evangelischen Landeskirchen unter Führung des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm einen neuen Versuch, den unterschiedlichen Kirchen ein gemeinsames

Dach zu geben. So entstand 1945 auf einer in Treysa (heute Schwalmstadt) in Hessen stattfindenden Kirchentagung die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Sie gab sich am 13. Juli 1948 in Eisenach eine Grundordnung. Trotz der Teilung Deutschlands blieb die EKD zunächst als Zusammenschluss der evangelischen Landeskirchen beider deutschen Staaten bestehen. Spätestens seit dem Mauerbau 1961 führte dies zu großen organisatorischen Problemen, so dass die EKD ihre gemeinsamen Aufgaben in beiden deutschen Staaten nicht mehr aufrechterhalten konnte. Auch die Probleme der alltäglichen kirchlichen Tätigkeit unterschieden sich zunehmend. So wurde 1969 der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR als Zusammenschluss der acht Landeskirchen auf dem Gebiet der DDR gegründet. Nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten 1990/91 vereinigte sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR wieder mit der EKD.

³ Der Militärseelsorgevertrag wurde 1957 zwischen der Bundesrepublik und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) geschlossen und stellt die Grundlage für die evangelische Militärseelsorge in der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland dar. Die evangelischen Kirchen der DDR traten wohl aus Protest gegen die staatlichen Repressionen ebenfalls diesem Vertrag 1957 bei. Erst mit der Beilegung der Konflikte am 21. Juli 1958, in denen den DDR-Kirchen Gewissensfreiheit und staatliche geschützte Religionsausübung zugesichert wurde, traten sie aus dem Militärseelsorgevertrag wieder aus. Am 22. Februar 1957 unterzeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) und der damalige EKD-Ratsvorsitzende Otto Dibelius den Vertrag, der die evangelische Seelsorge der Bundeswehr gewährleisten sollte.

⁴ BEK = Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, innerhalb der DDR-Kirchen verkürzend oft nur Bund genannt. Er war ein Zusammenschluss der acht auf dem Gebiet der DDR existierenden evangelischen Landeskirchen. Er wurde 1969 gegründet und löste sich nach der Wiedervereinigung 1991 zugunsten der EKD wieder auf. Seit 1970 war die Evangelische Brüder-Unität – Distrikt Herrnhut – dem Bund angegliedert.

⁵ Hartmut Moritz Mitzenheim (* 17. August 1891 in Hildburghausen, † 4. August 1977 in Eisenach, „der rote Moritz“) war von 1945 bis 1970 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Thüringen. Er war wegen seines Eintretens für eine Verständigung mit den staatlichen Institutionen der DDR innerhalb der evangelischen Kirche umstritten. Mitzenheims Vater war Oberstudienrat und Organist. Nach dem Studium der Theologie in Leipzig, Berlin, Jena und Heidelberg wurde Moritz Mitzenheim 1914 ordiniert. Nach 1916 war er nacheinander Pfarrer in Wallendorf, Saalfeld sowie schließlich von 1929 bis 1945 in Eisenach. 1943 wurde er Vorsitzender der Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft in Thüringen, im Mai 1945 Landesoberpfarrer, ab Dezember Landesbischof. 1947/48 nahm er am von der SED initiierten Deutschen Volkskongress als Delegierter teil. 1955 bis 1961 gehörte er dem Rat der EKD an. Er betrieb die Politik des sogenannten Thüringer Wegs, der, im Gegensatz zu den meisten übrigen Ostdeutschen Landeskirchen, konsequent loyal zum SED-Staat blieb. Mitzenheim war deshalb ein wichtiger Ansprechpartner der Ostdeutschen Mächtigen. Daneben pflegte er gute Kontakte zu den Kirchen der Osteuropäischen Bruderstaaten. Hierfür wurde er 1959 von der russisch-orthodoxen Kirche mit den Wladimir-Orden ausgezeichnet. Mitzenheim war Dr. hc. der Theologie der Universitäten von Jena (1947), Bratislava (1962) und Warschau (1974). Die Straße in Eisenach, die zum Sitz des ev. Landesbischofs in der Eichel-Streiberschen Villa führt, ist nach ihm benannt.

⁶ Die „Thüringer Evangelische Kirche“ (so der ursprüngliche Name der Kirche) ist noch eine relativ junge Landeskirche. Nach der Aufhebung der Monarchie beschlossen am 15. November 1918 führende Kirchenmänner in den thüringischen Kleinstaaten eine einheitliche Organisation des thüringischen Kirchenwesens. Am 5. Dezember 1919 tagte eine erste Synode und beschloss den Zusammenschluss von 7 eigenständigen Landeskirchen zu einer einheitlichen Landeskirche. Dies geschah noch vor der Gründung des Landes Thüringen (1920). Am 13. Februar 1920 wurde die Thüringer Evangelische Kirche dann formell errichtet. Das Land Thüringen wurde erst 3 Monate später am 1. Mai 1920 formell gegründet. Für die neue Landeskirche wurde

in Eisenach ein Landeskirchenamt eingerichtet und 1924 erhielt die neue Kirche eine Verfassung. Zwischen 1933 und 1945 wurde die Thüringer Kirche von der Fraktion der Deutschen Christen (DC) regiert. Unter ihrer Ägide wurden SPD-Anhänger unter den Pfarrern kirchenamtlich verfolgt, Pfarrer mit jüdischer Herkunft wurden ihres Amtes beraubt, ebenso Anhänger der Bekennenden Kirche. Im Jahre 1945 wurde der letzte DC-Landesbischof von den US-Militärbehörden verhaftet und danach ein kirchlichorganisatorischer Neubeginn gesetzt mit Vertretern der Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft, der Religiösen Sozialisten und des Wittenberger Bundes. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die Landeskirche 1948 eine neue Verfassung. Danach nannte sie sich „Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen“. Die Kirche trat der EKD bei und war Gründungsmitglied der VELKD. Seit dem 1. Juli 2004 bilden die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen die Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM), die zu einer Kirchenfusion zum 1. Januar 2009 führte.

⁷ von Hintzenstern, Herbert: Mögliches Ja oder notwendiges Nein? Erfahrungen mit dem „Thüringer Weg“, In: Glaube und Heimat. Evangelische Kirchenzeitung für Thüringen 48 (1993), Nr. 8 (28. Februar); Marksches, Christoph: Kirchenhistorische und systematisch-theologische Bemerkungen zur Diskussion über den „Thüringer Weg“. In: Seidel, Thomas A. (Hg.): Thüringer Gratwanderungen, Beiträge zur fünfundsiebzigjährigen Geschichte der evangelischen Landeskirche Thüringens, Leipzig 1998, S. 209-220; Seidel, Thomas A.: Thüringer Weg und Thüringer Initiative. Eine Regionalgruppe der Solidarischen Kirche am Ende der DDR, In: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, hg. v. Joachim Goertz, Berlin 1999, S. 35-54; Müller, Gottfried: Gott kann auf krummen Zeilen gerade schreiben. Erfahrungen mit dem „Thüringer Weg“. In: Glaube und Heimat. Evangelische Kirchenzeitung für Thüringen 48 (1993), Nr. 10 (14. März); Planer-Friedrich, Götz: Rückfall hinter Barmen. Erfahrungen mit dem „Thüringer Weg“. In: Glaube und Heimat. Evangelische Wochenzeitung für Thüringen 48 (1993), Nr. 7 (21. Februar), S. 8; Schilling, Walter: Aufmüpfige wurden zu wenig einbezogen. Erfahrungen mit dem „Thüringer Weg“. In: Glaube und Heimat. Evangelische Kirchenzeitung für Thüringen 48 (1993), Nr. 9 (7. März); Schultheiß, Christa: Vergebliche Spaltungsversuche. Erfahrungen mit dem „Thüringer Weg“. In: Glaube und Heimat. Evangelische Kirchenzeitung für Thüringen 48 (1993), Nr. 6 (14. Februar).

⁸ Gerhard Besier: Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 1988, S. 51 f.

⁹ Besier, Gerhard: Aus der Resistenz in die Kooperation: der „Thüringer Weg“ zur „Kirche im Sozialismus“. In: Kirche in der Diktatur / hrsg. von Günther Heydemann und Lothar Kettenacker, Göttingen 1993, S. 182-212.

¹⁰ Heino Falcke (* 12. Mai 1929 in Riesenburg, Westpreußen) ist ein evangelischer Theologe, seit 1994 Propst im Ruhestand. Er war einer der bedeutenden Denker und Mahner der evangelischen Kirchen in der DDR. Nach dem Studium der evangelischen Theologie in Berlin, Göttingen und Basel (dort auch einige Zeit als Assistent von Karl Barth) folgten 1958 die Promotion und 1961 die Habilitation. Von 1963 bis 1973 war Falcke Direktor des Predigerseminars Gnadau der Evangelischen Kirche der Union. Von 1973 bis 1994 leitete er als Propst den Propstsprenkel Erfurt der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. 1974 bis 1987 war er Vorsitzender des Ausschusses für Kirche und Gesellschaft des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, seit 1975 Mitglied im gleichnamigen Ausschuss beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf. Auf der VI. Vollversammlung des ÖRK 1983 in Vancouver brachte er den Antrag für die Vorbereitung eines Friedenskonzils ein. 1988/89 war er stellvertretender Vorsitzender der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR. In der Diskussion um den Standort der evangelischen Kirche in der DDR habe Falcke maßgeblich dazu beigetragen, die Wende von der »kritischen Distanz« zur »kritischen Solidarität« herbeizuführen (Bischof Wolfgang Huber am 12. Mai 2004).

¹¹ Aufsehen erregte Heino Falckes Hauptvortrag „Christus befreit - darum Kirche für andere“ bei der Synode der evangelischen Kirchen in der DDR (BEK)

vom 30. Juni bis 4. Juli 1972 in Dresden. Die Rede stellte einen Widerspruch gegen jede staatliche Vereinnahmung und ein Plädoyer für politische Freiheit und gesellschaftliche Mündigkeit dar. Falcke sprach von der „Hoffnung auf einen verbesserlichen Sozialismus“ und führte drei Bereiche an, in denen die Kirche politische Mitverantwortung zur Verbesserung des Sozialismus hat: Erstens sei die DDR ein Industriestaat, der Unfreiheit produziert, zu deren Überwindung die Kirche beitragen müsse. Zweiten müssten die Ideologie und die sozialistische Praxis in der DDR überprüft werden, ob sie die Freiheit des Einzelnen ermöglichten. Und drittens sei die Freiheit des Individuums und die Mündigkeit des Bürgers einzufordern und in der Kirche zu praktizieren.

¹² Bischof Albrecht Schönherr studierte von 1929 bis 1933 Evangelische Theologie in Tübingen und Berlin und war anschließend bis 1934 Vikar in Potsdam. Er besuchte das Predigerseminar Finkenwalde, das von Dietrich Bonhoeffer geleitet wurde; die Begegnungen mit ihm prägten Schönherr nachhaltig. 1936 wurde er in Berlin ordiniert und war anschließend in Greifswald und ab 1937 in Brüssow (Uckermark) als Pfarrer tätig. Nach Kriegsteilnahme und Kriegsgefangenschaft war er ab 1946 Superintendent des Kirchkreises Brandenburg/Havel und 1951 bis 1962 Direktor des Predigerseminars in Brandenburg. Er zählt zu den Mitbegründern des „Weißenseer Arbeitskreises“. 1962 wurde er Generalsuperintendent in Eberswalde und 1967 bis 1972 Verwalter des Bischofsamtes der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Von 1969 bis 1981 war Schönherr Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung und damit Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Von 1972 bis 1981 war er Bischof der Region Ost der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Sein Nachfolger in diesem Amt wurde Gottfried Forck. Schönherr war maßgeblich an der innerkirchlichen Verständigung auf die Formel „Kirche im Sozialismus“ beteiligt, die in Anlehnung an Bonhoeffer als „Kirche für andere“ interpretiert wurde. Das Treffen zwischen der von ihm geleiteten Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR Honecker am 6. März 1978 markiert die Wende zu einer moderateren Kirchenpolitik, die der evangelischen Kirche Autonomiegewinne im Gegenzug für Konfrontationsverzicht versprach.

¹³ Ingo Braecklein (* 29. August 1906 in Eisenach; † 5. August 2001 in Triptis, seit 1959 IM „Ingo“) war Bischof der Evangelischen Landeskirche von Thüringen. Braecklein studierte Theologie in Jena, Marburg und Tübingen und war ab 1933 Vikar bzw. Pfarrer in Allendorf. Er trat 1933 der NSDAP bei, war aber zugleich Mitunterzeichner des „Wittenberger Bundes“, der sich gegen das Deutsche Christentum wandte. 1939 bis 1945 war er Kriegsfreiwilliger, zuletzt im Rang eines Oberleutnants. Er kam in britische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er Pfarrer in Allendorf und Saalfeld/Saale und 1950 bis 1959 Superintendent in Weimar. Ab 1959 war er Mitglied des Landeskirchenrates von Thüringen und Stellvertreter des Landesbischofs Moritz Mitzenheim. Als Mitglied des „Weimarer Arbeitskreises“ setzte er sich für eine staatsnahe Kirchenpolitik und die organisatorische Abspaltung der evangelischen Kirchen in der DDR von der EKD ein. 1968 bis 1970 war er Präsident der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR (VELK) und 1969 Präses der Synode des Bundes Evangelischer Kirchen. 1970 wurde er zum Bischof der Thüringischen Landeskirche gewählt und war 1971 bis 1977 Leitender Bischof der VELK. Er setzte sich für das „Miteinander von Marxisten und Christen“ in der DDR ein. 1971 wurde er mit dem Vaterländischen Verdienstorden ausgezeichnet. 1978 trat Braecklein in den Ruhestand. 1991 wurde er von der Thüringischen Landeskirche mit der Leitung des Vertrauensausschusses zur Aufarbeitung von MfS-Kontakten kirchlicher Mitarbeiter betraut. 1992 benannte ihn Manfred Stolpe als Mitwisser seiner konspirativen Kontakte zum MfS, 1996 tauchten Dokumente auf, die belegen, dass Braecklein seit 1959 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS geführt wurde.

¹⁴ Vgl.: Henning Pietzsch: Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970-1989, Böhlau Verlag, Köln 2005.

¹⁵ Werner Leich (* 31. Januar 1927 in Mühlhausen/Thüringen) ist ein evangelischer Theologe und war 1978 bis 1992 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen.



Ehrhart Neubert

Und trotzdem überlebt

Evangelische Kirche in Ostdeutschland - im, gegen und ohne den Sozialismus¹

Die gesellschaftliche Ausgrenzung der Kirchen in der DDR wurde systematisch betrieben und betraf alle Äußerungen kirchlichen Lebens. Erst die friedliche Revolution 1989 setzte dem ein Ende. Wie prägt diese Geschichte die Identität der ostdeutschen Kirche bis heute? Der Erfurter Theologe und Historiker Ehrhart Neubert über das Kirchesein im, gegen und – seit 1989 – ohne den Sozialismus.

Die Sendung der Kirche ist öffentlich. Doch war das in der DDR umstritten. Die kommunistische Politik strebte die Verdrängung der Kirchen aus der Öffentlichkeit an. Der Religionsunterricht wurde aus den Schulen gedrängt, die Jugendarbeit eingeschränkt, die kirchliche Medienarbeit reglementiert und zensiert. Veranstaltungen wurden behindert, seelsorgerliche Handlungsfelder beschnitten, Zeitungsannoncen und Plakate mit christlichen Symbolen verboten. Noch schmerzhafter war, dass durch die Kaderpolitik den Kirchen die gesellschaftlichen Multiplikatoren weithin verloren gingen. Christen sollten in der Polizei, dem Militär, der Lehrerschaft, den Medien, der Justiz und in den leitenden Stellen in Wirtschaft und Verwaltung nicht vertreten sein. Die wenigen Ausnahmen konnten die Verluste nicht ausgleichen.

Die gesellschaftliche Ausgrenzung der Kirchen wurde durch die Definition dessen, was kirchlich sei, begründet. Die SED beanspruchte ein absolutes Politikmonopol. Als unerlaubt galt, was dem Staat außerhalb seines Einflusses als öffentlichkeitswirksam erschien. Schon das Einfordern von Teilhaberechten wurde zum Politikum. Der SED-Staat konnte jede kirchliche öffentliche Regung als Einmischung in staatliche Angelegenheiten deklarieren.

Die Kirchen versuchten, einen Status quo zu erreichen, der zum Beispiel im Jahr 1978 mit Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche kirchenpolitisch zum Zuge kam. Einiges verbesserte sich, grundsätzlich änderte sich aber nichts an der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Auch die Lage für christliche Kinder besserte sich nicht. Die Gewissensnöte vieler Christen konnten nicht wegverhandelt werden. Nicht immer, aber häufig sorgten Kirchenleitende dafür, dass Proteste in den Kirchen unterbunden wurden und der Binnenraum der Kirchen selbstgenügsam gepflegt wurde. Diese kirchenleitende Politik zielte auf die Stabilisierung des Regimes, da nur dadurch kirchliche Arbeit überhaupt gewährleistet schien.

Dieser Kirchenpolitik fehlte jede öffentliche Transparenz. Es war für manche nur ein kleiner Schritt zu Gesprächen mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). So mancher IM sprach mit seinem Führungsoffizier über das kirchliche Leben, über Menschen, die sich nicht fügen wollten. So wurden Beziehungen zu denen hergestellt, die dafür sorgen sollten, dass die Verhältnisse blieben, wie sie waren.

Diese Kirchendiplomatie brachte auch eine eigentümliche Sprache hervor. Doppelbödige Formulierungen mussten gefunden werden, um Gegensätze zu verdecken. So entstanden „missbrauchsgefährdete Leerformeln“ (Ludwig Große, 1981) wie „Kirche im

Sozialismus“ von denen niemand genau wusste, was sie eigentlich bedeuteten. Worte und Taten passten nicht zueinander.

Allerdings ist in vollkommen asymmetrischen Herrschaftsverhältnissen eine klare und eindeutige Sprache auch schwer möglich, und die taktischen Sprachspiele sollten die geringen Spielräume ausschöpfen. Es sei aber daran erinnert, dass der ehrlichste und machtvollste kirchenpolitische Satz vor 1989, der auch mit der Tat übereinstimmte, von Pfarrer Oskar Brüsewitz stammte. Er schrieb auf das Plakat, mit dem er sich verbrannte: „Die Kirche klagt den Kommunismus an, wegen Unterdrückung der Jugend in der Schule.“ Das war das Wort eines schlichten Dorfpfarrers, ein Wort, das die Macht der Gewalttätigen erschütterte.

Kirche als Freiraum

Der Versuch, die Kirchen aus der Öffentlichkeit zu drängen, schlug dennoch fehl. Die traditionelle Binnenkultur ließ sich nicht ghettoisieren. Die Kirchenmusik, die kirchliche Architektur, und auch Restbestände der Volkskirche behielten ihre Ausstrahlungskraft und zeigten die Beheimatung der Kirchen auch in der ostdeutschen Kultur. Zudem wurden die Kirchen im Laufe der Jahre zu einer Ersatzöffentlichkeit. Kritische Künstler, jugendliche Subkulturen oder Ausreiseantragsteller nutzten den kirchlichen Freiraum. Oppositionelle formierten sich in den Kirchen. Trotz mancher Konflikte entstanden Beziehungen zwischen den Kirchenleitungen und dieser kritischen Basis, am deutlichsten im so genannten „Konziliaren Prozess“, in dem das Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung eine kirchliche, ökumenische Form gewann.

Seit 1988 begann auch die Stabilisierungspolitik der Kirche gegenüber dem Regime zu zerfasern. Immer mehr Stimmen sprachen sich gegen das Konzept der „Kirche im Sozialismus“ aus. Im September 1989 kam es zum kirchenpolitischen Bruch mit dem Staat, der zeitgleich mit den ersten Massendemonstrationen in Leipzig, der Formierung der neuen Oppositionsbewegungen, dem Aufbegehren der Künstler und der Fluchtwelle über Ungarn stattfand. Die Kirchen waren nicht auf Revolution aus, aber sie trauten dem SED-Staat angesichts der Krise nicht mehr zu, die anstehenden Probleme zu lösen. Der Staat war für sie zum Problem geworden. Nun wurden sie selbst zu revolutionären Akteuren.

Am 2. September 1989 bat die Konferenz der Kirchenleitungen den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker um eine „offene und wirklichkeitsnahe Diskussion“, statt mit „Belehrungen oder sogar Drohungen“ auf die Unruhe zu reagieren. Die Synode des Kirchenbundes, die vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach tagte, verlangte eine pluralistische Medienpolitik, demokratische Parteienvielfalt, Reise- und Demonstrationsfreiheit und ein echtes Wahlverfahren. Die neue gesellschaftliche Opposition wurde klar unterstützt, und auch Synodale verlangten den Boykott der Staatsfeiern am 7. Oktober. Vergeblich drohte der Staat.

Vor allem förderten die Kirchen die Friedensgebete, zuerst in Leipzig und wenig später in vielen Städten. In den Friedensgebeten fanden viele der bislang ängstlich schweigenden, auch

kirchenfremden Menschen ihre öffentliche Sprache wieder. Hier konnten sie klagen und ihre Hoffnungen ausdrücken. Die Kirche war ein Raum, der mit religiösen Symbolen und Riten gefüllt war, die die konkrete Situation in einen universellen Kontext projizierten. Zweifellos konnten viele der Besucher kognitiv nicht alles nachvollziehen, aber sie konnten erfahren, dass es aus dem engen Leben in der DDR Auswege gab. Sie tauchten in eine andere und unbekannte Welt ein, um dann auf den Straßen und Plätzen sich selbst in die Waagschale zu werfen. In den Friedensgebeten standen die Rituale der Befreiung den kommunistischen Ritualen der Unterwerfung gegenüber. Die Kirchen wurden zum Versprechen künftiger Freiheit.

Bald darauf wurde die Freiheit errungen und durch demokratische Institutionen befestigt. Wieder spielten die Kirchen als Vermittler an den Runden Tischen eine wichtige Rolle. Aber es zeigte sich, dass die wenigen Monate des revolutionären Aufbruchs nicht gereicht hatten, diese öffentliche Rolle in den Kirchen auch anzunehmen. Sehr zögerlich gingen die Kirchen auf die Militärseelsorge, den Religionsunterricht oder die mediale Präsenz ein. Doch es gab auch keine tragfähigen Konzepte für Alternativen. Was im geschlossenen Raum der Diktatur erprobt worden war, funktionierte nicht mehr.

Inzwischen hat sich vieles gebessert. Der Religionsunterricht und das evangelische Schulwesen wurden Erfolge. Tausende Kirchengebäude wurden gerettet. Kirchlich gebundene Personen sind auf allen politischen Ebenen aktiv, übernehmen Verantwortung und prägen die politische Kultur im Osten. Die Kirchen können die vielen Möglichkeiten, die sich ihnen heute bieten, oft gar nicht nutzen. Es fehlen die Menschen.

Die Diktatur erforderte eine Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Kollaboration von Kirchenleuten mit der SED wurde untersucht, doch ebenso wichtig ist es, die mentalen Folgen der Jahrzehnte in Unfreiheit zu erkennen. Erfahrene Demütigungen haben nichts mit gebotener Demut zu tun. Und der Rückzug aus der Öffentlichkeit entsprach und entspricht nicht dem kirchlichen Auftrag.

Ein anderes Gebiet, auf dem die Kirchen noch zu lernen haben, ist das des Rechts: Die Demokratie erkennt den Individuen das Recht zu, Rechte zu haben. Das betrifft die verschiedenen Rechtssphären staatlicher und ziviler Ordnungen, wie auch die Anerkennung der unveräußerlichen Menschenrechte. Doch in der DDR hatten die Herrschenden sich das Recht unterworfen. In den Kirchen gab es stets scharfe Kritiker des Regimes, etwa den Berliner Bischof Otto Dibelius, die den Rechtsverlust im totalitären Staat geißelten. 1963 verabschiedete die Konferenz der Kirchenleitungen die „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“, die für „gutes irdisches Recht“ eintraten und den Missbrauch des Rechtes beklagten. Und der Görlitzer Bischof Hans-Joachim Fränkel stellte Mitte der Siebzigerjahre eine theologische Begründung der Menschenrechte vor und forderte ein „evangelisches Rechtszeugnis“.

Doch in der innerkirchlichen Rechtsdebatte wurden bald auch rechtsferne Positionen spürbar. Auch sie waren eine Folge der Nötigung des SED-Staates, der sich stets nur auf politische Verhandlungen einließ. Selbstverständlich haben sich kirchliche Vertreter oft und immer wieder für benachteiligte Menschen eingesetzt. Es machte aber eben einen Unterschied aus, ob in einem politischen Verhandlungsrahmen um Erleichterung in Einzelfällen gebeten

oder ob die Staatsmacht auf ein verbindliches Recht festgelegt werden konnte. Die Verschiebung der Rechtsproblematik auf die politische Ebene führte dazu, dass die Opfer des Rechtsbruches, und deren Anwälte, selbst als Bittsteller politisch argumentieren mussten. Dramatisch daran ist, dass diese Rechtsnot zur Tugend erklärt wurde. So konnte Bischof Albrecht Schönherr 1970 den Rechtsanspruch der Kirche relativieren: „Die Kirche [...] wird nicht die alten Vorrechte und Privilegien in Anspruch nehmen können und wollen. Sie wird lediglich um das Recht bitten müssen, ihrem Herrn ungehindert dienen zu können. Als Kirche des Gekreuzigten ist sie nicht zum Herrschen, sondern zum Dienen berufen.“

Durch den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR wurde die Auffassung vertreten, dass die Theorie von den unveräußerlichen Menschenrechten eine bürgerliche Ideologie sei, die zu einem ethisch nicht zu verantwortenden Individualismus führen könne. Die Menschenrechte müsse der Staat gewähren. Die Freiheitsrechte würden sich auch relativieren, da in der Dritten Welt vorrangig die soziale Frage gestellt sei. Der Vorrang des Politischen drückte sich auch in der IM-Problematik aus. Diese Mitarbeit aus politischen Gründen nahm wissentlich und willentlich Rechtsverstöße in Kauf.

In der Revolution 1989 und 1990 ging es sofort um die Wiederherstellung des Rechtes. Schnell profitierten auch die Kirchen von den eingeleiteten Reformen. Aber das gebrochene Verhältnis der Kirchen zum Recht wirkte sich nach 1990 noch einmal aus. Die ostdeutschen Kirchen waren zunächst kaum in der Lage, die ihnen im Rechtssystem der Bundesrepublik zustehenden Rechte auch anzunehmen. Die Restitution kirchlicher Rechte wurde häufig als illegitimes moralisch zweifelhaftes Privileg betrachtet. Bezeichnender Weise wurde kaum zwischen dem demokratischen Rechtsstaat und dem Diktaturstaat unterschieden. Bisweilen ist bis heute nicht begriffen, dass die Kirche ihre Rechte zu verteidigen hat, und dabei die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen muss, um ihre Interessen und die der Christen zu wahren. Das Ringen der berlin-brandenburgischen Landeskirche in diesem Jahr um ein verändertes Recht für den Religionsunterricht, wurde von nicht wenigen Kirchenleuten aus der ehemaligen DDR abgelehnt und konterkariert.

Nötig wäre, ein theologisch begründetes Rechtsverständnis in die Kirche zu implantieren, das eindeutig zwischen dem Recht und der moralischen Ebene differenziert und damit verhindert, dass diese beiden Bereiche kirchlicher Existenz gegeneinander ausgespielt werden können.

Was überleben ließ

Was die Kirche in der DDR überleben ließ, war zweifellos nicht die Kirchenpolitik, sondern die Treue der Christen in den Gemeinden und der Dienst der kirchlichen Mitarbeiter. Das wiegt schwer, da der Weltanschauungsstaat die äußeren Voraussetzungen des Glaubens angegriffen hatte. Dazu gehörte die machtpolitisch unterlegte antireligiöse Propaganda, die das Absterben der Religion zur geschichtlichen Gesetzmäßigkeit erklärte. Dazu gehörten die antichristlichen Sprachregelungen sowie die Vergiftung der Menschen mit Vorurteilen. Vor allem aber hatte der Sozialismus sich selbst als politische Religion ein quasireligiöses Gewand angelegt. Mit einer Mischung aus Zwang und Verführung sollten die sozialistische Geschichts- und Heilmystik und die der christlichen Religion nachempfundenen Riten den Platz der

verdrängten Kirchen einnehmen. Am erfolgreichsten war diese kompensatorische Religionsbekämpfung mit der Jugendweihe. Noch 1988 wurde dann ein Freidenkerverband ins Leben gerufen, der den seelsorgerlichen Kompetenzen der Kirchen Konkurrenz machen sollte.

Viele Menschen sind diesen Verführungen erlegen. Da die Kirchen keine politischen und rechtlichen Instrumente gegen die Entchristlichung hatten, blieb ihnen nur die geistliche und geistige Selbstbehauptung. Hier drängen sich Fragen auf. Hat sich etwa der ostdeutsche Protestantismus zu wenig vom atheistischen Weltanschauungsstaat abgegrenzt? Konnten die für die Schuldfrage empfänglichen Protestanten dem Druck der SED-staatlichen Legitimation aus Sozialismus und Antifaschismus hinreichend widerstehen, selbst, wenn in deren Namen Unrecht geschah? Haben sie die ethische Orientierung für die kommunistische Utopie geöffnet, die vorgab, das Gute verwirklichen zu können? Hat die traditionelle Staatsorientierung der Protestanten selbst noch den Weltanschauungsstaat als Ordnungsmacht im Auftrag Gottes gesehen? Was bedeutete es für den schlichten Glauben eines Kirchenmitgliedes, wenn Bischof Schönherr erklärte: „Auch die säkularisierte Welt ist keine Welt ohne Gott. Gerade der Gottlose, der Gott als Feind ernst nimmt, ist dem wirklichen Gott unter Umständen näher als ein selbstgenügsames Kirchenglied, das von Gott lediglich die Erfüllung seiner religiösen Bedürfnisse erwartet.“?

Auch die Stasimitarbeit offenbart theologische Verwirrungen. Was bedeutet es, wenn sich Theologen Decknamen wie „Prophet“, „Apostel“, „Karl Barth“ oder gar „Adonai“ gaben? Sie kannten wohl auch das Wort: „Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.“ Wem gehörten sie, als sie sich bei ihrem MfS-Offizier meldeten?

Trotz allem ging das Evangelium nicht verloren. Es sollte sich 1989 schließlich erweisen, dass der Religionsersatz ungeeignet gewesen war, die kommunistische Illusion in die Köpfe und Herzen einzupflanzen. Jetzt wurde die politische Religion säkularisiert. Dieser Prozess ging in allen kommunistischen Ländern von den Kirchen sowie den religiös motivierten Oppositionellen aus. Zweifellos spielte 1989 liberales Gedankengut der europäischen Aufklärung eine Rolle. Aber schon der deutsch-amerikanische Philosoph Eric Voegelin wies 1938 unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Verführung darauf hin, dass Abscheulichkeiten der Diktatur nicht allein mit ethischen Urteilen und intellektueller Redlichkeit verständlich gemacht oder ihnen gewehrt werden kann. Für ihn stand fest, dass die Auseinandersetzung mit der politischen Religion im Grunde einer religiösen Gegenposition bedürfe. „Einer nicht nur sittlich schlechten, sondern religiös bösen, satanischen Substanz kann nur aus einer gleich starken religiösen guten Kraft der Widerstand geleistet werden.“

Damals wie heute heißt das, dass die Kirche ihre Identität aus sich heraus gewinnen muss. Doch welche Identität haben evangelische Christen heute? Die Kirchen waren in der DDR schon durch ihr Anderssein kenntlich. In der pluralistischen Gesellschaft ist es viel schwieriger, erkannt und identifiziert zu werden. In der freien Gesellschaft verloren die Kirchen seit 1990 das Monopol auf die freie öffentliche Rede. Jetzt wurden sie im pluralistischen Stimmengewirr zu einer Stimme unter vielen. Sie sind nicht mehr Ersatz für die fehlenden Beschwerdestellen, den Mangel an kulturellen Alternativen, den politischen Einspruch und die unter-

drückte Öffentlichkeit. Sie werden nicht mehr als Vermittlerinnen zwischen Herrschenden und Beherrschten gebraucht.

Zwar gibt es eine Nostalgie, die das bedauert. Aber einen wirklichen Verlust bedeutet dies nicht. In der neuen Lage besteht für die Kirchen und ihre berufenen Vertreter in der Öffentlichkeit wieder die unbedingte Notwendigkeit, glaubwürdig zu leben, Vertrauen zu gewinnen und verlässliche Beziehungen im Binnenraum wie in der Öffentlichkeit zu stiften. Das aber gelingt nicht mithilfe der vielfältigen Produkte des Zeitgeistes. Die Kirche hat mit ihrem liturgischen und diakonischen Auftrag ein Alleinstellungsmerkmal. Ihre Glaubwürdigkeit hängt davon ab, ob sie die Zusammengehörigkeit von Wort und Tat präsentiert und repräsentiert.

Die in der DDR viel verwendeten Formeln „Frieden“, „Bewahrung der Schöpfung“ und „Gerechtigkeit“ drückten einen universellen Anspruch Gottes aus, dem die kirchlichen Akteure in einer dramatischen Herausforderung gerecht werden wollten. Jetzt ist durch ihr Zutun ein neuer Begriff im Spiel: „Freiheit“. Eine neue dramatische Herausforderung. Jetzt soll die Kirche die Menschen motivieren, Verantwortung zu übernehmen.

Dieses und vieles andere können die Kirchen aber nur leisten, wenn sie trotz der Vielfalt der Frömmigkeitsstile ihren alten und immer wieder erneuerten theologischen Auftrag ins Zentrum rücken. Dabei geht es nicht nur um richtige theologische Sätze. Vielmehr brauchen auch richtige theologische Sätze einen Handlungszusammenhang in der Tradition, einen Platz im Kalender und eine Heimat an kulturell definierten Orten. Das ist auch der offene Raum der Begegnung mit der nichtchristlichen Gesellschaft. Auch sie sucht nach Identität. Dafür gibt es viele Beispiele. Wer einmal eine Stunde vor der durch bürgerschaftliches Engagement wieder aufgebauten Frauenkirche in Dresden angestanden hat, um einen Platz im Gottesdienst zu erhalten, weiß, wie diese Suche nach Identität aussieht.

Dr. Ehrhart Neubert war bis zu seinem Ruhestand 2005 Fachbereichsleiter der Abteilung Bildung und Forschung beim BStU. Er ist heute Vorsitzender des Bürgerbüro e.V. - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur.

.....
¹ Der Artikel ist erstmalig erschienen in zeitzeichen 7/2009, 22-25.

„Ordnung und Sicherheit“, weil die Samariterkirche nur über 800 Sitzplätze verfügte. Superintendentin Ingrid Laudien wurde in einer Aussprache vorgehalten, dass bei vielen Besuchern ein fehlender Ernst gegenüber christlichen Werten zu erkennen sei und die meisten nur wegen der Musik kämen. Frau Laudien erwiderte, dass sie zum Kantatengottesdienst in erster Line auch nur wegen der Kantate gehe. Die Tatsache, dass viele Jugendliche angetrunken waren und auch Alkohol in die Kirche mitbrachten, stellte dagegen ein ernstes Problem dar, das die Organisatoren der Blues-Messe bis zum Schluss beschäftigen sollte.

Eine Info-Gruppe wurde ins Leben gerufen, die aus Jugendlichen bestand, die erst vor kurzem zur Jugendarbeit gekommenen waren. Sie verstanden sich nicht als Ordner mit Weisungsfunktion, wie bei der FDJ, sondern sollten die Besucher über die Veranstaltung informieren. Weil sie Habitus und Sprache der Besucher hatten, stießen sie auf Akzeptanz, zur Verwunderung der Sicherheitskräfte. Damit gelang auch die Einbindung der vom Staat als kriminell gefährdet und asozial eingestuften Jugendlichen in verantwortungsvolle Aufgabenbereiche.

Die Blues-Messe am 28. Februar 1980 unter dem Motto: „Gewalt – Gewaltverzicht“ hatte ihre charakteristische Gestaltung gefunden. Nach der Begrüßung folgte Blues-Musik, unterbrochen von Spielszenen, Klage, Gebet und Segen. Wurden die Veranstaltungen bis dahin vor allem wegen der Musik besucht, so begeisterten nun auch die in Spielszenen dargebotenen Textbeiträge. So wurden in einem Sketsch gegenteilig lautende Meldungen in den Ost- und Westmedien karikiert. Auf der Bühne stand der Pfarrer, der sich die Nachrichten aus dem Radio anhörte, die „Nachrichtensprecher“ trugen Schilder, auf denen A bzw. B stand:

- A: NATO-Raketenbeschluß gefährdet die Entspannung.
B: Sowjetische Mittelstreckenraketen bedrohen den Frieden
A: USA-Schützenhilfe für Israel spitzt Lage in Nahost zu.
B: Mit palästinensischer Terrororganisation wird nicht verhandelt.
A: Afghanischen Freunden wird alle Hilfe zuteil.
B: Sowjetunion beugt in Afghanistan militärisch ein Ausweiten der islamischen Revolution im eigenen Lande vor.
A: Jugendliche Rowdys stören auf dem Alexanderplatz den Festtag unserer Republik.
B: Jugendliche Opposition protestiert am 7. Oktober in Ostberlin.

Nach weiteren Beispielen hielt Eppelmann ein Schild mit einem großen Fragezeichen in die Höhe und fiel unter dem Jubel und Beifall des begeisterten Publikums um. Zeitzeugen fassen die Stimmung in der Kirche folgendermaßen zusammen:

„Darsteller und Musiker spielten sich selbst. Lebensfreude, Frust und Blues waren ein Ganzes, sowohl für die Zuschauer als auch für die Darsteller. Die Stimmung in der Kirche hatte einen regelrechten Festivalcharakter. Für viele wurde hier Woodstock zur Realität.“¹¹

In seiner Predigt benannte Eppelmann Unsicherheit, Angst und Gewalt als Phänomene, die sich durch alle Bereiche des Lebens ziehen, von der Familie bis zur Politik. Von klein auf würde man mit Sprüchen wie: ‚Das ganze Leben ist Kampf!‘ – ‚Die Anderen sind die Bösen, sie haben nur Arges im Sinn!‘ – ‚Wer Frieden will, muss bewaffnet sein!‘ – ‚Die Feinde musst Du hassen!‘ konfrontiert. Das alles sei letztlich auch Aufrüstung. Eppelmann mahnte Gewaltlosigkeit in der Konfliktlösung an. Eine Alternative, für die man auch persönlich eintreten könne, sei der Wehrer-

satzdienst. Gott habe die Menschen geschaffen, damit sie überall Frieden stiften.

Die Blues-Messe am 25. April 1980, die unter dem Thema „Freiheit die wir meinen“ stattfand, hatte ebenfalls wieder eindeutig politische Aussagen. So zitierte ein Spieler in einer Spielszene Artikel aus der UNO-Charta, der jeweils von einem anderen mit dem Spruch: „Halt, Freiheit ist Einsicht in das bei uns Machbare!“ und dem Zitat eines DDR-Gesetzes konterkariert wurde. Mit jedem Charta-Artikel der ad absurdum geführt wurde, bekam der Spieler einen großen Karton vorgesetzt, bis er am Ende vollkommen eingemauert dastand. In der Predigt wurde darauf hingewiesen, dass Jesus Christus so frei war, „dass er sich über herrschende Normen und Regeln, wenn er sie unmenschlich fand, hinwegsetzte.“ Diesmal waren etwa 2000 Jugendliche gekommen, 600 passten nicht in die Kirche hinein.

Reaktionen des Staates

Alle Versuche, die Blues-Messen auf kommunaler Ebene zu verbieten, scheiterten, weil sich Gemeinde, Kirchenkreis und Kirchenleitung hinter sie stellten. Der erste Sekretär der SED-Kreisleitung, Heinz Kimmel, riet, die Veranstaltung in Abstimmung mit Magistrat und SED-Bezirksleitung politisch zu bekämpfen, denn die Kirche sähe die Jugendarbeit als eine legitime Aufgabe an.¹² Am 5. Mai eröffnete die Kriminalpolizeiabteilung Abteilung 1 (K1), die eng mit dem MfS zusammen arbeitete, gegen 61 namentlich aufgezählte Friedrichshainer die Kriminalakte (KA) „Kreuz“, die sich folgendem Untersuchungsgegenstand widmete:

„Seit Mitte 1979 werden verstärkt in evangelischen Kirchengemeinden des Stadtbezirks Friedrichshain Samariterkirche [...], Auferstehungs-Kirche [...], Galiläa-Kirche [...] durch leitende Funktionäre dieser Kirchengemeinden solche kirchliche Veranstaltungen durchgeführt (Blues-Messen, Werkstattwochen, Lyrische Abende u.ä.), die einen größeren Zusammenschluß von Jugendlichen und Jungerwachsenen aus der Hauptstadt Berlin, Randgebieten und anderen Bezirken der DDR bewirken und wo versucht wird, auf diese Kreise politisch-ideologisch so einzuwirken, indem die sozialistischen Verhältnisse in der DDR verleumdet oder entstellt werden. Wie festgestellt werden konnte, handelt es sich bei den Teilnehmern überwiegend um dekadent aussehende Personen. Ferner bestehen Hinweise, daß Personen, die wegen Straftaten durch die Staatsorgane der DDR zur Verantwortung gezogen wurden, gezielt unterstützt werden. In Abstimmung mit dem MfS macht sich eine operative gezielte Bearbeitung und Aufklärung zu diesem Sachverhalt erforderlich, um Verhalten, Absichten oder andere gesetzwidrige Ziele und Handlungen aufzudecken.“¹³

Die KA diente hauptsächlich dem Zweck, Material zu sammeln, das später vom MfS gegen einzelne Mitarbeiter der Blues-Messen eingesetzt wurde. Ihre Bekämpfung erfolgte in auf einzelne Mitarbeiter der Blues-Messen zugeschnittenen Operativen Vorgängen. Das MfS verfügte fast immer über inoffizielle Mitarbeiter in der Vorbereitungsgruppe und war daher relativ früh über den Stand der Vorbereitungen informiert. Seit dem 4. Juli 1980 schnitt es sämtliche Veranstaltungen konspirativ mit. Ein am 2. Juni 1980 bestätigter MfS-Plan sah die Einflussnahme auf einzelne leitende Kirchenmitarbeiter mittels Gesprächen vor, die auf den Ebenen: Staatssekretariat für Kirchenfragen – Bischof, Stellvertretender Oberbürgermeister – Generalsuperintendent, stellvertretender Stadtbezirksbürgermeister – Superintendentin und Pfarrer ausgeübt werden sollte. Zudem setzte er auf inoffizielle Mitarbeiter in kirchenleitenden Funktionen.

Angesichts der zunehmenden Besucherzahlen entschied der Vorbereitungskreis, die nächste Blues-Messe als Doppelveranstaltung in zwei Kirchen stattfinden zu lassen. Am 13. Juni begann die Blues-Messe in der Samariterkirche. Wer nicht mehr hineinpasste, wurde von Mitarbeitern der Info-Gruppe zur ca. zwei Kilometer entfernt liegenden Auferstehungskirche in der Friedensstraße verwiesen. Dorthin fuhren die Akteure nach Ende der Veranstaltung mit Autos hinüber und wiederholten dort ihr Programm. Das MfS bezeichnete die Wanderungen der Jugendlichen als auffällig diszipliniert. Von mehreren Standorten aus fertigte die K1 insgesamt 635 konspirative Fotografien.¹⁴

Die Blues-Messe am 4. Juli zeigte den Jugendlichen unter dem Motto: „Überwindung von Angst“ Möglichkeiten auf, einen aufrechten Gang selbst unter schwierigen Bedingungen zu üben. In Spielszenen traten Angsthasen auf, die sich weigerten, zu offensichtlichen Missständen Stellung zu beziehen. Als besonders anstößig empfand das MfS, dass auch Sicherheitskräfte als Angsthasen dargestellt wurden.

Für die Blues-Messe am 12. September befürchteten das MfS, dass die polnische Streikbewegung und die Gewerkschaft Solidarność thematisiert würden, zumal Pfarrer Eppelmann im Sommer eine Rüstzeit nach Polen organisiert hatte. In mehreren Gesprächen drangen Staatsvertreter auf Generalsuperintendenten und Bischof und diese wieder auf die Superintendentin und die Pfarrer Seidenschnur und Eppelmann ein, auf keinen Fall die Ereignisse in Polen zu thematisieren. Die Blues-Messe waren jedoch mit dem Thema „Nach den Ferien“ geplant, um die Jugendlichen vor Beginn des Alltagsstrotts noch einmal Besinnung finden und Kraft tanken zu lassen.

Gab es daher auch keinen Anlass, die Blues-Messe inhaltlich zu bemängeln, so wurden beträchtliche Defizite in Bezug auf Ordnung und Sicherheit konstatiert. Hunderte Jugendliche passten nicht mehr in die Samariterkirche hinein und blieben auf der Straße stehen etliche tranken Alkohol und benutzten in die Hausflure als Toiletten. Hinzu kam, dass das eingemauerte Gelände um die Kirche dem Andrang der Jugendlichen nicht mehr standhielt und zusammenbrach. Wenngleich das Gelände von Leuten aus der Info-Gruppe innerhalb der nächsten Tage wieder hochgemauert wurde, begab man sich auf die Suche nach einer größeren Kirche. Als Alternative bot sich die Lichtenberger Erlöserkirche an, die ein großes Freigelände besaß. Hier konnten viele Menschen unterkommen, die nicht in die Kirche passten. Staatliche Organe animierten umliegende Mieter zu Beschwerden. Der Chef der SED-Kreisleitung prahlte noch Jahre später:

„Gegen diese Veranstaltungen, die im dichtbesiedelten Altbaugebiet auch zu Ausschreitungen der Jugendlichen führten, haben wir den ‚Volkszorn‘ in den Wohnbezirken und anliegenden Häusern entwickelt, und entsprechende Eingaben den kirchlichen Leitungen überreicht, die auch diese Massenveranstaltung aus der Samariterkirche herausnahmen.“¹⁵

Neue Voraussetzungen

Die Kirchenleitung forderte von der Vorbereitungsrunde ein größeres Mitspracherecht bei der inhaltlichen Gestaltung ein. Eine paritätisch aus Mitgliedern der Kirchenleitung und des Vorbereitungsteams besetzte Kontaktgruppe übernahm die Kontrolle. Aus den lokalen kirchendemokratischen Strukturen herausgerissen, gerieten die Blues-Messen zunehmend unter den Einfluss der Kirchenleitung. Dennoch wuchs die Popularität der Blues-Messen.

Zur Veranstaltung am 14. November, der ersten in der Erlöser-Kirche, kamen 4.200 Jugendliche, so dass drei Durchläufe veranstaltet werden mussten.

Als das MfS erfuhr, dass am 6. Februar 1981 ein neuer Vorbereitungskreis gebildet worden war, plante es, analog zur Konzeption vom 2. Juni 1980, diese zu verhindern. Der Staatssekretär für Kirchenfragen verbreitete die Nachricht, dass ihm Bischof Schönherr zugesichert habe, bis zum Ende seiner Amtszeit im September keine Blues-Messe mehr zuzulassen.¹⁶ Obwohl Schönherr kurz darauf dementieren ließ, nutzte die staatliche Seite diese Behauptung, um andere Kirchenvertreter, wie den Generalsuperintendenten Hartmut Grünbaum, unter Druck zu setzen. Dieser fühlte sich am 5. März von Stadtrat für Inneres Gerd Hoffmann so bedrängt, dass er verlangte, die staatliche Seite solle doch „deutlich sagen, diese Veranstaltung wird nicht erlaubt. [...] Wenn Sie die Blues-Messen verbieten, verbieten Sie die Durchführung eines Gottesdienstes. Wir werden das auch der Vorbereitungsgruppe mitteilen.“¹⁷ Damit hatte Grünbaum auf die Grenzen staatlichen Handelns verwiesen. Die staatliche Seite erreichte hingegen, dass die Blues-Messe zweimal verschoben wurde, weil sie zum X. Parteitag der SED vom 11. – 16. April und zu den Volkskammer- und Bezirkstagswahlen am 14. Juni Provokationen befürchtete. Ebenfalls gelang es ihr, die Kirchenleitung dazu zu bewegen, Spielszenen, die auf Grundlage des Solschenykin-Briefs „Lebt nicht mit der Lüge“ basierten, politisch zu entschärfen.

MfS-Chef Erich Mielke ordnete am 22. Juni an, dass alles, was über die Blues-Messe bekannt werden würde, jede Absicht der Teilnahme, Übernachtungsangebote, mündliche und schriftliche Einladungen, weiterzuleiten sei. Bahnhöfe sollten mit besonderer Aufmerksamkeit auf Zusammenrottungen beobachtet werden.¹⁸ Das MfS ließ sogar Fahrscheinkontrollen an den nahegelegenen S-Bahnhöfen durchführen, um Teilnehmer zu identifizieren. Dennoch besuchten die Blues-Messe am 26. Juni 1981 etwa 5.000 Jugendliche.

Allmählich begannen aber auch die konspirativen Zersetzungsmaßnahmen des MfS gegen mehrere Organisatoren Wirkung zu zeigen. Günther Holwas verlor seine Spielerlaubnis und reiste aus, Kalle Winkler, der in einem Vorprogramm der Blues-Messe aufgetreten war, kam ins Gefängnis, der Leiter der Info-Gruppe, Ralf Hirsch, wurde zum Armeedienst einberufen und gegen Pfarrer Eppelmann wurde konspirativ ermittelt.

Bei der Blues-Messen am 29. April 1983 wurde auch das Außengelände der Erlösergemeinde mit Ausstellungen, Ständen und Theateraufführungen einbezogen. Eine „Alkoholgarderobe“, in der Jugendliche ihre Schnaps-, Wein- und Bierflaschen für die Veranstaltungszeit abgeben konnten, löste das Alkoholproblem nicht grundsätzlich.

Am 24. Juni brach bei der Blues-Messe unerwartet ein Konflikt unter Jugendgruppen auf. Zu den Jugendabenden der Friedrichshainer Pfingstgemeinde waren ab 1981 zunehmend auch Punks aus allen Stadtbezirken der Hauptstadt gekommen. Gemeinde und Referat Inneres setzten jedoch im April 1983 die Schließung der Jugendräume durch, die Punks hatten in Berlin keinen geschützten Treff mehr.¹⁹ In der Blues-Messe wurde die gesellschaftliche Ausgrenzung der Punks thematisiert und auf dem Freigelände spielten Punkbands. Etlichen Besuchern gefiel der Sound, doch provozierten andere in einer Weise, dass fast eine Schlägerei entstand.²⁰ Viele Langhaarige, die selbst einmal Diskriminierung er-

fahren hatten, bewog dies, nicht mehr zu den Blues-Messen zu gehen. Kurz danach kamen die Mitglieder einer der Punkbands, die bei der Blues-Messe gespielt hatten, ins Gefängnis.

Mit dem Wechsel im Amt des Generalsuperintendenten bekamen die als staatsnah bezeichneten Kräfte noch mehr Macht in der Ostberliner Kirchenleitung. Sein Vorgänger hatte zu den unverhohlenen Verfechtern der Blues-Messe gehört, wohingegen Günter Krusche ethische und theologische Schwierigkeiten hatte. Er griff zusehends in Programm- und Textplanungen ein und versuchte im Einklang mit Kollegen, die Sprache von Fäkalausdrücken zu reinigen. Krusches Rolle als inoffizieller Mitarbeiter des MfS ist mangels Dokumente noch nicht einzuschätzen.²¹

Die Blues-Messe am 27. April 1984 übertraf mit ca. 9.000 Besuchern alle Rekorde. Wieder gab es Probleme mit alkoholisierten Jugendlichen. In der Nacht geriet ein Besucher in der Nähe des Kirchengeländes unter eine S-Bahn und verunglückte tödlich. Staatliche Stellen setzten die Kirchenleitung daraufhin unter Druck, die eine „Denkpause“ beschloss²² und die Vorbereitungen unterband. Auch in der Erlöser-Gemeinde fühlte man sich mit der Beseitigung von Verschmutzungen und Schäden durch die Großveranstaltung überfordert.

Aus Angst vor Provokationen anlässlich des 40. Jahrestags der Befreiung vom Hitlerfaschismus veranlassten staatliche Stellen bei der Kirchenleitung, die für den 5. Mai 1985 geplante Blues-Messe auszusetzen. Der Unmut bei Jugendlichen, Diakonen und Pfarrern war so groß, dass sich Bischof Forck zu einer schriftlichen Erklärung genötigt sah.

Am 16. Juni fand die Blues-Messe dann doch noch unter dem Motto: „Freiheit zum Leben“ statt. Es kamen etwa 2.300 Jugendliche. Im folgenden Jahr gab es noch zwei Blues-Messen, die von jeweils 1.000 Jugendlichen besucht wurden. Die Gründe für das geringere Interesse lagen einerseits darin, dass der jugendgemäße Slang aus den Texten genommen und politische Anspielungen entschärft worden waren. Andere Gründe bestanden in den Tatsache, dass eine neue Protestgeneration herangewachsen und Bluesmusik nicht mehr so angesagt war. Im Januar 1987 wurde mit der Planung einer neuen Großveranstaltung begonnen, die „Schichtwechsel“ heißen sollte.

Seit 1984 hatten vor allem Manfred Stolpe und Günter Krusche mit staatlichen Stellen Verhandlungen über einen evangelischen Kirchentag 1987, dem Jahr der Berliner 750-Jahrfeiern, geführt. Dafür verlangte der Staat das Wohlverhalten der Kirche, das sich nicht nur in der Entschärfung der Blues-Messen, sondern auch im Scheitern der Verhandlungen mit der schwierigen Berliner Offenen Arbeit um ein eigenes Gemeindezentrum 1986 und im Verbot der Friedenswerkstatt 1987 niederschlug. Auch die Nachfolgeveranstaltung der Blues-Messe wurde dem Kirchentag geopfert. Die Folge war, dass sich nicht wenige Mitglieder von Gemeinden und Basisgruppen, die enttäuscht über die als staatsnah empfundene Politik der Kirchenleitung waren, zur Kirche von Unten zusammenschlossen und im Juni 1987 einen international beachteten Kirchentag von Unten veranstalteten. Dies gehört bereits zur Dynamik der Vorwendezeit. Für die der Zeit des langsam beginnenden gesellschaftlichen Aufbrechens Anfang der 80er Jahre hatten die Blues-Messen eine entscheidende Katalysatorfunktion.

Dirk Moldt ist Historiker für Mittelalterliche und Neue Geschichte, sowie Kurator beim Jugend[widerstands]museum Galiläa-Kirche Berlin.

¹ Vgl: Dirk Moldt: Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979 – 1986. Eine Dokumentation (Schriften der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Band 14), Berlin 2008.

² Rainer Eppelmann, Fremd im eigenen Haus, Köln 1994, S. 146.

³ Interview mit Bernd Schröder am 15. September 2005.

⁴ Christoph Wolf, Männliche Diakonie im Osten Deutschlands 1945 – 1991. Stuttgart 2004, S. 111 – 116.

⁵ Kirche von Unten (KvU) (Hg.), Wunder gibt es immer wieder. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten. Berlin 1997, S. 17 – 22.

⁶ Erich Honecker am 16. April 1982. Vermerk, Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Honecker, mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen Gysi, am 16. April 1982. Berlin, 17. April 1982, MfS HA XX/4 1245, S. 288 – 290, BStU.

⁷ Vgl.: Kommission Kirchliche Jugendarbeit des Bunds der Evangelischen Kirchen (Hg.), Beobachtungen, Erfahrungen, Überlegungen. Eine Sammlung der Offenen bzw. Sozialdiakonischen Arbeit. Berlin (DDR) 1986; Thüringer Archiv für Zeitgeschichte (Hg.), Losgehen und Ankommen. Jugendkultur in der DDR Ende der 70er Jahre am Beispiel der Jugendgroßveranstaltung „June ’78“ und „June ’79“. Erfurt 1999; Katharina Lenski u. Uwe Kulisch, Zwischen Utopie und Resignation. Vom Bleiben und Gehen. Jena 2003.

⁸ Sämtliche Zitate aus der Blues-Messe in: St. Aufarb., Best. Rainer Eppelmann, Nr. 53.

⁹ Katharina Lenski; Angelika Schön, Tomas Grund, Uwe Kulisch, Uwe Pezold u. Harry Zöllner, „So besteht in der Freiheit zu der uns Christus befreit hat...“ Die ‚Andere‘ Geschichte. Jena 1993, S. 13.

¹⁰ Rat des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain, Abt. Innere Angelegenheiten, Abteilungsleiter (ohne Überschrift), 20. August 1979, Abteilung Inneres Rathaus Berlin-Friedrichshain, Bd. I, S. 39, MDA Berlin.

¹¹ KvU, S. 36.

¹² HA XX/4 587 S. 4 BStU.

¹³ VPI Friedrichshain K1 -AK- Wienicke; Reg. Nr.: 7179/80; S. 18 ff BStU.

¹⁴ Volkspolizei Inspektion Berlin-Friedrichshain; Kriminalpolizei Komm. I: Bericht über die Blues-Messen am 13.06.1980 in der Samariterkirche und in der Auferstehungskirche, in Berlin - Friedrichshain 16.06.1980; KA „Kreuz“; S. 177 ff. (BStU).

¹⁵ Stellvertreter für Inneres: Information, 3. März 1986; Referat für Kirchenfragen, Rathaus Berlin-Friedrichshain, Bd. I, S.186. MDA Berlin.

¹⁶ BV Berlin, Aktualisierung und Präzisierung der politisch-operativen Konzeption bezüglich der Veranstaltungsreihe der sogenannten Bluesmessen in der Hauptstadt der DDR. Berlin, 18. Februar 1981; MfS XX/4 587, S. 157 BStU.

¹⁷ LA Berlin C Rep 104/436, o. P.

¹⁸ Gerhard Besier u. Stefan Wolle, Pfarrer, Christen und Katholiken. Bd. I, Neukirchen 1992, S. 316 f.

¹⁹ KvU S. 63 – 123.

²⁰ Ebd. 58

²¹ Vgl.: Tina Krone, Reinhard Schult, „Seid Untertan der Obrigkeit...“ Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4. Berlin 1992, S. 121 – 128.

²² Friedrich Winter: „Die Ostberliner Bluesmessen. Ein Insider-Bericht über sieben Jahre Lernprozess.“ in: Thomas Kochan, Michael Rauhut, Bye Bye Lütten City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR. Berlin 2004, S. 170.



Richard Schröder Die Friedliche Revolution¹

Das zwanzigjährige Jubiläum dieses Jahres heißt meistens: „Zwanzig Jahre Mauerfall“. Das ist ja auch richtig: am 9. November fiel die Mauer – unerwartet. Und damit eröffnete sich erst die Perspektive auf die deutsche Einheit. Aber das hatte eine Vorgeschichte, für die steht symbolisch der 9. Oktober, symbolisch für die Herbstrevolution in vielen Städten der DDR, nicht nur in Leipzig. Das wird unterschlagen, wenn man den Weg zur deutschen Einheit mit dem Mauerfall beginnen lässt. Das ist eine westdeutsche Perspektive. Was sie hautnah erlebt haben, waren die Tage, als die Trabis kamen. Was vorher war, haben sie im Lehnstuhl am Fernseher mehr oder weniger interessiert mitbekommen. Das soll kein Vorwurf sein, sondern die Bitte, sich nun auch der Vorgeschichte des Mauerfalls gründlicher zu erinnern.

Manche sagen, durch die Einheit sei den Ostdeutschen die Freiheit geschenkt worden. Das ist falsch. Das Grundgesetz ist eine vorzügliche Ordnung der Freiheit und durch den Beitritt wurde es auch in Ostdeutschland in Geltung gesetzt, das ist richtig. Aber vor der Freiheit stand die Befreiung, diesmal die Selbstbefreiung. Die mussten die Ostdeutschen selber zustande bringen, in der Herbstrevolution. Erst durch die in der Herbstrevolution gewonnene Freiheit wurde die Einheit möglich. Also: Einheit durch Freiheit, nicht Freiheit durch Einheit. „Zwanzig Jahre Herbstrevolution“ ist deshalb dies Jahr das wichtigere, das grundlegende Jubiläum.

Dagegen gibt es doch tatsächlich ernst gemeinten Widerspruch, am schärfsten von denjenigen, die behaupten, eine Revolution sei das gar nicht gewesen, sondern eine Implosion. Die SED war doch am Ende und die DDR bankrott. Das ist zwar auch richtig, aber soll das etwa heißen: wenn eine Diktatur in Schwierigkeiten kommt, gibt sie den Löffel ab und wird friedlich? Manchmal wird sie dann auch schießwütig. Das war bei den Kommunisten schon deshalb zu befürchten, weil sie in ständiger Angst vor der Konterrevolution lebten. Nach dem 17. Juni 1953 wurden den SED-Funktionären vom Kreissekretär aufwärts persönliche Waffen ausgehändigt, die erst nach der Maueröffnung abgegeben werden mussten, zum Teil unter Protest. Nach dem 17. Juni wurden die Arbeiterkampfgruppen zur Niederschlagung von Konterrevolutionen gegründet und deren Bewaffnung ging bis zu Granatwerfern. In jeder größeren Fabrik gab es also den Waffenraum mit den Maschinenpistolen der Arbeiterkampfgruppen. Die Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober war die erste nach dem bombastisch gefeierten 40. Jahrestag der DDR. Ihre gewaltsame Niederschlagung war minutiös vorbereitet: die Krankenhäuser waren auf die Behandlung von Verwundeten vorbereitet, Bereitschaftsdienst für alle Ärzte, Internierungslager für die Demonstranten in Markkleeberg. Aber es kamen weit mehr als erwartet, nämlich 70.000 statt 50.000, die Sicherheitskräfte fühlten sich dem nicht gewachsen. Als die Demonstranten an der Runden Ecke, dem Leipziger Stasiquartier, vorbeizogen, stellten sich Demonstranten mit Kerzen demonstrativ schützend vor dieses Haus, damit es nicht zum Sturm auf die Stasizentrale kommt. Den Stasileuten hinter den Gardinen muss das Weltbild zusammengebrochen sein. Wäre die Demonstration nicht friedlich verlaufen, sondern zur Revolte mit eingeschlagenen Fensterscheiben, umgestürzten Autos und Gewalt gegen die Sicherheitskräfte ausgeartet, hätten sie mit Sicherheit trotzdem zugeschlagen. Sie hatten das ja

Wochen lang geübt. Und in der Leipziger Volkszeitung stand am Montag, dass nun mit den konterrevolutionären Umtrieben Schluss sein muss. Die Kinder wurden morgens von der Schule nach Hause geschickt mit der Maßgabe, nicht auf die Straße zu gehen, das könne heute gefährlich sein. Und Egon Krenz hatte ja ausdrücklich die Brutalität auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens gelobt. Im Spätsommer ließen SED-Genossen mehrfach gegenüber Kirchenvertretern verlauten, der Platz des Himmlischen Friedens sei näher als manche glauben – wobei es dahingestellt sein mag, ob das eine Warnung oder eine Drohung war. Horst Sindermann (SED), damals Volkskammerpräsident, hat später gesagt: „Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ Erich Loest hat dieses Wort in seinem Buch Nikolaikirche in dichterischer Freiheit dem Leipziger Polizeichef in den Mund gelegt. Es stammt aber von Sindermann. Er gehörte zu den wenigen Politbüromitgliedern mit Abitur.

Heute wissen wir, dass im Spätsommer 1989 Sicherheitskräfte Manöver durchgeführt haben mit dem Szenario: kirchliche Kreise besetzen das Rathaus. Sie konnten sich eben Revolution oder, wie sie sagten, Konterrevolution, nur so vorstellen, wie sie sie inszeniert hätten. Deshalb: nur als friedliche Revolution konnte sie erfolgreich sein. Als Revolte mit brennenden Autos wäre sie mit Sicherheit niedergeschlagen worden und dann wäre auch nicht mehr sicher gewesen, dass die sowjetischen Panzer wirklich in den Kasernen bleiben. Wir wissen heute, dass einige Kommandeure der sowjetischen Streitkräfte nach dem Mauerfall nach Moskau gemeldet haben, die Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte in der DDR sei in Gefahr. Es ist Gorbatschow zu verdanken, dass er das nicht geglaubt hat, sondern bei George Bush sen., Margret Thatcher und Helmut Kohl angefragt hat, wie sie die Lage in Berlin beurteilen. Das einhellige Urteil war: das hat Volksfestcharakter.

Ich finde, es ist ein Skandal und eine Geschichtsfälschung, dass diese dramatischen Ereignisse, die Zivilcourage und Besonnenheit der ostdeutschen Demonstranten nur noch „Wende“ genannt werden. Als Egon Krenz Honecker ablöste, hat er in seiner Fernsehansprache das Wort „Wende“ geprägt. Die Wende von Honecker zu Krenz war in der Tat keine Revolution, sie war aber auch keine Lösung. Deshalb wurde ja auch weiter demonstriert und Krenz musste auch bald zurücktreten.

Ob die Herbstrevolution eine Revolution war, hängt natürlich von der Definition ab. Verstehen wir unter einer Revolution das Ende einer Herrschaft mitsamt seiner Legitimation, und zwar von innen und von unten, dann war es eine. Wird verlangt, dass außerdem Blut geflossen sein muss, war es keine. Aber die Oktoberrevolution, der Sturm auf das Winterpalais, verlief auch unblutig. Der Panzerkreuzer Potemkin hatte zwar einen Schuss abgegeben, aber in die Luft, als Fanal. Als die Bolschewiki das Winterpalais, den Sitz der provisorischen Regierung, stürmen wollten, gab der Chef der Wachmannschaft den Befehl: keinen Widerstand leisten. Die Gemälde vom Kampf um das Winterpalais sind Phantasieprodukte, zum Ersatz fehlender Photographien. Blut floss erst, und zwar massenhaft, weil danach ein Bürgerkrieg ausbrach.

Andere erklären, eine Revolution war das deshalb nicht, weil nach einer Revolution etwas Neues, noch nie Dagewesenes entstehen müsse. Die DDR-Bürger wollten aber leben wie in der Bundesrepublik und unter der Ordnung des Grundgesetzes. Auch wieder irgendwie richtig und doch irreführend. Es war ja der Sozialismus, der sich als weltgeschichtlich Neues ausgab und alle Menschheitsprobleme lösen wollte. Chruschtschow verkündete 1964 das Programm „Aufbau des Kommunismus in zwanzig Jahren“. Er wollte bis 1984 nicht nur den Westen ökonomisch überrunden, sondern da stand auch: „Der Traum hundert Jahre alt zu werden ohne zu altern wird Wirklichkeit.“ Aber dieses wunderbare Neue sah schließlich sehr alt aus. Die Menschen wollten nicht mehr zwangsweise Versuchskaninchen in einem Menschheitsexperiment sein, das offenkundig nicht halten konnte, was es versprach. Sie waren zu der Erkenntnis gekommen, dass sich Demokratie und soziale Marktwirtschaft bewährt haben und deshalb beendeten sie die Diktatur, die ihnen zu höheren Zwecken die einfachsten Freiheiten vorenthielt.

Es stimmt doch gar nicht, dass jede Neuerung oder jede Veränderung begrüßenswert ist. Es gibt, wie wir alle wissen, die Verbesserung und die Verschlechterung und dann gibt es noch das Verschlimmbessern. Manchmal ist das Gegenteil von gut: bloß gut gemeint. Die Kommunismusversprechen waren höchstens, wenn überhaupt, gut gemeint, nicht gut. Bis heute stimmen viele dem Satz zu: die Idee des Sozialismus war gut, nur die Durchführung schlecht. Darüber kann man diskutieren, wenn einem klar gesagt wird, was mit der Idee und der schlechten Durchführung genau gemeint ist. Mir kommt dabei ein anderes Umfrageergebnis in den Sinn. Nach 1945 haben in der amerikanischen Besatzungszone viele dem Satz zugestimmt: die Idee des Nationalsozialismus war gut, nur die Durchführung schlecht.

Das war keine Revolution, höre ich, sondern Gorbatschow zu verdanken. Gorbatschow verdanken wir viel. Er wurde zum Hoffnungsträger und löste deshalb tiefe Resignation aus, als der Chefideologe Kurt Hager erklärte, wenn der Nachbar neu tapeziert, müssen wir nicht auch tapezieren. Deshalb begann ja das große Weglaufen. Gorbatschow verdanken wir die günstigen Umstände, allem voran seine Erklärung, dass die sowjetischen Truppen nicht mehr in sozialistischen Ländern eingesetzt werden sollen. Aber Revolutionen gelingen immer unter günstigen Umständen, andernfalls sind es gescheiterte Revolutionen, wie der 17. Juni 1953.

Ich werde den Verdacht nicht los: da gönnen manche den Ostdeutschen die Revolution nicht. Das belastet das innerdeutsche Klima. Im Herbst 1989 haben 346 Kampfgruppenangehörige den Einsatzbefehl gegen die Demonstranten verweigert mit der Begründung: die Demonstranten sind keine Konterrevolutionäre, da sind doch unsere Kollegen dabei. Auch NVA-Soldaten haben den Einsatz verweigert. In den Stasiakten ist das minutiös dokumentiert.

Ich habe aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums dem Bundespräsidenten Johannes Rau vorgeschlagen, auch dieser mutigen Menschen zu gedenken. Er hat mir erzählt, seine Mitarbeiter hätten ihm gesagt, damals sei doch schon das Ende des SED-Regime abzusehen, also so viel Mut für eine Befehlsverweigerung gar nicht notwendig gewesen. Diese Mitarbeiter haben bloß leider versäumt, uns zum rechten Zeitpunkt wissen zu lassen, dass Demonstrieren und Befehle verweigern ab jetzt ungefährlich sei. Ich habe auch dem damaligen Oberbürgermeister empfohlen, diese Befehlsverweigerer anerkennend zu erwähnen. Er hat mir geantwortet, unsere Bürgerrechtler wollen das nicht.

II Bis heute wissen viele nicht, warum der 3. Oktober unser Nationalfeiertag ist. Das hätte Helmut Kohl so festgelegt, heißt es. Bei allem Respekt vor dem Kanzler der Einheit, den Beitritt konnte nur die Volkskammer beschließen. Er hat nur geraten, nicht bis November zu warten, denn da sei das Wetter zum Feiern zu oft zu trüb. Nach einer hitzigen Debatte beschloss die Volkskammer in den frühen Morgenstunden des 23. August 1990 den Beitritt zum 3. Oktober 1990. Um 2.30 konnte die Volkskammerpräsidentin das Abstimmungsergebnis verkünden. Und warum gerade dieses Datum? Es war der frühestmögliche Termin für einen Beitritt mit internationaler Zustimmung. Wir Deutschen konnten uns ja gar nicht aus eigener Machtvollkommenheit vereinigen. Denn der Zweite Weltkrieg war nicht durch einen Friedensvertrag beendet worden. Die vier Siegermächte hatten sich die Zuständigkeit für Deutschland als ganzes vorbehalten. Im „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ vom 12. September, kurz 2+4-Vertrag genannt, hatten sie alles diesbezügliche mit den beiden deutschen Staaten geregelt. Es wollten aber viel mehr Staaten mitreden, wenn der Zweite Weltkrieg völkerrechtlich beendet werden sollte. Eine solche Friedenskonferenz wäre ein Mammutunternehmen geworden, das so schnell nicht zu Ergebnissen geführt hätte. Es waren die USA, die statt dessen die Zweiplusvier-Idee ins Spiel brachten. Als kleine Entschädigung sollte der Vertrag deshalb der KSZE vorgestellt werden, was am 1. Oktober in New York geschah. Ein Tag Rückreise für die deutsche Delegation ergab den 3. Oktober. Im Nachhinein bedaure ich, dass wir nicht noch 6 Tage draufgeschlagen haben. Der Beitritt zum 9. Oktober, ein Jahr nach der großen Montagsdemonstration in Leipzig, vor der die Sicherheitskräfte kapitulierten, wäre ein schönes Symbol gewesen. Der Vorschlag wurde auch intern gemacht, aber abgelehnt, und zwar mit dem Argument: wir wollen keinen 41. Jahrestag der DDR erleben, nämlich den 7. Oktober. Sie soll vorher verschwinden. So war damals die Stimmung in der Volkskammer. Es war im Herbst 1989 noch keineswegs sicher, dass Herbstrevolution und Mauerfall den Weg zur deutschen Einheit eröffnen. Zum Jahreswechsel 89/90 hatten sich lediglich zwei europäische Regierungschefs für die deutsche Einheit ausgesprochen, nämlich der spanische und der irische. Der italienische Politiker Andreotti hatte gesagt „wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben.“ Der französische Staatspräsident Mitterand stattete der DDR Ende Dezember demonstrativ einen Staatsbesuch ab und schloss mit der DDR ein langfristiges Handelsabkommen. Margret Thatcher berief eine Historiker-Konferenz ein und die Times beschwor die Gefahr eines „Vierten Reichs“. Von der Sowjetunion war zwar zu erwarten, dass Gorbatschow einer inneren Reform der DDR zustimmt, aber doch nicht, dass er den westlichen Vorposten des Imperiums aufgibt. Mit der Möglichkeit der deutschen Einheit erwachten bei vielen in Europa die schlimmen Erinnerungen an Deutschland. Es war die Erinnerung an furchtbare deutsche Sonderwege. Helmut Kohl hat im besonderen das Verdienst, diese Bedenken zerstreut zu haben, weil ihm geglaubt wurde, dass das vereinigte Deutschland eingebunden bleibt in der Europäischen Union und der NATO. Diejenigen, die 1990 ein neutrales Deutschland gefordert haben, haben sich nicht klar gemacht, dass das ein Alptraum für die Nachbarn war. Es gibt inzwischen Protokolle von den sowjetischen Führungsgremien vom Anfang 1990. Da sagt einer: wenn Deutschland vereinigt ist, stehen seine Truppen in fünf Jahren wieder an unserer Grenze. George Bush sen. hat Gorbatschow diesbezüglich beruhigt mit dem Argument: wenn Deutschland in der NATO ist, sind militärische Alleingänge ausgeschlossen. Das hat Gorbatschow überzeugt.

III Journalisten fragen mich oft, wann denn die deutsche Einheit vollendet sei. Wer Fragen stellt, sollte sich vorher klarmachen,

welche Antworten möglich sind. Wie würde denn die vollendete deutsche Einheit aussehen, auf die da gewartet wird? Alle ein Herz und eine Seele? War denn die Einheit der Bundesrepublik vor dem Beitritt in diesem Sinne vollendet? Die großen Demonstrationen um die Notstandsgesetzgebung, die Nachrüstung, die Atomkraft, der Streit zwischen den Parteien, die Unterschiede zwischen Bayern und Ostfriesen sehen nicht nach vollendeter Einheit aus. Im übrigen: Freiheit bedeutet immer auch Vielfalt, Pluralität, und das ist sogar gut so. Es kommt sonst zur gedankenarmen Monotonie. Und die viel beschworene Einheit von Partei und Volk in der DDR war immer nur eine leere Phrase. An die haben aber offenbar viele Genossen, auch Honecker, tatsächlich geglaubt. Im ersten Halbjahr 89 hatte ich die seltene Gelegenheit zum Gespräch mit einer Dozentin für Marxismus-Leninismus. Ich wies auf die gewaltigen Unzufriedenheiten in der Bevölkerung hin. Sie erklärte, das sehe ich falsch, weil sich in der Kirche die wenigen Unzufriedenen sammeln. Als die Ausreisewelle im Sommer einsetzte, schrieb sie mir einen Brief, in dem sie ihr Entsetzen ausdrückte. Ich hätte ja doch recht gehabt.

Was können wir denn sinnvoll unter vollendeter Einheit verstehen?

Das Stichwort „vollendet“ findet sich in der neuen Präambel des Grundgesetzes: „Die Deutschen in den Ländern (sie werden aufgezählt) haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.“ Von der staatlichen Einheit ist das auch richtig. Das Deutschland in den Grenzen des 3. Oktobers 1990 ist das ganze Deutschland. Es ist territorial „vollendet“. Die staatliche Einheit ist dann vollendet, wenn die Bürger des Staates gemeinsam ein Parlament und eine Regierung wählen und wenn es keine separatistischen Tendenzen gibt. Separatistische Tendenzen gibt es in manchen Ländern Europas, bloß nicht in Deutschland. Man trifft höchstens im Norden Bayerns auf Autoaufkleber „für ein Bundesland Franken“. Das zählt aber zur Folklore. Die Wahlbeteiligung ist bei Bundestagswahlen im Osten nur unerheblich niedriger als im Westen. Namentlich das Bundesverfassungsgericht, der Bundespräsident und die Grundrechte genießen in Ost und West etwa gleich hohes Ansehen. Auf diesem Gebiet ist die Einheit in Ordnung oder meinetwegen vollendet. Es gibt keine Unterschiede in Deutschland, die die staatliche Einheit in Frage stellen. Das heißt ja nicht, dass wir keine Probleme hätten. Probleme gibt's immer. Die meisten Menschen dieser Welt würden aber sehr gern unsere Probleme mit ihren eintauschen. Auch auf die Gefahr hin, dass Sie empört sind: ich behaupte, wir leben in glücklichen Zeiten. Mein Maßstab ist einerseits die deutsche Geschichte, andererseits die Lebensbedingungen in den anderen Ländern unserer Welt. Und im Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern schneidet Ostdeutschland am besten ab. Das Warten auf die Vollendung der deutschen Einheit folgt einer Fata Morgana. Ein Werk, namentlich ein Kunstwerk kann vollendet sein oder unvollendet, wie Schuberts Unvollendete. Menschliche Beziehungen aber nie. Wann ist denn eine Ehe vollendet zu nennen? Wenn beide in Eintracht gestorben sind. Nur Beendetes kann vollendet sein. Solange die Beteiligten leben, ist eine Beziehung nie vollendet, sondern auf gutem oder schlechtem Wege und was übermorgen geschieht, können sie heute nicht wissen. Die deutsche Einheit ist auf gutem Wege, aber nicht automatisch. Wie bei einem Haus, einem Garten oder einem Haushalt gibt es immer was zu tun, zu erhalten, zu pflegen, zu reparieren. Wer damit aufhört, weil das Haus oder der Garten nun vollendet sei, wird sich nicht lange der Vollendung freuen. Das nächste Unkraut kommt bestimmt und irgendwann fehlt ein Dachziegel. Also bitte: nehmen wir die anstehenden Aufgaben wahr und träumen nicht länger von einer imaginären vollendeten Einheit.

Ich habe den Verdacht, hinter der Frage, wann die deutsche Einheit vollendet ist, steckt in Wahrheit eine andere: wann sind die Ostdeutschen endlich wie wir, als wäre der normale Westdeutsche die höchste Entwicklungsstufe des homo sapiens. Es gibt Ostmacken, die den Westdeutschen besonders auffallen, und es gibt Westmacken, die den Ostdeutschen besonders auffallen.

IV Eine der Aufgaben, die gegenwärtig unsere Aufmerksamkeit verdienen, ist die DDR-Nostalgie. Man kann viele der da aufgestellten Behauptungen einfach widerlegen. Das Gesundheitswesen soll besser gewesen sein. Wie erklären wir dann, dass im Osten seit 1990 die Lebenserwartung um mehr als fünf Jahre gestiegen ist, während sie im Westen um 2,5 Jahre gestiegen ist? Die Selbstmordrate ist um mehr als ein Drittel gesunken – wie das, wenn wir seinerzeit glücklicher waren? Das Bildungswesen soll besser gewesen sein. Für die Naturwissenschaften und Mathematik kann man das sagen, aber doch nicht für Geschichte, Staatsbürgerkunde! Dass 12 Jahre bis zum Abitur ausreichen, stimmte und setzt sich nun auch im Westen durch. Aber heute können doppelt so viele eines Jahrgangs Abitur machen, und zwar unabhängig von den Überzeugungen des Elternhauses. Es war nicht alles schlecht in der DDR. Aber die Diktatur, der ideologische Zwang, die Lüge und die Mangelwirtschaft, das war schlecht und hat sich in allen Lebensbereichen auswirken können - können, nicht müssen.

Man kommt bei den eingefleischten Nostalgikern mit solchen Argumenten nicht weit. Denn die DDR-Nostalgie ist etwas Gefühliges und gegen Gefühle sind Argumente oft machtlos. Es ist wohl meist ein Unterlegenheitsgefühl, ein Minderwertigkeitskomplex, den viele Ostdeutsche übrigens schon in die Einheit mitgebracht haben. Sie haben dieses Gefühl gewonnen, wenn sie in Bulgarien Urlaub gemacht haben im Zelt, während die Westdeutschen im Neckermannhotel residierten. Sie haben sie gemacht, wenn sie vor dem Intershop standen, aber mit ihrem redlich erworbenen Ostgeld nichts kaufen durften. Sie haben sie gemacht, wenn sie ihr Auto mit denen der Westdeutschen und Westberliner auf den Transitstrecken verglichen. Wir haben doch selbstironisch von uns gesagt: DDR, Der Dumme Rest und dachten dabei an die vielen tüchtigen Leute, die die DDR Richtung Westen verlassen und dort das Wirtschaftswunder befördert haben. Insofern haben wir uns auch mit unseren Flüchtlingen wiedervereinigt.

Da DDR-Nostalgiker durch Gründe schwer zu überzeugen sind, rede ich jetzt lieber über Gründe für die DDR-Nostalgie. Ich will aber vorher eine Bemerkung einschieben: wenn sich jemand als Bürger zweiter Klasse fühlt, muss das nicht immer an den Umständen liegen. Es kann auch an seiner Einstellung liegen. Er könnte sich mal in den Arm zwicken und sich fragen, ob er sich wirklich diskriminiert fühlen muss, oder ob er gar in den Zustand verliebt ist, sich bedauern zu können. Denn so lässt sich besser klagen. Und in Deutschland scheint der Grundsatz zu gelten: nur wer klagt, gewinnt. Ich persönlich halte mich nicht für einen Bürger zweiter Klasse und kann auch nicht verstehen, warum das so viele tun. Meine Mutter pflegte zu sagen: wer schlechte Laune hat, verdient Prügel. Wohl gemerkt: sie hat das gesagt und nicht geprügelt. Ich finde, an dem Satz ist was dran.

Der wichtigste Grund liegt in den DDR-Verhältnissen selbst. Jeder hat nur seine DDR erlebt, denn es gab keine freie, gemeinsame Öffentlichkeit. Wenn heute ein ehemaliger DDR-Bürger nach hitziger Debatte einem anderen vorwirft: „Sie müssen in einer anderen DDR gelebt haben als ich“, hat er womöglich ungeahnt

ins Schwarze getroffen. Ein NVA-Offizier, ein LPG-Bauer und ein Pfarrer haben tatsächlich jeder einen anderen DDR-Alltag erlebt und vom DDR-Alltag der anderen wenig gewusst. Es gab ja auch echte Kommunikationsverbote. In einem Dorf standen Pfarrhaus und Schule nebeneinander. Die Vorschulkinder des Pfarrers und des Schulleiters spielten zusammen. Als sie in die Schule kamen, erklärte der Schulleiter dem Pfarrer freundlich und mit Bedauern: „Sie werden verstehen, dass unsere Kinder jetzt nicht mehr zusammen spielen können, bei meiner Stellung.“ Der Polizist, dessen verstorbene Mutter ein christliches Begräbnis gewünscht hat, kommt im Dunkeln zum Pfarrer, um die Beerdigung anzumelden. „Eigentlich sollen wir ja gar nicht mit Ihnen sprechen, aber es war doch der letzte Wille meiner Mutter.“

Ein zweiter Grund war die Zensur der öffentlichen Meinung. Ich habe in den siebziger Jahren meine Konfirmanden regelmäßig gefragt, ob es in der DDR die Todesstrafe gibt. Sie haben das durchweg verneint. Die Vollstreckungen wurden nämlich geheim gehalten. Auch die DDR-Geschichte selbst war vielen eine terra incognita, wie der 17. Juni 1953, der Terror der Stalinzeit, die Vertreibungen im Zusammenhang mit der sog. Bodenreform, die Brutalitäten der Zwangskollektivierung. Selbst der Einmarsch in die CSSR 1968 war in den achtziger Jahren manchen jungen Leuten unbekannt. Denn in vielen Elternhäusern wurde all dies vorsichtshalber beschwiegen. Nach 1990 hörten wir von einer Familie, deren Eltern, alte Kommunisten, beide unter Stalin im Lager waren und ihren Kindern nie davon erzählt hatten. Viele erfuhren erst 1990, dass einige der KZs vom sowjetischen Geheimdienst nach 1945 weiter benutzt wurden. Selbst die Zahl der Selbstmorde war Staatsgeheimnis und dem Statistischen Jahrbuch nicht zu entnehmen. Die Kriminalstatistik wurde geheim gehalten, so dass nach 1990 zunächst viele der Meinung waren, die Kriminalität wachse sprunghaft an, was bei Autodiebstählen zutraf, nicht aber bei Schwerekriminalität. Geändert hatte sich nur die Berichterstattung. Ich hatte voriges Jahr einen Briefwechsel mit einer Lehrerin, die mir erklärte, ihre Heimat sei die DDR gewesen, dieses Deutschland sei nicht ihre Heimat und werde es nie werden. Ich habe sie gefragt, ob sie denn mit ihren Kindern und Schüler auch über den Stalin-Hitler-Pakt, den 17. Juni 1953 oder Stasi-Praktiken gesprochen habe. Sie hat mir ehrlich geantwortet, teils habe ihr der Mut dazu gefehlt, aber vieles sei ihr auch damals nicht bekannt gewesen. Da ist mir klar geworden, dass viele, die von der DDR schwärmen, genauer besehen die DDR meinen abzüglich dessen, was sie erst nach ihrem Ende von ihr erfahren mussten. Sie wünschen sich mit der DDR auch das damalige Nichtwissen zurück, eine subtile Form von Wirklichkeitsverweigerung.

Es gab auch in der Geschichte der Bundesrepublik Skandale massenhaft. Der Unterschied zur DDR ist der: sie standen größtenteils sehr schnell in der Zeitung. Viele DDR-Skandale wurden aber den Bürgern erst nach ihrem Ende bekannt. Der Unterschied ist keiner der Moral, der Sittlichkeit oder des Anstands. Der Unterschied ist ein institutioneller: im Westen gab es eine freie Presse und im Osten nicht. Ein dritter Grund: Erinnerung vergoldet. Ich will gar nicht grundsätzlich kritisieren, dass wir uns der erfreulichen Dinge intensiver erinnern als der unerfreulichen. Man kann dies sogar als Lebenskunst loben. Und zu jedem Alltag gelebten Lebens, ob in der Demokratie oder der Diktatur, gehörten Lieben und Trauern, Alltagsorgen und Alltagsfreuden, Freundschaften und Feindschaften, Großherzigkeiten und Gemeinheiten, schönes Wetter und trübe Tage, Erfolge im Beruf und Niederlagen und wer diese Elemente des richtigen Lebens im verkehrten nicht anerkennen will, ist ein Fanatiker. Der Theologe Karl Barth hat einmal sinngemäß gesagt: ein Christ

kann auch in der Diktatur selig werden und in der Demokratie zur Hölle fahren, sprich ein heillooses Leben führen. Trotzdem wird er sich für Recht und Freiheit einsetzen.

Vierter Grund: überstandene Angst vergisst man gern. Es geht hier nicht nur um die Angst der Demonstranten des 9. Oktober. Wir alle hatten in der DDR Angst vor dem falschen Wort ins falsche Ohr, und zwar auch SED-Mitglieder. Wir alle waren sehr wählerisch und vorsichtig bei Bekanntschaften und Freundschaften. Es ist wohl vielen peinlich, sich einzugestehen, Angst gehabt zu haben, selbst dann, wenn die Angst vollkommen berechtigt war.

Manche sagen nun: ich hatte nie Angst vor der Stasi. Das kann ja sein. Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht. Er sollte aber heute damit nicht angeben, dass er sich nicht bewegt hat.

Solche DDR-Nostalgie ist ärgerlich, nicht aber besorgniserregend. Möglicherweise wird die DDR-Nostalgie auch dadurch befördert, dass zu wenige im Westen anerkennen, was eine Vielzahl von DDR-Bürgern im Herbst 89 geleistet hat und an Umstellungsleistungen nach 1990 erbringen musste. Und Ostdeutsche können durchaus stolz darauf sein, was sie unter den erschwerenden Bedingungen der Diktatur und der Mangelwirtschaft in Familie und Beruf geleistet haben, aber bitte doch nicht plötzlich stolz sein wollen auf die erschwerenden Bedingungen! Im Herbst 1989 fand eine sehr bedeutende Anzahl der Ostdeutschen ihre politischen Lebensbedingungen unerträglich und hat zunächst massenhaft die Flucht ergriffen und dann massenhaft demonstriert. Die DDR-Nostalgiker müssten konsequenterweise erklären, dass sie alle sich damals geirrt haben. In Wahrheit ist die Zahl derer, die sich die DDR ernsthaft zurückwünschen, im Osten verschwindend gering. Ich kenne in meiner Verwandtschaft und Bekanntschaft keinen.

Soeben hatten wir wieder einmal eine Diskussion darüber, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Wir hatten diese Diskussion schon einmal, nämlich 1997. Damals hatte ein ostdeutscher Ministerpräsident die Frage gestellt, wie viel Unrecht in einem Staat geschehen müsse, um ihn als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Auch jetzt kann man in Leserbriefen zum Thema lesen: in der DDR gab es Unrecht und im heutigen Deutschland auch. Das ist zwar richtig, aber verfehlt das Thema. Manche sagen, der Ausdruck Unrechtsstaat sei nicht definiert und deshalb zu vermeiden. Dann muss man eben einen anderen Ausdruck erfinden, um die DDR diesbezüglich zu beschreiben. Richtig ist, dass der Begriff Unrechtsstaat ein polemischer Begriff ist oder meinetwegen ein drastischer Begriff. Polemik ist aber nicht immer unberechtigt. Manchmal dient sie auch der Klarstellung. Man kann aber, wenn man nur will, den Begriff auch definieren. Absurd wäre die Definition, in einem Unrechtsstaat geschehe nur Unrecht. So hat den Begriff noch nie jemand verstanden, der ihn gebraucht hat. Ich möchte folgende Definition anbieten: wenn erklärtermaßen Macht vor Recht geht, handelt es sich um einen Unrechtsstaat. Dass jemand mit dem besseren Anwalt manchmal recht bekommt, das kommt leider überall vor.

Das ist aber ganz etwas anderes als die offizielle Erklärung, dass das Recht ein Machtinstrument der herrschenden Klasse sei und jetzt sind wir, die SED, die Avantgarde der herrschenden Klasse. Die SED hat eine unparteiliche Justiz nicht nur praktisch, sondern, was schlimmer ist, auch theoretisch abgelehnt.

Man kann sehr präzise sagen, was ein Rechtsstaat im Sinne der europäischen Aufklärung ist. Es ist ein Staat, der nach Recht und

Gesetz handelt, also erstens sein eigenes Recht respektiert, und zweitens den Bürgern die Möglichkeit eröffnet, gegen Behördenentscheidungen Gerichte anzurufen. Ob ein Staat ein Rechtsstaat ist oder nicht, ist eine Frage, die sich an die Verfasstheit des Staates richtet und nicht an die Bürger und ihre Moral. Sie betrifft das Justizwesen und die praktizierte Rechtsauffassung des Staates und nicht den Gerechtigkeitsinn der Bürger. Rechtsstaat heißt nicht: in diesem Staat geschieht kein Unrecht. Es heißt auch nicht: in diesem Staat gibt es keine Gauner. Einen solchen Staat gibt es nie. Ob ein Staat ein Rechtsstaat ist, entscheidet sich daran, ob es bestimmte Institutionen gibt oder nicht. Diese Institutionen sind zum einen die Gewaltenteilung mit der Intention auf Unabhängigkeit der Gerichte und im besonderen Verwaltungsgerichte, in denen Verwaltungsentscheidungen gerichtlich angefochten werden können. Die SED hat beides prinzipiell abgelehnt. Und sie hat die Verwaltungsgerichte, die aufgrund eines Kontrollratsbeschlusses in allen Besatzungszonen zunächst eingerichtet wurden, nach der Gründung der DDR abgeschafft.

Die SED wusste, was sie tat, als sie die Verwaltungsgerichte abschaffte. Ich streite nicht gern um Wörter. Nennt es wie ihr wollt, aber vergesst nicht wie es war. Ein Beispiel nur aus dem Jahre 1969. Einige Studenten in Freiberg in Sachsen haben gezecht und nachts auf dem Marktplatz gesungen: Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wieder haben, ein in der DDR bei Betrunknen beliebter Vers. Einer der Studenten wird umgehend verhaftet mit dem Vorwurf der Republikflucht. Er sagt bei der Vernehmung: wie soll ich denn auf dem Marktplatz von Freiberg in Sachsen Republikflucht versucht haben? Darauf der Stasi-Vernehmer: so, jetzt ist es staatsfeindliche Hetze und wir brauchen Ihnen überhaupt keine Auskunft mehr zu geben. Er wurde zu mehr als einem Jahr Gefängnis verurteilt. Noch schlimmer als dieses skandalöse Urteil – auch nach Maßstäben des DDR-Rechts skandalösen Urteils - finde ich folgendes. Stasileute habe öfters gedroht: wenn wir wollen, finden wir für jeden einen Paragraphen. Wir sollten es also als ihre Gnade betrachten, wenn wir nicht im Gefängnis sitzen. Das ist nicht eine andere Rechtsauffassung, sondern gar keine. Es ist prinzipielle Rechtsverachtung. Für diese Einstellung finde ich den Ausdruck Unrechtsstaat nicht übertrieben.

Die bessere Staatsform macht doch nicht bessere Menschen, aber sie bietet die besseren Chancen, der menschlichen Gemeinheit, Verbohrtheit und Bosheit Grenzen zu setzen, durch Teilung der Macht, Machtkontrolle, Öffentlichkeit, Transparenz. Mithilfe des Staates oder der Gesellschaftsordnung bessere Menschen machen zu wollen ist vielmehr eine Absicht, die ganz schnell zur Diktatur führt. Zuerst hat das Robespierre demonstriert, der im Namen der Tugend die Köpfe rollen ließ. Karl Marx hat die Diktatur des Wohlfahrtsausschusses gelobt. Beim diesjährigen Diskurs um das Wort Unrechtsstaat sind es vor allem Westdeutsche gewesen, die sich gegen das Wort „Unrechtsstaat“ gewendet haben. Eines der Argumente lautete: da sich Ostdeutsche durch dieses Wort beleidigt fühlen, sollten wir es vermeiden. Ich halte das für entmündigende Fürsorglichkeit. Lasst dem Kind den Schnuller, sonst weint es. Diese entmündigende Fürsorglichkeit übersieht, dass sie diejenigen Ostdeutschen kränkt, die nicht kindisch sind. Odo Marquard hat einmal gesagt: das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Bloß gut gemeint sind Nettigkeiten von der Art: ihr wart ok, euer Staat war ok, alles ok. In Wahrheit sind solche Nettigkeiten, bei denen alle Katzen grau werden, gefährlich. Sie unterminieren das Unterscheidungsvermögen in Sachen Staatseinrichtung.

In diese Rubrik gehört auch das freundlich gemeinte westliche Bekenntnis: wenn ich in der DDR gelebt hätte, wäre ich auch in die SED eingetreten. Das kann ja sein, aber damit würde ich mich lieber nicht brüsten.

Es fällt nach wie vor vielen Westdeutschen schwer, sich vom Alltag in der DDR ein zutreffendes Bild zu machen. Die einen halten die DDR für eine Bundesrepublik mit Ostgeld und bröckelndem Putz. Andere werfen den Ostdeutschen vor, vor so miesen Typen gekuscht zu haben. Ihr wart doch alle Stützen des Systems. Beides beruht auf Ahnungslosigkeit. Am besten verstehen die DDR-Verhältnisse diejenigen, die aus der DDR geflohen oder ausgewandert sind, weiter Kontakte zu ihren Ostverwandten gepflegt haben und beide Teile Deutschlands aus erlebter Erfahrung kennen. Sie neigen am wenigsten zu DDR-Nostalgie oder herablassender Verharmlosungen.

Bei Vorträgen im Westen Deutschlands wird mir regelmäßig die Frage gestellt: warum sind die Ostdeutschen nicht dankbarer? Im Klartext soll das heißen: uns müssen sie doch dankbar sein für so viel Hilfe. Sie möchten sich einseitig als Wohltäter anerkannt sehen, eine sehr komfortable Position. Den römischen Patronen mussten ihre Klienten dankbar am Bett ihre Aufwartung machen.

Undank ist verletzend, das ist wahr. Aber die Einforderung von Dankbarkeit ist der Tod jeder Beziehung. Eheberater können davon ein Lied singen.

Im Alltag wissen wir das. Wenn uns jemand dankt, sagen wir „keine Ursache“ oder „gern geschehen“. Wir wehren den Dank ab. Wer Dankbarkeit einfordert, fordert Unterwerfung und verhindert damit, was er erwartet. Denn echte Dankbarkeit gibt es nur in Freiheit, in einer Beziehung wechselseitiger Anerkennung. In Süddeutschland beantwortet man Hilfe mit dem schönen Satz „vergelt's Gott“. Darin steckt auch Weisheit. Deine Hilfe hat Lohn verdient. Den kann ich nicht liefern, und wenn ich das versuchte, würde ich dich zum Geschäftemacher degradieren, der es auf Gegenleistung abgesehen hatte. „Vergelt's Gott“, das ist eine schöne Bezeugung von Dankbarkeit, ohne in die Dankbarkeitsfalle der Abhängigkeit zu geraten. Übrigens: nur Gott können wir ohne Verlust unserer Freiheit uneingeschränkt dankbar sein. Unter Menschen verträgt sich Dankbarkeit mit Freiheit nur bei beiderseitiger Großherzigkeit, am besten unter Liebenden.

Bei Lichte gesehen haben doch beide Seiten Grund zur Dankbarkeit. Erst die Herbstrevolution hat den Weg zur deutschen Einheit eröffnet. Und die große Last der Umstellungen und Umwälzungen hat die ostdeutsche Bevölkerung getragen. Und es ist ja kein persönliches Verdienst, im Westen geboren zu sein unter den freundlicheren Besatzungsmächten, die euch zum Grundgesetz gedrängt haben. Es wäre manches einfacher, wenn wir aus Anlass der deutschen Einigung gemeinsam sagen könnten: „Nun danket alle Gott“.

Dr. Richard Schröder war bis zu seiner Emeritierung 2009 Professor für Philosophie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Wir danken Richard Schröder für die freundliche Abdruckgenehmigung.

.....

¹ Vortrag am 26. Oktober 2009 in Halle/Saale.



Ulrich Wiegmann

Observation und Kooperation¹

Staatssicherheitsdienst und Schule im politisch-operativen Zusammenwirken²

Vorbemerkungen

Angesichts allgegenwärtiger öffentlicher Vorurteile und Vorbehalte ist kaum zu glauben, dass das Thema Staatssicherheit und Schule *nicht* zu den herausragenden oder zumindest bedeutsamen Themen der (pädagogischen) Zeitgeschichtsschreibung gehört. Tatsächlich listet die von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) herausgegebene 409 Seiten umfassende *Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR*³ – unter dem Stichwort *Pädagogik* gerade mal zwei Titel auf. Das Stichwort *Erziehung* liefert drei, *Schule* bzw. *Schüler* 21 und *Lehrer* fünf Treffer, wobei mehrfache Überschneidungen nicht berücksichtigt wurden. Unter dem Suchwort *Jugend* verzeichnet die Bibliographie immerhin über 70 Buch- und Aufsatztitel in Zeitschriften und Sammelbänden. Mehrfachnennungen sind hier jedoch ebenfalls unbeachtet geblieben. Außerdem wurde eine große Zahl der in der politischen Bildungsarbeit meinungsbildenden bis definitionsmächtigen Texte in nur einigen wenigen Sammelbänden bereits Mitte der 1990er Jahre veröffentlicht. Eine sachliche Debatte zum Thema hat sich auf dieser schmalen Forschungsgrundlage nicht entwickelt. Trotzdem scheint die verbreitete Meinung, dass spätestens zwanzig Jahre nach der Abwicklung des Ministeriums für Staatssicherheit ein Schlussstrich unter diese unerfreuliche pädagogische Vergangenheit gezogen werden sollte, so übermächtig geworden zu sein, dass inzwischen – noch mehr als in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der DDR – das Ende der Beschäftigung mit der Beziehung von Schule, Jugend, Erziehung und Staatssicherheit geradezu herbeigesehnt wird.

An der Art und Weise der bisherigen Auseinandersetzung kann es in erster Linie schwerlich liegen. In der Literatur dominieren zwar an das (schlechte) Gewissen der Bevölkerungsmehrheit der ehemaligen DDR rührende Darstellungen von Betroffenen und über die Opfer der Stasirepression, und es sind auch ideologisch überformte, betont engagiert daher kommende Texte darunter, die dem Erinnern, Verstehen und Begreifen der Vergangenheit eher schaden als nützen. Die Bibliographie verzeichnet aber auch ausgesprochen sachliche, politisch distanzierte, betont nüchterne Veröffentlichungen. Erst jüngst scheiterte der Versuch einer Studentin, Interviews mit Personen zum Gegenstand ihrer akademischen Abschlussarbeit zu machen, die in der DDR offiziell als Lehrer und inoffiziell als Mitarbeiter der Staatssicherheit (IM) gearbeitet hatten, an deren Bereitschaft, sich im Dienste der Wissenschaft ihrer doppelten dienstherrlichen Unterstellung zu erinnern. Mit dem daher notwendig gewordenen Themenwechsel ging es ihr nicht viel besser. Nun mühte sie sich darum, die Präsenz der Stasivergangenheit im aktuellen Lehreralltag einer brandenburgischen Schule anhand von Interviews mit *unbelasteten* Lehrern zu ermitteln. In dem Kollegium fanden sich jedoch lediglich zwei Interviewpartnerinnen, wobei die Gesprächsbereitschaft einer Lehrerin ganz unverhohlen an die Absicht gebunden war, sich für das Ende der Thematisierung von Schule und Staatssicherheit zu engagieren⁴.

Über den Mythos der Stasibelastung der DDR-Lehrer/innen

Woran mag dieses Desinteresse an der Erinnerungsarbeit liegen – *alles alte Stasis?* – Mitnichten: Für dieses ebenfalls sehr verbreitete öffentliche Vorurteil, vor allem über eine besonders große Anzahl von Inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unter den Lehrern gibt es keine venünftigen Argumente.⁵ Entsprechende Untersuchungen haben vielmehr zu dem Resultat geführt, dass – gemessen an anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes – Lehrer sogar unterproportional für eine inoffizielle Zusammenarbeit verpflichtet wurden. Genaue Zahlen über die IM-Belastung von Lehrern sind indessen bis heute nicht zu haben. Dazu wäre eine Überprüfung jedes einzelnen Lehrers bei der BStU, der sog. Birthler-Behörde notwendig. Alexander v. Plato geht in seiner Untersuchung aus dem Jahr 1995 von einem Anteil zwischen 2,5 und 5 Prozent IM unter den Lehrern aus. In der Polizei waren es 14 Prozent, bei der Post über 21 Prozent und bei der Armee 15 Prozent.⁶ Im Land Brandenburg wurde demnach bis 1996 lediglich 218 der 33 305 auf inoffizielle Stasizusammenarbeit überprüften Lehrerinnen und Lehrern gekündigt, wobei 1 319 Personen seitens des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg als „bedenklich/zweifelhaft“ eingestuft worden waren. Im Vorfeld der Kontrollen waren allerdings bereits 2 675 Lehrer aus dem Schuldienst ausgeschieden, unter ihnen vermutlich ein überdurchschnittlich großer Anteil von stasibelasteten Lehrern.⁷

Die Überprüfung in Thüringen ergab übrigens bei ca. drei Prozent der Arbeitnehmer/innen im Verantwortungsbereich des Kultusministeriums Hinweise auf eine Stasibelastung. 525 der 839 als belastet eingestuft wurden nach einer Anhörung gekündigt. Das sind rund 1,3 Prozent. Bis auf einen Hausmeister gehörten alle zum pädagogischen Personal.⁸ Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass der Überprüfung auf eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem DDR-Geheimdienst bereits eine Überprüfung auf fachliche und politische Nichteignung vorausgegangen war. In Berlin sind bis Mitte 1993 insgesamt nur rund 300 Pädagog(inn)en mangels persönlicher politischer und/oder fachlicher Eignung entlassen worden.⁹ Unter diese fallen in unbestimmter Größenordnung anteilig auch jene Lehrer/innen, die wegen ihrer früheren inoffiziellen Tätigkeit für das MfS nicht weiterbeschäftigt wurden. Ihnen hinzuzurechnen wären wiederum anteilig jene Lehrerinnen und Lehrer, deren Entlassung aus dem Schuldienst infolge des staatlichen, politischen und geheimdienstlichen Zusammenbruchs der DDR vorhersehbar war und denen bereits vor dem Inkrafttreten expliziter vereinigungsrechtlicher Regelungen gekündigt wurde bzw. die wohlweislich eigens gekündigt hatten.

Im BStU-Archiv vereinzelt aufgefundene MfS-Berichte bestätigen die allem Anschein nach relativ geringe IM-Quote. So führte die Staatssicherheit in dem Berliner Stadtbezirk Weißensee 1984/85 an 33 Schulen insgesamt lediglich fünf IM, von denen ein IM „überwiegend brach (lag)“ und ein weiterer selbst operativ durch das MfS „bearbeitet“ werden musste.¹⁰

Vermutlich ist es aber ausgerechnet diese verhältnismäßig geringe Zahl von IM-Lehrer(inne)n, die so sehr belastet. Denn zum

einen wiegt schwer, dass bei Pädagog(inn)en als so bezeichnete Werbungsgrundlage nur selten Erpressung¹¹ oder Bestechung¹² nötig wurden. Zumeist hatte es den Stasiwerbern genügt, an herrschaftskonforme, ohnehin vorhandene oder vermutete „positive Überzeugungen weltanschaulichen, moralischen und politischen Charakters“ anzuknüpfen, wie an „marxistisch-leninistische Überzeugungen von der Notwendigkeit der revolutionären Macht der Arbeiterklasse, das wissenschaftlich fundierte Feindbild, patriotische und demokratische Überzeugungen ..., das humanistische Berufsethos, gesellschaftliche Leitbilder und persönliche Vorbilder“¹³. Solche Übereinstimmung in „politisch-ideologischen Grundfragen“ bei Lehrer(inne)n zu identifizieren, dürfte generell nicht sehr schwer gefallen sein.¹⁴ Das Eis zwischen den überwiegenden Nicht-IM und den IM wirkt aus dieser Perspektive dünn und zerbrechlich. Es hätte wohl weit mehr Pädagoginnen und Pädagogen treffen können, wenn es seitens des MfS für erforderlich erachtet worden wäre, eine größere Zahl von IM-Lehrer(inne)n zu rekrutieren.

Dass die Stasi den Bedarf an IM-Lehrer(inne)n einigermaßen gering veranschlagte, ist Ergebnis einer etwa bereits 1947/48 einsetzenden (Selbst-) Disziplinierung des Volkssystem, in deren Verlauf es schließlich bis Anfang der 1960er Jahre nicht nur gelang, die beanspruchte bildungspolitische Führungsrolle der SED rigoros durchzusetzen, sondern seitens des Ministeriums für Volksbildung und im Besonderen seit 1963 in der Person Margot Honeckers als Ministerin das eigene Ressort sicher zu beherrschen.¹⁵ Als schließlich Erich Honecker 1971 als Nachfolger Walter Ulbrichts zum 1. Sekretär der SED aufstieg und 1976 auch das Amt des Vorsitzenden des Staatsrates übernahm, erlangte die Volksbildungsministerin als Gattin des mächtigsten Mannes in der DDR und überdies selbst als Mitglied des SED-Führungszirkels eine Machtfülle, die sogar die angemähte führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei im Volkssystem de facto außer Kraft setzte und selbst den Zugriff der Staatssicherheit auf das Ressort der *First Lady* ebenso einschränkte wie kaum noch erforderlich erscheinen ließ. Letztlich gelang die Disziplinierung des Volkssystem in einem Maße, dass sogar die beginnende Erosion der SED-Herrschaft seit den 1980er Jahren in der Folge des Politikwechsels in der Sowjetunion bis hin zum Mauerfall 1989 keine herrschaftsrelevanten Auflösungserscheinungen bewirkte. Zwar hielt im letzten Herbst der DDR die Reformbereitschaft innerhalb der Lehrerschaft allen Berichten der Stasi zufolge wohl Schritt mit den zögerlichen politischen Veränderungen „von oben“. Voran waren Lehrer/innen nicht gegangen. Sogar im Moment des Zusammenbruchs des alten Systems hatte das geschichtlich gewachsene, staatlicher- und parteilicherseits erzwungene, alles in allem schließlich loyale Verhalten der Pädagogenschaft keinen sonderlichen geheimdienstlichen Handlungsbedarf provoziert. Versuche der DDR-Opposition in den 1980er Jahren, auch Teile der Lehrerschaft zu gewinnen, gelangten nach Beobachtung des MfS allenfalls ausnahmsweise. So nimmt es nicht Wunder, dass der IX. Pädagogische Kongress, der im Juni 1989 im Palast der Republik in Berlin mit großen propagandistischem Aufwand zelebriert wurde, seitens der Mächtigen in der DDR als das letzte erfolgreiche politische Großereignis in der bis dahin fast vierzigjährigen Geschichte der DDR verbucht werden konnte.¹⁶ Schon wenig später setzte die *Republikflucht* tausender, zumeist junger DDR-Bürger über die ungarische Grenze ein, die das nahende Ende der DDR einläutete.

Schule und Staatssicherheit – eine 40jährige Beziehungsgeschichte

Die geringe IM-Quote unter den DDR-Lehrern sollte indessen nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass die Geschichte des Verhältnisses von Schule und Staatssicherheit beinahe die gesamte Existenz der DDR über währte. Obgleich ein solches Beziehungsgefüge vorauszusetzen geradezu selbstverständlich erscheint, liegt das Interesse eines Geheimdienstes an Fragen der Erziehung ja durchaus nicht auf der Hand. Vielmehr offenbart sich diese Beziehung als ein schwerwiegendes Indiz für den Charakter des Staates, der ein weltanschaulich geleitetes und historisch durch den 17. Juni 1953 geprägtes tiefes Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung hegte und tatsächlich letzten Endes an deren mangelnder Loyalität scheiterte.

In der DDR lässt sich dieses charakteristische Verhältnis von Pädagogik, speziell von Schule und Geheimdienst in folgender Weise modellhaft strukturieren:

Erstens kann der Zugriff der Staatssicherheit auf die Erziehungsverhältnisse bereits als Konsequenz eines geheimdienstlich wahrgenommenen und für *sicherheitsbedenklich* gehaltenen Widerspruchs zwischen pädagogischer Absicht und Erziehungsresultat gelten. Diese Unzufriedenheit mit pädagogischen Effekten vor allem des DDR-Bildungssystems und der Kinder- und Jugendorganisation gründete sich auf eigene, dem Anspruch nach zunehmend raumgreifende und an Systematik gewinnende Recherchen sowie auf die zentrale Sammlung und Analyse von Praxisberichten verschiedener Herkunft. Es handelte sich somit um eine spezifische, geheimdienstliche Form der Beobachtung von Erziehungsstatsachen.

Zweitens hat diese Beobachtung und Analyse von Erziehungstatsachen und die damit einhergehende Registrierung pädagogischen Misserfolgs die Staatssicherheit dazu getrieben, die Erziehungsverhältnisse verbessern zu wollen. Die Stasi erhob sich im Rahmen des sogenannten politisch-operativen Zusammenwirkens (POZW) mit der Schule und weiteren staatlichen und gesellschaftlichen Erziehungsinstitutionen zum Mentor professioneller Pädagogik.

Drittens veranlasste das beobachtete Auseinanderfallen von Soll und Sein in der Erziehung die Herausbildung einer eigenen, ebenfalls staatlichen, aber konspirativen pädagogischen Praxis des MfS. Dabei agierte der Staatssicherheitsdienst sogar innovativer als es sonst realsozialistischer Pädagogik gelang.¹⁷ Die geheimdienstliche Erziehungspraxis durchbrach die traditionellen Grenzen intentionaler Pädagogik. Der Versuch, die Bedingungen des Aufwachsens – des Seins – zu manipulieren, um Einfluss auf das Bewusstsein zu gewinnen, erscheint als der ebenso unvollendete und unvollkommene, deshalb aber nicht schon gänzlich misslungene, jedenfalls bildungsgeschichtlich bemerkenswerte konspirative Versuch, Sozialisation auf konsequent materialistische Weise pädagogisch zu beherrschen.

Viertens war allein die Existenz der Staatssicherheit für sich bereits gesellschaftliche Bedingung des Aufwachsens in der DDR. Als Herrschaftsinstrument verhieß das MfS über Jahrzehnte herrschaftssystemische Stabilität, schürte Angst, limitierte bedrohlich Individuation, erzeugte Anpassungsdruck und -bereitschaft.¹⁸

Und schließlich gehörte *fünftens* die militärpädagogische Reproduktion des eigenen offiziellen und inoffiziellen Nachwuchses

als entscheidende Bedingung sowohl für die Herausbildung einer MfS-eigenen pädagogischen Praxis wie für einen erfolgversprechenden Zugriff auf die staatlichen und gesellschaftlichen Erziehungsinstanzen zum selbstverständlichen pädagogischen Handlungsfeld des MfS.

Im historischen Aufriss ist der Staatssicherheitsdienst samt seiner geheimnisumwitterten Aura somit einerseits als Sozialisationsbedingung und andererseits als Erziehungsinstanz wahrnehmbar.

In diesem Modell beansprucht das Verhältnis von Schule und Staatssicherheit in seiner charakteristischen Gleichzeitigkeit von Kooperation und Observation einen eher bescheidenen Platz. Zwischen der Gründung des MfS 1950 und dem Mauerfall 1989 lassen sich gleichwohl grob drei Entwicklungsphasen der Beziehung unterscheiden.

Die *erste* Phase reicht die ganzen 1950er Jahre hindurch bis in die Zeit des Mauerbaus 1961 und ein wenig darüber hinaus. Schulen, vor allem Oberschulen erregten vor allem deshalb die sicherheitspolitische Aufmerksamkeit des MfS, weil entweder Schüler nach Einschätzung der Stasi sich den sozialistischen Erziehungsanstrengungen nachhaltig widersetzten oder Lehrer gegenüber ihrem Erziehungsauftrag „passiv“ blieben, sie sich mit den Grundfragen der SED-Politik überhaupt nicht vertraut zeigten oder sich sogar offen ablehnend gegenüber den politischen und ideologischen Zumutungen verhielten. Konfliktfelder jenes ersten Jahrzehnts waren vor allem die Durchsetzung des sozialistischen Erziehungsauftrages, die Auseinandersetzungen um den Einfluss der Jungen Gemeinde und die Republikflucht von Schülern und Lehrern. Bereits in das erste Jahr der Existenz des MfS fallen beispielsweise die Ereignisse um den Werdauer Oberschülerprozess 1950/51.¹⁹ In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erzwang die Republikfluchtwelle höchste Aufmerksamkeit. Das Ende dieser ersten Phase markieren die drakonischen Maßnahmen gegen Oberschüler in Anklam, die gegen das 1961 verabschiedete Verteidigungsgesetz der DDR protestiert hatten.²⁰

Je mehr es nach der Abriegelung der DDR gegenüber dem Westen 1961 und insbesondere seit der Übergabe des Ministeramtes an Margot Honecker in der *zweiten* Phase gelang, das Schulwesen in eigener Regie des Ministeriums für Volksbildung zuverlässig politisch zu sichern, desto weniger bedurfte es geheimdienstlicher Überwachung. Über das Einschreiten bei für sicherheitspolitisch relevant gehaltenen sog. Vorkommnissen hinaus existierten bis gegen Ende der 1970er Jahre kaum mehr hinreichende sicherheitspolitische Argumente. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der Aufklärung systemeigener Gefahren, die vorgeblich von erziehungsresistenten, sich gegenüber den Erziehungsambitionen des Staates ablehnend verhaltenden Schülern und Lehrern ausgingen, hin zur Abwehr der so genannten politisch-ideologischen Diversion (PiD) des Westens. Nach wie vor beobachtete „Fehlentwicklungen“ wurden in erster Linie als „Wirkungserscheinungen“ vor allem des westlichen Medieneinflusses, verwandtschaftlicher Beziehungen und ost-west-deutscher Kirchenkontakte gedeutet. In der Wahrnehmung der Stasi schienen „die pädagogische Intelligenz und die Jugend“ zu bevorzugten „Zielgruppen des Gegners“ geworden zu sein. Aber auch pädagogisches Unvermögen wurde als „begünstigende Bedingung“ erzieherischen Misserfolgs registriert. So heißt es in einem Bericht über die Lage an Oberschulen und Berufsschulen im Bezirk Frankfurt/Oder aus dem Jahr 1978:

„Lehrer und Erzieher erfassen zum Teil nicht die besondere Problematik des Umgangs mit Schülern (besonders höherer Klassen) und Lehrlingen und reagieren auf bestimmte für die jeweilige Altersgruppe typische Erscheinungen falsch. Einige Lehrer er-

kennen offensichtlich auch nicht, welche Wandlungen sich in der Persönlichkeit, den Interessen, Neigungen und Einstellungen der Schüler über längere Zeit vollziehen.“²¹

Als der VIII. Pädagogische Kongress 1978 gleichsam das Ende dieses in sicherheitspolitischer Beziehung spannungsarmen Jahrzehnts und damit die *dritte* Phase im Verhältnis von Geheimdienst und Schule einläutete, waren auch den Verantwortlichen im Ministerium für Volksbildung nicht alle Wandlungen im Generationenverhältnis entgangen. Selbst in der betont optimistischen Ansprache Margot Honeckers wurden einzelne „Fehlentwicklungen“ eingeräumt, auch zeitweilige Schwierigkeiten und Misserfolge.²² Dabei hatte sich das systembedrohliche Konfliktpotenzial des obligatorischen Wehrunterrichts in den Schulen noch kaum gezeigt.²³

Bis zur Mitte der 1980er Jahre nahm den überlieferten Quellen zufolge das Interesse der Staatssicherheit am Bildungssystem wieder zu. In der Wahrnehmung des MfS hatte die politisch-ideologische Diversion des Gegners „einen Teil“ der DDR-Jugendlichen erreicht. Die jahrelange relative Enthaltbarkeit nötigte nun zu systematischen Bestandsaufnahmen. Sie dokumentieren das inzwischen entstandene beachtliche Defizit an Informationen über die Funktionsweise des Bildungssystems. Charakteristisch für die Mitte des Jahrzehnts sind Inventuren über „Objekte“ im „Sicherungsbereich Volksbildung“ des jeweiligen „Verantwortungsbereichs“ und Funktionsanalysen des Systems.

Besonders beunruhigte nun, dass der noch zu Beginn der 1980er Jahre rückläufige Trend in der Jugendkriminalität sich nicht weiter fortsetzte. Für sicherheitspolitisch bedeutsam angesehen wurde ebenfalls, dass alle Antragsteller auf Übersiedlung in den Westen jünger waren als der Staat, dem sie entkommen wollten. Es handelte sich also um „Personen, die die Schulen unserer Republik besuchten, ausgebildet wurden und studiert haben“. Auch die Übersiedlungersuche von „pädagogischen Kräften“ hatten zugenommen.²⁴ Schüler, die an der Republikflucht gehindert wurden, gaben bei ihrer Vernehmung zu Protokoll, „freier leben“ zu wollen. Gemäß geheimdienstlicher Interpretation verstanden sie darunter, „dass sie nicht ‚bevormundet‘ werden bzw. gesagt bekommen (wollen), was sie zu tun hätten, sondern allein nach ihren Vorstellungen leben könnten“²⁵. In der Wahrnehmung des MfS wiesen solche Vorkommnisse auf beunruhigende Reibungsverluste, wenn nicht gar auf gefährliche Misserfolge des Volkssbildungssystems hin.

Lagebeurteilungen aus den letzten beiden Jahren der Existenz des MfS schließlich gestanden die über Jahrzehnte vergebliche sicherheitspolitische (Liebes-) Müh' ein. Die mitunter in Berichten auch zugegebene eigene Unfähigkeit, die SED-Jugendpolitik noch sichern zu können,²⁶ hatte geradezu zwangsläufig nach den Ursachen und Bedingungen für die wachsenden Schwierigkeiten fahnden lassen. Zwar wurden diese nach wie vor primär der PiD angelastet, aber auch vor allem dem Schulwesen attestierten MfS-Mitarbeiter jetzt wieder und sogar mit abnehmender Zurückhaltung, versagt zu haben. In ihren Analysen räsionierten sie, dass die Schule dem „politisch-ideologisch“ resistenten Verhalten Heranwachsender nicht konsequent genug begegnet sei.²⁷

Während sich gegen Ende der DDR die Einsicht durchzusetzen begann, dass das Volkssbildungssystem der Strahlkraft des Westens immer wenig entgegen zu arbeiten vermochte, ging nach dem Urteil der Staatssicherheit andererseits von den Bildungseinrichtungen immerhin keine Existenzbedrohung für den Staat aus. Noch im Frühjahr 1989 konnte das MfS mit Blick auf die Schule im Großen und Ganzen eine sicherheitspolitisch unbedenkliche

Lage vermelden. Erst als sich das Lehr- und Erziehungspersonal zu Schuljahresbeginn 1989/90 größtenteils wieder einfand, war die kleine pädagogische Welt der DDR eine andere geworden. Das noch auf dem IX. Pädagogischen Kongress gelobte, mehr als vierzig Jahre währende Erziehungsprojekt war im Sommer 1989 medienwirksam implodiert: Tausende über Jahre umsorgter jugendlicher und jungerwachsender Hoffnungsträger²⁸ hatten sich unübersehbar einer realsozialistischen Gegenwart und Zukunft verweigert und vor den Augen der Weltöffentlichkeit die Flucht in den Westen angetreten.

fachlich: Hohe Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, absoluter Spitzenschüler seiner Klasse, aktiv in allen Fächern, Träger der Lessing-Medaille in Silber, der 2.höchsten Schülerauszeichnung in der DDR. Berufswunsch seit dem 6.Schuljahr Medizin, Verpflichtung zur 3 jährigen Dienstzeit in der NVA

pol.ideal.: für sein Alter bereits recht gefestigte marx.Lenin.Position und Weltanschauung, dokumentiert durch hohe gesellschaftl.Einsatzbereitschaft und progressive Diskussionen im Jugendverband u.gesellsch. Organisationen.

gesellsch.: stellvertretender FDJ-Sekretär seiner Klasse, größte Einsatzbereitschaft im DRK, jetziger stellv.Vorsitzender der GO des DRK der Kreuzschule, Mitglied der Stadtbezirks- und Bezirksjugendkommission des DRK, Gruppenführer der 2.Wettkampfgruppe der Rot-Kreuz-Jugend der GO der Kreuzschule. Lehrkraft zur Ausbildung von Gesundheitshelfern mit bereits guten Erfolgen und Geschick. Äußerst selbständige, verantwortungsbewusste Arbeitsweise mit viel eigener Initiative und hervorragendem Organisationstalent bei der Lösung von DRK-Arbeit. Bereits gut ausgeprägte Leitungsfähigkeiten. Aktiv im Pflege- und Operationsdienst des DRK (Pflegespanne in Silber, Leistungsabzeichen in Silber). Ausgewählter und vorbereiteter Kader der Rot-Kreuz-Jugend für nationale und internationale Aufgaben. Erfolgreicher Teilnehmer am IV.Internationalen Rot-Kreuz-Jugendlager in Weimar 1985. Mitglied der FDJ, GST, DSF

charakterl.: Für sein Alter bereits reifer als seine Mitschüler, ausgeglichenes Wesen, etwas ruhig und zurückhaltend, sehr bescheiden und sich nie in den Vordergrund schubend, dabei aber kontaktstark. Sehr überlegt in seinen Reden, nie vorschnell urteilend, hoch angesehen bei seinen Mitschülern, offen ehrlich; hervorstechend seine absolute Zuverlässigkeit bei der Erledigung ihm übertragener Aufgaben ("reißt sich für das DRK ein Bein aus!"), sehr zur Anständigkeit und Höflichkeit erzogen (etwas bürgerlich?), wird Erwachsenen "nie über den Mund fahren", Gleichaltrigen gegenüber aber recht bestimmt in seinem Wesen bei großer Kameradschaftlichkeit.

privat: Wohl aus progressivem bürgerlichen Hause? Vater [redacted], Mutter [redacted] (christliche Anschauungen wurden nie bemerkt, geschweige denn verbreitet). Vater Ingenieur [redacted], Elternaktivmitglied, aktiv im Wohnbezirksvorstand seiner Partei. Westverwandtschaft: [redacted], der sehr gelegentlich die DDR besucht, auch briefliche Kontakte mit [redacted], sonst keine Kontakte (nach Aussagen Andreas?). [redacted] hat seit einem Jahr eine gleichaltrige Freundin aus einer Parallelklasse [redacted], nach meinen Beobachtungen eine saubere, anständige Partnerschaftsbeziehung von Dauer.

spät.Zugf- spät: Mutter Fachgebietsleiter Statistik, beide Eltern überaus schulfreundlich, keine Frömmerei, bewußt progressive Staatsbürger

Kopie EStU ARS
329 am
1. 11. 1989

BSU-A - „Bergmann“. Archiv-Nr. 2369/89, Bl. 305.

Lehrer aus ihren Kollegien überwacht zu werden. Im Falle eines ungerechtfertigten Vertrauensvorschlusses gegenüber einzelnen Kolleg(inn)en waren peinliche Situationen mit ungewissem Ausgang kaum zu vermeiden. So vermutete beispielsweise eine Direktorin unvorsichtigerweise gegenüber einem IM aus ihrem Kollegium, „daß die Staatssicherheit einen Informanten ... unter den Lehrern u. wahrscheinlich auch Schülern (haben muß), denn die erfahren alles und wissen genau Bescheid.“ Der IM „äußerte daraufhin, daß man ja dann alles doppelt sehen muß und vorsichtig sein muß. Das bestätigte ihm die ... mit den Worten: ‚Ich sehe alle doppelt und bin sowieso vorsichtig!‘“²⁹

Dieser Bericht des IM an seinen Führungsoffizier illustriert die von DDR-Bürgern ohnehin vermutete Allgegenwart der (geheimdienstlichen) Staatsgewalt. Er ist aber andererseits auch geeignet, die verbreitete Unterschätzung der IM zu befördern. Eine Verkenning ihrer tatsächlichen Bedeutung kommt bereits in der noch immer häufig anzutreffenden Deutung der IM als informelle Mitarbeiter der Stasi zum Ausdruck. Ihre Rolle wird damit auf eine gewöhnliche Informanten- bzw. Spitzelfunktion reduziert. Korrekterweise handelt es sich im Selbstverständnis der Staatssicherheit aber bei den IM um inoffizielle Mitarbeiter, deren Aufgabenspektrum viel weiter reichen und auch anspruchsvollere geheimdienstliche Aufgaben umfassen konnte. Denn grundsätzlich wurden IM-Lehrer in allen für die Stasi als sicherheitsrelevant eingestuften Bereichen aktiv. Der archivalischen Überlieferung nach haben IM-Lehrer regelgerecht über „Stimmungen und Meinungen“ im Wohnumfeld und in ihren jeweiligen Kollegien berichtet, haben Nachbarn, Familienangehörige und Kollegen bespitzelt und damit Antworten auf die für die Stasi so wichtige Frage „wer ist wer“ geliefert. Ausgesuchte IM-Lehrer wurden aber auch für verantwortungsvollere Aufgaben benötigt. Es gibt hinreichend Belege für die Agententätigkeit von Lehrern etwa im Auftrag der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Auch wurden IM-Lehrer eingesetzt, um zu Feinden stigmatisierte Personen zu „bearbeiten“, d.h. nicht nur über sie Informationen zu beschaffen, sondern deren Verhalten zu manipulieren bis hin zu der perfiden Aufgabe, zu deren „Zersetzung“³⁰ beizutragen. Ebenfalls wurden Lehrer verwendet, um so bezeichnete „begünstigende Bedingungen“ für den Einfluss des westlichen „Gegners“ zu erkennen und zu beseitigen.

Die inoffizielle Basis des MfS an den Schulen

1. Lehrer

Zu den wenig beachteten und so gut wie überhaupt nicht erforschten Beziehungen zwischen Schule und Staatssicherheit gehören die *offiziellen Kontakte* zwischen den Funktions- und Amtsträgern der Schule und Stasioffizieren. Diese Begegnungen waren in der Regel sicherheitspolitisch veranlasst und gesetzlich vorgeschrieben. Dazu gehörte in erster Linie die Informationspflicht von Leitern über besondere, d.h. sicherheitspolitisch relevante Vorkommnisse an den Bildungseinrichtungen. Die Verwaltungsbürokratie des Volksbildungssystems, vor allem die Schulinspektoren, im Verein mit der parteilichen Kontrolle durch die SED-Funktionäre an den Schulen beugten Verstößen gegen die Meldeordnung wirksam vor, obgleich es auch zu vereinzelt Pflichtverletzungen kam durch den Versuch von Amtsträgern, Schüler bzw. Lehrer resp. die Schule aus der sicherheitspolitischen Schusslinie zu nehmen. Außerdem mussten Mitglieder der Schulleitung – wenn sie denn nicht selbst auch inoffiziell mit der Staatssicherheit zusammenarbeiteten – damit rechnen, durch IM-

Dieses Aufgabenspektrum hatten IM-Lehrer mit inoffiziellen Mitarbeitern anderer gesellschaftlicher Bereiche gemein, denn bei all dem spielte ihre Profession keine entscheidende Rolle. In Widerspruch zu ihrer spezifischen beruflichen Verantwortung gerieten IM-Lehrer, sobald der geheimdienstliche Auftrag verlangte, das eigene pädagogische Klientel, die ihnen anvertrauten (unmündigen) Schülerinnen und Schüler, zu bespitzeln oder gar zu „bearbeiten“, und die Auftrags erledigung ohne den Vertrauensbruch nicht zu haben war. Dieser Vertrauensbruch wurde bereits begangen, wenn IM-Lehrer konspirativ eigentlich nichts anderes taten als auch sonst offiziell, d.h. vor allem Schüler zu beurteilen. Selbst eine noch so ungerechte Schülerbeurteilung wiegt weniger schwer als eine für die Stasi im Geheimen gefertigte Einschätzung. Gegenüber ersterer konnte sich wie auch immer Widerspruch regen, konnte eigene Urteilskraft entgegen arbeiten; der zweiten waren Schüler hilflos ausgeliefert, vor allem auch deshalb, weil über solche Beurteilungen möglicherweise Lebenswege gesteuert wurden. Die Verletzung des Professionsethos disqualifiziert IM-Lehrer pädagogisch.

„Liebig“ – aus dem geheimdienstlichen Leben eines gewöhnlichen IM ³¹

Die IM-Karriere des Lehrers mit dem Decknamen Liebig begann ein Jahr nach dem Mauerbau und endete 1985. Wahrscheinlich wurde Liebig im Herbst 1989 noch einmal geheimdienstlich reaktiviert, bevor sich seine konspirative Spur mit der Auflösung des MfS verliert. Durch Quittung belegt sind Präsente für eine mehr als zwei Jahrzehnte währende inoffizielle Tätigkeit in Höhe von 41,80 Mark.

Liebig, 1932 geboren, war 1951 der ostdeutschen CDU beigetreten und galt als guter DDR-Bürger, der „fest zum sozialistischen Staat (steht)“. „Zur Kirche“ hatte er „keine Beziehungen“. Seinen Decknamen hatte der Biologie- und Chemielehrer in Verehrung für Justus von Liebig gewählt. Die Anwerbung gelang problemlos auf der Basis der „Überzeugung von der Notwendigkeit der inoffiziellen Arbeit“. Lediglich zwei Kontaktgespräche waren der Werbung vorausgegangen. Im Interesse einer guten Zusammenarbeit wurden Telefonnummern ausgetauscht, allzweiwöchentliche Treffs in konspirativen Wohnungen („Rubens“, später „Villa“, zuletzt „Hertha Thiele“) verabredet und für außerplanmäßige Kontaktaufnahmen eine Losung gefunden: „Nach neuesten wissenschaftlichen Forschungsergebnissen sind Viren keine Eiweißkörper“.

Zu möglichen Einsatzrichtungen bestimmte die Kreisdienststelle (KD) der Staatssicherheit die Absicherung der Erweiterten Oberschule (EOS), in der Liebig beschäftigt war, ferner die „Bearbeitung von Gruppierungen in der CDU“ und schließlich in besonderen Fällen die „Absicherung im Wohngebiet“. Liebigs Ehefrau wurde nicht eingeweiht, obgleich auch sie als Informationsquelle zur „Absicherung (der) EOS“ durch den Gatten abgeschöpft werden sollte.

Liebig wurde im Verlaufe seiner IM-Laufbahn sowohl durch Führungsoffiziere als auch durch Führungs-IM (FIM) gesteuert. Auf den inoffiziellen Karrieregipfel gelangte er durch die Übergabe an die HVA Ende der 1970er Jahre, die aber mit Liebig nichts anzufangen wusste, weil ihm in seinem neuen Beruf als Pädagogischer Wissenschaftler der Reisekaderstatus versagt wurde. So blieb seine Rolle als Geheimer Informant (GI), nach der Umwidmung aller IM-Kategorien auf der Grundlage der MfS-Richtlinien 1/68 und 1/79 zum Inoffiziellen Mitarbeiter zur Sicherung bestimmter Bereiche (IMS)³² eher unspektakulär und bescheiden, mithin gewöhnlich und daher exemplarisch.

Liebig war zwar stets bemüht gewesen, „konkrete Aufträge zu realisieren“, kam jedoch oft nicht zum angestrebten Ziel. „Spitzeninformationen“ gelangen ihm jedenfalls nicht. Nur einmal wäre er nach dem Ende der eigentlichen IM-Karriere sicherheits- und wissenschaftspolitisch beinahe doch noch sehr wichtig geworden, aber darüber geben die Akten keine Auskunft, und die Einsatzmaßnahme versandete mit dem Ende der DDR und ihrem Geheimdienst.

Dabei hatte sich die Zusammenarbeit zwischen der Stasi-KD und Liebig anfangs „in relativ kurzer Zeit“ „gut entwickelt“. Zu den Treffs erschien der GI „stets pünktlich“. Seine Aufträge erfüllte er „gewissenshaft“. Nur manchmal brachte er „unter vielen Ausreden“ nicht zum geforderten Termin die geforderten schriftlichen Berichte „über negative Personen“. Im Allgemeinen zeigte sich Liebig „willig u. zielstrebig“. Für die Auftragserle-

digung war sein „gutes Einschätzungsvermögen“ sehr hilfreich. Besonders nützlich erwies sich beispielsweise ein sehr ausführlicher Bericht über die Zentrale Schulungsstätte der CDU, den Liebig 1966 auftragsgemäß fertigte. Dabei hatte er schon wegen seines politisch-ideologischen Sinneswandels nach dem Studium aus der CDU austreten wollen. Als langjähriges Mitglied dieser sogenannten Blockpartei blieb er umso interessanter für die Stasi. Weniger nützlich für eine gedeihliche Zusammenarbeit erwies sich allerdings der Umstand, dass „er stets eine klare Einstellung zu unserer Entwicklung in der DDR (zeigt) und ... diese ständig (sic!) in seinen Diskussionen zum Ausdruck (bringt)“. Liebig an Personen anzuschleusen, die seitens der Stasi für ausgesprochen negativ galten, hatte daher kaum Aussicht auf Erfolg. Die wenigen Versuche der Kontaktabbahnung zu „negativen Personenkreisen“ gelangen zwar, wenn auch mühsam; es war Liebig aber nicht möglich „zu den interessierenden Problemen vorzustoßen“. Die KD musste sich mit „Aussagen mit einschätzendem Charakter“ zufrieden geben. Zumindest konnte der Führungsoffizier z.B. notieren, dass die verdächtigen Personen sich für „Solchinsyn“³³ und ähnliche Leute sehr (interessieren)“. Auch gelang es Liebig Mitte der 1970er Jahre, seine Auftraggeber zu warnen, dass die so bezeichnete Aufnahmesperre in die SED seitens der CDU prompt zur eigenen Mitgliederwerbung ausgenutzt wurde. Überrascht wurde die (sicherheits-) politische Führung durch solche Informationen aus der CDU-Ortsgruppe sicherlich nicht, auch nicht etwa davon, dass die CDU-Mitglieder gegen die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts 1978 keine Einwände vorbrachten.

In seinem Wohngebiet hielt Liebig die Augen offen. Personen, die in Westautos daherkamen, um Nachbarn zu besuchen, wurden beobachtet, der Stasi gemeldet und sodann im Bedarfsfall anhand von Personenkarteien identifiziert.

Liebigs inoffizielle Hauptaufgabe blieb jedoch die Sicherung der EOS. Dass ihn wegen seines Vertrauensmissbrauchs Gewissenskonflikte plagten, ist nicht erkennbar. Freimütig berichtete er zu Stimmungen und Meinungen seiner Kolleg(inn)en. Er baute Kontakte zu verdächtigten Lehrer(innen)n auf und nahm auch in Kauf, ihnen möglicherweise zu schaden. Glaubt man den Berichten, dann war Liebigs großangelegte und aktenordnerschwer dokumentierte Agententätigkeit jedoch letzten Endes den Aufwand nicht wert, denn ausgesprochen negative Haltungen konnte er nie vermelden. Nur einmal sah sich die Stasi durch Liebig in ihrer Einschätzung bestätigt, dass eine Lehrerin, die eine Reise ins Nichtsozialistische Ausland (NSA) beantragt hatte, möglicherweise diese Gelegenheit zur Republikflucht ausgenutzt hätte. Die Entscheidung, ihr die Reise zu versagen, war aber auf Liebigs üble Nachrede nicht angewiesen gewesen.

Bemerkenswerterweise verdankte die Stasi-KD Liebig eine mehrseitige Einführung in die subjektorientierte DDR-Pädagogik der 1980er Jahre, die vordergründig der Fundierung seiner Kritik an der pädagogischen Praxis in der EOS diente, unter der Hand aber auch der pädagogisch-wissenschaftlichen Horizonterweiterung der Stasioffiziere von Nutzen gewesen sein mochte.

Liebig war raffiniert genug, sich gegenüber seinen inoffiziellen Dienstherrn schadlos zu halten. Überwiegend kritisierte er in seinen Berichten die Leitung der Erweiterten Oberschule. Seine abverlangten wie seine unerbetenen Informationen dienten ihm anscheinend dazu, den offiziellen Machtvorsprung der Direkti-

on ihm gegenüber inoffiziell auszugleichen. So gelang es ihm rasch, das Interesse der Stasi auf die Tätigkeit der Schulleitung zu richten. Beispielsweise brachte er den Direktor in den Verruf, bei der Prämienvergabe Günstlinge zu bevorzugen. Aber auch solche Verdächtigungen entbehrten letztendlich jeglicher sicherheitspolitischer Relevanz, mögen sie auch noch so gerechtfertigt gewesen sein.

Auskunftsfreudig verhielt sich Liebig ebenfalls uneingeschränkt bezüglich seiner Schüler. Anscheinend traute man ihm wegen seiner CDU-Mitgliedschaft am ehesten Informationen über Mitglieder der Jungen Gemeinde und Pfarrerskinder zu. Viel brachte Liebig auch hier nicht zustande. Was er wusste, berichtete er, selbst wenn es sich nur um die Vermutung handelte, dass Mitglieder der Jungen Gemeinde zu jenen gehören könnten, die Westfernsehen ‚hören oder sehen‘ oder die eventuell zu jenen zu rechnen seien, „die bei der ersten besten Gelegenheit unseren Staat verraten werden“.

Weit nützlicher wurde Liebigs Kompetenz bei der Auswahl von Schülern, die für eine Laufbahn in der Nationalen Volksarmee (NVA) gewonnen werden sollten, zumal er sich außerschulisch in der vormilitärisch ausgerichteten Gesellschaft für Sport und Technik (GST) engagierte.

Nachgefragt wurde Liebigs „Einschätzung“ schließlich auch, als ein Schüler als IM gewonnen werden sollte.

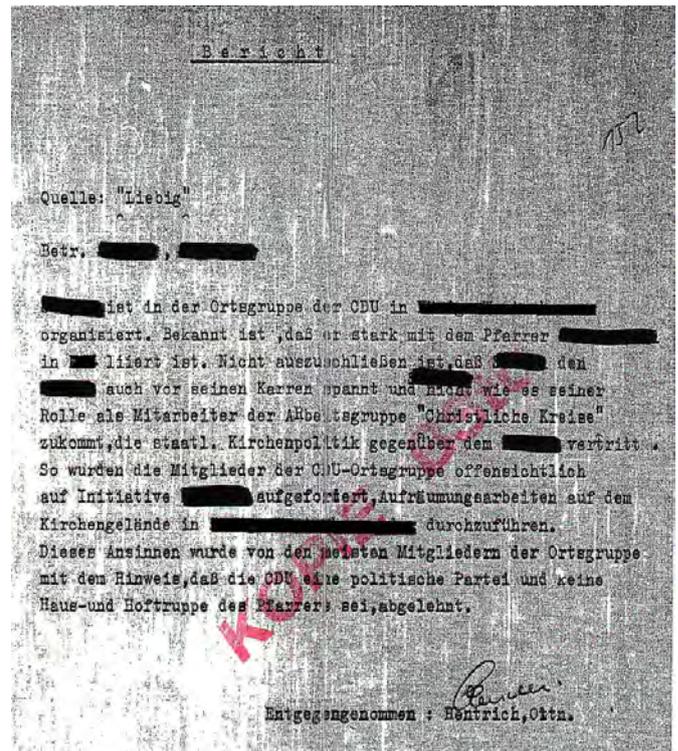
2. Schüler

Die Frage, in welcher Größenordnung Schüler für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit der Stasi verpflichtet wurden, ist schwierig zu beantworten. Erste Untersuchungen legten die Vermutung nahe, dass 1989 ca. 6 000 bis 10 000 Jugendliche unter 18 Jahren als IM für das MfS tätig waren³⁴. Inzwischen wurde im Ergebnis weiterer archivalischer Forschungen diese Größenordnung erheblich nach unten korrigiert. Vor allem anhand von Meldungen aus den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit ist der Anteil der unter Achtzehnjährigen an den IM geringer als ein Prozent zu veranschlagen, sollte also bei einer Gesamtzahl von etwa 170.000 IM gegen Ende der DDR deutlich unter 1700 gelegen haben, wahrscheinlich sogar unter 1 000 Personen. Vor allem aber wurden Schüler eher selten auch in dieser Eigenschaft für die Stasi interessant, denn zum einen erkannte die Stasi in den staatlicher- und gesellschaftlicherseits schwer kontrollierbaren Freizeiträumen Jugendlicher weitaus größere sicherheitspolitische Risiken. Zum anderen kamen vor allem Berufsschüler und Schüler Erweiterter Oberschulen in Frage. Dennoch bleibt bemerkenswert, dass es angesichts in der DDR geltender Gesetze unmündige IM überhaupt nicht hätte geben dürfen. Notfalls wurden jugendliche IM unter 18 Jahren daher kurzerhand als IM-Vorlauf oder schlicht als Kontaktpersonen registriert. Solche Gesetzesübertretung wurde durch Stasiminister Mielke höchst persönlich gedeckt. 1971 forderte er:

„Natürlich ist es nicht einfach, unter den Jugendlichen die richtigen IM zu schaffen, denn das müssen im Prinzip Jugendliche dieser besonders interessierenden Altersgruppe, z.B. 16- bis 20jährige sein, damit sie wirklich eindringen können. Solche IM müssen genauso ‚aufgebaut‘ werden wie das in anderen Fällen notwendig ist, d.h. hier muß bereits unter den 14- bis 15jährigen gezielt operativ gearbeitet werden, ausgewählt und sie für eine Zusammenarbeit mit uns in geeigneter Form gewonnen werden“³⁵.

Zahlreiche geheimdienstliche Forschungs- und Qualifikationsar-

beiten beschäftigten sich ausführlich mit der Auswahl, Kontaktierung, Werbung, Erziehung und geheimdienstlicher Ausbildung jugendlicher IM³⁶. Die Nachfrage nach jüngeren Jahrgängen riss natürlich nie ab, denn „IM im jugendlichen Alter (konnten – U.W.) nur eine begrenzte Zeit auf dem Gebiet der Jugend eingesetzt werden“. „Schon nach wenigen Jahren sind sie dem Jugendalter entwachsen“³⁷. Überdies stieg der vorgebliche Bedarf. Bereits seit der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren wurde der Trend unübersehbar, dass angeblich „staatsfeindliche und andere strafrechtlich relevante Delikte immer mehr von jüngeren Personen begangen“ wurden. „In zunehmendem Maße“ traten „Jugendliche im Alter von 17 bis 19 Jahren mit derartigen Aktivitäten in Erscheinung“³⁸. Allerdings war die Fluktuation unter jugendlichen IM besonders groß.³⁹



BStU-A – „Liebig“. Archivnr. 2758/85

Geheimdienstliche Einsatzbereiche im Volksbildungswesen

Zu den begehrtesten Informationen gehörten – erstens – von Beginn der Existenz des MfS an Berichte über den Einfluss der Kirchen auf die Schule. GI recherchierten besonders in den 1950er und ersten 1960er Jahren die Namen von Mitgliedern der Jungen Gemeinde, beschrieben die Kirchen als Widerpart herrschender politisch-ideologischer Erziehung und meldeten Lehrer, die sich während ihrer Freizeit in ihrer Kirchengemeinde engagierten. Die nach dem Mauerbau einsetzende Herrschaftsstabilisierung und im Besonderen die strategische Neujustierung des Verhältnisses von SED-Führung und Kirchen in den 1960er Jahren, die Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen (BEK) in der DDR 1969 und damit in entscheidender Weise das veränderte Selbstverständnis von Kirche bzw. Christen im Sozialismus ließen den Einfluss des weltanschaulichen Hauptkonkurrenten auf das Volksbildungssystem bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre hinein unter die akute sicherheitspolitische Relevanzschwelle absinken. Die dennoch anhaltenden Spannungen⁴⁰ waren im Ministerium für Volksbildung und beim Staatssekretariat für Kirchenfragen im Allgemeinen in sicheren Händen.

Als aber durch die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts an den Schulen ab 1978 die Opposition der Kirchen⁴¹ gegen die SED-Bildungspolitik nachdrücklich herausgefordert wurde, kehrten die kontinuierlich beargwöhnten weltanschaulichen Hauptkonkurrenten in den Fokus des geheimdienstlichen Interesses zurück. Eingehende Informationen wurden sorgfältig registriert, ausgewertet und in Form von „Berichten“ und „Informationen“ MfS-intern weitergereicht. Am günstigsten gestaltete sich die Observation, wenn es gelang, einen IM einzuschleusen. Allemal war die Stasi über die Selbstverständigungen im BEK informiert. Für den innerkirchlichen Gebrauch in Umlauf gebrachte Dokumente wurden eingehend gesichtet.

Durch die Gesprächsbereitschaft von Staatsrepräsentanten mit Leitungsvertretern des BEK und im Besonderen die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche bei der Luther-Ehrung 1983 wurde die Konfrontation entschärft. Die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit konnte sich dadurch auf zahlenmäßig überschaubare Aktionen von Teilen der Kirchenbasis konzentrieren. Doch die „nüchtern(en) und sachlich(en) Gespräche“⁴² kamen auch den Gemeindegliedern zugute. Ab der ersten Hälfte der 1980er Jahre boten die diplomatischen Gratwanderungen der Kirchenvertreter einen durchaus wirksamen Schutzraum für einzelne Basisinitiativen im Interesse von „Gleichachtung und Gleichberechtigung für junge Christen auch in der Schulwirklichkeit“⁴³.

Trotzdem forderten vor allem Friedensinitiativen der Kirche höchste geheimdienstliche Aufmerksamkeit. Sie stellten die Staatssicherheit vor die verzwickte Aufgabe⁴⁴, stets zwischen der politisch willkommenen Friedenssehnsucht von Christen und sog. pazifistisch verschleierte Angriffen auf die Friedens- und Wehrpolitik der DDR bzw. „die sozialistische Friedenspolitik“ und damit auf die Grundfesten des Staates zu unterscheiden. Vor allem die Aufgabe, die sich an der Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts entzündenden Konflikte unter Kontrolle zu halten, entwickelte sich zu einer Dauerbelastung der Staatssicherheit. Während „Informationen“ anfangs noch von der Gewissheit getragen schienen, die „kirchlichen Kräfte“ kontrollieren zu können, mischte sich in die Berichte der MfS-Zentrale schon bald Resignation. Die wachsende Hilflosigkeit zeigte sich im Besonderen darin, dass „durch das zunehmend offensive Auftreten kirchlich gebundener Schüler vor allem der oberen Klassen der POS und der EOS (vorwiegend Kinder kirchlicher Amtsträger), gegen angebliche Benachteiligungen und Behinderungen, gegen Wehrunterricht, ‚Kriegsspielzeug‘ u.a.m., verbunden mit aktiven Einschaltungen der Eltern und offizieller kirchlicher Stellen, ... eine Zunahme des allgemeinen Interesses der Schüler an der Kirche und ihrer Tätigkeit in der DDR festzustellen (ist)“⁴⁵. Auch wurde von IM eine verstärkte „Teilnahme von Jugendlichen an kirchlichen Veranstaltungen“ vermeldet.

Dennoch verblieb der Protest gegen den Wehrunterricht in einer überschaubaren Größenordnung. Experten gingen z.B. unter Berufungsschülern von rund 2 300 jährlichen Schießverweigerern aus, d.h. 2,2 bis 2,4 Prozent⁴⁶. Allerdings bereite die stetige Zunahme der Quote Sorge, während die Verweigerung der Schießausbildung bei EOS-Schülern als „nicht relevant ... (nur Einzelfälle bei echter kirchlicher Bindung)“ eingestuft wurde.⁴⁷

Allerdings waren die Wirkungen der Protesthaltung der Wenigen bedrohlich, weil sie der Mehrheit die Grenzen der Staatsmacht offenbarten. Seit 1986 wurden Schießverweigerer systematisch

durch die Stasi erfasst. Inzwischen wurde auch eine Veränderung in den Motiven der Verweigerung beobachtet. Während noch zu Beginn der 1980er Jahre etwa im Bezirk Magdeburg kein Fall bekannt geworden war, bei dem „der kirchliche Glaube nur als Vorwand genutzt wurde, um sich bewusst dem Wehrunterricht oder der vormilitärischen Ausbildung zu entziehen“⁴⁸, ergab eine DDR-weite Untersuchung aus dem Jahre 1988, dass im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung lediglich noch ein Fünftel der sog. Schießverweigerer „religiös gebunden“ war. Rund 80 Prozent versteckten demnach „hinter religiösen Gründen ... ihre wahre ideologische Position“. Ausgemacht wurden im wesentlichen drei Verweigererkategorien: Nach wie vor „religiös gebundene Jugendliche, die aus Glaubensgründen der Ansicht sind, nicht schießen zu dürfen bzw. den Pazifismusgedanken falsch auslegen“, daneben nunmehr auch „politisch Interessenlose, Indifferente, Drückeberger usw. mit unklaren Positionen, die sich hinter angeblichen religiösen Bindungen verstecken“ und schließlich gesellschaftskritische Pazifisten bzw. – im geheimdienstlichen Vokabular – „Feinde, die Religion und Kirche als Deckmantel für ihre Haltung und ihre Aktivitäten nutzen wollen“⁴⁹. Dieser Motivwandel signalisierte ebenso die politisch-ideologische Herrschaftserosion im Allgemeinen wie er den wachsenden Kontrollverlust des MfS⁵⁰ im Besonderen indizierte.

Für die Mitte der 1980er Jahre charakteristisch wurde das Eingeständnis, den Einfluss der Kirchen auf das Volksbildungswesen nicht mehr zurückdrängen zu können. Im Januar 1986 beschloss die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen, die zunehmend offensivere Kritik am Volksbildungswesen durch eine Prüfung der Lehrinhalte der Pflichtschule zu fundieren. Das Ziel bestand darin, „die Spannungen zwischen christlicher Erziehung und dem Konzept der kommunistischen Erziehung“ systematisch zu erfassen. Im Ergebnis entstand eine Analyse der Schulbücher für die Fächer Heimatkunde, Geschichte, Staatsbürgerkunde und Deutsch (Literatur) nach dem Stand des Schuljahres 1986/87, die umgehend in die Hände der Staatssicherheit gelangte.⁵¹

1988 drohten die Spannungen zwischen Schule und Kirche aus dem Ruder zu laufen. Die Staatssicherheit bekam es mit den gut dokumentierten⁵² Vorfällen an der Berliner EOS „Carl von Ossietzky“ zu tun. Nun bewährten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen Staat und evangelischer Kirchenleitung. Allerdings hatte sich die Lage für beide Seiten dadurch verkompliziert, dass sich mittlerweile unter dem Dach der evangelischen Kirchen eine Opposition nachhaltig etabliert hatte, die zwar den Schutz der Kirche in Anspruch nahm, aber sich vernehmlich als politische Bewegung entwickelte.⁵³

Angesichts wachsender öffentlicher Kritik am Volksbildungsressort bereitete es der Staatssicherheit besondere Sorge, wenn die Lage sich zusätzlich und unnötigerweise zu verschärfen drohte. Ein Stasioffizier berichtete zum Beispiel über eine Direktorin, die einer Schülerin das Tragen eines goldenen Kettchens mit einem Kreuz als Anhänger verbot und ihre Anweisung durchzusetzen versuchte, indem sie gegenüber der betreffenden Schülerin Hausverbot verhängte. Als Folge dieses taktisch vermeidbaren Konflikts „verbreitete sich Unzufriedenheit“ unter den Schülern, die wiederum nach der Interpretation des Stasioffiziers sich die Jugendpfarrerin „zur Meinungsmanipulierung der Mitglieder der Jungen Gemeinde“ zunutze machte. Man sah sich genötigt, die Direktorin auf konspirative Weise zur Mäßigung zu zwingen.⁵⁴

Auch der weithin störungsfreie Ablauf des IX. Pädagogischen Kongresses bestärkte die Staatssicherheit in der strategischen Gleichzeitigkeit von Deeskalation und Repression. Das Großereignis lief „ohne politisch-operative Vorkommnisse“ ab: „Die von reaktionären kirchenleitenden und im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden Kräften direkt und verstärkt vorgetragene Angriffe zur gezielten Einflußnahme auf die sozialistische Bildungs- und Erziehungspolitik kamen nicht zum tragen“.⁵⁵ Die erwarteten Eingaben/Schreiben an das Volksbildungsministerium im Vorfeld des Kongresses, in denen insbesondere Forderungen nach der „Demokratisierung und Entideologisierung“ des sozialistischen Bildungs- und Erziehungssystems“, nach dem „Abbau von Feindbildern“, nach „Gewährleistung ‚gleicher Bildungschancen für religiös gebundene Personen‘“, nach „angstfreie(r) Erziehung“, nach der „Trennung zwischen Schule und gesellschaftlichen Organisationen“, der „Abschaffung von politischen Symbolen (Pionierhalstuch)“ erhoben worden waren und vor allem die Demilitarisierung schulischer Bildung und Erziehung verlangten, erreichten die Öffentlichkeit nicht. Alle herrschaftskritisch interpretierten Zuschriften gelangten auf direktem Wege zur Staatssicherheit⁵⁶.

Zu einem zweiten bedeutsamen Betätigungsfeld der Staatssicherheit an den Schulen entwickelte sich unter den Bedingungen wachsender DDR-interner Kritik an der DDR-Militärpolitik in den 1980er Jahren die sog. *Militärische Nachwuchssicherung*. Vor allem aber zeigte sich der Geheimdienst daran interessiert, den eigenen Nachwuchs planmäßig und stetig zu rekrutieren. Seit den 1970er setzte die Auswahl der „Perspektivkader“ bereits in der 9. Klasse ein. Erst nachdem sich Schüler für eine Offiziers- oder Unteroffizierslaufbahn im MfS entschieden hatten, durften sich die in aller Verschwiegenheit angeworbenen sog. Berufsunteroffiziersbewerber (BUB) oder Berufsoffiziersbewerber (BOB) offiziell für eine militärische Laufbahn interessieren und beim jeweiligen Direktor der Schule registrieren lassen, und zwar grundsätzlich verdeckt für die Nationale Volksarmee. Da jedoch dieser Auswahlmodus die rechtzeitige Werbung für die NVA hinauszögerte, wurde seitens des MfS seit 1981 bereits in der 7. Klasse nach geeigneten Kadern Ausschau gehalten und schon im 8. Schuljahr der Gewinnungsprozess eingeleitet. Allerdings trafen die Werber bei Schülern und deren Eltern inzwischen auf eine sinkende Bereitschaft. Am sichersten noch wurde das Werbungssoll erfüllt, wenn – wie aus dem Ostberliner Stadtbezirk Hohenschönhausen dokumentiert ist – die Wahl vorzugsweise auf Schüler fiel, die „überwiegend aus Elternhäusern von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit“ kamen. Hier wurden die Sollzahlen noch Mitte der 1980er Jahre sogar deutlich übertroffen, im Maximum um fast das Doppelte.⁵⁷

Drittens gehörte es zu den selbstverständlichen Aufgaben, *besondere Vorkommnisse*⁵⁸ im Volksbildungswesen zu bearbeiten. Die früheste Häufung archivalisch überlieferter Vorfälle datiert vom Ende der fünfziger bis zum Ende der 1960er Jahre. Ende der 1970er Jahre begann eine zweite Phase mit Höhepunkten in den Jahren 1982-84 und 1988/1989. Außer den Konflikten mit den Kirchen und Vorfällen im Zusammenhang mit der Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts sowie den pazifistisch motivierten Widerspruchsaktionen von Schülern in diesem und im Kontext der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf dem Territorium beider deutscher Staaten ragen die Aufkündigung der Staatsbürgerschaft von Schülern und Lehrern, Widerspruchsaktionen gegen den Berliner Mauerbau und die Abriegelung der

Staatsgrenze, antisozialistisch motivierte Aktionen und rechtsextremistische bzw. neofaschistische „Erscheinungen“ an Schulen thematisch heraus.

Überblickt man die vorhandene Literatur zum DDR-Geheimdienst, so ist deren verbreitete Dämonisierung nur allzu verständlich. Daher nahmen die öffentlichen Reaktionen auf den Tod des langjährigen Stasichefs Erich Mielke kaum wunder. Die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley prophezeite z.B.: „Eins ist immerhin sicher: In den Himmel kommt Mielke nicht“⁵⁹. Und „Bild“ titelte: „Erich Mielke tot – kommt so einer in die Hölle?“⁶⁰ Nimmt man indessen die These von der „durchherrschten“⁶¹ Gesellschaft der DDR ernst, erweist sich der Staatssicherheitsdienst als spezifischer Bestandteil eines außerordentlich komplexen und mitunter auch eigentümlichen bis hierarchisch uneindeutigen⁶² Herrschaftsgefüges, das den Bestand der kleineren deutschen Republik und mit ihr vor allem die SED-Diktatur immerhin fast vier Jahrzehnte lang im Verein mit anderen Organen des Staates zu sichern half und ganz selbstverständlich auch in dieser Zeit gravierenden Veränderungen unterworfen war. Die Beziehung von Schule und Staatssicherheit ideal nach den Grundsätzen der POZW zu gestalten, gelang nicht. Dagegen sprach vor allem die sicherheitspolitische Selbstdisziplinierung des Volkssbildungssystems. Der geheimdienstlichen Vision näher zu kommen, wäre aber wohl nur eine Frage der Zeit gewesen ...

Prof. Dr. Ulrich Wiegmann ist Bildungshistoriker am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung/DIPF und Dozent an der Humboldt-Universität zu Berlin.

.....
BStU-A – Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR. (BStU-A)

¹ Der Beitrag beruht im Kern auf Forschungsergebnissen, die monografisch veröffentlicht sind in Ulrich Wiegmann, *Pädagogik und Staatssicherheit. Schule und Jugend in der Erziehungsideologie und -praxis des DDR-Geheimdienstes*. Berlin 2007 und hier mit weitergehenden Untersuchungsergebnissen zusammengeführt sind.

² Der Begriff versinnbildlichte die Vision einer sicherheitspolitisch durchwirkten Gesellschaft, in der alle „Potenzen der anderen Organe“ für die Sicherung von Staat und Gesellschaft erschlossen sind, alle Glieder und Bereiche der Gesellschaft ihnen zugemessene spezifische Sicherungsaufgaben immer besser erfüllen, sicherheitspolitisches Denken und Handeln zur alltäglichen, vertrauten Norm geworden ist, in der die Staatssicherheit sich somit „auf die Sicherung der Schwerpunktbereiche und die Bearbeitung sog. politisch-operativer Schwerpunkte konzentrieren darf und die Befähigung aller so bezeichneter Partner zum sicherheitspolitischen Denken und Handeln verantwortet. Ein solches Ideal verdiente ein eigenes, bedeutungsschweres Kürzel: POZW.

³ Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR. Stand Dezember 2008. Hrsg. Von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. http://www.bstu.bund.de/nn_712444/DE/Bibliothek/Auswahl-Bibliographie/auswahlbibliographie_node.html__nnn=true.

⁴ Dana Krüger, *Schule und Staatssicherheit. Präsenz der Staatssicherheit im Lehreralltag der DDR: Magisterarbeit* (Ms). Humboldt-Universität zu Berlin 2009, 8 f. u. 35-42.

⁵ Befragungen unter Studierenden in Lehrveranstaltungen fördern regelmäßige Schätzungen zwischen 20 und 80 Prozent Stasibelastung ehemaliger DDR-Lehrer zutage.

⁶ Alexander v. Plato, „Entstasifizierung“ im Öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer nach 1989. Umorientierung und Kontinuität in der Lehrerschaft. In: *Jahrbuch für Historische Bildungsforschung*, Bd. 5. Bad Heilbrunn 1999, 313-342, 318. ⁷ Ebd., 322.

⁸ Katharina Winkler, *Die Kündigung wegen Tätigkeit für das MfS in der Pra-*

xis. Diss. Fried- rich-Schiller-Universität. Jena 2001, 109-114.

⁹ Vgl. Hans Döbert, Momente einer Zwischenbilanz – Schule in Ostdeutschland vom äußeren zum inneren Wandel. In: Zeitschrift für Bildungsverwaltung 9(1994)1, 25-38, 35. 1994 wurden in Berlin 877 von insgesamt überprüften 19 601 Lehrerinnen und Lehrern als belastet eingestuft. Das waren 4,5 Prozent. Entlassen wurden 184, also unter 1 Prozent der überprüften Lehrerinnen und Lehrer. Plato, a.a.O., 321.

¹⁰ Außer den fünf IM wurden weitere zwei sog. Gesellschaftliche Mitarbeiter der Staatssicherheit (GMS) inoffiziell geführt. BStU-A – Jürgen Wilke, Der Einfluß der politisch-ideologischen Diversion des Gegners auf die Schuljugend (9. und 10. Klassen) im Bereich Volksbildung Berlin-Weißensee, insbesondere auf dem Gebiet der sozialistischen Wehrerziehung. Untersuchungen in der Ursache-Folge-Beziehung sowie Erarbeitung von Schlußfolgerungen für die politisch-operative Abwehrarbeit. Fachschulabschlussarbeit. Juristische Hochschule Potsdam 1986. Sign. JHS 20790, Bl. 31.

¹¹ MfS-intern war nicht etwa von Erpressung, sondern davon die Rede, „Schuldgefühle zu wecken“ und „Unsicherheit zu erzeugen“. Als Ziel dieser „Werbungsgrundlage“ war definiert, „Handlungsantriebe und Bestrebungen bei IM-Kandidaten aus seinem Verlangen“ entstehen zu lassen, „negative Folgen ... von sich abzuwenden ...“. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“. Reihe A. Dokumente, Nr. 1/93. Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1993, 194.

¹² Werbungsgrundlage „können weiterhin persönliche Bedürfnisse und Interessen sein, die in ihrer Richtung und Qualität als materielle oder soziale Bedürfnisse die Entwicklung und Beibehaltung einer gesicherten Lebensweise bestimmen oder als geistige Interessen zur Entwicklung neuer Lebensinhalte führen und damit politisch-operativ notwendige Bereitschaftshaltungen hervorrufen und stützen“. A.a.O., 193.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ulrich Wiegmann, Erziehungsideologie und -praxis des MfS. In: Gert Geißler/ Ulrich Wiegmann, Pädagogik und Herrschaft in der DDR, 161-257, 167; Joachim Gauck, Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR. Reinbek bei Hamburg 1991, 27 ff. Die Tatsache, dass die IM-Werbung vorzugsweise und zumeist auf der Basis „positiver Überzeugung“ beruhte, wurde (allerdings) seitens des MfS immer wieder herausgestellt. Vgl. z.B. BStU-A. – Kettwig, Jürgen: Die Erweiterung und Qualifizierung der inoffiziellen Basis unter Jugendlichen im Verantwortungsbereich der Kreisdienststelle Schwedt zur offensiven und zielstrebigen Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der Angriffe feindlich-negativer Kräfte gegen Jugendliche sowie deren Wirkung. Diplomarbeit. Juristische Hochschule Potsdam 1985. – Sign. JHS-VVS 385/85, Bl. 28. Im Falle der Bestechung und Erpressung wurde angestrebt, die vorerst vermisse innere Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit im Ergebnis eines permanenten Erziehungsprozesses nachzuholen. Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Zur Kunst der Verweigerung. Warum Bürger nicht mit dem Ministerium für Staatssicherheit kooperieren wollten. In: Kerz-Rühling, Ingrid/Plänkers, Thomas (Hrsg.): Sozialistische Diktatur und psychische Folgen. Psychoanalytisch-psychologische Untersuchungen in Ostdeutschland und Tschechien. (Psychoanalytische Beiträge aus dem Sigmund-Freud-Institut, Bd. 4). Tübingen 2000, S. 165-195, 170 f.

¹⁵ Nach Geißler wurde die Schule der DDR nach dem Mauerbau von der „diszipliniertesten(n) nichtmilitärischen(n) staatlichen(n) Bürokratie der DDR verwaltet. Gert Geißler, Das schulpolitische System in der SBZ/ DDR. In: Geißler, Gert/ Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Peter Lang: Frankfurt a.M. 1996, 1-160, 153.

¹⁶ Ulrich Wiegmann, Die Lehrerschaft der DDR aus der Perspektive des MfS. Zu „Stimmungen und Meinungen“ von Lehrerinnen und Lehrern im Zeitraum vom IX. Pädagogischen Kongreß bis zum Mauerfall. In: Häder, Sonja/Ritzi, Christian/Sandfuchs, Uwe (Hrsg.): Schule und Jugend im Umbruch. Analysen und Reflexionen von Wandlungsprozessen zwischen DDR und Bundesrepublik. Hohengehren 2001, 71-82.

¹⁷ Bereits Vollnhals hat die „umfassende(n) verdeckte(n) Steuerungs- und Manipulationsfunktionen“ des MfS „in allen wichtigen Bereichen von Staat und Gesellschaft“ als spezifisches Merkmal realsozialistischer Sicherheitsorgane beschrieben und als „historisch neuartig“ herausgestellt. Vgl. Clemens Vollnhals, „Ausführendes Organ der Diktatur des Proletariats“. Das Ministerium für Staatssicherheit. In: Weber, Jürgen (Hrsg.): Der SED-Staat: Neues über

eine vergangene Diktatur. München 1994, 51-72, 72.

¹⁸ Zur Aura des MfS vgl. Jens Reich, Sicherheit und Feigheit – der Käfer im Brennglas. In: Suckut, Siegfried/Süß, Walter (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, 25-37.

¹⁹ Vgl. z.B. Der Oberschülerprozeß; Achim Beyer, Urteil: 130 Jahre Zucht- haus: Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die „Werdauer Oberschüler“ 1951. (Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 1). Leipzig 2003.

²⁰ Birgit Gebhardt, Der „Fall Anklam“. Schülerprotest an der EOS Anklam im September 1961. In: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Protestierende Jugend, 2002, 41-55; Wie aus heiterem Himmel. Sendung vom 13. November 2002. <http://www.mdr.de/doku/archiv/394867.html>.

²¹ BStU-A - Bericht über einige politisch-ideologische Erscheinungen unter Schülern an Oberschulen, Erweiterten Oberschulen und Betriebsberufsschulen des Bezirkes Frankfurt (O) vom 19. Juni 1978. Sign. MfS AKG, Nr. 501, Bl. 192.

²² Margot Honecker, Der gesellschaftliche Auftrag unserer Schule. In: VIII. Pädagogischer Kongreß der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. bis 20. Oktober 1978. Proto-koll. Berlin 1979, 56-118, insbes. 105-109.

²³ Geißler/Wiegmann, a.a.O.

²⁴ BStU-A – Heinze, Bernd: Die Nutzung der Potenzen der Abteilung Volksbildung beim Rat der Stadt für die Lösung politisch-operativer Aufgaben, Bl. 13.

²⁵ Ebd., Bl. 12.

²⁶ BStU-A – Einschätzung der HA XX zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidriger Auftretens und Verhaltens Jugendlicher vom 23.3.1989. Sign. MfS-HA XX/AKG, Nr. 448, Bl. 87.

²⁷ BStU-A - Material der BV Halle des MfS betr. Analyse negativ-dekadenter Jugendgruppen vom November 1987. Sign. MfS-HA XX, Nr. 900.

²⁸ Vgl. Margot Honecker, Unser sozialistisches Bildungssystem - Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte. Organisationsbüro des IX. Pädagogischen Kongresses (Hrsg.): Bulletin Nr. 2. Berlin 1989, 2.

²⁹ BStU-A – IMS Hinze. Archivnr. 677/81, Teil I, Bl. 142.

³⁰ Im Wörterbuch der Staatssicherheit wird diese klassische Methode der Staatssicherheit so definiert: „Operative Methode des MfS zur wirksamen Bekämpfung subversiver Tätigkeit, insbesondere in der Vorgangsbearbeitung. Mit der Z. wird durch verschiedene politisch-operative Aktivitäten Einfluß auf feindlich-negative Personen, insbesondere auf ihre feindlich-negativen Einstellungen und Überzeugungen in der Weise genommen, daß diese erschüttert oder allmählich verändert werden bzw. Widersprüche sowie Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften hervorgerufen, ausgenutzt oder verstärkt werden. Ziel der Zersetzung ist die Zersplitterung, Lähmung, Desorganisation und Isolierung feindlich-negativer Kräfte, um dadurch feindlich-negative Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend zu verhindern, wesentlich einzuschränken oder gänzlich zu unterbinden bzw. eine differenzierte politisch-ideologische Rückgewinnung zu ermöglichen ...“. Das Wörterbuch, S. 464. In diesem Sinne versteht beispielsweise auch Pingel-Schliemann Zersetzung als „eine spezifische Methode der Repression, mit der das MfS darauf abzielte, bei politischen Gegnern der SED-Diktatur Lebenskrisen hervorzurufen, sie tiefgreifend zu verunsichern und psychisch zu belasten“. Als deren Funktion beschreibt sie die psychische Zerstörung von Menschen. Die seitens der Stasi vorgenommene Unterscheidung von Zersetzung gegenüber ausgemachten Feinden und zur so genannten Rückgewinnung vorgesehener Personen ist hier nicht berücksichtigt. Vgl. Sandra Pingel-Schliemann, Lautlose Formen der Zerstörung. Zersetzungsmaßnahmen des MfS. In: Deutschland-Archiv 36(2003)2, 233-242, 235 f.

³¹ Die folg. Darstellung beruht auf BStU-A – „Liebig“. Archivnr. 2758/85. Weitere IM-Karrieren von Lehrern sind beschrieben in Ulrich Wiegmann, Pädagogik und Staatssicherheit, 232-254.

³² Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Zum Verhältnis von Norm und Praxis in der Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Henke, Klaus-Dietmar/Engelmann, Roger (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. 2. Aufl. Berlin 1995, 56-76, 62 f.

³³ Gemeint war der sowjetische Dissident und Schriftsteller Alexander Sol-schenizyn.

³⁴ Rudi-Karl Pahnke/ Klaus Behnke/ Halldór Hauksónn „Das Belehren vom hohen Katheder ist unangebracht“. Die (Ver-)Führung von Kindern und Ju-

gendlichen durch das MfS. In: Klaus Behnke / Jürgen Fuchs, (Hrsg.): Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi. 2. Aufl. Hamburg 1995, 178-200, 182.

³⁵ BStU-A – Pommer, Heinz/Schäfer, Ewald/Schwanitz, Wolfgang: Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung von feindlichen Erscheinungen unter jugendlichen Personen in der DDR. (Forschungsergebnisse). 2 Bde. Juristische Hochschule Potsdam 1974. Sign. VVS MfS 160-817/72, 271. Zit. nach der Rede Erich Mielkes auf dem Führungsseminar im März 1971.

³⁶ Ulrich Wiegmann, Pädagogik und Staatssicherheit, 71-148.

³⁷ BStU-A – Pommer, Heinz/Schäfer, Ewald/Schwanitz, Wolfgang: Die Qualifizierung, 158.

³⁸ A.a.O., 163.

³⁹ Thomas Auerbach, Desinteresse, Disziplinlosigkeit, Dekonspiration. Die Probleme des MfS mit jugendlichen IM. In: Deutschland-Archiv 29(1996)3, 418-422.

⁴⁰ Vgl. bes. Dieter Reiher, Konfliktfeld Kirche-Schule in der DDR 1969 bis 1989. In: Dähn, Horst/Gottschlich, Helga (Hrsg.): „Und führe uns nicht in Versuchung ...“. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989. Berlin 1998, 114-129, 117-119; Vgl. auch: Zum Umfang und Charakter der Angriffe kirchlicher Kreise gegen das sozialistische Bildungssystem. O.O., o.J. (1973/74). In: BStU-A – Materialien zum Verhältnis von Kirche und Volksbildung. MfS-HA XX/4, Nr. 2482, Bl. 170-175.

⁴¹ Bereits am 12. Juni 1978 hatte die Berliner Bischofskonferenz mit einer Eingabe an die Regierung der DDR reagiert. Darin ersuchte sie, „die Einführung des Wehrunterrichts in den 9. und 10. Klassen der Schulen zu überprüfen“. Zwar war der Inhalt der Eingabe ausdrücklich nicht zur Kanzelvermeldung bestimmt, aber Eltern und Schüler sollten dessen ungeachtet „in geeigneter Weise“ unterrichtet werden. BStU-A – Information über die Eingabe der Berliner Bischofskonferenz an die Regierung der DDR zur Einführung des Wehrunterrichts an den Schulen der DDR. Sign. MfS-HA XX/4, Nr. 1418, Bl. 38-40.

Der Bund der evangelischen Kirchen hatte per 5. Mai 1978 im Ergebnis einer im Frühjahr d.J. abge-lautenen innerkirchlichen Debatte mit einem Schreiben an den Staatssekretär für Kirchenfragen interveniert. BStU-A – Information zu Reaktionen kirchlicher Kreise im Zusammenhang mit der Einführung des Faches Wehrunterricht an den Polytechnischen Oberschulen der DDR ab 01.09.1978 vom 9.6.1978 und betr. Schwerpunkte negativer Aktivitäten kirchlicher Personen im Zusammenhang mit der Einführung des Unterrichtsfaches sozialistische Wehrerziehung ab 1.9.1978 an den POS der DDR vom 11.4.1979. Sign. MfS-HA XX/4, Nr. 1906, Bl. 3. Jeder Schritt der vorausgegangenen Selbstverständigung im Bund der evangelischen Kirchen wurde seitens der Staatssicherheit genauestens beobachtet. Regelmäßig ergingen „Informationen“ an die Dienststellen des MfS. BStU-A – Informationsmaterial zu Reaktionen kirchlicher Kreise im Zusammenhang mit der Einführung des Faches Wehrunterricht an den Polytechnischen Oberschulen der DDR. Sign. MfS-HA XX/4, Nr. 1004.

⁴² BStU-A – Entwurf zu einer Information des Staatssekretärs für Kirchenfragen über ein Gespräch mit dem Vorstand der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen vom 10.1.1983. Sign. MfS-HA XX/4, Nr. 1222, Bl. 28; BStU-A – Schnellinformation des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR vom 24.1.1983 über ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 10.1.1983. Ebd., Bl. 30-33.

⁴³ BStU-A – Aufriss vom 13.10.1983 für ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrates Erich Honecker, Anlage I Volksbildung. Ebd., Bl. 122. Gegenüber Honecker beabsichtigte der BEK folgende Positionen zu vertreten:

„daß die Glaubensbindung von Kindern, Jugendlichen und Eltern durch die am schulischen Erziehungs- und Bildungsprozeß Beteiligten beachtet wird; daß Gewissensbedrängungen bei der Vermittlung der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus unterlassen werden; daß Verhaltensweisen und Entscheidungen, die im christlichen Glauben begründet sind, respektiert werden; daß das Bekenntnis zum christlichen Glauben sich nicht negativ bei Zensurengebung, Persönlichkeitscharakterisierungen und Zulassung zu weiteren Ausbildungseinrichtungen (Bildungseinrichtungen) auswirkt; daß die aktive Beteiligung der Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung schulischer Prozesse erkannt und anerkannt wird (Freundschaftsrat; Leitungsfunktionen, kulturelle Betätigung als gesellschaftlicher Beitrag); daß die am schulischen Erziehungs- und Bildungsprozeß beteiligten pädagogischen Fachkräfte über die Kirchenpolitik unseres Staates informiert werden und sie mitvollziehen“.

⁴⁴ Diese „differenzierten“ Klärungsversuche wurden durch eine 1984 an der Juristischen Hochschule des MfS abgeschlossene Arbeit unterstützt. BStU-A – Diebler, Hellfried: Pazifistische und pseudopazifistische Erscheinungen unter jugendlichen Personenkreisen im Raum Dresden und ihre differenzierte Bewertung im Prozeß der politisch-operativen Arbeit. Diplomarbeit. Juristische Hochschule Potsdam 1984. Sign. JHS 20104.

⁴⁵ BStU-A – Analyse zur politisch-operativen Lage unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR vom 14.6.1982. Sign. MfS-HA XX, Nr. 2416, Bl. 10.

⁴⁶ A.a.O., Bl. 12 f.

⁴⁷ BStU-A – Scheffel, Mario: Untersuchung der politisch-operativ bedeutsamer Aspekte des Verweigerens der vormilitärischen Ausbildung, insbesondere der Schießausbildung, innerhalb der GST und Herausarbeiten von Schlußfolgerungen für die politisch-operative Arbeit der Linie XX. Diplomarbeit. Juristische Hochschule Potsdam 1988. Sign. JHS VVS 312/8, Bl. 10 f.

⁴⁸ BStU-A – Henke, Frank: Hauptangriffsrichtungen und wesentliche Auswirkungen der von den Massenmedien der BRD ausgehenden politisch-ideologischen Diversion auf jugendliche Personenkreise in der vormilitärischen Ausbildung der GST unter den gegenwärtigen Lagebedingungen. Fachschulabschlußarbeit. Juristische Hochschule Potsdam 1986. Sign. JHS-VVS 803/85, Bl. 20.

⁴⁹ BStU-A – Scheffel, Bl. 7 f.

⁵⁰ Gerhard Besier/ Stephan Wolf (Hrsg.), „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen. 2. durchges. und verm. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1992.

⁵¹ BStU-A – Analyse der Schulbücher für Heimatkunde, Geschichte, Staatsbürgerkunde, Deutsch (Literatur) an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen in der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Stand Schuljahr 1986/87 für kirchliche Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Familien (nicht zur Veröffentlichung bestimmtes Manuskript, erarbeitet im Auftrag der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR). Sign. MfS BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 1795.

⁵² Vgl. Tilman Grammes, Ein Schulkonflikt in der DDR. (Arbeitshilfen für die politische Bildung). 2 Bde. Bonn, 1993; Gerd-Rüdiger Stephan, „Schüler ohne staatsbürgerliche Disziplin“. Neue Dokumente zu den Vorfällen an der Berliner EOS „Carl von Ossietzky“ 1988. In: Geschichte Erziehung Politik 6(1995)3, 185-195. Beiden Dokumentationen standen die Archivalien des BStU nicht zur Verfügung.

⁵³ Die Anfänge der politischen Opposition in der DDR unter dem Dach der evangelischen Kirchen werden auf den Beginn des letzten Drittels der siebziger Jahre datiert. Vgl. Besier/Wolf, a.a.O., 34.

⁵⁴ BStU-A – Pannier, Ingo: Erfahrungen bei der operativen Einflußnahme auf negativ-dekadente jugendliche Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen, bei denen Handlungen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit nicht auszuschließen sind, mittels geeigneter qualifizierter IM, dargestellt am Verantwortungsbereich der BV Halle, Kreisdienststelle Bitterfeld. Diplomarbeit. Juristische Hochschule Potsdam 1988. Sign. JHS 21167, Bl. 23 f.

⁵⁵ BStU-A - Information über politisch-operativ zu beachtende Probleme im Zusammenhang mit dem IX. Pädagogischen Kongreß in der DDR. - Sign. MfS HA XX/AKG 88.

⁵⁶ Heike Kaack, Reform im Wartestand. In: Peter Dudek/ Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.), Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. (Zeitschrift für Pädagogik, 30. Beiheft). Weinheim u.a. 1993, 89-101, 93.

⁵⁷ BStU-A – Wilke, Jürgen: Der Einfluß der politisch-ideologischen Diversion des Gegners, Bl. 24 f.

⁵⁸ Vgl. auch Jürgen Wolf, Besondere Vorkommnisse. In: Klaus Behnke / Jürgen Wolf (Hrsg.), Stasi auf dem Schulhof, 1998, 153-176.

⁵⁹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,78261,00.html>

⁶⁰ <http://www.bild.de/service/archiv/2000/may/27/?body=politik/> mielke/mielke.html. Weitere Stimmen zum Tod Erich Mielkes in: ebd. sowie in: Berliner Zeitung vom 26. Mai 2000, S. 3.

⁶¹ Vgl. Alfred Lüdtkke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR. In: Hartmut Kaelble/ Jürgen Kocka/ Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, 188-213; Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Hartmut Kaelble / Jürgen Kocka/ Hartmut Zwahr (Hrsg.), a.a.O., 547-553.

⁶² Ulrich Wiegmann, Machtprobe. Die Staatssicherheit und der Kampf um die Schule in M...z. (Zeitgeschichten, Bd. 1). Berlin 2003.



Heino Falcke Verdrängen, vergelten oder versöhnen? Über den Umgang mit der Wahrheit¹

1. Unsere Schwierigkeiten beim Umgang mit Vergangenheit

In der Gesellschaft

Wie gehen wir mit den Machthabern und Kollaborateuren von gestern und unseren eigenen Verwicklungen in die Unrechtsstrukturen um? Dies ist eine entscheidende Frage nach jeder, besonders aber nach einer gewaltfreien Revolution. Wesentlich an ihrer Beantwortung hängt der Gewinn an Humanität, den die Revolution bringt.

Dieser Gewinn ist zurzeit – wie wir täglich erleben – bedroht. Er ist bedroht durch das, was man Schalck-Syndrom nennen könnte. Aktuelle politisch-ökonomische Interessen verdecken weiterwirkendes Unrecht und bringen Funktionäre von gestern in neue Machtpositionen.

Er ist bedroht durch das fehlende oder verdrängte Unrechtsbewusstsein der Täter, wie sich bei Medienauftritten und in vielen Opfer-Täter-Gesprächen zeigt.

Er ist bedroht dadurch, dass Aktenmaterial und Vergangenheitswissen als Herrschaftswissen missbraucht und politisch instrumentalisiert werden.

Er ist weiter bedroht durch den Sündenbockmechanismus, durch den Schuld auf einzelne Tätergruppen projiziert wird und damit andere Tätergruppen – wie z.B. die Blockparteien – entlastet werden. Diese Sündenbockfunktion wird aber auch von westlicher Seite kollektiv der früheren DDR-Bevölkerung zugemutet, indem der hässliche Deutsche auf sie projiziert wird, die somit die Nachfolge des entfallenen Feindbilds des Kommunismus antritt. Diese Herabwürdigung treibt in die Selbstrechtfertigung und macht eine selbstkritische, differenzierte Aufarbeitung unserer Vergangenheit durch uns selbst fast unmöglich.

Zum Gewinn an Humanität gehört der Gewinn an Rechtsstaatlichkeit, die ein hohes Gut ist. Aber die Unfähigkeit der Rechtsprechung, politische Vergehen und Verbrechen zu erfassen, gefährdet die Autorität des Rechts und das Vertrauen in den Rechtsstaat. Fordert man aber von Gesetz und Rechtsprechung „Vergangenheitsbewältigung“, so überfordert man sie und verdirbt sie möglicherweise. Sie sind unerlässliche und dringlich weiterzuentwickelnde Instrumente, um in einer Gesellschaft mit unbewältigter Vergangenheit Fortsetzung von Unrecht zu verhindern, teilweise Wiedergutmachungen durchzusetzen und ein gerechteres Zusammenleben zu ermöglichen, nicht mehr.

Überhaupt der Begriff „Vergangenheitsbewältigung“! Er ist in sich irrig und irreführend. Er suggeriert, Vergangenheit sei ein mögliches Objekt von Machbarkeit wie ökonomische oder technische Projekte. Die Sprache verrät es in Worten wie „Entstalinisierung“ oder „Säuberung“ oder „Selbstreinigung“. Wer Vergangenheit bewältigen will, wird gewaltsam. Was wir suchen und wovon wir sprechen sollten, ist der freie und befreiende Umgang mit Vergangenheit.

Nach biblischer und reformatorischer Erkenntnis aber kommen

wir zu diesem befreienden Umgang mit Vergangenheit nicht durch das Gesetz, sondern nur durch das Evangelium, nicht durch unsere Werke, sondern durch Schuldvergebung, die allein empfangen werden kann. So kommen wir zum Auftrag der Kirche.

In der Kirche

Der Kirche ist dieses Evangelium aufgegeben und zwar als der Kern ihrer Botschaft. Die Reformatoren haben die Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnade durch den Glauben als den Glaubensartikel bezeichnet, mit dem die Kirche steht und fällt (*articulus stantis et cadentis ecclesiae*). Wir haben diesen Lebenskern der Kirche heute zugleich in seiner gesellschaftlichen Relevanz zu begreifen. Diejenigen, die immer betonen, dass Kirche Kirche bleiben müsse, können schlechterdings nicht passen, wenn die Kirche an dieser zentralen Stelle nach politischer Diakonie, nach Hilfe zum befreiten Umgang mit der Vergangenheit aus dem Evangelium gefragt wird.

Aber auch unsere Kirchen haben und machen hier einige Schwierigkeiten. Werner Krusche hat 1984 einen Vortrag „Schuld und Vergebung – der Grund christlichen Friedenshandelns“ gehalten². Er hat dabei den Umgang unserer Kirche mit der Schuldfrage und speziell mit dem Stuttgarter Schulbekenntnis kritisch beleuchtet. Es lohnt, diesen Vortrag wieder zu lesen. Ich versuche – z.T. im Anschluss an Werner Krusche – einige Gefahren und Versuchungen beim Umgang mit der Vergangenheit in unseren Kirchen zu benennen:

(1.) Schuld wird vor Gott im Angesicht Jesu Christi erkannt und bekannt. In dieser Relation vor Gott – *coram deo* sagte Luther – wird Schuldbekenntnis zugleich zwingend und befreiend. Hier ist sie jeder taktischen Disposition, jeder Opportunitätskalkulation schlechterdings entzogen. Diese Relation „vor Gott“ hat für die Kirche absoluten Vorrang, der unbedingt festzuhalten ist.

Unsere Kirchen sind jetzt in der Gefahr, der Relation „vor den Menschen“ faktisch und taktisch den Vorrang zu geben. Das ist angesichts der gegenwärtigen Medienkampagnen nur zu verständlich und darum so versuchlich.

Die Diffamierungskampagnen gegen die „Kirche im Sozialismus“ will deren Autorität und kritisch-innovative Potenz zerschlagen. So pendelt die Kirche hin und her zwischen den „bösen Gerüchten und guten Gerüchten“ (2. Kor 6,8), zwischen dem Buch von Gerhard Besier und dem FR-Artikel von Reinhard Henkys. Es liegt so nahe, aus Sorge um das Image der Kirche die Aufdeckung und Öffentlichmachung von Schuld in der Kirche dem Kalkül publizistischer Wirkung zu unterziehen und dementsprechend zu dosieren. Paulus, den ich eben bereits zitierte, hat sich gegen „böse Gerüchte“ durchaus verteidigt. Aber er hat darauf geachtet, dass die Relationen stimmen. Er sagt: „Mir ist es ein geringes, dass ich von euch oder einem menschlichen Gericht gerichtet werde ... Der Herr ist's, der mich richtet“ (1. Kor 4,3f.). Wenn die Kirche Kirche bleibt, lebt sie vor Gott und da ist Schulderkenntnis und –bekenntnis kirchenpolitischen Kalkulationen schlechterdings entzogen.

(2.) Privatisierung und kirchliche Internalisierung nennt Werner Krusche eine Abkehr vom Stuttgarter Schuldbekenntnis. Namentlich von lutherischer Seite wurde betont, man habe in Stuttgart ein Schuldbekenntnis vor Gott und vor christlichen Brüdern abgelegt, nicht aber vor der Öffentlichkeit³. Ist Schuld und Vergebung also eine innerkirchliche Angelegenheit? Gewiss insofern, als wir zuerst und vor allem in der Kirche darüber sprechen müssen und innerkirchliche Konflikte nicht über die Medien austragen können. „Sündigt aber dein Bruder, so gehe hin und halte es ihm vor zwischen dir und ihm allein...“ (Matth 18,15) heißt es im Matthäusevangelium, und das wäre hier zu bedenken. Aber so wahr Schuld vor Gott erkannt und bekannt wird, so wahr ist sie vor den Menschen zu bekennen. „Schuld ist immer zugleich Schuld gegenüber Gott und gegenüber den Menschen, ist zugleich persönliche und politische Schuld“ (W. Krusche, 219). Das gilt umso mehr, wenn es sich um Schuld im Bereich des öffentlichen Zeugnisses und Dienstes der Kirche handelt, also beim publice docere! Nur indem unsere Kirche ehrlich und offen – und das heißt eben auch öffentlich – mit ihrer eigenen Schuld umgeht, kann sie der Öffentlichkeit zu einem befreit-befreienden Umgang mit der Vergangenheit helfen.

(3.) Noch einmal Werner Krusche: „Zur Erkenntnis der Schuld gehört auch die Erkenntnis des geschichtlichen Irrweges, der dahin geführt hat.“⁴

Es gibt in der Kirche auch eine falsche Personalisierung von Schuld, die dem Sündenbock-Syndrom mindestens nahekommt. Ein thüringischer Kirchenrat sagte in der „Thüringer Allgemeinen“, man würde die Stasi-Mitarbeiter unter den kirchlichen Mitarbeitern nun ermitteln und sich dann „von ihnen trennen“. Gut, disziplinarrechtliche Schritte sind in einigen Fällen nötig, aber steht die Kirche nach solcher Trennung sauber da? Selbstreinigung der Kirche durch Ausgrenzung der Unrechtstäter? Stattdessen ist die kritische Aufarbeitung z.B. des sogenannten Thüringer Weges fällig, der als solcher mindestens die Hemmschwelle für die Kollaboration mit dem Staat und dem Staatssicherheitsdienst beträchtlich herabgesetzt hat. Endlich hat jetzt Götz Planer-Friedrich in seinem Aufsatz in den „Evangelischen Kommentaren“⁵ mit dieser kritischen Analyse des Thüringer Weges begonnen. Keineswegs haben die Kirchen des Kirchenbundes ein Schuldbekenntnis abzulegen, weil sie den Weg in der sozialistischen Gesellschaft beschritten haben. Dies Schuldbekenntnis fordern uns gerade diejenigen ab, die durch Antikommunismus die deutsche Schuld gegenüber den Menschen Osteuropas verdrängt haben und die jetzt ihr Feindbild auf die Kirche im Sozialismus übertragen. Nein, die bewusste Annahme der sozialistischen Gesellschaft als Auftragsfeld und Dienstchance war der uns gebotene Nachfolgeweg. Neben der Aufdeckung von Stasi-Mitarbeiterschaften wäre es an der Zeit, die Spurensicherung dieses Nachfolgeweges zu betreiben, also den vielen, vielen Gewissensentscheidungen von Christen nachzugehen bei Konfirmation oder Jugendweihe, Wehrdienst oder Waffendienst – bzw. Wehrdienstverweigerung, bei ständigem Fragen im Berufsalltag, welche Risiken und welche Kompromisse verantwortlich einzugehen sind. Wer den Weg der Kirche im Sozialismus so gegangen ist, der hat eine Trainingsstrecke des Gewissens hinter sich, und solche Leute brauchen wir in der neuen Gesellschaft.

Kritisch aufzuarbeiten aber sind theologische Positionen, die uns auf diesem Weg beirrt und behindert haben. So die Rolle der Zwei-Reiche-Lehre als konfliktverdrängende Anpassungsideo-

logie⁶. So der himmelschreiende Missbrauch, den Hanfried Müller mit der Barmer Theologischen Erklärung getrieben hat⁷. Ich muss aber auch sagen, dass ich wirklich entsetzt war, als Bischof Hempel in jenem Fernsehgespräch mit Gerhard Besier unter den (ich glaube) drei essentials, die er für den Weg des Kirchenbundes nannte, ausgerechnet die beiden Formeln gebrauchte „Kirche muss Kirche bleiben“ und „Kirche ist für alle aber nicht für alles da“. Das waren die beiden Losungen, die ständig als „staatliche Erwartungshaltung“ an die Kirche herangetragen wurden und mit denen die Kirche gegen die Gruppen politisch instrumentalisiert werden sollte.

Wenn in demselben Fernsehgespräch der Bruder Zimmermann, Theologe und IM in Leipzig, seine Stasi-Mitarbeiterschaft mit seiner Überzeugung motivierte, es müsse Kirche in diesem sozialistischen Staat geben, dann ist er doch durch diese Motivation nicht gerechtfertigt, sondern das dahinterstehende Kirchenverständnis muss kritisch befragt werden, weil es die Kirche korrumpiert – wie übrigens auch die funktionale Religionstheorie, die in Leipzig als Grundlage für die „Kirche im Sozialismus“ gelehrt wurde⁸.

Welche Rolle hat bei diesen Positionen der nichttheologische Faktor eines Strukturkonservatismus gespielt? Er bezeichnet ein politisches Grundverhaltensmuster, das sich mit Konfessionen und Ideologien legieren kann und sich unter verschiedenen konfessionellen und ideologischen Vorzeichen durchhält. Aus diesem Verhaltensmuster erklärt sich, dass nicht selten diejenigen, die „Volkskirche“ und kirchliche Strukturen stabilisieren wollten, auch zur Stabilisierung des DDR-Staates beitrugen, und dass eben dieselben nach der Wende sogleich zu den Stabilisatoren des westlichen Systems und seiner Kirchenstrukturen gehörten. Strukturkonservatismus stand auch hinter den Vorbehalten und Aversionen einiger Kirchenleitender gegenüber den Gruppen und der Gefährdung kirchlicher und staatlicher Ordnung durch sie. Auch Veränderungen erwartet strukturkonservatives Denken nur „von oben“, von ausgewiesener fachlicher und politischer Kompetenz und auf geordnetem Weg. Das wertkonservative Denken, das sich in den Gruppen sammelte, erschien nicht „realistisch“, sondern utopisch, idealistisch, nicht „politikfähig“. Werden diese Verhaltensmuster nicht durchschaut und aufgearbeitet, so wird sich auch im Verhältnis von Kirche und Gruppen trotz der Erfahrungen des Herbstes 89 nichts ändern.

Weiter: wenn Manfred Stolpe jetzt ständig wegen seiner Staats- und Stasikontakte als Konsistorialpräsident angegriffen wird, dann ist es an der Zeit, die kirchenpolitische Konzeption anzufragen, die dahinterstand und die er doch nur als einer unter mehreren mitzuverantworten hatte. Werner Krusche hat einmal gesagt: „Eine Kirche, die nur überleben will, ist überlebt.“ Welche problematische Rolle hat in dieser Kirchenpolitik das Selbstinteresse der Kirche an ihrem Überleben gespielt? Wo hat die Strategie der Konfliktvermeidung und Konfliktminimierung unser Zeugnis verkürzt, das uns – weniger moderiert und moderat vorgebracht – in Konflikte gebracht hätte?

Übrigens war auch die Wagenburgmentalität und –strategie der Katholischen Kirche eine Strategie des Selbstüberlebens und keineswegs die Bekennerkonfrontation, als die sie jetzt gern in katholischen Selbstdarstellungen vorkommt. Zur Sendung der Kirche in die Welt steht sie mindestens in Spannung.

Aber auch meine Formel vom „verbesserlichen Sozialismus“ muss im Rückblick kritisch analysiert werden. Gewiss: sie war theologisch (nicht empirisch) begründet und sie wurde staatlicherseits als extrem sozialismusfeindlich eingestuft. Aber war das theologische Offenhalten der Verbesserungsmöglichkeit nicht doch auch die offene Tür, um den real ebenso existierenden Sozialismus akzeptieren und mit ihm leben zu können? Haben wir uns damit nicht empirisch sozialwissenschaftliche Analyse vom Leib gehalten, die strukturelle Unverbesserlichkeiten dieses Sozialismus aufgedeckt und radikalere Kritik notwendig gemacht hätte?

(4.) Sündenvergebung und Versöhnung sind schließlich gefährdet durch billige Gnade auf der einen und die Forderung nach Schuldaufdeckung und Bekenntnis als Vorbedingung für Vergabung auf der anderen Seite. So jedenfalls scheint sich die Diskussion gegenwärtig zu polarisieren.

Die einen diagnostizieren in Gesellschaft und Kirche billige Gnade, die den Tätern die Aufdeckung ihrer Schuld erspart, die Überprüfung der Akten lax handhabt und die Unfähigkeit zu trauern erneut beweist. Die anderen berufen sich auf die bedingungslos annehmende Gnade Gottes und sehen im Enthüllungs- und Aufdeckungseifer den zwar „verständlichen Zorn“, der die anderen erst öffentlich „zu Kreuze kriechen sehen will“, der aber kein Zeuge der Gnade Christi ist. So Christoph Demke in der „Kirche“ vom 16. Februar.

Es wäre verhängnisvoll, wenn sich die Positionen weiter so polarisierten. Wir müssen hier theologisch tiefer graben und zwar in zwei Richtungen:

a) Dass Schuld- und Bekenntnis untrennbar zusammen gehören, ist unbestreitbar. Aber wie gehören sie zusammen? Die Reformatoren sprachen hier von Gesetz und Evangelium oder Evangelium und Gesetz und hielten ihre Unterscheidung in der Zusammengehörigkeit für die wichtigste und höchste Kunst der Theologie und Seelsorge. Wie ist diese Kunst heute zu üben?

b) Wir müssen der Nivellierung des Gegensatzes von Tätern und Opfern widerstehen. Ich schließe mich hier an Jürgen Moltmann an⁹. Seit den Briefen des Apostels Paulus ist die christliche Lehre von der Sünde dadurch geprägt, dass sie die Universalität der Sünde aufzeigen will. Sie bezeugt damit sozusagen als Kehrseite die Universalität der Versöhnung, die Christus am Kreuz vollbracht hat. Weil Christus für alle gestorben ist, müssen wir alle begreifen, Juden und Griechen, Christen und Heiden, dass wir allzumal Sünder sind und der Versöhnung bedürfen. Die gesellschaftlich-politische Relevanz dieser Erkenntnis leuchtet unmittelbar ein, wenn wir uns des Wortes erinnern, das Gustav Heinemann im Bundestag gegen die Selbstgerechtigkeit des Antikommunismus prägte: Christus ist nicht gegen Karl Marx sondern für uns alle gestorben.

Die Schwäche dieses universalen Sündenbegriffs liegt darin, dass er die konkrete Schuld und insbesondere den geschichtlichen Gegensatz zwischen Tätern und Opfern zu nivellieren droht. Das erregt mit Recht den Protest der Opfer. Bei einer Konferenz der christlichen Aktion zur Abschaffung der Folter sagte eine Französin: Eine allgemeine Vergabung der Sünden zerstört die Gerechtigkeit. Es gibt kein Heil auf Erden, wenn den Henkern verziehen wird. Solche Vergabung ist Ausdruck der Kaltschnäuzigkeit der Welt, nicht ihrer Barmherzigkeit.

Das AT redet von Unrecht und Schuld konkret. Die rettende Gerechtigkeit schafft den Unterdrückten Recht und ruft die Unterdrückter zur Umkehr. Auch der Jesus der Evangelien redet konkret von der Schuld der Reichen und Mächtigen. Er stellt sich selbst zu den Armen und Ausgegrenzten und steht als Opfer an ihrer Seite. Die Befreiungstheologie unserer Tage reflektiert, wie Opfer und Täter miteinander von ihrer durch Schuld und Leiden gezeichneten Vergangenheit freikommen können zu einem neuen Miteinander. Wir müssen diesen befreiungstheologischen Aspekt in unsere protestantische Schuld- und Vergebungstheologie einbeziehen. Dazu gehört die Frage: Wo ist der Ort unseres theologischen Redens? Wo stehen wir, wenn wir von Schuld und Vergabung sprechen? Bei den Opfern, bei den Tätern, oder meinen wir von einem dritten Ort aus reden zu können? Wenn heute vor allem die Vertreter der Gruppen und also die – das sicher zu pathetische Wort stellt sich immer wieder ein – Opfer darauf bestehen, dass das Unrecht von gestern aufgedeckt wird, dann ist das nicht nur psychologisch verständlich und verzeihlich, sondern dann sind sie in dem Recht, in das Gott sie setzt. Und wenn andere demgegenüber die bedingungs- und voraussetzungslose Gnade Gottes für alle geltend machen, dann müssen sie schon deutlich an den Ort der Opfer von gestern treten, statt ihre Motive zu verdächtigen, in ihrem Drängen auf Wahrheit zu bedrängen, zu behindern oder gar einzuschüchtern und sie erneut als die Störenfriede des allgemeinen Versöhnungsfriedens hin- und bloßzustellen. Ich will nun diesen beiden theologischen Kernfragen noch etwas genauer nachgehen.

2. Die teure Gnade und die Trauerarbeit

Jesus vergibt Sünde bedingungslos, ohne nach Voraussetzungen dafür bei den Sündern zu fragen. Ein Gelähmter wird zu ihm gebracht, um von ihm geheilt zu werden. Jesus spricht ihm die Vergabung seiner Sünden zu, ohne ihm vorher klarzumachen, das es sei, was er eigentlich brauche und sein Schuldbekenntnis zu testen (Matth 9,1-8). Bei seiner Erstbegegnung mit Petrus verhilft Jesus ihm zu einem wunderbar erfolgreichen Fischzug. Petrus erschrickt vor dem göttlichen Geheimnis dieses Menschen und fällt ihm zu Füßen: Gehe von mir hinaus, ich bin ein sündiger Mensch! Jesus tut nichts, um dieses Sündenbewusstsein zu vertiefen, eher ist es, als überginge er es, indem er antwortet: „Fürchte dich nicht! Denn von nun an wirst du (mit mir) Menschen fangen!“ (Luk 5,1-11). Die Vergabung liegt implizit in dem Wort: Ich will dich, ich kann etwas mit dir anfangen.

Ein disqualifizierendes Schimpfwort, das über Jesus kursierte, zeigt, dass seine bedingungslose Annahme der Unannehmbaren seine öffentliche Wirksamkeit charakterisierte: „Dieser nimmt die Sünder an und hält mit ihnen Tischgemeinschaft!“ (Luk 15,2). Paulus hat das nach Ostern in der Auslegung des Kreuzestodes Jesu auf den Begriff gebracht: Gott rechtfertigt die Gottlosen ohne die Vorbedingung guter Werke allein aus Gnaden. Er hat uns mit sich versöhnt am Kreuz Jesu, als wir noch Feinde waren. Wo liegt die Relevanz dieser bedingungslosen Schuldvergebung für unsere Situation? Paul Tillich hat sie auf die Erfahrung der Psychotherapie bezogen. Die Annahme, die dem Patienten durch den Therapeuten widerfährt, befreit ihn zur Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit. Tillich hat die Sündenvergebung als bedingungslose Annahme der Unannehmbaren ausgelegt.

Ich möchte auf eine andere Seite dieses Geschehens aufmerksam machen. Jesus verzichtet radikal und konsequent darauf, die Schuld der Menschen zum Instrument der Machtausübung über sie zu machen. Er widersteht der gängigen Praxis, Wissen

um die Schuld anderer als Herrschaftswissen zu missbrauchen. Eben dies ist unsere gegenwärtige gesellschaftlich-politische Erfahrung: Informationen über schuldhaftige Verstrickungen anderer werden als Machtinstrument eingesetzt und gebraucht. Wir sprechen von der Macht der Medien. Ihr Enthüllungsjournalismus verbreitet Angst bis zum Suizid und treibt die Belasteten in das Dickicht und die Deckung der Schuldverleugnung, in die verzweifelte Kunst „zu leugnen ohne zu lügen“ (Fr. Schorlemmer). Wissen um die Schuld anderer verleiht Macht über sie und sie wird nicht nur in Form von Strafe, sondern auch als Begnadigung ausgeübt. Begnadigung ist das Ausnahmerecht, das allein dem Staatsoberhaupt zusteht. Päpste haben die Macht, Vergebung zu gewähren oder in Form des Bannes zu verweigern, Kaiser auf die Knie gezwungen. Beichtstühle am Hof waren bisweilen Instrumente politischer Einflussnahme. Mit der Macht zu vergeben, kann man Schuldige zur Selbstdemütigung zwingen, man kann sie zu Kreuze kriechen lassen, um sich selbst in der Großmut der Verzeihenden zu sonnen.

Jesus verzichtet auf diese Macht, obwohl er als einziger zu ihr berechtigt ist. Er bringt die Sünde nur als schon vergebene zur Sprache und verzichtet damit von vornherein, Schuld repressiv als Druckmittel zu gebrauchen. Er nimmt die Sünder an, nicht als begnadigte Untertanen im Gestus des gnädigen Herrschers, sondern „er isset mit ihnen“, nimmt ihnen jede Angst und feiert mit ihnen und all seinen Freunden.

Da freilich, wo Menschen über Schuldige Macht ausüben, weist er sie aggressiv auf ihre eigene Sünde hin. Als ihm eine Gruppe von Männern eine Ehebrecherin zur Steinigung vorführt, sagt er: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein!“ (Joh 8,1-11).

Jesus kommt nicht als Herrscher, der unter gewissen Bedingungen von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch macht, er kommt als der Dienende, als der Knecht, der Sklavenarbeit macht, indem er den Freunden symbolisch die Füße wäscht (Joh 13). Er stellt seinen Dienst der Befreiung von der Schuld ausdrücklich in Gegensatz zu den weltlichen Herrschern, die ihre Völker durch Herrschaft niederhalten (Mk 10,42.45). Er tritt damit ein in die alttestamentlichen Verheißungen des Gottesknechtes, der die Schuld des Volkes auf sich nimmt und trägt. Der Prophet nennt ihn „Knecht Gottes“, der in den Augen der Menschen der aller Verachtetste und Unwerteste ist (Jes 53). Das erfüllt sich am Kreuz Jesu.

Ich habe dies so ausführlich dargestellt, weil ich meine, dass es uns viel zu denken gibt und geben muss. Sind wir frei davon, die Aufdeckung der Schuld anderer als Machtinstrument zu gebrauchen? Müssen sich diese Frage nicht gerade Bürgerrechtler und Gruppenleute stellen, die früher Kritiker der Macht waren und sich jetzt wieder in der Opposition finden? Wir müssen uns selbst diese Frage stellen, wenn wir der Funktionalisierung der Schuld anderer zur Herrschaft über sie in unserer Gesellschaft widerstehen wollen. Schuldvergebung ist die bedingungslose herrschaftsfreie Annahme der Unannehmbaren. Das war das erste.

Das andere aber gilt ebenso: Schuldvergebung kann nur angenommen werden in Erkenntnis und Bekenntnis der Schuld. Die Vergebung der Sünden ist, indem sie ergeht, das Gericht über die Sünde und der Ruf zur Umkehr aus ihr. In der Annahme der Sünder vollzieht sich die Verwerfung der Sünde. In der Versöhnung, die Gott mit uns vollzieht, wird der Konflikt zwischen Gott und

Mensch nicht zugedeckt, er reißt vielmehr am Kreuz Jesu in seiner äußersten Schärfe auf.

Die Schuldvergebung setzt einen Prozess der Erneuerung, der *katharsis* in Gang. In der ersten Christenheit war das zentrale Symbol dieser *katharsis* die Taufe. Sie wurde als Reinigung, als von neuem Geborenwerden gedeutet und Paulus verstand sie als ein Begrabenwerden, in dem Gemeinde und Täufling miteinander bezeugen, dass sie durch den Kreuztod Christi der Sünde abgestorben sind (Röm 6,1ff.). Zur Taufe gehörte sehr früh die ausdrückliche Absage an den Teufel und all seine Werke.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang an eine Ostergeschichte erinnern, weil sich in ihr die *katharsis* in einem Gespräch vollzieht. Der Auferstandene fragt nach einem Mahl mit den Jüngern den Petrus: „Hast du mich lieber als mich diese haben?“ Mit diesem Komparativ erinnert er Petrus, den Verleugner, daran, dass er vor der Nacht des Verrats gesagt hatte: Wenn auch alle anderen an dir Ärgernis nehmen, werde ich das nicht tun. Jesus wiederholt diese Frage insgesamt dreimal und erinnert damit an das dreimalige Krähen des Hahns nach der Verleugnung des Petrus. Der Evangelist berichtet: Petrus ward traurig, dass er zum dritten Mal zu ihm sagte: „Hast du mich lieb?“ und sprach zu ihm: „Herr, du weißt, dass ich dich liebe.“ Er gibt es auf, ein Selbstbewusstsein zu haben und vertraut sich dem Wissen Jesu um ihn an. Darauf erfolgt die neue Beauftragung: Weide meine Schafe (Joh 21,15-17). In dieser Ostergeschichte hat das schöne Wort Mitscherlichs von der „Trauerarbeit“ seinen biblischen Anhalt und Ort. In äußerster Verdichtung und Sprache und größter Zurückhaltung wird hier *katharsis* im Prozess der Trauerarbeit angedeutet.

Wie können wir dieses Vorgang der *katharsis* heute wiedergewinnen? In der Unfähigkeit zu trauern sind wir schon wieder oder immer noch tief gefangen. Die Selbstentschuldungsmechanismen haben Hochkonjunktur, ich will sie nicht alle aufzählen. Wie können wir uns gegenseitig zur Trauerarbeit freisprechen? Wie können wir so miteinander reden, dass die Gewissen, deren Stimme todgeredet und todgeschwiegen wird, wieder Stimme gewinnen und wir also reale, nicht nur gesetzliche Gewissensfreiheit, Freiheit der Gewissen bekommen? Ob aus Friedrich Schorlemmers Tribunal-Anregung bei der Zusammenkunft in Leipzig vielleicht ein Vorschlag wird, der einer gesellschaftlichen *katharsis* den Weg bereiten könnte?

Man kann sich auf verschiedensten Wegen um die Trauerarbeit drücken. In einem Gespräch mit einem IM, der auf mich ange-setzt war, wurde mir klar, dass schnelle verbale Vergebung Drückebergerei vor dem schmerzlichen Prozess der *katharsis* sein kann. Ich habe selbst Angst davor, noch einmal den Weg durch die schmerzlichen Konflikte und Zersetzungsversuche von gestern zu gehen. Verbalisierte oder ritualisierte Vergebung, die von Trauerarbeit dispensiert, hilft weder dem Absolvierenden noch dem zu Absolvierenden und löst den Schuldzusammenhang, in dem sie lebten, nicht auf. Nur eine Vergebung, die zur Trauerarbeit freisetzt, statt sie zu ersparen, hilft wirklich.

In der gemeinsamen Trauerarbeit wird beides zusammenwirken müssen, die Annahme des Schuldigen und der Zorn über sein Tun, oder – wie die Reformatoren sagten – das Evangelium der Gnade und das verklagende Gesetz. Durch Evangelium und Gesetz ringt Gott um das Herz des Menschen, dass er die Gnade

als Gnade annehme und durch sie erneuert werde. Das Zusammenwirken beider im zwischenmenschlichen Gespräch ist nicht methodisierbar. Sei es so, dass erst Zerknirschung zu erzeugen und dann Vergebung zuzusprechen wäre, oder so, dass erst die Annahme signalisiert wird und dann das „Aber“ der Kritik erfolgt. In zornigen Vorhaltungen und aggressiven Vorwürfen kann sich das Werben um den anderen aussprechen. Umgekehrt kann der Start mit der Vergebung bloße Geste und Vorleistung des protestantischen Über-Ichs sein, während mit dem „Aber“ die Emotionen unverarbeiteter Vergangenheit voll zuschlagen. Alles hängt daran, dass Annahme und Anklage Elemente im Prozess der *katharsis* sind, der zur Versöhnung und Erneuerung führt und nicht Instrumente des Teufelskreises von Herrschaft und Selbstbehauptung, Angst und Vergeltung. Wie wir in den Prozess der *katharsis* hineinkommen, ist situativ verschieden. Entscheidend ist, dass wir in ihn hineinkommen.

3. Opfer und Täter

Zum Schluss möchte ich das über „Opfer und Täter“ bereits Angesprochene noch etwas vertiefen. Ich sagte bereits: die Bibel nivelliert den Gegensatz zwischen Opfern und Tätern nicht. Gegen eine allgemeine Vergabungsideologie, die über das himmelschreiende Unrecht der Welt das Spray einer allgemeinen Amnestie versprüht, protestieren die Opfer mit Recht. Unrechtstäter verstecken sich gern hinter einer Kollektivschuld, in der doch alle mehr oder weniger das totalitäre System geschützt haben und auch die Täter Opfer des Systems waren. So entschwindet konkrete Schuld im Nebel eines tragischen Verhängnisses¹⁰.

Dies kann die Einsicht gemeinsamer Trauerarbeit sein und zur Solidarität in der Schuld führen. Als Argument zur Selbstentschuldung aber scheitert dieses Argument an denen, die „operativ behandelt“, „zersetzt“, ihrer Entfaltungsmöglichkeiten beraubt, inhaftiert, diskriminiert, ausgegrenzt wurden.

Die Befreiungstheologie spricht von Gottes „vorrangiger Option“ für die Armen, und in der Ökumenischen Versammlung haben wir uns das zu Eigen gemacht. Dahinter stehen das Alte Testament und die evangelische Jesusüberlieferung. Die rettende Gerechtigkeit Gottes schafft Recht denen, die Gewalt leiden (Ps 146,7; 103,6). Jesus solidarisiert sich mit den Armen und Unterdrückten. Die Gewalt leiden finden ihre Erfahrung im Geschick Jesu wieder. Der leidende Christus steht auf der Seite der Opfer, nicht der Täter. Er bringt „die ewige Gottesgemeinschaft und die lebensschaffende Gottesgerechtigkeit durch seine Passion in die Passionsgeschichte dieser Welt“¹¹.

Als der Auferstandene ist der Gekreuzigte der Richter der Gewalttäter. Sie werden mit ihrem Opfer, ihren Opfern konfrontiert, das ist für sie das Gericht. Nach der Offenbarung des Johannes sitzt das Lamm, das geschlachtet wurde, auf dem Thron des Richters (Off 5,6ff.; 6,16; 14,1). Himmeler ließ die Vergasteten verbrennen, argentinische Todeskommandos brachten die Opfer zum Verschwinden, damit sie nicht wiederkehren und gegen ihre Mörder zeugen. Auferstehung bedeutet: die Gewalttäter werden nicht die Sieger der Geschichte sein, sie werden in dem Gekreuzigten ihren Opfern begegnen.

Gibt es Hoffnung für die Täter?

Die messianische Hoffnung Israels verheißt, der Heilskönig werde den Elenden Recht schaffen, indem er die Bedränger zermalmt (Ps 73,4), sie mit dem Stab seines Mundes schlägt und die Frevler

tötet (Jes 11). In Jesaja 11,6 bis 10 aber erfährt diese messianische Hoffnung eine überraschende Korrektur. Hier folgt das Gleichnis vom Tierfrieden, wo Wolf, Löwe und Schlange friedlich mit denen zusammenleben, ja bei denen zu Gast sind, die früher ihre Opfer waren. Ausleger wie M. Buber, J. Ebach und Chr. Hinz haben gezeigt, dass hier im Gleichnis eine politische Prophetie ergeht. Die raubtierhaften Frevler werden nicht unschädlich gemacht oder vernichtet, sie werden verwandelt. Gottes Gerechtigkeit schafft den Elenden Recht und bringt die Unrechtstäter zu recht. So, als die Verwandelteten und Zurechtgebrachten, als aus ihrer Unmenschlichkeit zur Menschlichkeit Befreite schließt die messianische Hoffnung die Gewalttäter ein in die neue menschliche Gemeinschaft unter der Herrschaft Gottes.

Jesus betet am Kreuz: „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ (Luk 23,24). Damit hält er diese Hoffnung für die Folterer und Henker offen, in der ihnen die Augen aufgehen werden für das, was sie getan haben. Ein Beispiel dafür erzählt das Neue Testament. Der Christenverfolger Saulus wird durch die Begegnung mit dem, den er verfolgt, radikal gewandelt (Apg 9). Er wird zum Zeugen für die Rechtfertigung des Gottlosen durch die Gnade Gottes, die ihre Feinde entfeindet und wandelt.

Welche Konsequenzen haben wir daraus für die Beziehung von Opfern und Tätern in unserer Gesellschaft zu ziehen?

1. Es gibt keine Vergebung für die Täter an den Opfern vorbei. Die Bitte um Vergebung geht von dem einzigen Ort aus, der dafür in Frage kommt, dem Kreuz, an dem das Opfer hängt. Jürgen Moltmann sagte in einer Diskussion, die protestantische Rechtfertigungslehre sei täterorientiert. Ihr fehle die Orientierung an den Opfern. Vergebung an den Opfern vorbei ist zynisch und leugnet Christus, den Bruder der Leidenden.

Wie aber, wenn die Täter sich weigern, ihre Opfer überhaupt wahrzunehmen? Das zeigte sich zum Beispiel als kürzlich die Mielke-Generäle fernsehinterviewt wurden. Sie erschienen weiterhin als die typischen Schreibtischtäter, für die es nur operative Vorgänge und bürokratische Maßnahmen gibt, die mit der Sachgesetzlichkeit von Geheimdiensten gerechtfertigt werden. Die wirklich davon betroffenen Menschen können in diesem Weltbild aus Abstraktionen und Sachzwängen überhaupt nicht in den Blick kommen, um von der Fähigkeit der Empathie mit ihnen gar nicht zu reden. Und ganz zu schweigen von der Bereitschaft wenigstens zu Sühnezeichen, da eine Sühne des geschehenen Unrechts ja keine Menschenmöglichkeit ist.

Wie kann es erreicht werden, dass die Täter ihren Opfern begegnen, sie erzählen hören, sich ihren Fragen und Anklagen stellen? Ob bei der Erörterung von Friedrich Schorlemmers Vorschlag eines Tribunals in Leipzig jetzt Vorschläge zur Inszenierung solcher Opfer-Täter-Beziehungen herauskommen?

2. Die Hoffnung auf die Verwandlung der Täter ist eine messianische Hoffnung. Wir können ihre Realisierung nicht erzwingen. Sie erzwingen wollen – „Umerziehung“ könnte das bedeuten – hieße sie verfehlen. Im Zeichen dieser Hoffnung ist eines entschieden zu unterlassen: nämlich der Versuch, das Jüngste Gericht vorwegzunehmen. „Richtet nicht vor der Zeit, bis der Herr kommt“, warnt Paulus (1. Kor 4,5). Ich weiß von ehemaligen KZ-Häftlingen, die über Jahrzehnte hinweg das Gespräch mit ihren Bewachern und Peinigern gesucht und versucht haben.

Die Hoffnung auf die Verwandlung der Täter kann aber so etwas wie ein Regulativ im Gewissen sein, das unseren Umgang mit ihnen leitet, unsere Sprache prägt – auch im Zorn, erfinderisch macht, Wege zu ihrem Denken und Fühlen zu suchen und uns immer wieder zögern lässt, den Stab über sie zu brechen.

Was können wir wirklich tun für die Versöhnung und den Neuanfang von Opfern und Tätern miteinander? Ich denke sehr wenig! Dieses Eingeständnis sollten wir offen und ehrlich der Anmaßung entgegensetzen, die sich im Begriff der „Vergangenheitsbewältigung“ ausspricht. Dieses Eingeständnis „sehr wenig“ heißt aber auch: wir können in dieser Sache nie genug tun und wir können trotz dieses Defizits leben, weil da einer ist, der „ein für alle Mal“, genug getan hat.

Dr. Heino Falcke leitete von 1963 bis 1973 das Predigerseminar Gnadau und war von 1963 bis 1994 Propst in Erfurt.

Wir danken Heino Falcke für die freundliche Abruckgenehmigung.

¹ Vortrag am 22. Februar 1992 bei der Evangelischen Akademie Berlin.

² Werner Krusche, Schuld und Vergebung, der Grund christlichen Friedenshandelns, in: ders., Verheißung und Verantwortung. Orientierungen auf dem Weg der Kirche, Berlin 1990, 214ff.

³ Hans Lilie: „Die erwähnte Erklärung ist keine politische, sondern eine kirchliche Erklärung. Sie ist ... niemals für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen.

Landesbischof Marahrens zum Bußtag 1945: „Das Bekennen unserer Schuld ... ist ... ein Bekenntnis vor Gott und nicht vor Menschen... Es kann nicht die Aufgabe unserer Kirche sein, Fragen des politischen Entwicklung des Völkerrechts zu klären. Sie vermag nicht die Verflechtung von Schuld und Verhängnis im Hintergrunde des furchtbaren Geschehens dieser letzten Jahre

und Jahrzehnte zu durchschauen.“

Die Kirchenleitung von Schleswig-Holstein: „Von hieraus wird klar, daß hier keine politische Schuld festgestellt wird. Feststellung solcher Schuld ist ein politisch-historisches Urteil... sondern es handelt sich um streng religiöses Schuldbekentnis vor Gott, das als solches unanfechtbar ist.“

Zitate nach Werner Krusche, a.a.O., 218f.

⁴ Werner Krusche, a.a.O., 215.

⁵ Evangelische Kommentare 2/92, 75, Der Fall der Thüringischen Landeskirche.

⁶ Vgl. dazu Heino Falcke, Bemerkungen zur Funktion der Zwei-Reiche-Lehre für den Weg der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, 1976, in: Ulrich Duchrow, Zwei Reiche und Regimente, Gütersloh 1977, 65.

⁷ Hanfried Müller, Der Christ in Kirche und Staat, Hilfe aus Burscheidungen Nr. 4, 1956.

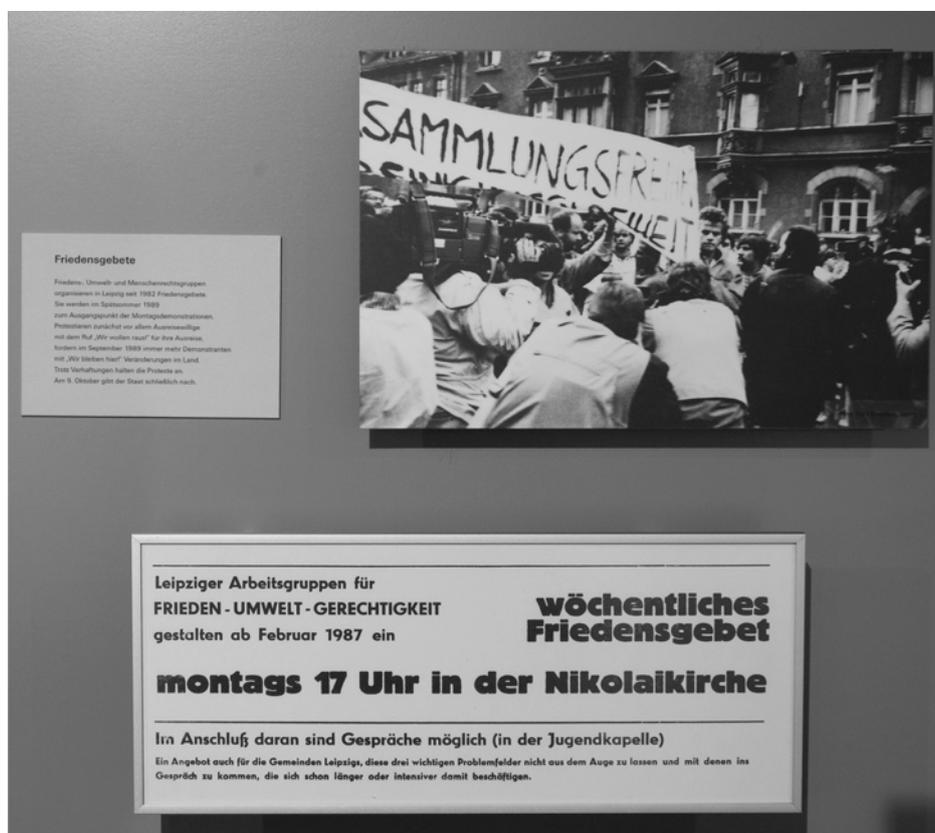
Vgl. dazu Heino Falcke, Bemerkungen zur Funktion der Zwei-Reiche-Lehre, 71.

⁸ H. Moritz, Religion und Gesellschaft in der DDR, in: ThLZ 8/1985, 573-587.

⁹ Ich schließe mich hier und im Teil 3 weitgehend an Jürgen Moltmann, Der Geist des Lebens. Eine ganzheitliche Pneumatologie, München 1991, 137ff., an. Ebenso habe ich herangezogen Jürgen Moltmann, Gefolterte – Folterer – christliche Hoffnung? Vortrag bei der Konferenz der christlichen Aktion gegen die Folter 1990 in Basel.

¹⁰ J. Moltmann, a.a.O., 139.

¹¹ J. Moltmann, a.a.O., 145.



Ausstellungseinheit zur Friedlichen Revolution im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig

Foto: Christian Heckel



Gloria Conrad/ Sylvia Hügel

Kirche in der DDR

Eine Unterrichtssequenz in einer 9. Klasse

Zur Einführung

Die vorliegende Unterrichtssequenz ist im Rahmen einer Team-teachinginitiative zwischen Referendarin und Mentorin bzw. Ausbilderin am Landesgymnasium Latina August-Hermann-Francke in Halle entstanden. Das Thema ‚Kirche in der DDR‘ wurde von uns im Zusammenhang mit dem Lernfeld ‚Kirche und Staat‘ als Alternative zum häufig in der religionsunterrichtlichen Praxis gewählten Beispiel ‚Kirche im Nationalsozialismus‘ entwickelt.

Die Sequenz schlägt einen Spannungsbogen von den Konsequenzen eines programmatischen Aufbaus des Sozialismus in den frühen 1950er Jahren, der an der Jugend als Zukunft einer Gesellschaft ansetzte, hin zum Selbstverständnis der DDR bzw. ihrem Verständnis von Kirche und Religion. Daraufhin wird grundsätzlich das Verhältnis von Kirche und Staat problematisiert und anschließend die Begegnung mit Zeitzeugen und Zeitzeugnissen gesucht. Die Auseinandersetzung mit der Friedlichen Revolution bildet einen historischen wie theologischen Höhepunkt der Unterrichtseinheit, da sie nicht nur am Ende von 40 Jahren DDR steht, sondern auch christliche Elemente der Oppositionsbewegung deutlich werden lässt. Die Auseinandersetzung mit der Bergpredigt, die vor dieser Sequenz im Religionskurs stattfand, wird im Zusammenhang mit den Friedensgebeten aktualisiert.

Wir empfehlen allen, die das Thema ‚Kirche in der DDR‘ im Religionsunterricht planen wollen, vorab für sich zu klären, inwiefern sie oder er bereit ist, selbst Zeugnis über diese Zeit abzulegen. Unsere Erfahrung zeigt, dass Fragen zur Biografie der bzw. des Unterrichtenden und zu persönlichen Standpunkten nicht ausbleiben. Wir haben diesen Umstand als besondere Herausforderung empfunden, weil wir beide verschiedenen Generationen angehören und somit unterschiedliche Erfahrungen gesammelt und Perspektiven entwickelt haben. Diese Herausforderung konkretisierte sich nicht nur in den Vorbereitungsgesprächen, sondern auch im unterrichtlichen Alltag, indem wir auf Schülerfragen teilweise verschiedene Antworten fanden. Gerade in dieser zeitgeschichtlichen Nähe des Themas zur eigenen Biografie – wie auch zur Biografie der Eltern unserer Schüler – liegt eine Chance, ein möglichst differenziertes Meinungsbild über die DDR-Vergangenheit zu generieren. Vor diesem Hintergrund haben auch zwei Zeitzeugengespräche einen zentralen Stellenwert in unserer Unterrichtsreihe eingenommen. Hier ist es auch denkbar, interessierte Eltern mit einzubeziehen, wie uns u.a. Evaluations- bzw. Elterngespräche gezeigt haben.

Die im Folgenden vorgestellte Unterrichtssequenz ist inhaltlich in Kooperation mit den Schülerinnen und Schüler des evangelischen Religionskurses der Jahrgangsstufe 9 entstanden. Nach dem Besuch des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig wünschten sich die Schülerinnen und Schüler mehrheitlich für eine Thematisierung der Spannungen zwischen Jugendweihe und Konfirmation sowie der Ereignisse während der Friedlichen Revolution. Gleichzeitig wollten sie ein Gespräch mit einem Zeitzeugen führen. Die Unterrichtseinheit zum Selbstverständnis der DDR und zum Verhältnis von Staat und Kirche wurde von uns dazwischengeschoben, um erstens ein Verständnis für den weltanschaulichen Konflikt abzusichern und zweitens der übergeordneten Verankerung in das

Lernfeld ‚Kirche und Staat‘ Rechnung zu tragen.

Wir danken allen beteiligten Schülern der Jahrgangsstufe 9, dem Team des Besucherdienstes und der Museumspädagogik im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, das die Vorbereitungen zum Workshop unterstützte sowie Frau Dr. Christine Schaper und Herrn Pfarrer Christoph Lemme für ihre Bereitschaft als Zeitzeugen im Rahmen unserer Unterrichtssequenz mitzuwirken. Wir danken Christian Heckel für die Fotos, die in diesem Heft zu finden sind und dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig für die freundliche Genehmigung..

Übersicht über die Unterrichtssequenz*1. Zeitreise: Kirche und Opposition in der DDR (Workshop)*

Die Schülerinnen und Schüler

- kennen wesentliche Daten und Ereignisse über die Opposition und den Widerstand in der Diktatur der DDR
- stellen Lebensbedingungen von Menschen in der Diktatur der DDR exemplarisch dar.

2. Konfirmation oder Jugendweihe?

Die Schülerinnen und Schüler

- beschreiben die Einführung der Jugendweihe als ein konstitutives Element im programmatischen Aufbau des Sozialismus,
- erkennen, dass vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklung die Jugendlichen in der DDR in einer gesellschaftlichen Konfliktsituation standen,
- verstehen anhand der repressiven Einführung der Jugendweihe in den 50er Jahren der DDR, dass Jugendliche in der DDR in einer Diktatur lebten und
- beschreiben den möglichen persönlichen Bekenntniskonflikt eines Jugendlichen.

3. Zum Selbstverständnis der DDR

Die Schülerinnen und Schüler,

- beschreiben anhand zentraler Begriffe Wesenszüge im Selbstverständnis der DDR und
- haben ein Grundverständnis für die Haltung der DDR zu Religion und Kirche entwickelt.

4. Zum Verhältnis von Kirche und Staat

Die Schülerinnen und Schüler

- kennen verschiedene Positionen im Verhältnis von Kirche und Staat und
- begründen ihre eigene Position.

5. Ein Zeitzeuge berichtet

Die Schülerinnen und Schüler

- kennen Erfahrungen eines Menschen, der als Christ in der DDR lebte.

6. Halle/Saale im September/Oktober 1989

Die Schülerinnen und Schüler

- vollziehen einen Tag der Friedlichen Revolution in Halle im Oktober 1989 nach und
- erfassen, dass die Menschen im Spannungsfeld von Wut, Hoffnung und Angst lebten.

7. *Einer trage des anderen Last (Film)*

Die Schülerinnen und Schüler

- nehmen die Ernsthaftigkeit des jeweiligen Bekenntnisses wahr,
- setzen sich mit der Möglichkeit des Miteinanders von gegensätzlichen Auffassungen auseinander,
- vollziehen gelebte Menschlichkeit nach.

8. *Arbeitsvorschläge für eine Lernerfolgskontrolle*

1. **Zeitreise: Kirche und Opposition in der DDR (Workshop)**

Didaktische Anmerkungen:

Den Auftakt der Unterrichtssequenz bildete eine ganztägige Exkursion in das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig (vgl. <http://www.hdg.de/leipzig/>). Dieses Museum bietet sich an, weil es als Teil der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ Widerstand, Opposition und Zivilcourage in der DDR vor dem Hintergrund der deutschen Teilung vielseitig dokumentiert. Der Besuch wie auch die Führung durch das Museum sind kostenfrei. Themenschwerpunkte können mit dem Besucherdienst des Museums abgesprochen werden. Außerdem besteht die Möglichkeit im Anschluss an die Führung bzw. Begleitung und an die Arbeit in den Kleingruppen, Seminarräume kostenfrei zur Weiterarbeit zu nutzen. Für Auskünfte stehen der Besucherdienst bzw. die Museumspädagogin zur Verfügung. Der im Folgenden vorgestellte Workshop ist beispielhaft auf das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig zugeschnitten. Bei der Wahl eines anderen außerschulischen Lernortes zu Beginn der Sequenz müsste der Workshop auf das jeweilige Museum bzw. die Gedenkstätte zugeschnitten werden.

Die Wahl eines außerschulischen Lernortes soll am Beginn der Unterrichtssequenz die Lernmotivation steigern, indem durch die Anschaulichkeit von authentischem Material Neugierde an der jüngeren Vergangenheit geweckt wird. Gleichzeitig bietet der Workshop die Möglichkeit, zu Beginn der Unterrichtssequenz einen historischen Überblick über die Zeit von 1945 bis 1989 zu gewinnen, der daran anschließend in Kleingruppen an fünf Themen vertieft wird. Die Wahl der Workshop-Themen ist weitgehend an der Lebens- und Interessenwelt Jugendlicher orientiert und versucht die vier Jahrzehnte der DDR-Geschichte unter dem Fokus diktaturkritischen Verhaltens chronologisch und exemplarisch auszuleuchten. Im Einzelnen konnten folgende Themen bearbeitet werden:

- | | |
|------|---|
| I. | Jugendweihe und Konfirmation in den 50er Jahren der DDR |
| II. | Bettina Wegner – Von der Schauspielstudentin zur Liedermacherin |
| III. | „Schwerter zu Flugscharen“ – Schüler tragen ein Symbol |
| IV. | „Kirche von unten“ – Der Fall „Brüsewitz“ |
| V. | Nikolaikirche – Auf Spuren der Friedlichen Revolution |

Hinweis:

Schülergruppen, die sich bereits im Geschichtsunterricht mit dem Thema ‚DDR‘ auseinandergesetzt haben, könnten den inhaltli-

chen Schwerpunkt der Führung bzw. Begleitung auf das Thema ‚Kirche in der DDR‘ legen. Allen anderen Schülergruppen wird eine allgemeine Überblicksbegleitung als thematische Einführung empfohlen.

Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler

- kennen wesentliche Daten und Ereignisse über die Opposition und den Widerstand in der Diktatur der DDR
- stellen Lebensbedingungen von Menschen in der Diktatur der DDR exemplarisch dar.

Methodische Anregungen:

- Es wird empfohlen als Einstieg einen historischen Ort oder ein Museum wie beispielsweise das Zeitgeschichtliche Forum mit den Schülerinnen und Schülern zu besuchen. Dort können sie nicht nur einen ersten Einblick in die Zeit der DDR erhalten, sondern auch durch die Begegnung mit Originalen bzw. einem historischen Schauplatz leicht einen direkten Einstieg in das Thema finden. Hierbei empfiehlt sich die Arbeit in Kleingruppen mit unterschiedlichen Arbeitsaufträgen.
- Unter www.akd-ekbo.de finden Sie Materialien, die für das Zeitgeschichtliche Forum konzipiert sind. Diese können durch das museumspädagogische Angebot eines anderen Museums oder Gedenkortes ausgetauscht werden.
- Es empfiehlt sich vor der Auswertung der Gruppenergebnisse eine kurze Evaluation des Museums- bzw. Gedenkstättenbesuches durchzuführen.
- Präsentation der Gruppenergebnisse anhand selbst gewählter Schwerpunkte: Wissenswertes zum Thema und ein kreatives Arbeitsergebnis vorstellen – je nach zeitlicher Planung innerhalb des Museums- bzw. Gedenkstättenbesuches oder später im Rahmen des Unterrichts.

2. **Jugendweihe und Konfirmation in den 50er Jahren der DDR**

Didaktische Anmerkungen:

Am konkreten Beispiel der Rituale ‚Jugendweihe‘ und ‚Konfirmation‘ kann nicht nur die weltanschauliche Frontstellung zwischen dem DDR-Staat und der evangelischen Kirchen in der DDR, sondern auch das gesellschaftspolitische Programm der DDR – die Erziehung zum Sozialismus – nachvollzogen werden. Die scharfen Auseinandersetzungen der 50er Jahre illustrieren, wie unvereinbar die Bekenntnisse sind und mit welcher politischen Konsequenz die DDR-Regierung gegen die Konfirmation und somit gegen die evangelischen Kirchen vorging. Ausgehend von dem Beschluss der 2. Parteikonferenz zum „Aufbau des Sozialismus“ erarbeiten die Schülerinnen und Schüler erstens, dass die Jugend das Fundament ist, wenn eine Gesellschaft programmatisch umstrukturiert und umerzogen werden soll. Zweitens kann mithilfe des kurzen Dokumentarfilms ‚Jugendweihe – Ein sozialistisches Ritual‘ diskutiert werden, inwiefern sich junge Menschen in der DDR in einer weltanschaulichen, politischen bzw. persönlichen Konfliktsituation befanden.

Der Film zeigt, inwiefern die Jugend zur Zielgruppe für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung wurde. Mit Einführung der Jugendweihe 1954 sollten traditionelle und religiöse Bindungen zurückgedrängt werden. Zeitzeugen berichten, wie sie die Jugendweihe mehr und mehr als ein Familienfest erlebten und gleichzeitig eine Verweigerung aus religiösen Gründen den Weg zum Abitur versperrte.

Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler

- beschreiben die Einführung der Jugendweihe als ein konstitutives Element im programmatischen Aufbau des Sozialismus,
- erkennen, dass vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklung die Jugendlichen in der DDR in einer gesellschaftlichen Konfliktsituation standen,
- verstehen anhand der repressiven Einführung der Jugendweihe in den 50er Jahren der DDR, dass Jugendliche in der DDR in einer Diktatur lebten und
- beschreiben den möglichen persönlichen Bekenntnis Konflikt eines Jugendlichen.

Methodische Anregungen:

- Einstieg mit der 2. Parteikonferenz der SED 1952: Unterrichtsgespräch über die auf dem Foto (M 1) ersichtlichen philosophischen und staatstheoretischen Vorbilder der SED (Marx, Engels, Lenin, Stalin) und Schlussfolgerung auf das während der 2. Parteikonferenz beschlossene Programm zum Aufbau des Sozialismus.
- Film ‚Jugendweihe – Ein sozialistisches Ritual‘ (ca. 10 Minuten) anschauen und gleichzeitig Beobachtungsaufträge erteilen: Alle SchülerInnen achten darauf, wie der Film den Begriff ‚Sozialismus‘ füllt. Zusätzlich hat jeder Schüler noch einen weiteren Beobachtungsauftrag, wobei dieser zufällig gezogen wird (M 2).
- Nach dem Film werten die SchülerInnen in Kleingruppen (3–4 TeilnehmerInnen) die gemeinsame und jeweils zusätzliche Frage aus, indem sie sich nacheinander ihre Beobachtungen berichten.
- Entwickeln eines Tafelbildes im Unterrichtsgespräch anhand von Leitfragen (M 3).
- Partnerarbeit: Die Interviewte, Silke Haase, entscheidet sich gegen die Jugendweihe und gleichzeitig für die Konfirmation. Mit welchen Konsequenzen? Was bewegt sie, so zu entscheiden? In welchem Konflikt befanden sich Jugendliche in der DDR? Entwickelt eine Übersicht, die ihr euren Mitschülern vorstellt (es werden Plakate empfohlen).
- Präsentation von 2–3 Partnerarbeiten mit der Möglichkeit Rückfragen zu stellen.
- Unterrichtsgespräch: Benennt und beschreibt die Staatsform, die euch hier begegnet.

3. Zum Selbstverständnis der DDR

Didaktische Anmerkungen:

Um den Schülerinnen und Schülern begreiflich zu machen, wie Kirche im Sozialismus verankert war, muss eine Wahrnehmung dafür geschaffen werden, welches Selbstverständnis sowohl der Staat DDR als auch die Kirche zum Ausdruck bringen. Daraus ist ableitbar, wie sich Kirche im System positionieren kann. Zentrale Säulen der DDR sind ihr Gesellschaftssystem, die zu Grunde liegende Ideologie und die weltanschauliche Positionierung sowie im Blick auf Kirche die Haltung gegenüber religiösen Weltklärungsmodellen. Daran kann zum einen exemplarisch das Selbstverständnis dieses Staates und zum anderen sein Umgang mit anders Denkenden erarbeitet werden. Diese Erkenntnisse sind gleichzeitig übertragbar auf andere sozialistische Staaten. Notwendig ist es dabei, die SchülerInnen mit Originalquellen zu konfrontieren. Komprimiert und auf das Wesentliche begrenzt,

findet sich dieses im Politischen Wörterbuch der DDR. Eine nicht unerhebliche Schwierigkeit liegt in der Sprödeheit der Texte, der durch eine auf das Wesentliche zu reduzierende Aufgabenstellung begegnet werden kann.

Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler,

- beschreiben anhand zentraler Begriffe Wesenszüge im Selbstverständnis der DDR und
- haben ein Grundverständnis für die Haltung der DDR zu Religion und Kirche entwickelt.

Methodische Anregungen:

- Arbeit in Gruppen zu den Begriffen ‚Sozialismus und Kommunismus‘, ‚Marxismus-Leninismus‘, ‚Atheismus‘ und ‚Kirche und Religion‘ (M 4– M 7).
- Gruppen präsentieren Arbeitsergebnisse, Möglichkeit für Rückfragen.
- Systematisierung im Tafelbild – siehe Beispiel (M 8).
- Entwicklung eines Slogans auf einem Demonstrationsplakat zum 7. Oktober 1989, auf dem sich die DDR-Politik zu Religion und Kirche äußert. Vorgabe: „Ohne Gott und Sonnenschein fahren wir die Ernte ein.“
- Auseinandersetzung mit dem Vorwort zu ‚Weltall-Erde-Mensch‘ hinsichtlich der Wirkung des Textes auf den Leser und der Absicht des Verfassers (M 9a und M 9b).
- M 9b ist für leistungsstärkere Gruppen geeignet.

4. Zum Verhältnis von Kirche und Staat

Didaktische Anmerkungen:

Ausgehend vom Extremfall, welche Rolle Kirche in einer Diktatur spielt, soll die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Staat grundlegend reflektiert werden. Dabei besteht die didaktische Schwierigkeit darin, die komplexe Situation in der Kirchengeschichte der DDR auf nachvollziehbare und übersichtliche Strukturen zu reduzieren, ohne kirchengeschichtliche Detailkenntnis vorauszusetzen. Dieser Schwierigkeit begegnet die fiktive Situation eines Gemeindefestes im Jahr 1985, auf welchem den Schülern verschiedene Positionen vorgestellt werden. In Auseinandersetzung mit diesen entwickeln die Schülerinnen und Schüler einen eigenen Standpunkt. Die Arbeitsphase ist als Partnerarbeit konzipiert, um die Komplexität und die intellektuellen Herausforderungen des Themas diskursiv abzufedern.

Vorab wird kurz der Begriff ‚Kirche‘ in seinen verschiedenen Verwendungen geklärt, um die Schülerinnen und Schüler für die Differenz von Institutionengeschichte und Entscheidungen einzelner Menschen oder Kirchengemeinden (vgl. etwa Positionen von Bischof Schönherr gegenüber Pfarrer Brüsewitz) zu sensibilisieren.

Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler

- kennen verschiedene Positionen im Verhältnis von Kirche und Staat und
- begründen ihre eigene Position.

Methodische Anregungen:

- Im Unterrichtsgespräch wird der Begriff ‚Kirche‘ (Gebäude, Institution, Gemeinschaft von Gläubigen) geklärt und herausgestellt, dass die Institution für das Gespräch mit dem Staat steht.
- Mithilfe des Arbeitsblattes erarbeiten die SchülerInnen ver-

schiedene Positionen, welche die Kirche in einem Staat einnehmen kann (M 10).

- Ergebnissicherung im Unterrichtsgespräch (M 11).
- kreativer Schreibauftrag: In Partnerarbeit verfassen die SchülerInnen eine Ansprache für das nächste Gemeindefest, in welcher sie sich zum Verhältnis von Kirche und Staat begründet positionieren.

5. Ein Zeitzeuge berichtet

Didaktische Anmerkungen:

Das Zeugnis eines bekennenden Christen in der DDR nimmt eine zentrale Stellung innerhalb der Unterrichtssequenz ein. Nachdem die SchülerInnen dem offiziellen Verhältnis von Kirche und Staat nachgegangen sind, soll an dieser Stelle der Fokus von der Institutionengeschichte auf das persönliche Lebenszeugnis eines Menschen gerichtet werden. Die Chance dieses Ansatzes besteht darin, das erarbeitete Bild von Kirche in der DDR um die Alltagserfahrungen und Einschätzungen eines Zeitzeugen zu erweitern. Hierbei ist es nicht Ziel, detaillierte Genauigkeit hinsichtlich historischer Ereignisse zu erzielen, sondern vielmehr eine Sensibilität für das Leben in einer Diktatur, die schwer ein weltanschauliches Bekenntnis neben dem Marxismus-Leninismus tolerierte, zu entwickeln. Darüber hinaus haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die sich bis dahin angesammelt haben. Es empfiehlt sich, die Eröffnungsfrage offen zu formulieren, sodass die Zeitzeugin bzw. der Zeitzeuge die Gelegenheit hat, selbst thematische Schwerpunkte zu setzen.

Kompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler kennen Erfahrungen eines Menschen, der als Christ in der DDR lebte.

Methodische Anregungen:

- Einstiegsfrage seitens der Lehrkraft: „Wir sind an Ihren persönlichen Erfahrungen als Christ in der DDR interessiert. Vielleicht können Sie uns erzählen, wie Sie Ihr Leben als Christ in dieser Zeit erlebt haben. Sie können alle Erlebnisse erzählen, die Ihnen einfallen. Sie können sich so viel Zeit nehmen, wie Sie möchten. Wir werden Sie erst einmal nicht unterbrechen.“
- Anschließend können die SchülerInnen weitere Fragen stellen.
- Das Interview kann im letzten Drittel der Zeit ggf. zu einem Unterrichtsgespräch zu einem ausgewählten Themenschwerpunkt eröffnet werden.

6. Halle/Saale im September/Oktober 1989

Didaktische Anmerkungen:

In dieser Einheit wird versucht, die Stimmung der Wochen im September und Oktober 1989 zwischen Wut, Angst und Hoffnung am regionalen Beispiel nachzuvollziehen. Es geht weniger um die Ereignisgeschichte dieser Tage, sondern um die Grundgefühle der Menschen, die bewusst für Freiheit, Demokratie und Frieden demonstrierten (M 11-14).

Die Unterrichtseinheit ist als Stationsarbeit konzipiert, um das Gefühl einer Reise in die Vergangenheit zu evozieren und so die Schülerinnen und Schüler möglichst nah an die Eindrücke und Empfindungen dieser ereignisreichen Tage heranzuführen. Gleichzeitig ermöglicht dieses methodische Konzept eine spannungsreiche Parallelität von öffentlichem politischen Engagement (Station: Marktplatz), dem Schutzraum und Ort der Hoffnung (Station: Marktkirche) sowie der realen Gefahr der

Verhaftung durch die Staatssicherheit (Station: Roter Ochse). Die inhaltliche Aufbereitung der Stationen orientiert sich nur in Teilen an historischen Fakten der Halleschen Geschichte. Vor allem werden lokale Stationen aufgegriffen, um an einer Identifikation der Schüler mit ihrer Heimatstadt anzuknüpfen. Insofern ist das Konzept auf andere Städte übertragbar. Alternativ bietet es sich an, die Geschichte der eigenen Stadt während der Friedlichen Revolution zu recherchieren.

Marktkirche: Die Textpassagen (Predigt, Berichte, Fürbitten, Seligpreisungen, Anregungen zur Gewaltlosigkeit) sind in gekürzter Fassung dem Friedensgebet vom 25. September 1989 in der Leipziger Nikolaikirche entnommen. Sie illustrieren beispielhaft den Appell der Kirchen zur Gewaltlosigkeit während der Friedlichen Revolution.

Marktplatz: An dieser Station findet ein Zeitzeugengespräch statt, das Aufschluss über Motivation, Empfindungen und Eindrücke eines Beteiligten während der Demonstrationen gibt.

Roter Ochse: Der 20-minütige Kurzfilm „Die Klärung eines Sachverhaltes“ illustriert die Verhörmethoden des MfS in der DDR, die eingeschränkte Reisefreiheit und damit einhergehende Verhaftungen und Freiheitsstrafen.

Vgl. <http://www.honnom.de/dieklaerungeinnessachverhalts/index.html>

Die organisatorische Herausforderung vor Ort besteht darin, drei Räume zu finden und einen Zeitzeugen zu gewinnen, der bereit ist, an dieser Stationsarbeit dreimal nacheinander zu den gleichen Fragen Auskunft zu geben.

Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler

- vollziehen einen Tag der Friedlichen Revolution in Halle im Oktober 1989 nach und
- erfassen, dass die Menschen im Spannungsfeld von Wut, Hoffnung und Angst lebten.

Methodische Anregungen:

- Den Schülerinnen und Schülern wird zur Hintergrundinformation eine Übersicht zu den Ereignissen im September/Okttober 1989 in Halle ausgeteilt (M11).
- Sie bilden drei Gruppen, durchlaufen die Stationen und bearbeiten jeweils Aufgaben (M12 – M14).
- In der Auswertung der Stationen stellt jede Gruppe ihre erste Station vor.
- Die Präsentation soll ausgehend vom Grundgefühl, das die Schüler mit der jeweiligen Station verbinden, organisiert werden.

7. Einer trage des anderen Last (Film)

Didaktische Anmerkungen:

Der Film führt in das Jahr 1950 in der DDR. Handlungsort ist ein Lungensanatorium, in dem sich ein junger Volkspolizist und ein Vikar, beide schwer krank das Zimmer teilen müssen. Über verschiedene Auseinandersetzungen lernen sich die engagierten jungen Männer näher kennen. Allmählich nehmen sie einander weniger als Gegner denn als Menschen wahr, indem sie beispielsweise Gemeinsamkeiten in ihren humanistischen Überzeugungen entdecken. Der Film schafft ein Bewusstsein dafür, wie es möglich ist, trotz einander ausschließender weltanschaulicher Auffas-

sungen miteinander leben zu können. Es wird die Erfahrung vermittelt, dass das aufeinander Zugehen kein leichter, wenngleich ein möglicher Weg ist. Damit soll sowohl einem Klischeedenken und einfach strukturierten Freund-Feind-Bildern für die Geschichte der DDR entgegengewirkt werden. Der Film regt dazu an – über die thematische Eingrenzung der DDR-Geschichte hinaus – eigene Positionen und persönliche Streitkultur im Umgang mit unterschiedlichen Bekenntnissen zu prüfen.

Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler

- nehmen die Ernsthaftigkeit des jeweiligen Bekenntnisses wahr,
- setzen sich mit der Möglichkeit des Miteinanders von gegensätzlichen Auffassungen auseinander,
- vollziehen gelebte Menschlichkeit nach.

Methodische Anregungen:

- Filmsequenzen festhalten lassen, von denen die Schülerinnen und Schüler am stärksten berührt waren.
- Gedanken oder Aussagen aufschreiben, die nach dem Sehen des Filmes in Erinnerung geblieben waren.
- Schreibmeditation über den Titel.
- Filmplakat entwerfen lassen.

8. Arbeitsvorschläge für eine Klassenarbeit

1. Beschreibe theoretische Grundlagen des Selbstverständnisses der DDR anhand zentraler Begriffe. Gehe dabei auch darauf ein, wie Religion und Kirche in der DDR bewertet wurden. (Anforderungsbereich 1)

2. Beschreibe anhand des Themas ‚Konfirmation und Jugendweihe‘, in welchem Gewissenskonflikt ein Christ in der DDR stehen konnte. (Anforderungsbereich 2)

3. Erörtere, wie sich das Verhältnis von Kirche und Staat gestalten kann. Welches Modell bevorzugst du? Begründe deine Entscheidung. (Anforderungsbereich 3)

Gloria Conrad ist Lehrerin für evangelische Religion und Französisch und arbeitet derzeit an einer Promotion zum Thema „Christenlehre in der DDR“. Sylvia Hügel ist Fachausbilderin für evangelische Religion an Gymnasien und Sekundarschulen im Land Sachsen-Anhalt.

Literatur

Goeckel, Robert F. (1995): Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker. Leipzig: Evang. Verl.-Anst.

Grashoff, Udo (2004): Keine Gewalt! Der revolutionäre Herbst 1989 in Halle an der Saale. Dokumente und Interviews. Herausgegeben von Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte. Halle.

Hanisch, Günter (Hg.) (1996): Dona nobis pacem. Herbst '89 in Leipzig. Friedensgebete, Predigten, Fürbitten. Berlin: Evang. Verl.-Anst.

Hüpner, Sören/Christian Prettin (2008): Die Klärung eines Sachverhalts. DVD. Hamburg: Leitmotiv Film GmbH.

Martin, Anne (2008): Demokratie jetzt oder nie! Diktatur, Widerstand, Alltag [Begleitbuch zur Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig]. Leipzig: Ed. Leipzig.

Maser, Peter (1989): Glauben im Sozialismus. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. Berlin: Holzapfel.

Maser, Peter (1992): Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. 1949 – 1989. Ein Rückblick auf vierzig Jahre in Daten, Fakten und Meinungen. Konstanz: Christliche Verl.-Anst. (Bibel, Kirche, Gemeinde, 41).

Maser, Peter (2000): Die Kirchen in der DDR. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Deutsche Zeitbilder).

Mitglieder der Redaktion DAS ANDERE BLATT (Hg.) (1991): Keine Überraschungen zulassen. Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989. 2. Aufl.

Kosing, Alfred (Hg.) (1965): Weltall Erde Mensch. 13. überarb. Aufl. Berlin: Neues Leben.

Jugendweihe – Ein sozialistisches Ritual, in: o. Hg. [= Stiftung zu Aufarbeitung der SED-Diktatur/Domino Film] (o.J.) [= 2007]: Was war das? DVD. Berlin: Domino-Film.

Warneke, Lothar (1988/2003): Einer trage des anderen Last. DVD. Berlin: Icestorm Entertainment.



Ausstellungseinheit zum Thema ‚Schwerner zu Flugscharen‘
im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig
Foto: Christian Heckel



M 1 2. Parteikonferenz der SED vom 9.-12. Juni 1952



Bundesarchiv, Bild 183-15410-0009, Fotograf: Heinz Junge, 9. Juli 1952



Beobachtungsaufträge zum Dokumentarfilm ,Jugendweihe – Ein sozialistisches Ritual‘

1. Womit setzt der Redner den Begriff ‚sozialistisch‘ gleich? Welche Gründe könnte er dafür haben?

2. Warum und wie wurde der Einfluss der Kirche in der DDR zurückgedrängt?

3. Welche Funktion wurde der Jugendweihe vom Staat beigemessen? Was könnten die Gründe dafür sein?

4. Welche Rolle spielt die Jugend für die DDR?

5. Inwiefern ändern sich die statistischen Zahlen von Jugendweihe und Konfirmation zwischen 1958 und 1960? Was sind die Gründe?

6. Welches Bekenntnis ist der Mittelpunkt der Jugendweihe? Welche Bedeutung hat es?

7. Worin bestand die Motivation von Katja Prenzel, Jugendweihe abzulegen? Welche Bedeutung hatte das für sie?

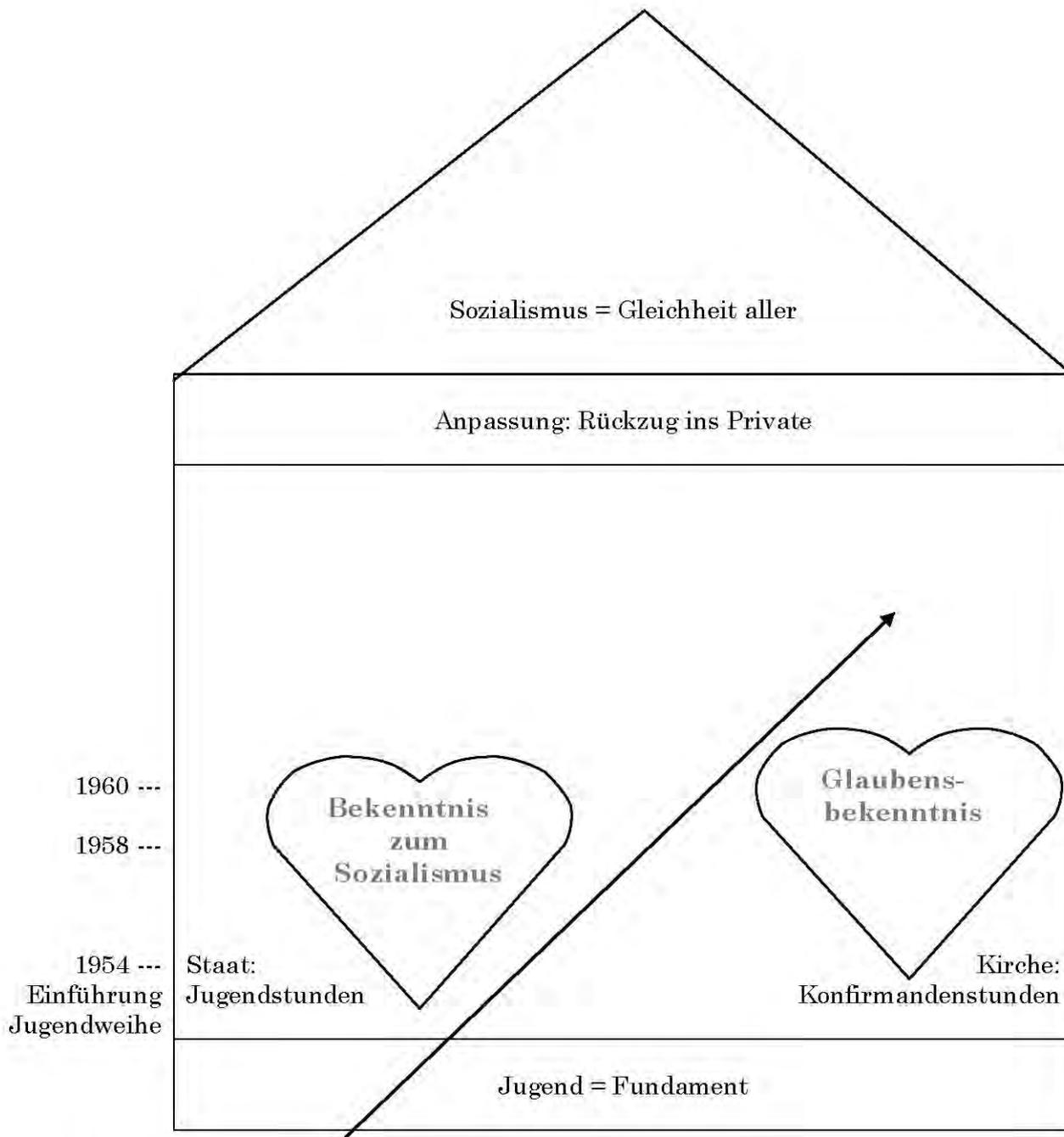
8. Worin bestanden die Voraussetzungen, Jugendweihe ablegen zu dürfen?

9. Welche Konsequenzen hat die Entscheidung von Silke Haase, nicht Jugendweihe, sondern Konfirmation abzulegen? Wie entscheiden die meisten Jugendlichen und warum?

10. Was ist mit der Metapher ‚zwei Gesichter‘ gemeint? Was für eine Gesellschaft wird hier beschrieben?



M 3 Tafelbild Konfirmation und Jugendweihe



Leitfragen:

- Wie vollzog sich dieser Aufbau am Beispiel der Jugendpolitik?
- Was ist die Jugendweihe?
- Unter welchen Voraussetzungen konnte man sie ablegen?
- Welche politische Bedeutung hat sie? Zentraler Ritus?
- Wie und warum ändern sich zwischen 1958 und 1960 – innerhalb von zwei Jahren – die statistischen Zahlen von Jugendweihe und Konfirmation?

Zusammenfassende Frage:

Welche politische Rolle spielt die Jugend im Aufbau des Sozialismus?



Quelle 1

[Sozialismus und Kommunismus sind] die beiden Entwicklungsphasen oder qualitativen Entwicklungsstufen der einheitlichen kommunistischen Gesellschaftsformation, welche die kapitalistische Gesellschaftsformation gesetzmäßig ablöst. Die revolutionäre Ablösung des Kapitalismus und der Aufbau des Sozialismus ist die historische Mission der Arbeiterklasse, die diese unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit den werktätigen Bauern und allen anderen werktätigen Schichten erfüllen muß. [...] Mit dem Sozialismus endet die Vorgeschichte der Menschheit und beginnt die eigentliche Geschichte, weil die Menschen nun ihren eigenen gesellschaftlichen Lebensprozeß bewußt gestalten und beherrschen lernen, statt von seinen spontan wirkenden Gesetzmäßigkeiten beherrscht zu werden.

In: Kleines Politisches Wörterbuch der DDR. Dietz Verlag Berlin 1973, S. 760 ff.

Quelle 2

Der Sozialismus macht der Ausbeuterordnung ein Ende. [...] Im Sozialismus gehören Grund und Boden, Betriebe und Maschinen nicht mehr den Kapitalisten, sondern dem Volk. [...] Im Sozialismus ist das Streben der Menschen darauf gerichtet, den gesellschaftlichen Reichtum zu mehren. – Der Sozialismus ist eine gerechte Gesellschaftsordnung. Jeder kann nach seinen Fähigkeiten arbeiten und wird nach seinen Leistungen entlohnt. Alle Jungen und Mädchen haben die gleiche Möglichkeit der Bildung. Mann und Frau sind gleichberechtigt. Ein fester Grundsatz des Sozialismus ist die internationale Solidarität und die Freundschaft mit allen Völkern. Der Sozialismus schützt und sichert den Frieden.

In: Caroline Kazianka/ Claudia Welker-Sebald, Von Anton bis Zylinder. Das Lexikon für Kinder, © 2004 BELTZ Der Kinderbuch-Verlag, Weinheim/Basel (Berlin 1966, S. 264)

Aufgabe:

Wie werden in den in der DDR aufgelegten Lexika die Begriffe ‚Sozialismus‘ und ‚Kommunismus‘ beschrieben?

Bearbeitet dazu folgende Aufträge:

- **Sucht nach Merkmalen, auf deren Grundlage in dem Lexikon Sozialismus/Kommunismus charakterisiert werden.**
- **Stellt diese vor und zieht Schlussfolgerungen zum politischen Verständnis von Sozialismus und Kommunismus in der DDR. Erklärt eure Schlussfolgerungen.**



Quelle 3

[Marxismus-Leninismus ist] die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei sowie der gesamten fortschrittlichen Menschheit. Er stellt das einheitliche, in sich geschlossene System der wissenschaftlichen Anschauungen und Theorie dar, das von K. Marx, F. Engels und W. I. Lenin ausgearbeitet wurde, die als Revolutionäre und als Wissenschaftler die gesellschaftliche Entwicklung und vor allem die Klassenkämpfe im Kapitalismus und Imperialismus analysierten und theoretisch verallgemeinerten. [...] Um den Klassenkampf erfolgreich führen zu können, benötigte die Arbeiterklasse eine wissenschaftliche Theorie, die die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Veränderung und Entwicklung aufdeckte, die Wege, Mittel und Methoden ihrer Befreiung bestimmte und ihre welthistorische Mission als Schöpfer des Sozialismus und Kommunismus klärte. [...] Die wissenschaftliche Entdeckung und Begründung der welthistorischen Mission des Proletariats war mit einer Revolution im philosophischen Denken und mit der Ausarbeitung einer qualitativ neuen Auffassung von Natur und Gesellschaft verbunden, die in der Entdeckung und wissenschaftlichen Formulierung der allgemeinen Entwicklungs- und Bewegungsgesetze der menschlichen Geschichte ihren Ausdruck fand. [...] Der Einfluß des Marxismus wächst in allen Erdteilen unaufhörlich. Seine Ideen haben sich als Anleitung zu den größten revolutionären Veränderungen der Weltgeschichte praktisch bewährt. Deshalb sehen immer mehr Menschen in ihm die Ideologie und die Wissenschaft, die allein geeignet ist, die Probleme der gegenwärtigen und künftigen Epoche zu lösen.

In: Kleines Politisches Wörterbuch der DDR. Dietz Verlag Berlin 1973, S. 510 ff.

Aufgabe:

Wie wird in der Quelle 3 der Begriff ‚Marxismus-Leninismus‘ beschrieben?

Bearbeitet dazu folgende Aufträge:

- **Sucht nach Merkmalen, auf deren Grundlage in dem Lexikon Marxismus-Leninismus charakterisiert wird.**
- **Stellt diese vor und schlussfolgert auf das ihnen zu Grunde liegende politische Verständnis von Marxismus-Leninismus in der DDR. Erklärt eure Schlussfolgerungen.**



Quelle 4

Bezeichnung für alle Weltanschauungen, welche die Welt aus sich selbst erklären und daher den Glauben an einen ‚Gott‘, an ‚Götter‘ oder sonstige übernatürliche Kräfte ablehnen. [...] Einen großen Aufschwung erlebte das atheistische Denken in der Epoche des Kampfes der revolutionären Bourgeoisie gegen die überlebte Feudalgesellschaft und ihre Ideologie. Der Atheismus entwickelte sich hier in enger Verbindung mit den Wissenschaften und der materialistischen Philosophie und diente den fortschrittlichen Kräften als ideologische Waffe im Klassenkampf gegen den weltlichen und geistlichen Adel. [...] Marx und Engels schufen mit der neuen Weltanschauung der Arbeiterklasse, dem dialektischen und historischen Materialismus, auch eine qualitativ höhere Form des Atheismus. Indem sie die sozialen Grundlagen und die erkenntnistheoretischen Wurzeln der Religion erkannten, wiesen sie zugleich den Weg, wie das religiöse Bewußtsein praktisch und theoretisch überwunden werden kann. [...] Dazu ist eine systematische wissenschaftliche atheistische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit erforderlich, die allen Menschen die Ergebnisse der Wissenschaften sowie die wissenschaftlich begründete marxistisch-leninistische Weltanschauung vermittelt, um sie zu befähigen, ihren gesellschaftlichen Lebensprozeß auch wirklich als bewußte und freie Tat zu realisieren. [...] Dazu ist eine ständige Verbreitung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung erforderlich, die mit der Widerlegung aller Glaubenslehren verbunden sein muß.

In: Kleines Politisches Wörterbuch der DDR. Dietz Verlag Berlin 1973, S. 79 ff.

Aufgabe:

Wie wird in der Quelle 4 der Begriff ‚Atheismus‘ beschrieben?

Bearbeitet dazu folgende Aufträge:

- **Sucht nach Merkmalen, auf deren Grundlage in dem Lexikon ‚Atheismus‘ und ‚atheistisches Denken‘ charakterisiert werden.**
- **Stellt diese vor und schlussfolgert auf das ihnen zu Grunde liegende politische Verständnis von Atheismus in der DDR. Erklärt eure Schlussfolgerungen.**



Quelle 5

Die **Kirche** hat sich mit der Klassengesellschaft herausgebildet. [...] Sie wurde zum Bestandteil des Wirkungs- und Herrschaftsmechanismus des Staates der Ausbeuterklasse. [...] In sozialistischen Staaten sind Kirchen vom Staat getrennt. Damit sind sowohl kirchliche Privilegien der bürgerlichen Gesellschaft als auch Basis für den Missbrauch der Kirche für kirchenfremde Ziele beseitigt.

In: Kleines Politisches Wörterbuch der DDR. Dietz Verlag Berlin 1973, S. 401ff.

Quelle 6

[**Religion** ist die] Gesamtheit von Anschauungen, Emotionen und Kulthandlungen, deren Wesen in einer phantastisch verzerrten, illusionären Widerspiegelung der Natur und der Gesellschaft im Bewußtsein der Menschen besteht. Alle Religionen sind durch diese drei grundlegenden Elemente charakterisiert. [...] Die monotheistischen Welt-Religionen, insbesondere das Christentum, sind ein Erzeugnis der antagonistischen Klassengesellschaft mit ihren Verhältnissen der Ausbeutung und Unterdrückung. Entstanden als Ausdruck der Unzufriedenheit und zugleich Ohnmacht der ausgebeuteten Volksmassen, wurde z.B. das Christentum sehr bald zur Staatsreligion und in den Dienst der ausbeutenden Klasse gestellt. [...] Die Ohnmacht und Hilflosigkeit der Menschen widerspiegelt sich in den Vorstellungen eines allmächtigen göttlichen Wesens, dem alle Vollkommenheiten zugeschrieben werden, und das menschenunwürdige Leben der ausgebeuteten Werktätigen im Diesseits erscheint als die Vorstufe eines glücklichen Jenseits. So ist die Religion die allgemeine Theorie der menschenunwürdigen Welt der Ausbeutung und Unterdrückung. [...] In der sozialistischen Gesellschaft verliert die Religion ihre sozialen Grundlagen. Infolge des Beharrungsvermögens der Traditionen [...] bleibt sie jedoch weiter wirksam. [...] Die marxistisch-leninistische Partei wird als die führende Kraft der Gesellschaft alles tun, damit die Werktätigen und insbesondere die Jugend mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse ausgerüstet werden. Dazu gehört die Verbreitung atheistischer Überzeugungen.

In: Kleines Politisches Wörterbuch der DDR. Dietz Verlag Berlin 1973, S. 717 ff.

Aufgabe:

Wie werden in den Quellen 5 und 6 die Begriffe ‚Religion‘ und ‚Kirche‘ beschrieben?

Bearbeitet dazu folgende Aufträge:

- **Sucht nach Merkmalen, auf deren Grundlage in dem Lexikon Religion und Kirche charakterisiert werden.**
- **Stellt diese vor und schlussfolgert auf das ihnen zu Grunde liegende politische Verständnis von Religion und Kirche in der DDR. Erklärt eure Schlussfolgerungen.**



M 8 Tafelbild: Zum Selbstverständnis der DDR

Kriterien

Sozialismus/
Kommunismus

Marxismus-
Leninismus

Atheismus

Eigenschaften

Gesetzmäßig, modern, solidarisch, gerecht, friedlich
Gerecht, gesellschaftlicher Reichtum, Gleichberechtigung, Solidarität

Wissenschaftlich, fortschrittlich, befreit, revolutionär, löst Probleme der Menschheit
Gesellschaftliche Veränderung, wissenschaftlich, Ideologie zur Problemlösung, gemeinschaftlich und einheitlich, theoretisch begründetes System der gesellschaftlichen Entwicklung

Wissenschaftlich, fortschrittlich, widerlegt begründet Religion
Unabhängig von Religion und Glaube, Weltanschauung ohne Gott, marxistisch-leninistisch, basiert auf wissenschaftlichen Grundlagen, ideologische Waffe für den Klassenkampf

Fazit

Die DDR versteht sich als modernes, wissenschaftlich begründetes System, als fortschrittlich und gerecht.

Die DDR versteht sich als eine Gemeinschaft, die wissenschaftlich und theoretisch begründet ist und sich als gerecht betrachtet.

Zur Sicht auf Religion und Kirche

- fantastisch verzerrt
- illusionäre Widerspiegelung von Natur und Gesellschaft
- erzeugt falsches Bewusstsein
- stützt Ausbeutung und Unterdrückung
- rückschrittlich und unwissenschaftlich
- aus Klassenunterschieden entstanden
- Theorie der menschenunwürdigen Welt der Ausbeutung und Unterdrückung
- Ohne Grundlage im Sozialismus
- Bestandteil des Wirkungs- und Herrschaftsmechanismus des Staates der Ausbeuterklasse

Fazit

Die DDR sieht Religion und Kirche als unwissenschaftlich, rückschrittlich und veraltet an.

Die DDR sieht Religion und Kirche als falsch und eine Form der verzerrten Darstellung der Wirklichkeit.

Legende: Kursiva sind die mögliche Schülerantworten.



M 9a Vorwort aus „Weltall - Erde - Mensch“

Dieses Buch ist das Buch der Wahrheit. Als die erste Auflage erschien, griff die Jugend freudig nach diesem Werk, denn sie wollte die Wahrheit über die Entstehung und Entwicklung von Weltall Erde Mensch wissen. [...] Wenn – wie die Wissenschaft beweist – die Materie ewig ist und nur ihre Formen und Zustände ändert, wenn die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ein ständiger Kampf zwischen dem absterbenden Alten und dem sich entwickelnden Neuen ist, dann müssen sich doch die alten, reaktionären Kräfte vor der Wahrheit fürchten, denn dann wird das Neue, die Gesellschaftsordnung des Friedens, der Menschlichkeit, des Sozialismus in ganz Deutschland siegen.

Unsere jungen Freunde, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, fühlen sich glücklich, in der Epoche zu leben, wo in der ganzen Welt Völker unter der Führung ihrer revolutionären Parteien den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollziehen. [...]

Im östlichen Teil Deutschlands hat das Volk unter Führung seiner revolutionären Partei und in freundschaftlicher Gemeinschaftsarbeit aller Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bereits die größte Revolution der deutschen Geschichte zum Erfolg geführt und baut kühn den Sozialismus auf. Wer kann daran zweifeln, daß mit den Kräften der Jugend der neuen Zeit nicht nur der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik errungen wird, sondern die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in ganz Deutschland triumphieren werden! [...]

Mit der vorliegenden Neufassung des populärwissenschaftlichen Sammelwerkes „Weltall Erde Mensch“ wird der Jugend – aber auch allen erwachsenen Werktätigen – eine bedeutsame Hilfe für die Erarbeitung eines wissenschaftlichen Weltbildes in die Hand gegeben. Die Fragen der Jugend nach dem Aufbau des Weltalls, der Entstehung unseres Planeten, nach dem Ursprung und der Entwicklung des Lebens auf der Erde bewegen die Menschheit seit Jahrtausenden. Die Wissenschaft beantwortet sie auf materialistische, natürliche Weise. Sie läßt keinen Raum für Mystizismus, Aberglauben und andere idealistische Vorstellungen von der Beschaffenheit der Welt. Die Wissenschaft beweist, daß die Welt und ihre Gesetzmäßigkeiten erkennbar sind und daß es für den forschenden Menschen keine „ewigen Rätsel“ gibt. Was uns heute noch verborgen ist, werden wir mit Sicherheit morgen wissen.

Von der Startbahn des Sozialismus aus erfolgte der erste Flug von Menschen in den Kosmos. Dieser großartige Triumph der sowjetischen Arbeiter und Wissenschaftler und der jungen sowjetischen Kosmonauten leitete eine neue Ära für die Entwicklung der Wissenschaften und für die Geschicke der Menschheit ein. Der sozialistische Mensch hat die Tore zum Weltall aufgestoßen! Er ist entschlossen, die wissenschaftlichen Ergebnisse seiner Forschung und die höchstentwickelte Technik der Welt für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen. [...]

Die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft beweist, daß die revolutionären Volksmassen die Schöpfer der Geschichte sind und daß aller Fortschritt der Gesellschaft durch Arbeit und ihren Kampf herbeigeführt wird. Die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten, die innerhalb der menschlichen Gesellschaft wirken, führt mit Konsequenz zu der wissenschaftlich begründeten, unumstößlichen Überzeugung von der historischen Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus.

[...] Im Sozialismus ist die Wissenschaft kein Buch mit sieben Siegeln; allen ist sie zugänglich. [...] Möge vor allem die Jugend das Werk mit Begeisterung studieren und die reichen Erkenntnisse, die es bietet, in Taten für den Sieg des Sozialismus umsetzen. [...]

Walter Ulbricht

(Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik)

zitiert und gekürzt nach: Ulbricht, Walter, in: Kosing, Alfred (Hg.) (1965): Weltall Erde Mensch. 13. überarb. Aufl. Berlin: Neues Leben, S. 5–7.

© Neues Leben, Berlin, 1954

Arbeitsauftrag:

Das Buch ‚Weltall Erde Mensch‘ erhielten alle, die an der Jugendweihe teilnahmen, als Geschenk. Dieser Text ist ein Auszug aus dem Vorwort des Buches. Nach der Friedlichen Revolution wurde dieses Vorwort als propagandistisch eingeschätzt.

Finde drei sprachliche Beispiele für den propagandistischen Charakter des Vorwortes.

Ziehe aufgrund des propagandistischen Charakters des Textes Schlussfolgerungen darüber, was Jugendliche, die dieses Vorwort lasen, über ihren Staat lernen sollten.



M 9b Vorwort aus „Weltall - Erde - Mensch“

„Dieses Buch ist das Buch der Wahrheit. Als die erste Auflage erschien, griff die Jugend freudig nach diesem Werk, denn sie wollte die Wahrheit über die Entstehung und Entwicklung von Weltall Erde Mensch wissen. [...] Wenn – wie die Wissenschaft beweist – die Materie ewig ist und nur ihre Formen und Zustände ändert, wenn die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ein ständiger Kampf zwischen dem absterbenden Alten und dem sich entwickelnden Neuen ist, dann müssen sich doch die alten, reaktionären Kräfte vor der Wahrheit fürchten, denn dann wird das Neue, die Gesellschaftsordnung des Friedens, der Menschlichkeit, des Sozialismus in ganz Deutschland siegen.

Unsere jungen Freunde, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, fühlen sich glücklich, in der Epoche zu leben, wo in der ganzen Welt Völker unter der Führung ihrer revolutionären Parteien den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollziehen. [...]

Im östlichen Teil Deutschlands hat das Volk unter Führung seiner revolutionären Partei und in freundschaftlicher Gemeinschaftsarbeit aller Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bereits die größte Revolution der deutschen Geschichte zum Erfolg geführt und baut kühn den Sozialismus auf. Wer kann daran zweifeln, daß mit den Kräften der Jugend der neuen Zeit nicht nur der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik errungen wird, sondern die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in ganz Deutschland triumphieren werden! [...]

Mit der vorliegenden Neufassung des populärwissenschaftlichen Sammelwerkes „Weltall Erde Mensch“ wird der Jugend – aber auch allen erwachsenen Werktätigen – eine bedeutsame Hilfe für die Erarbeitung eines wissenschaftlichen Weltbildes in die Hand gegeben. Die Fragen der Jugend nach dem Aufbau des Weltalls, der Entstehung unseres Planeten, nach dem Ursprung und der Entwicklung des Lebens auf der Erde bewegen die Menschheit seit Jahrtausenden. Die Wissenschaft beantwortet sie auf materialistische, natürliche Weise. Sie läßt keinen Raum für Mystizismus, Aberglauben und andere idealistische Vorstellungen von der Beschaffenheit der Welt. Die Wissenschaft beweist, daß die Welt und ihre Gesetzmäßigkeiten erkennbar sind und daß es für den forschenden Menschen keine „ewigen Rätsel“ gibt. Was uns heute noch verborgen ist, werden wir mit Sicherheit morgen wissen.

Von der Startbahn des Sozialismus aus erfolgte der erste Flug von Menschen in den Kosmos. Dieser großartige Triumph der sowjetischen Arbeiter und Wissenschaftler und der jungen sowjetischen Kosmonauten leitete eine neue Ära für die Entwicklung der Wissenschaften und für die Geschicke der Menschheit ein. Der sozialistische Mensch hat die Tore zum Weltall aufgestoßen! Er ist entschlossen, die wissenschaftlichen Ergebnisse seiner Forschung und die höchstentwickelte Technik der Welt für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen. [...]

Die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft beweist, daß die revolutionären Volksmassen die Schöpfer der Geschichte sind und daß aller Fortschritt der Gesellschaft durch Arbeit und ihren Kampf herbeigeführt wird. Die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten, die innerhalb der menschlichen Gesellschaft wirken, führt mit Konsequenz zu der wissenschaftlich begründeten, unumstößlichen Überzeugung von der historischen Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus.

[...] Im Sozialismus ist die Wissenschaft kein Buch mit sieben Siegeln; allen ist sie zugänglich. [...] Möge vor allem die Jugend das Werk mit Begeisterung studieren und die reichen Erkenntnisse, die es bietet, in Taten für den Sieg des Sozialismus umsetzen. [...]

Walter Ulbricht

(Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik)

zitiert und gekürzt nach: Ulbricht, Walter, in: Kosing, Alfred (Hg.) (1965): Weltall Erde Mensch. 13. überarb. Aufl. Berlin: Neues Leben, S. 5-7.

© Neues Leben, Berlin, 1954

Arbeitsauftrag:

Das Buch ‚Weltall Erde Mensch‘ erhielten alle, die an der Jugendweihe teilnahmen, als Geschenk.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Vorwort des Buches.

Beschreibe, worin die politische Aussage des Verfassers besteht, indem du sie mit Textstellen belegst. Überlege, welches Interesse die DDR-Regierung gehabt haben könnte, dass alle jungen Menschen, die an der Jugendweihe teilnahmen, dieses Vorwort lesen. Wie wirkt der Text auf dich?

Begründe.



M 10 Das Verhältnis von Kirche und Staat

An einem Gemeindefest in Halle 1985 kommt es während des Kaffeetrinkens zu einer heftigen Diskussion zwischen den Jugendlichen: Gabi kann nicht verstehen, dass es in der Gemeinde Jugendliche gibt, die sowohl Konfirmation als auch Jugendweihe machen. Für sie ist das eine Frage der Entscheidung. Sie hatte sich damals für Konfirmation entschieden, wissend, dass das Folgen haben könnte. Das Abitur durfte sie nicht mehr ablegen. Sie ging auf eine kirchliche Ausbildungsanstalt und wurde Krankenschwester in einem christlichen Krankenhaus. Das fand sie damals ganz schön enttäuschend, weil sie gern Medizin studiert hätte. Aber ihren Glauben verleugnen wollte sie eben auch nicht.

Dem stimmt Uwe begeistert zu, denn auch er findet, dass man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen. Das stünde jedenfalls in der Bibel (Apostelgeschichte 5,29). Gabi habe völlig richtig gehandelt, indem sie sich für die Konfirmation und ihren Glauben entschieden habe und dafür den Traum vom Medizinstudium aufgegeben hat.

„Ja, aber“, wirft Klaus ein „steht nicht auch in der Bibel, dass jedermann der staatlichen Gewalt untertan sein soll, da sie von Gott eingesetzt ist?“ Er holt eine Bibel und liest die Bibelstelle vor:

Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet. Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Ordnung; die aber widerstreben, werden über sich ein Urteil empfangen. Denn die Gewaltigen sind nicht den guten Werken, sondern den bösen zu fürchten. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes, so wirst du Lob von ihr haben. Denn sie ist Gottes Dienerin dir zu gut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst; sie ist Gottes Dienerin, eine Rächerin zur Strafe über den, der Böses tut. Darum ist's Not, untertan zu sein, nicht allein um der Strafe willen, sondern auch um des Gewissens willen. (Römer 13, 1–6)

Daraufhin ärgert sich Ursula heftig und sagt: „Was heißt das denn jetzt? Sollen wir wirklich alle Staatsformen als gottgewollt annehmen, auch Diktaturen? Muss man nicht zwischen einer rechtstaatlich legitimierte Obrigkeit, nämlich einer Demokratie, und einer totalitären Herrschaftsstruktur unterscheiden? Ich denke da nicht nur an die Repressalien, die wir Christen in der DDR aushalten müssen, wenn wir nicht bei den Pionieren, der Jugendweihe, der FDJ oder der SED mitmachen, sondern auch an die Gräueltaten Stalins. Dieses Regime kann doch nicht gottgewollt sein!“

„Wäre es nicht konsequent zu sagen, dass man gar nicht von gottgewollten staatlichen Herrschaften spricht, sondern Staat und Kirche strikt voneinander trennt? Ist nicht Religion und Kirche viel mehr Privatsache als ein öffentliches Anliegen?“, gibt Frank zu bedenken.

Dem widerspricht Klaudia „Das sehe ich nicht so. Kirche ist nur dann Kirche, wenn sie für andere da ist. Sie sollte alles Eigentum Not leidenden Menschen schenken. Sie hat die Pflicht sich in das öffentliche Leben eines Staates einzumischen, wenn es darum geht, Armut, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen. Sie sollte nicht herrschen, sondern helfen und dienen. Denn Kirche ist eine Gemeinschaft von Glaubenden, die Nächstenliebe leben. Dafür ist schon Bonhoeffer eingetreten und gestorben.“

Diesem Gespräch hat der Gemeindepfarrer nachdenklich gelauscht. Für die nächste Jugendstunde will er sich aus seiner Position dazu äußern und sich somit in die Diskussion einbringen.

Arbeitsauftrag:

Stellt euch vor, ihr seid der Gemeindepfarrer. Verfasst in Partnerarbeit den Diskussionsbeitrag des Gemeindepfarrers, in welchem er seinen Standpunkt zu diesem schwierigen Problem begründet darlegt. Dabei ist wichtig, dass ihr in diesem Beitrag alle Positionen und Argumente noch einmal benennt, die in der Diskussion der Jugendlichen zur Sprache kamen, denn dem Gemeindepfarrer ist es wichtig, auf die Gedanken seiner Jugendlichen einzugehen. Sie sind für ihn die Grundlage für die Darlegung seines eigenen Standpunktes.



M 11 Ereignisse in Halle im Oktober/November 1989

- 7.10.89 40. Jahrestag der DDR - Festumzug
- 7.10.89 Wochenendgottesdienst in der Marktkirche, ca. 200 Leute, davon 100 Ausreiseantragsteller; 8 Personen riefen vor Beginn der Veranstaltung außerhalb der Kirche mehrfach – „Freiheit“. Sie wurden durch die Einsatzkräfte der Deutschen Volkspolizei festgenommen.
- 9.10.89 Gebete für unser Land – 17.00 Uhr mit anschließender Demonstration Abriegelung des Marktplatzes
- ab 10.10 Mahnwachen an der Georgenkirche für die Inhaftierten und Geschlagenen. Es wurden Plakate am Kirchzaun angebracht und Kerzen aufgestellt.
- 15.10.89 Pauluskirche „Freie Bürgerversammlung“ Thesenpapier wird entwickelt und soll dem Oberbürgermeister der Stadt Halle übergeben werden.
- 16.10.89 Schweigende Versammlung von ca. 2000 Personen auf dem Marktplatz vor dem Stadthaus mit Kerzen
- 18.10.89 Rücktritt Honeckers; Machtantritt von Egon Krenz
- 23.10.89 Gebete für unser Land mit anschließender Demonstration von 3000 Menschen zur SED-Bezirksleitung
- 2.11.89 Diskussion mit SED-Bezirkschef Böhme und dem OB Pratsch im Volkspark Die Besonnenheit kirchlicher Vertreter verhindert Eskalation.



M 12 Stationsarbeit: Die Friedliche Revolution in Halle am 9.10.1989

Station: Friedensgebete in der Marktkirche

1. Wie beurteilt der Prediger staatliche Gewalt und demgegenüber die Gewalt Jesu Christi?
 2. Wie erleben die Demonstranten staatliche Gewalt?
 3. Wie wirken die Fürbitten, die Seligpreisungen und die Anregungen zur Gewaltlosigkeit auf euch? Würdet ihr euch vor dem Hintergrund der beschriebenen Erfahrungen zur Gewaltlosigkeit aufgerufen fühlen?
 4. Welches Grundgefühl würdet ihr der Station ‚Marktkirche‘ zuordnen?
-

Station: Demonstrationen auf dem Marktplatz

1. Lest euch den innerkirchlichen Bericht von den Ereignissen am 9. Oktober 1989 auf dem Marktplatz durch.
 2. Erkundigt euch bei den ‚Demonstranten‘ (Zeitzeugen),
 - wie sie diesen Tag erlebt haben,
 - welche Gedanken und Gefühle sie begleitet haben,
 - warum sie an der Demonstration teilgenommen haben,
 - warum sie zu den Friedensgebeten in der Marktkirche gingen.
 3. Welches Grundgefühl würdet ihr der Station ‚Marktplatz‘ zuordnen?
-

Station: Roter Ochse

Schaut euch den Film ‚Zur Klärung eines Sachverhaltes an‘.

1. Wie gestaltet sich das Verhör?
2. Warum wird der junge Mann festgehalten?
3. Überlegt jeder in Ruhe fünf Minuten: Wie würdet ihr euch entscheiden? Diskutiert anschließend Vor- und Nachteile eurer Entscheidung und haltet eure Gedanken fest.
4. Welches Grundgefühl würdet ihr der Station ‚Roter Ochse‘ zuordnen?



Quelle 1: Predigt über Gewalt

Mit Gewalt lässt sich der Mensch durchaus ändern.

Mit Gewalt lässt sich aus einem ganzen Menschen ein kaputter machen, aus einem Freien ein Gefangener, aus einem Lebendigen ein Toter.

Beweise dafür gibt es viele. Aber einen Versuch würde ich nicht raten.

Sie hätten mit einem Strafverfahren nach § 129 des StGBs wegen Nötigung zu rechnen, denn mit einer Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren wird bestraft,

„wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem schweren Nachteil zu einem bestimmten Verhalten zwingt.“

Auch der Versuch ist strafbar – jedenfalls dann, wenn ein e i n z e l n e r Bürger ihn unternimmt. Anders, wenn der Staat selbst den Tatbestand der Nötigung erfüllt. Wenn der Staat selbst Gewalt androht oder anwendet, hat er nicht mit einem Strafverfahren zu rechnen.

Dennoch bejahe ich das staatliche Gewaltmonopol. Ich sehe keine sinnvolle Alternative. ABER: Staatliche Gewalt muss kontrolliert werden, gerichtlich, parlamentarisch und durch uneingeschränkte Mittel der öffentlichen Meinungsbildung.

Staatliche Gewalt muss sinnvoll begrenzt sein: Unser Land ist nicht so reich, dass es sich einen so gigantischen Sicherheitsapparat leisten kann.

„Fürchtet euch nicht! Mir ist gegeben alle Gewalt, im Himmel und auf Erden“ – so sagte einst Jesus.

Das war keine Drohung. Das ist keine Nötigung. Dahinter steht kein Machtapparat.

„Mir ist gegeben alle Gewalt...“, d.h. innere Kraft und Gewissheit und äußere Glaubwürdigkeit, und das heißt für mich: echte Kompetenz, Vollmacht ... und daran bekomme ich Anteil, wenn ich verantwortlich denke,

glaubwürdig rede,

durchschaubar handle.

Dazu lade ich Sie heute ein, heute!

Gegenüber solcher Vollmacht sind Stasi-Apparat, sind Hundertschaften, sind Hundestaffeln nur Papiertiger.

Also: Fürchtet euch nicht!

Wir können auf Gewalt verzichten.

(gekürzt nach: Hanisch, Günter (Hg.) (1996): Dona nobis pacem. Herbst '89 in Leipzig. Friedensgebete, Predigten, Fürbitten. Berlin: Evang. Verl.-Anst., S. 25f.)

Quelle 2: Fürbitten

Herr, wir bitten für die, die letzte Woche inhaftiert wurden.

Herr, wir bitten für die, die Opfer von Gewalt wurden.

Herr, wir bitten für die, die in der Bereitschaftspolizei gegen ihren Willen im Einsatz sind.

(gekürzt nach: Hanisch, Günter (Hg.) (1996): Dona nobis pacem. Herbst '89 in Leipzig. Friedensgebete, Predigten, Fürbitten. Berlin: Evang. Verl.-Anst., S. 25f.)



M 14 Fragmente von Friedensgebeten

Quelle 3: Berichte über erlebte Gewalt

Die Frage ist, wie kann ich, wie können Sie auf die erfahrende Gewalt reagieren? Um es gleich zu sagen, es geht mir im Folgenden nur um Gewalt, die von diesem Staat ausgeht.

Strukturelle, staatliche Gewalt tritt selten offen und für jeden sofort sichtbar auf. Wir haben uns schon zu sehr an Pressezensur und Druckgenehmigungspraxis gewöhnt. Sie stellen aber genauso ausgeübte Gewalt dar, wie die Reiseverbote und das Verbot, sich zu versammeln. Wer kann sich den Druck wirklich vorstellen, der auf jungen Männern lastet, die ihrem Gewissen entsprechen, den Wehrdienst verweigern? Aber auch die, die den Dienst in der NVA leisten, werden täglich unterdrückt. Jene Bausoldaten etwa, die in einem offenen Brief die Missstände in ihrem Bataillon zur Sprache brachten und den unpersönlichen Umgang der Vorgesetzten mit ihnen kritisierten, werden jetzt im Dienst schikaniert.

Berufsverbote für kritische und engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie für Menschen, die einen Ausreiseantrag stellten, sind nur eine andere Form staatlich ausgeübter Gewalt.

Ernsteste Ausmaße nimmt die wachsende physische Gewalt des Staates gegen friedliche Bürgerinnen und Bürger an. Zuführungen, Verhaftungen, Verurteilungen und auch Verletzte sind an der Tagesordnung. Ein brutaler Polizeieinsatz fand ebenfalls in Berlin statt, wo sich Menschen aus Protest gegen die Kommunalwahlen am 7. August versammeln wollten. Das Fazit hier: ein gebrochener Arm und bei vielen, auch bei Frauen, Prellungen.

Für viele Menschen kam diese Gewalt und dieser Machtmissbrauch überraschend. In unserem Land haben sie so etwas nicht für möglich gehalten und die meisten von uns trifft diese Situation unvorbereitet. Und hier sehe ich die große Gefahr! Beim Erleben dieser staatlichen Gewalt stauen sich bei uns Wut und Aggressionen auf. Aber können wir mit diesen richtig umgehen? Vor einer Woche erfuhr einer der Anwesenden erst durch das Verlesen der Namen, dass ein Freund oder Bekannter, den er lange nicht sah, unter den Inhaftierten ist. An seinen Reaktionen während des Friedensgebetes konnte man deutlich sehen, wie schwer es ihm fiel, seine Wut, seine Enttäuschung und seine Ohnmacht zu verarbeiten.

Eines ist aber klar, der erste verletzte Polizist führt unweigerlich zu einer Eskalation der Gewalt, wie wir es uns jetzt wirklich nicht vorstellen können. Deshalb müssen wir, die wir hier versammelt sind, strikt das Prinzip der Gewaltlosigkeit vertreten. Das gilt auch gegenüber Provokateuren, die in unseren Reihen sind. Einige Anregungen zu gewaltlosem Handeln wollen wir nachher noch geben.

(gekürzt nach: Hanisch, Günter (Hg.) (1996): *Dona nobis pacem. Herbst '89 in Leipzig. Friedensgebete, Predigten, Fürbitten*. Berlin: Evang. Verl.-Anst., S. 26ff.)



Jens Kramer

Fürchtet euch nicht - Christen in der DDR

Die Arbeit mit einer didaktischen DVD

„Fürchtet euch nicht“ – Christen in der DDR, so lautet der Titel einer DVD-Rom, die 2009 vom Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) herausgegeben wurde. In dem Dokumentarfilm von Gerold Hofmann, der unter dem Titel „Fürchtet euch nicht“ – Christen in der DDR (Film 31 min) auch im Fernsehen lief, geht es exemplarisch um Christen, die in der DDR ihren Glauben offen gelebt haben und deshalb in ihrem Leben vielfach benachteiligt wurden. Er zeigt auf, wie der christliche Einsatz für den Frieden über die Jahre hinweg wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Revolution 1989/90 einen friedlichen Verlauf nahm. Interviews und Einblicke in das Leben von Heino Falcke, Ruth Misselwitz und Antje und Martin Böttger lassen exemplarisch erkennen, was Christsein in der DDR bedeuten konnte. Dabei wird vor allem deutlich, welchen Repressalien Christen oft ausgesetzt waren. Diese reichen von der Nichtzulassung zur EOS bis hin zu Verhaftungen und Mordplanungen.

Neben dem Film sind auf der DVD auch Hinweise und Arbeitsblätter zur Verwendung im Unterricht vorhanden. Diese sind differenziert für die Sekundarstufen I und II und ermöglichen durch verschiedene Module eine sehr vielgestaltige Verwendung im Unterricht. In der Sekundarstufe I helfen Rollenkarten mit Beobachtungsaufgaben zur intensiven Auseinandersetzung mit den Protagonisten. Mithilfe von Rollenspielen werden die Schülerinnen und Schüler angeregt, sich in verschiedene Situationen hineinzusetzen. Materialien für die Sekundarstufe II bieten einen vertiefenden Einblick in die Thematik, beispielsweise zum Spitzentreffen von Staat und Kirche am 6. März 1978. Durch die Zusatzsequenz „Im Visier der Stasi“ kann die Rolle des MfS stärker in den Blick genommen werden. Den Abschluss der Einheit könnte eine Podiumsdiskussion bilden zum Thema: Kirche in der DDR – Anpassung oder Widerstand?

Folgende Kompetenzen werden durch die DVD gefördert:

Die Schülerinnen und Schüler

- beschreiben Merkmale und Probleme des oppositionellen Christseins in der DDR, wie Diskriminierung, Verächtlichmachung, Ausbildungsprobleme und benennen Merkmale, die die DDR als eine Diktatur kennzeichnen (Sek I und II);
- stellen anhand von Einzelschicksalen Konflikte von Christen in der DDR dar (Sek I);
- deuten und beurteilen die Rolle der Kirche in der DDR historisch und theologisch (Sek II).

Die Schülerinnen und Schüler stärken ihre methodischen Fähigkeiten im Hinblick auf Erforschung von Zeitgeschichte (von Zeitzeugeninterviews bis Medienrecherche) und im Hinblick auf verschiedene Präsentationsformen.

Auf den folgenden Seiten finden Sie Arbeitsblätter, die sich – ausgehend vom Film – mit Themen beschäftigen, die für die Behandlung des Themas „Christen in der DDR“ insgesamt relevant sind.

Schwerter zu Pflugscharen

Anhand eines Erfahrungsberichts erfahren die Schülerinnen und Schüler mehr über die Bedeutung des Aufnähers Schwerter zu

Pflugscharen und über mögliche Konsequenzen für diejenigen, die ihn getragen haben. Durch die weiterführenden Aufgaben vertiefen die Schülerinnen und Schüler ihr Wissen und können einen Zusammenhang zwischen der biblischen Friedensbotschaft und seiner Bedeutung für Christen in der DDR herstellen.

Kirche und Staat

Am 6. März 1978 fand ein Spitzengespräch zwischen den Vertretern des Staates und der Kirchen statt. Bischof Albrecht Schönherr führte als Vorsitzender des BEK für die Kirchen das Gespräch. Der Text auf dem AB stellt die nachträgliche Betrachtung (1986) Albrecht Schönherr zum Treffen dar. Die Schülerinnen und Schüler vertiefen damit ihr Wissen zum Spitzengespräch vom 6. März 1978 und können multiperspektivisch dazu Stellung beziehen. Für die gymnasiale Oberstufe bietet sich auch ein eklesiologischer Diskurs zum Verhältnis von Kirche und Staat an.

Die DDR und die kirchliche Opposition

Das Schreiben Erich Honeckers an die SED-Sekretäre verdeutlicht die Haltung des Staates der Kirche und kirchlichen Aktivitäten gegenüber. Die Schülerinnen und Schüler erhalten einen Einblick in die Denkweise des DDR-Systems und werden zu eigenen Stellungnahmen herausgefordert.

Christliche Verantwortung in der sozialistischen Gesellschaft

Heino Falcke beschreibt das Verhältnis der Kirche zum Staat der DDR mit dem Begriff der „kritischen Solidarität“. Die Schülerinnen und Schüler kennen damit eine Wertung und ordnen diese in ihren historischen Kontext ein. Gleichzeitig setzen sie sich mit dem Verhältnis von Kirche und Staat in der Gegenwart auseinander.

Jens Kramer ist Studienleiter für den Evangelischen Religionsunterricht im Land Brandenburg im Amt für kirchliche Dienste.





Schwerter zu Pflugscharen

Es war ein lauer Vorfrühlingstag im Jahre 1982, als ich aus der mittelthüringischen Kleinstadt, in der ich damals lebte, mit dem Auto zu einer Dorfgemeinde unterwegs war. Wenige Kilometer hinter dem Ortsausgang standen zwei Volkspolizisten und winkten mich mit der Kelle auf einen kleinen Parkplatz. Beide umkreisten mehrmals schweigend meinen orangefarbenen Trabant. Also eine normale Verkehrskontrolle, versuchte ich aufatmend zu denken. Nach der dritten Runde um mein kleines Auto blieben sie vor mir stehen und musterten mich von Kopf bis Fuß.

„Abmachen“, sagte der offenbar Ranghöhere. Diese Aufforderung konnte nur einem kleinen Stückchen Stoff gelten, kreisrund, sieben Zentimeter Durchmesser. Es war mit derben Nadelstichen auf dem linken Ärmel meiner Jacke aufgenäht und zeigte in einem roten Kreis das Signet eines Schmiedes und die Worte „Schwerter zu Pflugscharen“. Und noch einmal wurde ich schnarrend aufgefordert: „Abtrennen“. Es war unmissverständlich und deutlich: einmal mehr versuchte die verunsicherte DDR-Staatsmacht, das ihr verhasste Symbol der unabhängigen Friedensbewegung zu beschlagnahmen.

Auf lange Diskussionen mit den grünbetuchten Genossen hatte ich keine Lust. Den Aufnäher abzutrennen kam nicht in Frage – das war schließlich eine Bekenntnisangelegenheit. Also wurde ich durch die Obrigkeit belehrt, dass der Aufnäher verboten sei. „Stimmt erstens nicht“, erwiderte ich, „und zweitens, wenn es so wäre, müssten Sie mich verhaften, denn ich habe in unseren kirchlichen Jugendkreisen Hunderte dieser Aufnäher verteilt“. Polizeiliche Beratung, Getuschel, Funkkontakt. Die Obrigkeit zeigte sich erwartet uneinsichtig, aber den Pfarrer in Handschellen legen, das wollten sie dann doch nicht. Also verschwand nach weiteren zehn Minuten meine Jacke samt dem aufrührerischen Bibelwort im Polizeiauto und ich durfte hemdsärmelig weiterfahren zu meinem Konfirmandenunterricht.

Quelle: Koch, Uwe: „Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben...“ in zivil, Heft 1/1999, Bremen, S. 27. <http://www.zivil.de> und: <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo113.htm>

Aufgaben zum Text:

1. Mehr als eine Verkehrskontrolle? Fasse zusammen, warum der Verfasser die Polizeikontrolle nicht einfach besteht.
2. Erkläre, warum der Pfarrer nicht bereit ist, den Aufnäher abzutrennen.
3. Stelle Vermutungen an, warum die Polizisten davor zurückschrecken, den Pfarrer zu verhaften.
4. Fasse zusammen, welche Bedeutung der Aufnäher für den Pfarrer/für die Polizisten hat.

Weiterführende Aufgaben:

1. Versuche herauszufinden, woher das zugrundeliegende Bibelwort stammt und in welchem Zusammenhang es steht.
2. Erkunde, was mit dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ ausgesagt wurde.
3. Recherchiere, woher das Bild auf dem Aufnäher stammt und überlege, weshalb gerade dieses Bild sich besonders gut geeignet hat.
4. Erkundet, welche Folgen das Tragen des Symbols für Schülerinnen und Schüler hatte.
5. Befrage wenn möglich Zeitzeugen, welche Erfahrungen sie mit dem Aufnäher gemacht haben oder ob und wie ihnen das Symbol bewusst wurde.



© FWU



Über den Empfang des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen bei Erich Honecker, dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, am 6. März 1978:

Die Begegnung war von beiden Seiten gewünscht worden. Von kirchlicher Seite bestand ein Interesse daran, einige wichtige Fragen zwischen Staat und Kirche, die auf höchster Ebene entschieden werden mussten, zur Entscheidung zu bringen. Wir Kirchenleute waren freudig überrascht, dass die Ausführungen des Staatsratsvorsitzenden sich nicht nur auf solche Fragen wie Seelsorge im Strafvollzug und in Alters- und Pflegeheimen, kirchliche Sendungen in Rundfunk und Fernsehen, Einbeziehung der Pfarrer in das staatliche Rentenwesen, gleichberechtigte Behandlung von kirchlicher Landwirtschaft usw. beschränkten. Von größter Bedeutsamkeit war, dass der höchste Repräsentant unseres Staates die verfassungsmäßig festgelegte Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger als eine Norm bekräftigte, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist. Und von den Kirchen sagte er: „Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen.“ Als solche Ziele hatte er genannt: „Dass die Menschen unseres Landes in Frieden leben können und ihnen die Früchte ihres Fleißes sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht zugute kommen.“ Wir kirchlichen Gesprächspartner haben die Atmosphäre dieser Begegnung als menschlich wohlthuend und die Haltung unseres hohen Gastgebers als sehr großzügig empfunden. Alle fünf Mitglieder des Vorstandes kamen zu Wort. Der Vorsitzende ging spontan und konkret auf diese Beiträge ein. Es hat uns besonders befriedigt, dass er uns einlud, auch unsere Wünsche für die Presseverlautbarung kundzugeben. Wir baten um Aufnahme einiger Sätze aus unserer Erwiderung auf die Rede des Vorsitzenden des Staatsrates. Besonders wichtig war uns diese Passage: „Offenheit und Durchsichtigkeit sind das Barometer des Vertrauens. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“

Erich Honecker nannte diese Begegnung des 6. März „Krönung und neuer Anfang“. „Krönung“ wohl in dem Sinne, dass damit von Staat und führender Partei der Weg zu einem sinnvollen und konstruktiven Zueinander ausdrücklich gewollt und als dauerhaft gekennzeichnet werden sollte. Es handelte sich also nicht, wie in der Öffentlichkeit gelegentlich kommentiert, um einen spektakulären Umschlag der Beziehungen, aber eben auch nicht um eine Eintagsfliege, wie man manchmal in etwas frühzeitig frohlockenden westlichen Gazetten lesen konnte, sondern es ging um eine Ratifizierung der schon in Gang befindlichen Entwicklung.

„Neuer Anfang“ heißt dann: Es ist nun eine neuere Ebene der Beziehungen zwischen Staat und Kirche erreicht, auf der der künftige Weg weitergehen kann. Es handelt sich nun nicht um einen formellen Vertragsabschluss, geschweige denn um so etwas wie ein Konkordat, aber auch nicht nur um eine Absichtserklärung. Erich Honecker legte die Grundlagen und Leitlinien der Kirchenpolitik der Regierung dar. Es geht um einen Prozess, der in Gang ist und im Sinne des 6. März in Gang bleiben soll, und nicht um einen Vertrag, in dem die Belange von Staat und Kirche statisch festgelegt werden. So wichtig Verträge sein mögen, wichtiger ist der Geist, der die künftigen Entwicklungen bestimmen soll. Von grundsätzlicher Wichtigkeit sind die Aussagen bei dieser Begegnung insofern, als die religionskritischen Überzeugungen der marxistisch-leninistischen Partei, ohne diese zurückzunehmen, das Verhältnis des Staates und der SED zur Kirche und zu den einzelnen christlichen Bürgern offenbar nicht mehr bestimmen sollten. Nur wenn die Achtung vor der Grundüberzeugung des anderen und der Versuch, sich in sie hineinzudenken, spürbar bleibt, kann das Gespräch eine wirklich solide Grundlage sein und bleiben.

[...]

Der 6. März 1978 hat ein weites Feld eröffnet. Wir alle können nur befriedigt davon sein, dass genau vor einem Jahr, am 11. Februar 1985, der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker und Landesbischof Dr. Hempel, der damalige Vorsitzende des Vorstandes des Kirchenbundes, dies erneut bekräftigt und auf dem Wege ein paar Schritte weiter getan haben. Ich möchte so kühn sein, zu behaupten, dass das, was hier in unserem Raum der DDR geschieht, in dem wir beide, Staat und Kirche, leben, mit deren Menschen wir es beide zu tun haben, mit dazu helfen kann, dass gegenseitiges Verständnis und dauerhafter Frieden auch auf dem großen Feld der Weltpolitik gelingt. Erich Honecker hat immer und immer wieder und gerade in jüngster Zeit aufs Neue seine Hand zu besserer Zusammenarbeit und damit zur Erhaltung des Friedens ausgestreckt. Seine Politik des Friedens gewinnt auch darin an Glaubwürdigkeit, dass er im eigenen Staat über früher scheinbar unübersteigbare Grenzen hinweg Verständnis und Zusammenarbeit fördert. Er soll sicher sein, dass er für solche grenzüberschreitenden Aktionen, die dem Frieden dienen, die volle Unterstützung von uns Christen hat.

aus: Albrecht Schönherr, Zum Weg der evangelischen Kirchen in der DDR, Berlin 21986, S. 24-27 und S. 40f.
Überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor am 10. Februar 1986 auf einer Veranstaltung im Haus des Hauptvorstandes der CDU in Berlin gehalten hat.



Bundesarchiv, Bild 183-TD308-0027
Foto: Koard, Peter | 6. März 1978

Empfang der Kirchenleitung bei Honecker

Aufgaben:

1. Beschreiben Sie, wie Albrecht Schönherr die Gesprächsatmosphäre am 6. März 1978 schildert.
2. Fassen Sie die Gesprächsinhalte zusammen.
3. Stellen Sie die Wertungen des Gesprächs zusammen und erklären Sie diese in ihrem historischen Kontext.
4. Bewerten Sie das Grundsatzgespräch vom 6. März 1978. Dabei sollten folgende Sichtweisen berücksichtigt werden: Die Position der Staatsführung der DDR, der Kirchenleitung sowie der einzelnen Christen in der DDR. Argumentieren Sie sowohl politisch als auch theologisch (z. B. ekklesiologisch).



Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED Bezirks- und Kreisleitungen und an den Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Heinz Kessler

Liebe Genossen,

wie Ihr wisst, versuchen in letzter Zeit einige Kräfte aus Kreisen der evangelischen Kirchen in der DDR, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche durch provokatorisches Auftreten zu belasten. Als Vorwand dient ihnen dabei oftmals die Unterbindung des Tragens nicht genehmigter Abzeichen, besonders durch kirchlich stark beeinflusste Jugendliche. In Verbindung damit legen es die Inspiratoren dieser destruktiven Erscheinungen darauf an, das bis zu den Jahren 1978/80 bestehende im großen und ganzen gute Verhältnis der evangelischen Kirchen zum Staat zu stören. Von Seiten leitender Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR wurde erklärt, dass ihre Kirche weiterhin zu den Ergebnissen des Treffens des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. März 1978 stehe. In der Friedensfrage müssten sie jedoch in einer Reihe von Aspekten aus christlicher Sicht Auffassungen vertreten, die über den Rahmen der Friedenspolitik der DDR hinausgingen. Die evangelischen Kirchen seien, wie es in einer Mitteilung des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR heißt, „nicht einfach Verstärker der Außenpolitik des Staates“.

Es ist offensichtlich, dass bestimmte kirchliche Kräfte unter dem Vorwand einer „eigenständigen“, „unabhängigen“ Friedensbewegung bestrebt sind, im Interesse imperialistischer Kreise oppositionelle Kräfte gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu organisieren. Das findet seinen Ausdruck nicht nur im provokatorischen Auftreten verschiedener kirchenleitender Personen, sondern auch im Flankenschutz, der ihnen dabei von westlichen Massenmedien gewährt wird. Am treffendsten kam dies in einem Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (13.4.1982), d. h. in einem Organ der westdeutschen Großbourgeoisie, zum Ausdruck, in dem unverfroren davon gesprochen wird, dass die Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR ein Mitspracherecht verlangen sollen. Den Inspiratoren eines solchen Auftretens ist natürlich gut bekannt, dass in der Deutschen Demokratischen Republik seit ihrer Gründung Staat und Kirche getrennt sind. Das entspricht übrigens auch der biblischen Weisung, Gott zu geben, was Gottes ist, und dem Staat zu geben, was des Staates ist.

Bis zum Treffen am 6. März 1978 wurde von Seiten leitender Vertreter der evangelischen Kirche kein Wert darauf gelegt, außerhalb des Friedensrates der DDR eine, wie es jetzt heißt, „eigenständige“ Friedensbewegung zu entwickeln. Der Stellvertreter des Landesbischofs der Thüringischen Evangelischen Kirche, Oberkirchenrat Dr. Gerhard Lotz, bekleidete bis zu seinem Tod im vergangenen Jahr die Funktion des Vizepräsidenten des Friedensrates der DDR. In den Delegationen des Friedensrates zum Weltkongress der Friedenskräfte in Moskau (1973), des Weltkongresses der Erbauer des Friedens in Warschau (1977) und zu anderen Anlässen befanden sich auch Amtsträger der Kirche. Auch Bischöfe nahmen daran teil. Es ist also offensichtlich, dass die Behauptung von der Notwendigkeit einer „eigenständigen“ Friedensbewegung nur den Tarnmantel für Bestrebungen abgibt, die darauf gerichtet sind, die Friedenspolitik der DDR zu entstellen, dem internationalen Ansehen der DDR Schaden zuzufügen, und für Absichten, mit denen langfristig das Ziel verfolgt wird, negativ auf die innere Entwicklung der DDR einzuwirken. Aus diesem Grunde glauben ihre Inspiratoren, mit der Verbreitung des nicht genehmigten Abzeichens „Schwerter zu Pflugscharen“, einer nicht genehmigten Organisation, eine populäre Grundlage für ihre dunklen Absichten zu besitzen.

Aus alledem ist offensichtlich, dass es ihnen nicht einmal um eine „eigenständige“ Friedensbewegung geht, sondern um eine Aktion, die, langfristig gesehen, zu einer Konfrontation mit dem Staat führen soll.

Auf Grund dieses Sachverhaltes ist es gegenwärtig in besonderem Maße erforderlich, mit kirchlichen Kreisen auf allen Ebenen, besonders mit Pfarrern, Synodalen und Kirchengemeinderäten,

aber auch mit aktiven Kirchengemeindemitgliedern in den Kreisen, Städten und Gemeinden Gespräche zu führen. Auf der Grundlage der vorstehenden Hinweise ist dabei vor allem überzeugend und beweiskräftig zu erläutern, wie die DDR im festen Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft darum kämpft, die Gefahren zu bannen, die dem Weltfrieden von den aggressiven Kreisen des Imperialismus, besonders von der gegenwärtigen Regierung der USA und der NATO, drohen. Der Einfluss destruktiver Positionen ist zielstrebig zurückzudrängen. Auf diese massenpolitische Arbeit sind vor allem auch die Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ bei den Kreisausschüssen der Nationalen Front der DDR zu orientieren. Die Freunde der CDU und anderer befreundeter Parteien, nicht zuletzt auch jene Theologen und kirchliche Amtsträger, die dem Friedensrat der DDR angehören, die die Friedenspolitik der DDR unterstützen, sind noch wirksamer in diese Überzeugungsarbeit einzubeziehen.

Wir bitten, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise über den Inhalt dieses Schreibens zu informieren.

E. Honecker

Berlin, am 16. April 1982

Quelle: Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen und den Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA, Heinz Keßler (16. April 1982), SächsHStA Dresden, BT/RdB Dresden Nr. 45071; abgedruckt in Anke Silomon, Schwerter zu Pflugscharen und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982. Göttingen, 1999, S. 327–29.



Aufgaben:

1. Finden Sie heraus, wer Erich Honecker war.
2. Recherchieren Sie die Hintergründe und biografische Informationen zu mindestens drei der im Text genannten Personen.
3. Formulieren Sie fünf Thesen zu Inhalt und Absicht dieses Schreibens.
4. Analysieren Sie den Text: Mit welchem innenpolitischen Ziel hat Honecker das Schreiben verfasst? Beziehen Sie den Verfasser und die Adressaten mit in Ihre Überlegungen ein.
5. Untersuchen Sie die Bedeutung der Jungen Gemeinde und der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ oder der Friedensbewegung in der DDR. Fertigen Sie dazu ein Plakat an.

© FWU



Heino Falcke: Christliche Verantwortung für Umwelt und Überleben in einer sozialistischen Gesellschaft - Vortrag in Basel 1977

Die Beziehung zwischen Christen und Marxisten in der DDR ist etwas sehr Verletzliches und von Mißverständnissen Bedrohtes, so dass es kaum möglich ist, in einem westlichen Land darüber zu sprechen, ohne diese Beziehung zu gefährden. Ich spreche dennoch davon, weil es in der einen Christenheit die Chance und auch Aufgabe des gegenseitigen brüderlichen Austausches gibt, der ohne Information nicht sein kann.

Nun werde ich im Folgenden manches Kritische über meine Gesellschaft zu sagen haben, freilich nichts, was ich nicht auch dort äußere. Ich sage es nicht, um hiesige Kritik am Sozialismus zu bestätigen, sondern weil ich für meine Gesellschaft hoffe und möchte, dass sie auf dem sozialistischen Weg weiterkommt. Wir versuchen in meiner Kirche, den Weg einer kritischen Solidarität mit unserem Staat zu gehen. Trotz seines atheistischen Selbstverständnisses sehen wir ihn unter dem Auftrag und der Verheißung des Dreieinigen Gottes und daher als veränderbare Größe im offenen Prozeß der Geschichte Gottes mit uns Menschen. So lassen wir uns nicht auf das atheistische Selbstverständnis und die Klassenkampfalternativen unseres Staates fixieren, so dass uns nur die Wahl zwischen totaler Integration oder totaler Konfrontation bliebe. Wir versuchen, im Hören auf die lebendige Stimme Christi frei zu werden zu lernbereitem und kritischem Dialog mit unseren Sozialisten und zur konkret unterscheidenden Mitarbeit in unserer Gesellschaft.

Was kann die christliche Gemeinde bei uns tun? Schrecklich wenig, wenn wir daran denken, dass die wirksamen Veränderungen ja in den großen Strukturen durchgesetzt werden müssen.

Was wir tun können, liegt im Bereich des Personalen, der Bildung, der sogenannten Bewußtseinsbildung. Es könnte Christen und christlichen Gruppen gegeben werden, die neue Qualität des Lebens ausstrahlungskräftig zu leben und das im großen Notwendige in kleinen Aktionsmodellen abzubilden und vorwegzunehmen. Die Umwandlungen, die von uns gefordert werden, reichen vermutlich sehr tief bis in den Kern des Menschseins. Dazu braucht es lange Fristen. Das gelebte Evangelium reicht in diese Tiefen, und wir brauchen den langen Atem und die zähe Geduld der Hoffnung, die sich nicht auf schnelle Erfolge von Aktionen fixiert, sondern mit dem Fruchttragen des Geistes rechnet.

Aus: Heino Falcke: Mit Gott Schritt halten. Wichern Verlag Berlin 1986, S. 144–156.



Aufgaben:

1. Bestimmen Sie folgende Begriffe näher: Marxisten, Sozialismus, Atheismus, Klassenkampf. Berücksichtigen Sie dabei unterschiedliche Definitionen.
2. Stellen Sie dar, wie Falcke sein Verhältnis zur DDR sieht.
3. Erläutern Sie, warum die Beziehung von Christen und Marxisten durch eine Rede im westlichen Ausland gefährdet werden kann.
4. Erklären Sie, worin Falcke die Aufgabe der Christen in der sozialistischen Gesellschaft sieht.
5. Diskutieren Sie im Vergleich dazu christliche Verantwortung in der gegenwärtigen Gesellschaft.



Jens Kramer

"Ja, das geloben wir!"

Jugendweihe in der DDR als Thema des Religionsunterrichts

„In unserer Gesellschaft sind Partei und Jugend eins, weil der Sozialismus mit seinen Zielen des Friedens und des Volkswohlstandes den Idealen der jungen Generation entspricht und allen Jugendlichen die Perspektive einer sicheren Zukunft bietet.“

Diese Darstellung Erich Honeckers auf dem X. Parteitag der SED (1981) macht das Selbstverständnis der DDR deutlich: der Sozialismus ist für die Menschen in der DDR gut, weil er dem Frieden und dem Wohl der Menschen dient und damit auch für die Jugend wesentlich ist. Wie trügerisch dieses Bild war, zeigt sich daran, dass gerade die Jugend knapp zehn Jahre später das Land massenhaft verließ und für Veränderung demonstrierte. Die Friedliche Revolution verdeutlicht damit eindrücklich das Scheitern des Bildungssystems der DDR, das ja gerade auf den ganzen Menschen Zugriff haben wollte.

Ein Beispiel für diesen Zugriff ist die Jugendweihe. Auch wenn die Wurzeln der Jugendweihe bis an den Beginn des 20. Jahrhunderts zurückreichen, so ist doch die Einführung der Jugendweihe in der DDR 1954 deutlich als Gegenpart zur Konfirmation zu verstehen. Die Einladung zur Jugendweiheveranstaltung 1984 (M 1) stellt gerade die Verbindung von DDR und Jugendweihe her. Verwiesen sei auch auf die Sonneberger Rede Walter Ulbrichts (S. 70). Es ist darum aus Sicht der DDR selbstverständlich, dass die Jugendweihe eine schulische Veranstaltung war, die in der Schule von den Lehrerinnen und Lehrern organisiert wurde. Die Folgen für eine Weigerung an der Jugendweihe teilzunehmen reichten von Repressalien an der Schule bis zur Verhinderung des Abitur oder des Berufswunsches. Daher ist auch der Wandel der Evangelischen Kirche in Bezug auf die Jugendweihe zu erklären. Ging es zunächst um den Protest gegen die Jugendweihe und um die Erklärung, dass Jugendweihe und Konfirmation unvereinbar seien, wurde daraus später die pragmatische Entscheidung, die Konfirmation erst in der 9. Klasse durchzuführen. So konnten die Jugendlichen sowohl Jugendweihe als auch die Konfirmation empfangen. Dessen ungeachtet, nahm die Anzahl der Jugendweiheteilnehmer ständig zu und lag 1988 bei 97,3 % eines Jahrgangs (im Jahr der Jugendweihereinführung 1954 waren es 17,7%). Das Selbstverständnis der Jugendweihe drückt sich auch in der Dankesrede einer Schülerin aus (M 2). Solche Dankesreden gehörten zum Ritual der Jugendweihe. Darin spiegelt sich wider, worum es nach dem Verständnis der DDR in der Bildung der Kinder und Jugendlichen ging: Erziehung zu „Fleiß, Ehrlichkeit und Disziplin“ und das Bekenntnis zum sozialistischen Staat: „Im Namen meiner Mitschüler verspreche ich heute allen, daß wir weiterhin unsere ganze Kraft einsetzen werden, damit aus uns tüchtige und nützliche Mitglieder unserer sozialistischen Gesellschaft werden.“

Der nahezu religiöse Charakter der Jugendweihe zeigt sich am Gelöbnis (M 3 und 4). Den Jugendlichen wurde das Bekenntnis vorgesprochen und sie antworteten im Chor: „Ja, das geloben wir!“ Darin enthalten waren das Bekenntnis zum Staat, sowie zum Humanismus und Sozialismus, die Verpflichtung zur Verteidigung des Staates und des Sozialismus und die Bereitschaft, für den Sozialismus und gegen den Imperialismus zu kämpfen. Anhand dieses Gelöbnisses kann das Menschenbild der DDR besonders eindrücklich herausgearbeitet werden.

Im ersten Gelöbnis steckt die Verpflichtung, für den Sozialismus

zu kämpfen. Dabei fällt der Einschub „getreu der Verfassung“ auf. Die Jugendweihe ist damit eine staatliche Veranstaltung, da die Jugendlichen auf die Verfassung eingeschworen werden. Andererseits ist dies auch als Einschränkung zu verstehen. Es geht darum, für den Sozialismus zu kämpfen, so wie er in der Verfassung Niederschlag gefunden hat – und damit nicht der Sozialismus, wie er beispielsweise 1968 in der Tschechoslowakei versucht wurde. Kampf und Revolution stecken in diesem Gelöbnis, das damit auch eine gewalttätige Perspektive bekommt, die im vierten Gelöbnis noch stärker zum Ausdruck kommt.

Jugendweihe als Thema des Religionsunterrichts (vgl. auch die Beispiele S. 32ff.) kann anhand der vorliegenden Materialien vornehmlich das Menschenbild der DDR herausarbeiten und es einem christlichen Menschenbild gegenüberstellen. Ist für das Christentum die Gleichheit der Menschen vor Gott konstitutiv, die aus der Schöpfung folgt, geht es im Sozialismus nicht nur um das Feindbild des Kapitalismus, den es zu bekämpfen gilt, sondern auch darum, dass die Menschenwürde (die als Terminus gar nicht vorkommt) an Bedingungen geknüpft ist (Bekenntnis zum Sozialismus, hohe Bildung etc.).

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg protestierte bereits 1954 gegen die Einführung der Jugendweihe (M 5) und betonte dabei gerade den Bekenntnischarakter der Jugendweihe (auch wenn es sich damals noch um einen anderen Gelöbnis handelte), aus dem die Unvereinbarkeit mit der Konfirmation folgt. Betont wird dabei vor allem das Bekenntnis zum Atheismus, der mit dem Hinweis auf das Evangelium zurückgewiesen wird.

Bei der vorliegenden Darlegung der Materialien wird auf die Angabe von Arbeitshinweisen verzichtet, folgende **methodische Anregungen** können bei der Erarbeitung hilfreich sein:

- Die Jugendweihe aus unterschiedlichen Blickwinkeln beschreiben lassen (Christ, der sich gegen die Jugendweihe entschieden hat und möglicherweise kein Abitur ablegen darf; eines Jugendlichen, der um der Karriere willen teilnimmt etc.).
- Die Schülerinnen und Schüler recherchieren in ihrem persönlichen Umfeld (Eltern, Großeltern etc.) zu deren Erlebnissen und setzen diese zu eigenen Erfahrungen in Beziehung.

Folgende **Kompetenzen** können sich ergeben:

Die Schülerinnen und Schüler

- kennen den Ablauf einer Jugendweihefeier in der DDR und erkennen seinen nahezu liturgischen Charakter,
- erörtern unterschiedliche Zwänge, denen die Jugendlichen im Zusammenhang mit der Jugendweihe ausgesetzt waren,
- benennen theologische Argumente gegen eine Teilnahme an der Jugendweihe,
- setzen sich mit dem sozialistischen Menschenbild im Gegenüber zum christlichen Menschenbild auseinander,
- beziehen Stellung zu der Frage, welchen Stellenwert die Jugendweihe bei der von der DDR geforderten Entwicklung zur allseits entwickelten sozialistischen Persönlichkeit hatte.



Material 1: Einladung zur Jugendweihe



EINLADUNG

Wir gestatten uns, Sie zu der am Sonntag, dem 29. April 1984,
in der Aula der Ingenieurschule „Ernst Thälmann“ in Senftenberg stattfindenden

Jugendweihe

recht herzlich einzuladen.

Beginn: 9:00 Uhr

Schulbereichsausschuß für Jugendweihe
an der Arthur-Wollk-Oberschule Senftenberg
S. Scholz, Vorsitzende

Festansprache:

Genossin Hannelore Wagner,
Bürgermeister der Stadt Senftenberg
Träger der „Verdienstmedaille der DDR“

Mitwirkende:

Jugendstreichorchester Senftenberg
Leitung: Fritz Rank
Ute Weber, Rezitation
Anke Laaser, Rezitation

PROGRAMM

Einzug der Jugendlichen	J. Decsenyi
Studien für Streicher	
Andante con moto / Allegretto	
Meine Heimat	K. Deutschmann
Concerto grosso a-Moll op. 3	A. Vivaldi
Andante	
Festansprache und Gelöbnis	
Nationalhymne der DDR	H. Eisler
Es ist schön in unserem Staat	M. Loß
Übergabe der Urkunden und Geschenkbücher	
Concerto grosso D-Dur op. 6	G. F. Händel
Menuett / Un poco Larghetto	
Dank der Jugendweiheteilnehmer	
Auszug der Jugendlichen	

HIG 008 27 64 1 20 8 253



Senftenberg, 29. April 1984

Liebe Eltern und Lehrer!

Werte Gäste!

Nun in die Reihen der Erwachsenen aufgenommen, möchte ich im Namen meiner Mitschüler all denen danken, die uns bei diesem Schritt stets zur Seite standen.

Wir bedanken uns beim Schulbereichsausschuß für Jugendweihe, den Klassenlehrerinnen Frau Leubner und Frau Kolander sowie all denen, die sich um unsere Jugendstunden bemüht haben.

Wir haben viel gesehen und gehört, waren in der sozialistischen Produktion und im Theater, informierten uns über die Geschichte des Widerstandskampfes und diskutierten mit der Bürgermeisterin über die Zukunft unserer schönen Heimatstadt.

Bei der Bürgermeisterin Frau Wagner möchten wir uns auch für die Festansprache bedanken.

Von Kinderkrippe und Kindergarten bis zum heutigen Tage waren viele Erwachsene an unserer Entwicklung beteiligt. Sie erzogen uns zu Fleiß, Ehrlichkeit und Disziplin; lehrten uns das Einmaleins des Lebens. Das war gewiß nicht immer leicht, deshalb auch ein großes Dankeschön.

Liebe Eltern und Großeltern, wenn wir heute besonders nett sind, dann auch aus Dankbarkeit für die viele Mühe und die kleinen und großen Entbehrungen, die wir oft gar nicht bemerkten.

Im Namen meiner Mitschüler verspreche ich heute allen, daß wir weiterhin unsere ganze Kraft einsetzen werden, damit aus uns tüchtige und nützliche Mitglieder unserer sozialistischen Gesellschaft werden.

Anke Schulz



GELÖBNIS

LIEBE JUNGE FREUNDE!

Seid ihr bereit, als junge Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik mit uns gemeinsam, getreu der Verfassung, für die große und edle Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen und das revolutionäre Erbe des Volkes in Ehren zu halten, so antwortet:

JA, DAS GELOBEN WIR!

Seid ihr bereit, als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nach hoher Bildung und Kultur zu streben, Meister eures Fachs zu werden, unentwegt zu lernen und all euer Wissen und Können für die Verwirklichung unserer großen humanistischen Ideale einzusetzen, so antwortet:

JA, DAS GELOBEN WIR!

Seid ihr bereit, als würdige Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft stets in kameradschaftlicher Zusammenarbeit, gegenseitiger Achtung und Hilfe zu handeln und euren Weg zum persönlichen Glück immer mit dem Kampf für das Glück des Volkes zu vereinen, so antwortet:

JA, DAS GELOBEN WIR!

Seid ihr bereit, als wahre Patrioten die feste Freundschaft mit der Sowjetunion weiter zu vertiefen, den Bruderbund mit den sozialistischen Ländern zu stärken, im Geiste des proletarischen Internationalismus zu kämpfen, den Frieden zu schützen und den Sozialismus gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen, so antwortet:

JA, DAS GELOBEN WIR!

Wir haben euer Gelöbnis vernommen. Ihr habt euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Feierlich nehmen wir euch auf in die große Gemeinschaft des werktätigen Volkes, das unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, einig im Willen und im Handeln, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik errichtet.

Wir übertragen euch eine hohe Verantwortung. Jederzeit werden wir euch mit Rat und Tat helfen, die sozialistische Zukunft schöpferisch zu gestalten.

ZUM FESTTAG DER JUGENDWEIHE
WÜNSCHEN WIR DIR

Schulz, Anke

ALLES GUTE UND VIEL ERFOLG
IN DEINEM KÜNFTIGEN LEBEN UND SCHAFFEN
FÜR UNSERE
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Senftenberg, DEN 29.4.84

Material 4: Jugendweihe in Senftenberg am 29. April 1984



unterricht

Material 5: Beschluss der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg (1954)

„Die Jugendweihe ist von jeher eine Angelegenheit derjenigen Menschen gewesen, die die Kirche und ihre Botschaft ablehnen. Es kann kein Zweifel sein, daß auch die für 1955 neu geplanten Jugendweihen an diese alten Traditionen der Jugendweihen anknüpfen. Wir sind uns mit den überzeugten Anhängern des Marxismus-Leninismus darin einig, daß christlicher Glaube und marxistische Weltanschauung in einem unüberbrückbaren inneren Gegensatz stehen. Daher dringen wir auf eine klare Unterscheidung zwischen der kirchlichen Konfirmation und der weltlichen Jugendweihe. Eltern und Kinder müssen wissen, daß sich das Bekenntnis zum evangelischen Glauben nicht mit der Teilnahme an einer Jugendweihe in Einklang bringen läßt. Daher bestimmt die Ordnung des kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg von 1954 folgendes: ‚Kinder, die sich einer Handlung unterziehen, die im Gegensatz zur Konfirmation steht (Jugendweihe oder dgl.), können nicht konfirmiert werden.‘ So stand es auch bereits in der alten Ordnung kirchlichen Lebens. Aus seelsorgerlicher Verantwortung für unsere Konfirmanden und ihre Eltern bringen wir diese klare Bestimmung rechtzeitig vor der Konfirmation in Erinnerung. Der Herr Jesus Christus hat gesagt: ‚Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich.‘“

Zitiert aus: Christian Grethlein, Religionspädagogik, Berlin 1998, 487



Anne-Kathrin Müller/ Karsten Harfst/ Cornelia Oswald/ Jens Kramer Kirche in der DDR - Materialien und Anregungen

Von den Anfängen (50er und 60er Jahre) ...

Für die SED, dies machen die ausgewählten Dokumente deutlich, waren von Beginn der Staatsgründung der DDR an die Kirchen ein zu bekämpfender Gegner. Sie standen der Durchsetzung des umfassenden Führungsanspruchs der „Marxistisch-Leninistischen Partei der Arbeiterklasse“ im Wege, sie galten als Bollwerk des Klassenfeindes, als „Arm der Agenten – und Spionagezentralen“ im damaligen West-Berlin und als ideologischer Konkurrent.

In allen anderen gesellschaftlichen Bereichen - der inzwischen überwiegend verstaatlichten Wirtschaft, der bis Ende der 50er Jahre in Teilen kollektivierten Landwirtschaft, der Einheitsgewerkschaft FDGB, den sog. „Massenorganisationen“, allen voran der „Kampfreserve der Partei“, der FDJ sowie den „verbündeten“ Blockparteien - war der Macht- und Führungsanspruch der SED akzeptiert und in der Regel statutenmäßig oder personell verankert. Nur die Kirchen erwiesen sich als resistent, konnten und wollten von ihrem Selbstverständnis her diesen Parteianspruch nicht erfüllen. Zudem beherbergten sie in ihren Reihen auch noch Jugendliche, was von der SED als besonders gefährlich betrachtet werden musste, gehörte doch der Jugend die Zukunft und die Zukunft der Partei (vgl. Untertitel des Emblems der SED). Die „Junge Gemeinde“ blieb, wenn auch später in deutlich modifizierter Form, bis zum Zusammenbruch der DDR Hass- und Verfolgungsobjekt der „Staatsorgane“.

Die Kirchen waren deshalb die einzigen Organisationen, die trotz intensiver Durchsetzung mit IM der Staatssicherheit ihre Eigenständigkeit bewahrten und der massiven Repression durch die Partei widerstanden. Dies konnte aus der Perspektive einer stalinistischen Partei nur als „feindlicher“ Widerstand verstanden werden.

Die massiven Kampagnen gegen kirchliche Amtsträger, Jugendliche und Eltern, für eine „klare atheistische Absage“ bezweckt mit dem Hebel „Jugendweihe“, zeigt in aller Deutlichkeit, dass es der SED nicht genügte, die „ganze Macht“ in ihrer Hand zu konzentrieren, sie wollte dazu den „ganzen Menschen“. Nur so, dies das Konzept der sozialistischen Erziehung, konnte die „Sozialistische Persönlichkeit“ geformt werden, die keinerlei persönliche Rückzugsräume oder Nischen mehr zur Verfügung hatte, um sich dem Parteianspruch zu entziehen.

... bis zum Schluss (70er und 80er Jahre)

Veränderungen im Umgang mit den Kirchen von Seiten der Partei- und Staatsführung der DDR begannen bereits Ende der 60er Jahre. Sie hatten sicher auch mit dem geringen Erfolg der bisherigen rein repressiven Vorgehensweise zu tun, waren jedoch wesentlich durch innenpolitische Entwicklungen und den sich Anfang der 70er Jahre abzeichnenden Stimmungswechsel in den Beziehungen zwischen Ost und West verursacht. Die von der „Neuen Ostpolitik“ der Regierung Brandt-Scheel in der Bundesrepublik ausgehenden Annäherungsimpulse für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dürften hier eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Dem 1972 gestürzten Walter Ulbricht folgte Erich Honecker.

Dieser hatte ein Interesse durch die Verbesserung der Versorgungs- und Lebenssituation („Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“) wenigstens ein Minimum an Zustimmung von der Bevölkerung der DDR zu erreichen, um sich so vom „bestgehassten“ Vorgänger Walter Ulbricht abzusetzen. Diesem Ziel sollten auch die zu Beginn seiner Regentschaft eingeräumten liberalen Elemente in der Kulturpolitik dienen, wozu auch ein angestrebter veränderter Umgang mit den Kirchen zählte.

Mit jenen im Zusammenhang mit der Entspannungspolitik von der DDR-Führung so wahrgenommenen Erfolgen in der Außenpolitik - dem UN-Beitritt beider deutscher Staaten, dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR, damit der faktischen Anerkennung der DDR als souveräner Staat und dem im Zuge des KSZE-Prozesses erreichten Gewaltverzicht, gleichbedeutend mit einer Bestandsgarantie der europäischen Nachkriegsgrenzen, auch zwischen den beiden deutschen Staaten - konnte ohne politischen Gesichtsverlust auch nicht wieder zu den brachialen Methoden der frühen Ulbricht-Ära zurückgekehrt werden.

Denn immerhin war bereits unter Ulbricht nach längerem Zögern der bereits bestehende BEK (Bund Evangelischer Kirchen) von der SED 1971 anerkannt worden. Die Abspaltung der DDR-Kirchen von der bis dahin gesamtdeutschen EKD (Evangelische Kirchen in Deutschland) war unter dem seit der Gründung der DDR aufgebauten massiven politischen Druck schon 1968 erfolgt.

Was für Partei- und Staatsführung sowie ihre „Organe“ blieb, war die „Differenzierung und Unterwanderung“ sowie die Intensivierung der „atheistischen Propaganda“.

So wurde einerseits die Durchdringung der Kirchen mit IM, andererseits die Intensivierung der Kontakte und Gespräche vorangetrieben. Parallel dazu wurde der Druck auf „kirchentreu“ Jugendliche aufrecht erhalten und z.T. noch verstärkt. Die Einführung des Wehrkundeunterrichts 1978 in den Polytechnischen Oberschulen (POS) und wenig später auch in den Erweiterten Oberschule (EOS) spielte in diesem Zusammenhang gleichfalls eine konfliktträchtige Rolle.

In den 80er Jahren ließ sich jedoch bereits erkennen, dass die Partei versuchte, von ihr anscheinend nicht mehr vollständig unter Kontrolle zu haltende Aktivitäten besonders Jugendlicher mit Hilfe der Kirche wieder zu kanalisieren. Dies geschah parallel zu massiven Kampagnen, die besonders im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ gestartet wurden. Das Verhalten der Kirchenleitungen war hierbei auch innerkirchlich keineswegs unumstritten. Vielfältige Aktivitäten an der Basis (Bluesmessen, Umwelt- und Friedensinitiativen) stimmten nicht immer mit der Strategie von Teilen der Kirchenleitung im Umgang mit der Partei- und Staatsführung überein. Die Materialien führen Schülerinnen und Schülern die Ambivalenz des Verhältnisses von Kirche und Staat vor Augen, exemplarisch vor allem anhand der Auseinandersetzungen um die Junge Gemeinde und die Frage der Wehrpflicht. Dabei lassen sich die

vorliegenden Materialien vornehmlich unter folgenden Gesichtspunkten auswerten:

Anschuldigungen und Vorwürfe, die gegen die Kirchen oder Menschen, die in Verbindung zur Kirche oder Religion gebracht werden, erhoben wurden und Repressalien gegen kirchliche Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Gemeindeglieder.

Die Schülerinnen und Schüler

- wissen, dass in der DDR Religion als „unwissenschaftlich“ gewertet wurde und damit Christinnen und Christen diffamiert werden sollten,
- kennen Maßnahmen der SED gegen Gemeindeglieder,
- beziehen Position zu den erhobenen Anschuldigungen und Maßnahmen,
- werten die DDR als Unrechtsstaat.

Wesentlichen Motive für den Kampf der SED gegen die Kirche.

Die Schülerinnen und Schüler

- wissen, dass die SED in den Kirchen einen Feind gesehen hat, der die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten will und vom Ausland gesteuert wird,
- erkennen, dass die SED in den Kirchen eine Konkurrenz um den Einfluss auf die Jugend gesehen hat.

Das Verhalten einzelner Christen im Gegenüber zum Staat.

Die Schülerinnen und Schüler

- kennen Begründungen, warum sich einzelne Christen gegen den Staat DDR gestellt haben,
- vergleichen das Verhalten Einzelner im Gegenüber zum Staat der DDR mit der heutigen Situation,
- werten die (möglichen) Konsequenzen oppositionellen Verhaltens in der DDR.

Die dargestellten Materialien verstehen sich als Quellensammlung, die je nach Lerngruppe sortiert, gekürzt oder ergänzt werden können. So sind auch die Aufgabenformulierungen als Vorschlag zu sehen. Die Verwendung setzt die Einarbeitung in die historische Situation, die spezifische Terminologie sowie Kompetenzen im Umgang mit Quellenmaterial voraus.

.....

Karsten Harfst ist Lehrer für Geschichte/Politikwissenschaft und Philosophie am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium in Berlin-Pankow und seit 2006 Mitarbeiter der Pädagogischen Arbeitsstelle der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Jens Kramer ist Studienleiter für den Religionsunterricht im Land Brandenburg im Amt für kirchliche Dienste.

Anne-Kathrin Müller ist Studentin der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit Dezember 2008 arbeitet sie als studentische Hilfskraft im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Bibliothek in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Cornelia Oswald ist Studienleiterin für den Religionsunterricht in Berlin im Amt für kirchliche Dienste.



Die „Junge Gemeinde“ - ein verlängerter Arm der Amerikanischen Agenten - und Spionagezentralen

Nach den ersten Enthüllungen über die staatsfeindliche Tätigkeit der „Jungen Gemeinde“, die bei den Werktätigen der DDR, besonders bei allen ehrlichen Christen, starke Empörung hervorgerufen haben, häufen sich die Meldungen, die von ähnlichen terroristischen und hetzerischen Machenschaften dieser illegalen Organisation berichten. Wir veröffentlichen nachstehend einige vom Organ des Zentralrates der FDJ, „Junge Welt“, veröffentlichte Tatsachen. Die bereits bekannten Mißstände in den „Pfeifferschen Stiftungen“ werden weit übertroffen durch Tatsachen, die aus dem „Knabenrettungs- und Brüderhaus“ Neinstedt, Kreis Quedlinburg, bekannt werden. Dieses Heim untersteht der Inneren Mission.

Der Jugendliche Horst Hölger war seit Jahren in diesem „Rettungshaus“ untergebracht. Horst Hölger, der eine schwere Tuberkulose hat, berichtete, daß die Anstalt ihn bei einem Großbauern beschäftigte, wo er, wie die anderen Pfleglinge, für 2 DM monatlich die schwerste körperliche Arbeit verrichten mußte. Als Horst Hölger wegen körperlicher Schwäche die Arbeit nicht mehr zur Zufriedenheit der Anstaltsleitung ausführen konnte, wurde er mit Faustschlägen traktiert und mußte stundenlang unter der Aufsicht eines „Bruders“ stillstehen. Einer der brutalsten Schläger ist der „Bruder“ Schaub, der die Jugendlichen wegen geringfügiger Kleinigkeiten, vor allem aber wegen ihrer fortschrittlichen Einstellung, unmenschlich quält. Weil ein Pflegling ein Stalinbild bei sich trug, wurde er brutal geschlagen; ein anderer wurde geprügelt, als er eines Tages im Blauhemd der FDJ erschien. Als die Anstaltsleitung erfuhr, daß der Jugendliche Dieter Kose Mitglied der FDJ ist, hetzte sie die geisteskranken Insassen der Anstalt gegen ihn auf und zwang ihn, mit den Geisteskranken zusammenzuwohnen und zu arbeiten. Um zu verhindern, daß Dieter Kose aus dem Heim floh und über die kriegshetzerische Tätigkeit in der Anstalt berichtete, wurde er in die „Anstalt für Schwererziehbare“ in Eckardtsberga, Kreis Naumburg, verschleppt.

An der Martin-Luther-Universität in Halle „betreute“ ein Leiter der „Jungen Gemeinde“ die „Evangelische Studentengemeinde“. Der Studentenpfarrer Johannes Hamel sah es als seine Aufgabe an unter dem Deckmantel der Religion offene Kriegshetze zu betreiben. Bereits zur Zeit der Volkswahlen betätigte er sich als bewußter Feind der demokratischen Ordnung und versuchte, Professoren und Studenten von der Teilnahme an den demokratischen Wahlen abzuhalten. Systematisch verbreitete er die Gerüchte des amerikanischen Hetzsenders Rias. Im Interesse seiner westlichen Auftraggeber hetzte er gegen die Aufstellung nationaler Streitkräfte in unserer Republik und erklärte, er sei dafür, daß die gesamte DDR von den amerikanischen Okkupations-truppen besetzt wird. Im Auftrage des Bonner Spionageministers Jakob Kaiser, der den Einsatz der Agenten in der Deutschen Demokratischen Republik leitet, übte der christlich getarnte Spion Johannes Althausen in den Gruppen der „Evangelischen Studentengemeinde“ der Republik seine kriegshetzerische Tätigkeit aus. Er sandte laufend Berichte über die Zahl der Studierenden, Angaben über Studien- und Stipendienanordnungen, Mitteilungen über das Meldegesetz der DDR und über die Sicherheitsmaßnahmen unserer Regierung zum Schutz der Bevölkerung an der Zonengrenze, an seine Auftraggeber nach Bonn und Westberlin. Diese Berichte leitete er über die sogenannte „Zentrale Ost“ der „Evangelischen Studentengemeinde“ nach Westberlin. Von dort aus gingen die Berichte an einen gewissen Dr. Martin Fischer in Zehlendorf, Leuschenburgstraße 41, dann nach Stuttgart, Paulinenstraße 40 und weiter in die Schweiz an die von dem Amerikaner Robert Mackle geleitete angebliche Studentenvereinigung WSCF.

Aus den Prozessen gegen die Spione und Diversanten vom Schlage eines Burianek und Kaiser ist noch bekannt, welche Zwecke die sogenannten „Ostbüros“ in Westberlin verfolgen. Auch die

verlogene christliche Maske, unter der Althausen seine Wühlarbeit gegen unsere Republik verbergen wollte, kann die Werktätigen unserer Republik nicht darüber hinwegtauschen, daß sie in ihm und in seinesgleichen bewußte Feinde unseres friedlichen Aufbaues vor Augen haben, die ihre gerechte Strafe erhalten müssen.

Pfarrer von Lippe versuchte in Grundhain von der Kanzel herab den Menschen weiszumachen, daß der Aufbau des Sozialismus ein „Werk des Teufels“ sei und von Gott vernichtet würde. Pfarrer Reinhold George von der Berliner St. Marienkirche hielt Vorträge gegen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und gegen die volkseigenen Betriebe. Er veranlaßte ein Mädchen diese Vorträge in ihrer Wohnung auf einem illegalen Apparat abzuziehen und sie mit Hilfe anderer Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ zu verbreiten.

Hetze hat mit Christentum nichts zu tun. Alle wahrhaften Christen, die es mit ihrem Glauben ernst nehmen, wenden sich voller Abscheu gegen das schändliche Treiben derjenigen, die sich mit den Todfeinden des deutschen Volkes verbündet haben, „hunderttausende von wahren Christen unserer Republik kämpfen im Bewußtsein ihrer persönlichen Verantwortung in den Reihen der Friedensbewegung, erklärte Pastor Heinrich Möchner aus Wittenberg. „Wenn ich das Wort, wahre Christen betone, so tue ich das mit bewußter Absicht; denn wir haben getarnte Elemente, die ihr verbrecherisches Spiel innerhalb der Landeskirche treiben, die das wahre Christentum mißachten und die christlichen Menschen verwirren, irreführen und in den Dienst der USA-Imperialisten und ihrer Helfershelfer stellen. Es muß uns klar sein, daß durch solch einen Mißbrauch des kirchlichen Namens eine ungeheure Belastung des wahren Christentums erfolgt.“

Pfarrer Günther aus Berlin-Kaulsdorf erklärte, daß die Leiter der „Jungen Gemeinde“, die unter dem Deckmantel des Christentums gegen den Frieden und gegen die Deutsche Demokratische Republik hetzen, kein Recht haben, sich als Vertreter der christlichen Gemeinde zu bezeichnen. „Ich persönlich distanziere mich von solchen Elementen, die zum Beispiel in der St Thomas-Gemeinde in Erfurt in ihrem Schaukasten gegen die Deutsche Demokratische Republik hetzen.“

aus:

Diederich, Georg / Schäfer, Bernd / Ohlemacher, Jörg; Jugendweihe in der DDR: Geschichte und politische Bedeutung aus christlicher Sicht.; cw Obotritendruck 1998; Inv. 3948, S. 54

Aufgaben

1. Beschreibe, wie die Junge Gemeinde in dem Kommentar des Neuen Deutschlands gewertet wird. Konzentriere dich dabei insbesondere auf die Adjektive.
2. Erkläre, wie der Kommentar wirken sollte auf Mitglieder der Jungen Gemeinde, überzeugte FDJ-Mitglieder und Jugendliche, die nicht wissen, ob sie Konfirmation oder Jugendweihe machen sollen.
3. Nimm Stellung zu der Frage, ob ein solcher Kommentar aus heutiger Sicht zur Meinungsfreiheit zählt oder eine illegitime Beeinflussung der Leserinnen und Leser ist.



"[...] Die Jugendweihe ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem Fest in unserer Republik geworden. Die Jugendweihe ist ein alter schöner Brauch, den die sozialistische Arbeiterbewegung fortgeführt hat. Die Jugendweihe ist nicht erst in den letzten Jahren in der DDR eingeführt worden. Auch in Westdeutschland gehen die Kinder zur Jugendweihe. [...] Wir sind deshalb dafür, daß jeder Junge und jedes Mädchen in eurem Alter an den Jugendstunden und an der Jugendweihe teilnimmt, weil ihnen sonst wichtige Kenntnisse verloren gehen würden, die sie in ihrem späteren Leben brauchen. Jeder Vater und jede Mutter sind daran interessiert, daß ihr Kind zu einem lebensfähigen Menschen erzogen und mit gutem Wissen ausgerüstet wird. [...] Die Jugendweihe wird immer mehr zu einem Erlebnis, das nicht mehr aus dem Leben der Jungen und Mädchen wegzudenken ist. Die Arbeiterklasse trägt eine große Verantwortung dafür, daß eine noch größere Zahl von Jungen und Mädchen an der Jugendweihe teilnimmt und die Veranstaltungen noch interessanter gestaltet werden. Das ist nicht nur eine Sache der Ausschüsse für Jugendweihe, sondern der Arbeiterschaft in den Betrieben, der Gewerkschaftsleitungen, der Parteiorganisationen und auch Sache der Volksbildungsabteilungen bei den Räten. Wir Alten werden nicht ewig leben, aber die Jugend muß die große Aufgabe weiter und zum Ziele führen. Deshalb ist es notwendig, besonders in den Betrieben alle Werktätigen über die Bedeutung der Jugendweihe gründlich aufzuklären und sie von der Notwendigkeit der Teilnahme ihrer Kinder an der Jugendweihe zu überzeugen. Diese Überzeugungsarbeit wird am wirkungsvollsten dort möglich, wo Betriebsaktive für Jugendweihe bestehen. Es kommt deshalb darauf an, in allen Betrieben arbeitsfähige Aktive für Jugendweihe zu bilden [...]. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß an der Jugendweihe alle Jungen und Mädchen teilnehmen sollen, gleichgültig welche Weltanschauung ihre Eltern haben oder in welcher Weltanschauung sie bisher erzogen wurden [...].

Wir bauen in der DDR den Sozialismus auf, und morgen werdet ihr mithelfen, in ganz Deutschland den Sozialismus zu errichten. [...] Auch ihr sollt mitarbeiten und euch für das politische Leben interessieren. Lebt froh und ausgelassen, aber erfüllt stets eure Pflicht als treue Söhne und Töchter unseres sozialistischen Vaterlandes. Lernt tüchtig, um die Welt zu erkennen, und helft mit, sie sozialistisch umzugestalten. Das ist gar nicht so schwierig. Bei uns wird die Wahrheit gelehrt, und sie ist einfacher als gewisse Hirngespinnste. Ihr sollt wissen, auf welche natürliche Weise zum Beispiel das Planetensystem, die Erde, der Mensch und alle anderen Lebewesen entstanden sind. Nicht überirdische Kräfte wirkten da, sondern alles im Weltall hat seine natürlichen Ursachen. Bemüht euch, dieses Wissen zu erwerben. [...] Wer sich heute daran hindern läßt, die Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft zu erkennen, überlebte, alte Glaubenssätze über Bord zu werfen, der schadet sich selbst. [...] Die Jugendweihe hilft euch, die Wahrheit zu erkennen, sich Kenntnisse anzueignen, die ihr später im Leben dringend benötigt. Aber es gibt Leute, denen das nicht gefällt. Deshalb hetzen sie gegen die Jugendweihe und gegen unsere Schule. [...] Ist das etwa Erziehung der Jugend zu freiem selbständigem Denken, wenn von den Jugendlichen im Konfirmationsunterricht gefordert wird, zu glauben, daß sie von überirdischen Wesen geschaffen worden seien? [...] Durch die Jugendstunden und durch die Jugendweihe werden die Gefühle religiös empfindender Menschen nicht verletzt. Es kann aber auch nicht gestattet sein, die wissenschaftliche Aufklärung, die Lehren der großen Forscher und Naturwissenschaftler durch rückständiges Muckertum zu unterdrücken. [...]

Aus: Höllen, Martin; Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR ; ein historischer Überblick in Dokumenten. Band 2: 1956 - 1965.; Selbstverlag 1997; Inv. 2877, Dokument Nr. 323

Aufgaben

1. Recherchiere zur Entstehung der Jugendweihe und zu den ideologischen Hintergründen.
2. Begründe, warum die Jugendweihe für die DDR so wichtig war.
3. Bewerte die Gegenüberstellung von Konfirmation und Jugendweihe aus der Sicht von jungen Christinnen und Christen in der DDR.



Albert Norden (DDR-Propaganda-Chef im Februar 1958): "Wir sind prinzipiell gegen die Kirche und ihre Lehren"

"[...] Wir haben zu Recht demgegenüber die These von der Schöpferkraft der Volksmassen aufgestellt. Aber wir haben zu Unrecht, glaube ich, vergessen, eine breite propagandistische Beweisführung in dem Sinne zu führen, dass die Auffassung von der unbegrenzten schöpferischen Kraft des Volkes die These vom göttlichen Schöpfer einfach ausschliesst und die Entthronung Gottes bedeutet. Die atheistische Propaganda ist von uns in den letzten Jahren gründlich vernachlässigt worden. Das ist umso schlimmer, als unter unserer Bevölkerung und besonders unter unserer Jugend ein grosses Bedürfnis nach populärwissenschaftlicher Literatur besteht, die gar nicht anders als atheistisch sein kann. [...] Dann können und werden wir auch nicht um die Auseinandersetzung mit der Kirche herumschleichen wie die Katze um den heissen Brei. Es wäre doch Opportunismus, Genossen, wenn wir um des Zusammengehens mit dem Klerus in Fragen des Friedens usw. willen auf die Publikation von wissenschaftlichen Darlegungen der Religionsgeschichte, auf populäre Darstellungen des Kampfes der Kirche gegen den gesellschaftlichen Fortschritt, auf die Anprangerung der offenen imperialistischen Rolle der evangelischen und katholischen Kirche verzichten würden [...]"

Wir kämpfen gegen den Aberglauben, der in der Religion seinen Ausdruck findet, aber nicht gegen ihre Bekenner. Wir wissen, daß es unter den Christen viele Menschen gibt, die praktisch mit uns am sozialistischen Aufbau arbeiten, aber an ihrem Glauben festhalten. Ihre Gefühle sollen nicht verletzt werden, und die Freiheit des Kultes und der Religionsausübung in den Kirchen bleibt unangetastet. Aber wir können und werden darum nicht aufhören zu beweisen, wie die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Errungenschaften alle Glaubensdogmen über den Haufen werfen [...]. Wir sind prinzipiell gegen die Kirche und ihre Lehren. [...]"

Paul Fröhlich (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig) auf der SED-Parteikonferenz 1956: Religion ist Aberglaube – Klagen über weltanschaulichen Inkonsequenz

"[...] Eine Seite der Propagierung unserer Weltanschauung ist die Frage des Verhältnisses zwischen der marxistisch-leninistischen Theorie auf der einen Seite und der Religion, also des Aberglaubens, auf der anderen Seite. [...] Man muß sich darüber im klaren sein, daß wir das Recht, ja, die Pflicht haben, unsere Weltanschauung zu propagieren. Wir verzichten also nicht auf die besondere Seite der Propagierung unserer Weltanschauung, nämlich die wissenschaftlich-atheistische Propaganda. Das dürfen und können wir nicht, weil unsere Weltanschauung, seit sie geboren wurde, parteiisch offen jeden wissen läßt, daß sie unvereinbar mit Aberglaube und Religion ist. Unsere Weltanschauung ist wissenschaftlich-atheistisch, also gegen den Aberglauben gerichtet. Die Ideologie des Aberglaubens – und, Genossen, wir spüren das auch noch innerhalb der Partei - hemmt doch den Fortschritt. [...] Im Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, um die Erreichung des Wohlstandes und des Glücks aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik trennt uns nicht unsere Weltanschauung von den Gläubigen, die gemeinsam mit uns täglich schon bewiesen haben und beweisen, daß man sehr wohl mit den Marxisten, das heißt mit uns, zusammenarbeiten kann. [...] Aber man muß noch einmal unterstreichen, daß andererseits die Versuche, Koexistenz in den Fragen der Weltanschauung herbeizuführen, nicht möglich sind, und in dieser Beziehung hat der XX. Parteitag der KPdSU eindeutig diese Fragen geklärt. Es kann keine Koexistenz mit der kapitalistischen Ideologie oder in programmatischen Fragen geben. Die sozialistische und die kapitalistische Weltanschauung können nicht versöhnt werden. Ich erlaube mir aber auch noch darauf hinzuweisen, daß wir bei all diesen Fortschritten, die wir im Bezirk Leipzig in der letzten Zeit in der Verbreiterung der atheistischen Propaganda zu verzeichnen haben, nicht umhin können, zu sagen, daß es innerhalb der Partei noch keine genügende Klarheit darüber gibt. Das machte sich besonders bemerkbar, als wir begannen, den Beschluß über die Jugendweihe durchzuführen. Da zeigte sich die Inkonsequenz auch von Mitgliedern der Partei. [...]"

Aus: Höllen, Martin; Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR ; ein historischer Überblick in Dokumenten. Band 2: 1956 - 1965.; Selbstverlag1997; Inv. 2877, Dokument 347 und 283

Aufgaben

1. Vergleicht die beiden Quellen hinsichtlich der Wertung von Religion.
2. Stellt den Argumenten, mit denen gegen Kirche und Religion argumentiert wird, jeweils Gegenargumente gegenüber.
3. Nehmt Stellung zu der Aussage, dass es sich um eine „wissenschaftliche“ Weltanschauung handelte.



Das heutige Evangelische Kreuzgymnasium ist die älteste, noch bestehende Schule in Dresden und eine der ältesten in Deutschland. Erstmals im Jahr 1300 wurde ein Schulmeister erwähnt. Die Gründung erfolgte als Lateinschule für die Sänger der capella sanctae crucis (Kreuzkirche), dem heutigen Dresdner Kreuzchor. Der Text aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit bezieht sich auf nicht näher ausgeführte Vorfälle an der Kreuzschule in Dresden.

„Bei den vom MfS geführten Untersuchungen wurde ferner festgestellt, daß die politisch-ideologische Situation an der Kreuzschule als äußerst ungenügend einzuschätzen ist und die Durchführung der feindlichen Handlungen dadurch begünstigt wurde. Beim größten Teil der Schüler zeigen sich starke westliche Einflüsse (ständiges Abhören der NATO-Sender, westliche Kleidung, westliche Schlager und Tanzmusik, Durchführung sogen. Parties in den Wohnungen bürgerlicher Eltern, negatives Auftreten usw.).

Als Ursache ist in erster Linie eine starke kirchliche Einflussnahme auf die Schule zu sehen. Ein großer Teil der Schüler und der überwiegende Teil der Mitglieder des Kreuzchores gehören der „Jungen Gemeinde“ an. Der Chor wird gegenwärtig noch zu 1/3 von der Kirche finanziert, in den 5. bis 8. Klassen Religionsunterricht zum Teil in den Schulräumen abgehalten. Landesbischof Noth unterrichtet selbst in der 7. Klasse. Die kirchlichen Elemente unter den Eltern der Schüler haben einen starken Einfluß in den Elternbeiräten.

Es wurden bereits einige Maßnahmen ergriffen, um den kirchlichen Einfluß an der Schule zurückzudrängen. So wurde z.B. Oberkirchenrat Brück wegen Nichtteilnahme an der Volkswahl im vergangenen Jahr als Vorsitzender des Elternbeirates abgelöst.

An der Kreuzschule kommen über 50% der Schüler (von 650 Schülern insgesamt) aus bürgerlichen Kreisen (Professoren, Geistliche, Ärzte, techn. Intelligenz, Selbständige usw.). Der bürgerlich Einfluß kommt auch durch bestimmte alte Begriffe zum Ausdruck. So heißt z.B. das Internat Alumnat. Im Alumnat gibt es Hauspräfekten (Ordnungsschüler) und im Chor Chorpräfekten. Diese Funktionen sind nicht von der FDJ besetzt, sondern meistens von den reaktionären Schülern. (...)

Zur Auswertung der Vorkommnisse an der Kreuzschule in Dresden wird vorgeschlagen, nach Abschluß der Untersuchungen einen Prozeß vor erweiterter Öffentlichkeit durchzuführen.

Dabei sollten u.a. die Umstände, die derartige feindliche Handlungen an der Schule ermöglichen (ungenügende Pionier-, FDJ- und Parteiarbeit, mangelndes Erzieherkollektiv, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen – Chemikaliendiebstahl – u.ä.), herausgearbeitet werden.

Besonders müsste dabei nachgewiesen werden, dass das Anhören von Westsendern und andere westliche Beeinflussungen zusammen mit dem ideologischen Einfluß reaktionärer kirchlicher Personen und Einrichtungen Ausgangspunkt für solche feindlichen Handlungen ist.

Zum Prozeß sollten alle Bezirksschulräte sowie Direktoren von erweiterten Oberschulen, Partei- und FDJ-Sekretäre, Pionierleiter sowie Mitglieder der Elternbeiräte vor allem von solchen Oberschulen eingeladen werden, von denen bekannt ist, dass es ebenfalls Schwierigkeiten bei der sozialistischen Erziehung der Schüler gab und gibt. Weiterhin müssten progressive Lehrer und FDJler der Thomas-Oberschule Leipzig eingeladen werden, da es sich um eine gleichgeartete Oberschule (Thomanerchor) handelt.

Es wird weiter vorgeschlagen, durch das Ministerium für Volksbildung und evtl. auch durch das Staatssekretariat für Hochschulwesen eine gründliche Auswertung dieser Vorkommnisse über den Prozeß hinausgehend mit den Lehrern anderer Schulen im DDR-Maßstab vorzunehmen, besonders unter dem Gesichtspunkt, die Notwendigkeit der sozialistischen Erziehung an der Schule

durch Lehrer, Elternhaus und gesellschaftliche Organisationen grundsätzlich zu erläutern und an Beispielen herauszuarbeiten.

Für die Auswertung würde an die vom ZK der SED zu benennende verantwortliche Stelle ausführliches und konkretes Material vom MfS übergeben, wie Fotos, Tonbänder u.a. Aussagematerial, das z.B. die zersetzende Rolle der NATO-Sender als Motiv feindlicher Handlungen aufzeigt. (...) Mit diesen Maßnahmen muß gleichzeitig die Erhöhung der Wachsamkeit unter den Schülern, Schulleitungen und Funktionären erreicht werden, um frühzeitig schädliche Einflüsse und feindliche Elemente unter den Oberschülern zu erkennen und sofort die notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

Um besonders den Einfluß der Kirche zu unterbinden, wäre es notwendig

- den Religionsunterricht nicht mehr an der Schule durchzuführen (wie das bereits an der Mehrzahl der Oberschulen der DDR durchgesetzt wurde), bzw. den Religionsunterricht nur kirchlichen Vertretern zu gestatten, deren loyale Haltung zur DDR die Gewähr für eine humanistische Erziehung der Jugendlichen bietet;

- der Landeskirche Sachsen die Möglichkeit zu entziehen, sich an der Finanzierung des Kreuzchores zu beteiligen, weil sie davon das Recht ableitet, auch erzieherischen Einfluß auf die Schüler zu nehmen;

- dass man Landesbischof Noth bei der im August 1962 geplanten Aussprache beim Staatssekretär für Kirchenfragen (über die faschistische Vergangenheit Bischof Krummachers) den Einfluß reaktionärer kirchlicher Personen auf die Erziehung der Oberschüler konkret anhand der Ereignisse an der Kreuzschule aufzeigt und ihn auf die Folgen aufmerksam macht.

Um zu verhindern, dass Schüler selbstgefertigte Sprengkörper herstellen, sollte der Lehrstoff in Chemie in der Richtung überprüft werden, ob bereits hier bestimmte Anleitung zur Herstellung derartiger Sprengkörper indirekt gegeben wird.“

Aus: Gerhard Besier, Stephan Wolf (Hg.): „Pfarrer, Christen und Katholiken“ – Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, S. 258

Aufgaben

1. Welche Ziele und Maßnahmen verbindet die Staatssicherheit mit ihren Aktivitäten im Umfeld der Vorkommnisse an der Kreuzschule?

2. Was wird als Ursache der Vorkommnisse angegeben? Beachten Sie dabei insbesondere die Wortwahl und bedenken Sie welche Wirkung damit erreicht werden soll.



Schon lange war uns, meiner Frau und mir klar, dass jeder Dienst in einer Armee für mich nicht leistbar ist. Mein Gewissen, meine Verantwortung anderen Menschen gegenüber, machen es mir unmöglich, mich an der "organisierten Ausbildung zum Töten" zu beteiligen. Dies alles wussten wir und doch waren wir erschrocken als im Oktober des Jahres, in dem ich 26 Jahre geworden war, die Einberufung zu den Baueinheiten der NVA kam. Noch einmal prüften wir alle Argumente, jedoch eine andere Entscheidung als die Totalverweigerung war für uns nicht möglich.

So galt es Vorbereitungen zu treffen:

- Die Dinge des täglichen Lebens in unserer Familie würden nun von meiner Frau allein bewältigt werden müssen. Unser 2. Kind war im September geboren.
- Freunde und Eltern waren noch einmal zu besuchen. Bei diesen Besuchen kam es immer wieder zu langen Gesprächen über den Sinn unserer Entscheidung. Die Angst davor, was eine Haftzeit bedeuten würde, war immer, wieder Thema. Der Versuch, mich zu informieren, aber wird es wirklich so sein?
- Vertretungen für meine Arbeit mussten gefunden werden
- Gespräche mit dem Anwalt

Woran war noch zu denken? Welche Freunde könnten helfen? Die Nächte waren kurz, wir ständig aktiv. Hatten wir wirklich an alles gedacht? Und dann noch einmal: Was wäre wenn ... ? Unendlich viele Fragen und dann war er da, der 2. November, der Tag der Abschiede. Die Gefühle, die mich bewegten, sind kaum zu beschreiben. Was ging mir alles durch den Kopf? Meinen 1 1/2 jährigen Sohn legte ich noch zum Mittagsschlaf. Konnte er das alles begreifen? Was würde er sagen, wenn er erwacht? Könnte er begreifen, warum Papa plötzlich weg war? Der Abschied von meiner Frau. Abschied, für wie lange? Dann der Weg zum Wehrkeiskommando, ca. 200 m, ein weiter Weg.

"Guten Tag, hier bin ich." "Nein ich werde nicht." Und dann lange Erklärungen. Ich, weiß nicht, wie oft ich sie in der folgenden Zeit gegeben habe. Immer in der Hoffnung, verstanden zu werden, aber in dem Wissen, dass das Gegenüber mich nicht verstehen kann. Er trug die Uniform, die ich nie anziehen würde. Jedoch war man freundlich. "Wollen sie wirklich nicht? Haben sie sich das richtig überlegt?" "Wollen sie nicht noch einmal ... ?"

"Nein. Ich habe überlegt!": Ich werde mich nicht beteiligen. Ich kann keinen Dienst in einer Armee und auch keinen, der Krieg ermöglicht, heute hier in Mitteleuropa, rechtfertigen. Alles auf Konfrontation gerichtete Reden und Handeln, ob psychologisch, pädagogisch, politisch oder wirtschaftlich ist Kriegsvorbereitung. Ich bin überzeugt davon, dass jeder Dienstzwang, ob zu einem militärischen oder alternativen Dienst, entwürdigend für jeden Menschen ist. Zwang bedeutet immer auch Entmündigung, besonders wenn er mit der Forderung nach bedingungslosem Gehorsam verbunden ist. Überall konnte man lesen: "Mein Kampfplatz für den Frieden - mein Arbeitsplatz". Diesen Satz konnte ich bejahen. Plötzlich jedoch sollte dies nicht mehr stimmen. Da kam die Einberufung und sagte: Jetzt zählt die Arbeit nicht mehr! Es ist gleichgültig ob sie in den nächsten zwei Jahren geschieht. Ich begriff das nicht. Besonders, da meine Tätigkeit, ich bin Sozialdiakon (Jugendseelsorger), mit Menschen zu tun hat; mit Jugendlichen, die es nicht leicht hatten in ihrem bisherigen Leben. Soziale Nöte, menschliches Unvermögen, haben sie geprägt. Sie hatten Vertrauen in unser Gespräch gegeben, kleine Hoffnungen wurden sichtbar. Wir waren mitten im Gespräch, noch nicht, am Ende. Gespräche werden unterbrochen, Hoffnungen zerstört - was dann? Daran kann doch niemand Interesse haben! Menschen verlassen müssen, Beziehungen unterbrechen, dass kann doch kein Dienst für den Frieden sein. Ich versuchte mich verständlich zu machen und ich merkte, da sind Gesetze. "Sie wissen, was sie erwartet?" "Ja, ich weiß." "Sie wollen also ihre Frau und ihre Kinder allein lassen?" "Von wollen kann gar nicht die Rede sein! ... Die Entscheidung liegt bei ihnen." Immer wieder hin und her. Unverständnis auf beiden Seiten, nicht-verstehen-können. Ausweglose Gespräche. Manchmal hatte ich den Eindruck, wir beide wollten die Konsequenzen nicht.

Wie ging es dann weiter? Ich erinnere mich: Protokolle, Unterschriften, Diskussionen darüber und wieder: "Bitte, warten sie draußen." Vor der Tür ein Soldat zur Bewachung. Bewachung? Wofür? Hab ich mich nicht selbst gestellt?! Weiß er, weshalb ich hier bin? Vor der Fahrt zur Untersuchungshaft: Der Wachsoldat vor dem Gebäude des Militärstaatsanwaltes steht auf und grüßt, als wir hinaus gehen. Mich? Ich muss lachen über die Ironie der Situation.

Die U-Haft: Noch auf dem Parkplatz: "Bitte, kommen sie." Nachdem sich, ich weiß nicht wie viele Stahltüren hinter mir geschlossen haben, ein anderer Ton. "Gesicht zur Wand!" schreit eine Polizistin. Als ich nicht begreife, dass ich gemeint bin, noch einmal, noch lauter und ich finde, aggressiver. Fliegerstellung, abgetastet werden. "Name!" "Geboren!" ... Alles geschrien. Ich begreife nicht weshalb, doch es macht Eindruck auf mich, macht mir Angst. Später begreife ich, dass dies wohl das Ziel ist. Immer wieder Stahltüren, Riegel, neue Beamte, Taschen auspacken. Der Inhalt wird einbehalten. Protokolle, Unterschriften.

Dann die erste Begegnung mit einer Zelle, eine Art „Wartezimmer“ nur weiß man nie worauf. Fensterlos, mit grünlicher Ölfarbe bis an die Decke gestrichen Leuchtstoffröhren, zwei festgeschraubte Bänke. In der Zelle sitzen schon andere. Sie werden angeschrien, weil sie nicht aufgestanden sind, als sich die Tür öffnet. Sie sind verunsichert. Später werden wir automatisch aufstehen, wenn sich die Tür öffnet. Jetzt grübeln wir noch: Wieso? Es sind auch Totalverweigerer, meist Zeugen Jehovas. Dass wir uns in den folgenden zwei Jahren noch häufig sehen, in solchen Zellen sitzen, Freunde werden, wissen wir jetzt noch nicht. In dieser Situation spüre ich es zum ersten Mal: das Miss-

trauen. Jeder hat es jedem gegenüber. Wer ist der andere? Kann man ihm trauen? Dieses Misstrauen verdirbt die Beziehungen. Wie berechtigt es ist, erfährt man nie.

Später, im Vollzug wird es deutlich: Denunziert wird ständig in der Hoffnung auf eigenen Vorteil. Wir belauern uns, entdecken Unterschiede, z.B.: dem einen wurden die Schnürsenkel abgenommen, der andere trägt noch seine Krawatte. Keiner versteht den Sinn diese Unterschiede. Zum ersten Mal spüre ich: Hier gilt eine andere Logik.

Nach Stunden des Wartens bekommt jeder seine Schüssel mit: Seife, Rasierpinsel, Bettwäsche ... meine Zelle. Zelle dürfen wir nicht sagen, es heißt "Verwahrraum". Ich werde verwahrt, aufbewahrt. Vor wem? Wofür?

Allein im Verwahrraum: Was soll ich jetzt tun? Was wird von mir erwartet? Ich will nicht provozieren, will meinen Friedenswillen zeigen. Doch, wie verhält man sich, wenn man nicht weiß, was verboten, was erlaubt ist?! Ich beziehe ein Bett, das zweite bleibt leer. Nun? Nun habe ich Zeit. Wie viel ahne ich noch nicht. Dann die Ungewissheit; was passiert, wenn sie die beiden Riegel und das Schloss öffnen? Aber schon nach einer Woche macht sich Gewohnheit breit. Ein System im Ablauf der Tage wird für mich nicht sichtbar. Sogar an den rauhen Ton, beginne ich mich zu gewöhnen. Zum Glück sind wir jetzt zu zweit und wir verstehen uns! Ohne einen, mit dem man sich auch nur etwas versteht, muss es schrecklich sein. Man ist auf so engem Raum zur Intimität gezwungen, z.B. Toilette im gleichen Raum. Du bist jeden Tag 24 Stunden zusammen, mehr als mit der eigenen Familie sonst. Nie habe ich mir vorstellen können, dass eine 24 Mann Zelle, wie sie dann im Vollzug vorzufinden ist, angenehmer sein kann, als eine kleine. Überhaupt ist dies das Schlimmste: Du bist fast nie allein mit dir! Jedes Wort, jeder Handgriff, alles wird gesehen. Die Briefe, die du bekommst oder schreibst liest der Polizeibeamte. Was geht den meine Post an? Mancher Satz bleibt in der Feder stecken. Also schreibe ich manchen Brief nur für ihn und die Familie.

Der Vollzug ist besser als die U-Haft, sagt jeder der Alten. Das sage ich mir als ich im "Zugang" am Abend auf dem Bett liege. Meine Privatsachen sind bei den "Effekten" eingeschlossen. Ich habe eine alte, zerknüllte, weinrot bis braun gefärbte Uniform bekommen. Vor zwei Stunden sind meine Haare gefallen. 7 Wochen der U-Haft hatte ich mich erfolgreich gewehrt. Ein Fremder sieht mich aus dem Spiegel an. In den nächsten 19 Monaten werden wir uns jeden Morgen sehen. Unser Land ist winzig, seine Sitten sind mir fremd. Es wird mich unmerklich prägen. Ob ich am Ende noch ich selbst bin? Werd ich durchhalten? Werden die draußen durchhalten? Fragen, die vielleicht allen durch den Kopf gehen. Ich kann mir noch nicht vorstellen, wie schwer es sein wird, hier im Alltag mit der Bergpredigt zu leben. Zum Glück sind die anderen genauso verunsichert wie ich. Kurze Gespräche: "Warum bist du hier?" und vor allem "Wie lange hast Du?" Ich habe länger als die meisten, nur einer hat noch länger. Er hat einen erschossen, so sagt er, nicht mehr. Seltsam, gerade wir beide reden fast eine Stunde miteinander. Wahrscheinlich sind wir die einzigen, die nicht prahlen.

"Du hast Schwein gehabt." sagen die andern. Ich komme ins Krankenrevier. Vielleicht weil nun die Zukunft klar scheint, bin ich erleichtert. Oder ist es die Hoffnung auf eine sinnvolle Tätigkeit? Dass man jeden Tag verlegt werden kann, weiß ich noch nicht. Nach einem halben Jahr werde ich verlegt. Verlegt auf das Kommando Zementwerk. Alles ist anders. Wieder ein Anfang. Zum Glück kenne ich viele, hatte sie bei Krankheit gut behandelt, dies zahlt sich jetzt aus: Ich muss nicht im 3 Stockbett oben schlafen, wie alle neuen. Die Luft da oben ist zum Schneiden. Aber neu bin ich trotzdem: "Warum bist du hier? Wie lange noch?" Jeder neue ist eine willkommene Abwechslung. Wieder Fragen nach dem Warum. "Was verändert deine Haltung?" Wir sind im Gespräch. Einige finden meine Entscheidung gut, andere halten mich für einen Spinner.

"Der weiß wenigstens warum er hier ist." Ja, das ist das einzige, was ich ihnen voraus hab. Ich bin sozusagen freiwillig hier. Aber manchmal kommt er und bohrt: Der Zweifel. Wofür das alles? Die Welt wird nicht besser durch mich. Wem ist geholfen mit meiner Entscheidung? Fragen die quälen. Die Situation ist ausweglos. Du bist allein. Die Alternative fehlt. Es gibt kein Verkriechen. Nur eins hilft, dass Wissen darum, dass ich, wenn ich nicht hier, dann bei der Armee wäre. Es war die Wahl zwischen zwei Übeln. Gegen das eine konnte ich mich wehren. Ein schaler Geschmack bleibt. Fragen und tiefe Trauer.

Der Alltag: "rausrücken" zur Arbeit. Wir treten an. Drei Reihen trotten zum Tor. "Halt!" Wir bleiben mechanisch stehen. Du hörst deinen Namen. Weshalb antworte ich mit dieser Zahl? Ich bin keine Nummer! So denk ich und plappere die Zahlen beim Vorbeigehen am Schließer. Der hört mich gar nicht, liest schon den nächsten Namen und wieder eine Nummer.

Die Fahrt zum Betrieb bietet Abwechslung. Blumen, Sträucher, Wiesen und Menschen. Die Welt läuft weiter ohne uns! Frauen stehen an der Bushaltestelle Bewegung geht durch den Bus. Der Polizeibeamte befiehlt Ruhe. Er weiß, dass es sinnlos ist, doch auch er hat seine Pflichten. Der Betrieb ist uralte. Da hier auch "Zivile" arbeiten, muss ich annehmen, so sehen auch andere Chemiebetriebe aus. Viele denken, die Arbeit im Knast sei Strafe. Ich mache andere Erfahrungen.

Sie hilft, dass die Zeit vergeht. Es gibt kaum entwürdigende Arbeiten, Tätigkeiten, die gegen den Arbeitsschutz verstoßen kann man ablehnen. Doch sie werden gemacht, freiwillig: Aus Leichtsinne, Bequemlichkeit, aus Männlichkeitspose? Manchmal winken Prämien: Ein Eimer Schwarztee z.B. Dies schreibt sich so einfach hin. Handelt einer freiwillig, der riesige Berge Zement wegkarrt, der in einem noch heißen Ofen Steine ausbricht? Ist es nicht immer die Hoffnung auf Lob, auf Vergünstigung, auf vorzeitige Entlassung?

Wir stehen am Tor, sollen "geschlossen" werden. Nichts passiert. "Die saufen wieder Kaffee!" und immer wieder wird "Aufschluss!" gerufen. Die Stimmung ist gereizt. Schimpfworte fallen. Es ist gleichgültig auf welcher Seite des Tores wir stehen, doch Warten ist unerträglich. "Alles Haftzeit!" brummt einer, ein anderer: "Etwas Strafe soll es ja auch sein!" Alle lachen. Trotzdem knistert die Luft als wir endlich geschlossen werden.

"Sprecher": Wieder ein Monat um! Eine Stunde mit der Frau oder einem anderen Lieben verbringen. Freiheit riechen! Leben ahnen! Zurück in den Verwahrraum. Jetzt taub sein. Nicht reagieren auf die dummen Fragen. Sie werden gestellt aus Angst. "Was hast du reingekriegt? Zeig mal?" Keiner kann zugeben wie weh es tut, nicht mitgehen zu können. Die Antworten sind "cool". Das Glas des Schutzschildes vibriert! Jetzt ins Bett kriechen, die Decke über den Kopf ziehen.

"Filzung": Wir sind totmüde, als wir den Hof nach der Nachtschicht betreten. Vorn ruft einer: "Filzung!" Scheiße, denkt jeder, der den Verwahrraum betritt. Alles liegt durcheinander, die Betten sind verwühlt. "Mir fehlt ein Brief!", ruft einer. Ein anderer sucht ein Bild. Flüche werden laut. Nicht alles findet man wieder, nicht nur Verbotenes fehlt. Wer es genommen hat? Hat einer das Chaos genutzt? "Mein Pack Tee haben sie nicht gefunden!", ruft einer aus der Ecke. Unbedacht, wie sich am nächsten Tag zeigt. Es wurde wieder gefilzt, diesmal gefunden. Wer der "Anscheißer" war, erfahren wir nie, nur selten wird einer entdeckt. Aber alle glauben, dass man Vergünstigungen nicht umsonst kriegt. Misstrauen.

Trotz Vergünstigung (in einem separaten Raum darf ich Fachliteratur lesen) habe ich als Verweigerer Vertrauensvorschuss. Wegen des Deliktes? Ist die Vergünstigung keine? Oder weil ich keinen übervorteile?

Vier Monate vor der Entlassung wird mir mitgeteilt, mein Anwalt hat eine vorzeitige Entlassung beantragt. Was wird herauskommen? Von der Seite des Strafvollzuges wird es kaum Einwände geben. Zum Glück rechne ich nicht ernsthaft mit einer vorzeitigen Entlassung. Im gleichen Monat, als diese abgelehnt wurde, gingen die 3 Totalverweigerer, die die Ausreise beantragt hatten, in die BRD. Wieder Fragen. Keine Antwort. Wer könnte sie auch geben?

Tag der Entlassung: Meine Entlassung verzögert sich. Wir müssen antreten, werden gezählt. Ich stehe in der Reihe, höre Kommandos wie alle. Mir wird klar, dass ich erst mit dem Schlag des Tores ins Schloss entlassen bin.

Ich werde entlassen, weil ich das Urteil "abgesessen" habe.

Was bleibt? Ich glaube noch immer nicht, dass man das Lied des Friedens auf dem Instrument der Gewalt spielen kann. Frieden kann nur das Produkt von Vertrauen und Mündigkeit sein. Hat das alles einen Sinn gehabt? Die Welt hat sich nicht verändert: Kindern fehlt auch heute der Vater, weil er in einer Armee dienen muss!

Vielleicht konnte ich einigen Mut machen, auch diesen Weg zu gehen. Ich denke: Es ist der richtige Weg!

PS: Auch heute trete ich für einen lebenslangen, freiwilligen Zivildienst ein, der nicht von der Wehrpflicht unterbrochen wird.

Aufgaben

1. Stelle Gründe für die Totalverweigerung dar. Beziehe dich dabei auf die Materialien.
2. Gib die Haftbedingungen mit eigenen Worten wider.
3. „Hat das alles einen Sinn gehabt?“ fragt der Autor. Begründe deine eigene Meinung.



Der Nationale Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik beschließt:

1. Die Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung wird in der beigefügten Neufassung erlassen. [...]

3. Die Gesamtzahl der in die Baueinheiten und die Bau-Pioniereinheiten der NVA einzurufenen Wehrpflichtigen darf 1 500 nicht übersteigen. Die gemäß § 8 der Anordnung in die Baueinheiten als Ersatz für den Reservistenwehrdienst einberufenen Reservisten sind in dieser Zahl nicht enthalten. Der Minister für Nationale Verteidigung bestätigt den Struktur- und Stellenplan.

4. Die Finanzierung der Ausgaben für die Baueinheiten erfolgt aus dem Haushalt des Ministeriums für Nationale Verteidigung.

Der Einsatz der Baueinheiten hat nach dem Grundsatz der Rentabilität zu erfolgen. Die dabei entstehenden Überschüsse sind in die jährlichen Haushaltsplanvorschläge aufzunehmen.

Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung (1964)

§ 1

Im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung sind Baueinheiten aufzustellen.

Der Dienst in den Baueinheiten ist Wehrersatzdienst gemäß § 25 des Wehrpflichtgesetzes vom 24. Jan. 1962 (GBI. I, S. 3). Er wird ohne Waffe durchgeführt.

§ 2

Die Baueinheiten haben die Aufgabe, Arbeitsleitungen im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen.

- a) Mitarbeit bei Straßen- und Verkehrsbauten sowie Ausbau von Verteidigungs- und sonstigen militärischen Anlagen;
- b) Beseitigung von Übungsschäden;
- c) Einsatz bei Katastrophen.

Der Einsatz der Baueinheiten erfolgt durch den Minister für Nationale Verteidigung oder die vom ihm dazu Beauftragten.

§ 3

Für die Angehörigen der Bauarbeiten gelten die gesetzlichen und militärischen Bestimmungen, die den Grundwehrdienst bzw. den Reservistenwehrdienst in der NVA regeln, soweit nicht in dieser Anordnung etwas anderes festgelegt ist.

§ 4

Zum Dienst in den Baueinheiten werden solche Wehrpflichtigen herangezogen, die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen.

Die Angehörigen der Baueinheiten tragen den Dienstgrad „Bausoldat“.

§ 5

Die Angehörigen der Baueinheiten leisten keinen Fahneneid nach § 3 der Dienstlaufbahnordnung vom 24. Jan. 1962 (GBI. I, S. 6).

Die Angehörigen der Baueinheiten legen ein Gelöbnis ab (Anlage 1).

§ 6

Neben der Heranziehung zu Arbeitsleistungen gemäß § 2 Abs. 1 ist mit den Angehörigen der Baueinheiten folgende Ausbildung durchzuführen:

- a) politische Schulung,
- b) Schulung über gesetzliche und militärische Bestimmungen,
- c) Exerzierausbildung ohne Waffe,
- d) militärische Körperertüchtigung,
- e) Pionierdienst und spezialfachliche Ausbildung,
- f) Schutzausbildung,

g) Ausbildung in der ersten Hilfe.

§ 9

Die Vorgesetzten der Angehörigen der Baueinheiten (Ausbildungspersonal) sind bewährte Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Nationalen Volksarmee.

Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates

Anlage 1

(zu § 5, Abs. 2 der Anordnung)

Gelöbnis

Ich gelobe:

Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und meine Kraft für die Erhöhung ihrer Verteidigungsbereitschaft einzusetzen.

Ich gelobe:

Als Angehöriger der Baueinheiten durch gute Arbeitsleistungen aktiv dazu beizutragen, dass die Nationale Volksarmee an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den Sozialismus gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann.

Ich gelobe:

Ehrlich, tapfer, diszipliniert und wachsam zu sein, den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, ihre Befehle mit aller Entschlossenheit zu erfüllen und die militärischen und staatlichen Geheimnisse immer streng zu wahren.

Ich gelobe:

Gewissenhaft die zur Erfüllung meiner Aufgaben erforderlichen Kenntnisse zu erwerben, die gesetzlichen und militärischen Bestimmungen zu erfüllen und überall die Ehre unserer Republik und meiner Einheit zu wahren.

Aus: Gerhard Besier, Stephan Wolf: „Pfarrer, Christen und Katholiken“ – Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, S. 258 ff.

Aufgaben

1. Der Beschluss sieht die Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes in der DDR vor. Welche Verbindungen ergeben sich in der Durchführung eines solchen Dienstes mit der Nationalen Volksarmee?
2. Vergleiche die Beschlussvorlage mit dem „Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer“ der Bundesrepublik (Internetrecherche).



Abkürzungen

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
BEK	Bund evangelischer Kirchen in der DDR
BS	Bausoldat
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ena	Evangelische Nachrichtenagentur in der DDR
EOS	Erweiterte Oberschule (Klasse 9-12 bzw. 11/12)
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GT	Grenztruppen
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS
JG	Junge Gemeinde
KD	Kreisdienststelle des MfS
KKL	Konferenz der Kirchenleitungen
KL	Kirchenleitung Kreisleitung der SED
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
ND	Neues Deutschland (Zeitung, Zentralorgan der SED)
NVA	Nationale Volksarmee
PH	Pädagogische Hochschule
POS	Polytechnische Oberschule (Klasse 1-10)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
VP	Volkspolizei



Karlheinz Horn
Literaturauswahl zu „Kirche in der DDR“ in der Bibliothek des AKD

- Gerhard Besier (Hg.)
„Pfarrer, Christen und Katholiken“
Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen
Neukirchen-Vluyn 1991
- Arnd Brummer (Hg.)
Vom Gebet zur Demo
1989 – die friedliche Revolution begann in der Kirche
Frankfurt/M. : edition chrismon 2009
- Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Hg.)
Gemeinsam unterwegs
Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1980-1987
Berlin 1989
- Christian Führer
Und wir sind dabei gewesen
Die Revolution, die aus der Kirche kam.
Frankfurt/M., Berlin, Wien 2008
- Reinhard Henkys (Hg.)
Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
Dokumente zu seiner Entstehung
epd-dokumentation, Witten 1970
- Reinhard Henkys (Hg.)
Die evangelischen Kirchen in der DDR
Beiträge zu einer Bestandsaufnahme
München 1982
- Gerold Hofmann
Mutig gegen Marx & Mielke
Die Christen und das Ende der DDR
Leipzig 2009
- Martin Höllen
Loyale Distanz
Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR
Ein historischer Überblick in Dokumenten (3 Bd.)
Berlin ab 1997
- Cornelia Kästner
Wachet und betet
Herbst `89 in der Gethsemanekirche. 20 Jahre danach
Berlin 2009
- Joachim Klose (Hg.)
Wie schmeckte die DDR?
Wege zu einer Kultur des Erinnerns
Leipzig 2010
- Hans-Gerhard Koch
Staat und Kirche in der DDR
Zur Entwicklung ihrer Beziehungen von 1945 - 1974
Stuttgart 1975
- Dietmar Linke
Niemand kann zwei Herren dienen
Als Pfarrer in der DDR
Hamburg 1988
- Peter Maser
Die Kirchen in der DDR
Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung 2000
- Ehrhart Neubert
Vergebung oder Weißwäscherei?
Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen
Freiburg i.Br. 1993
- Werner Radatz
Geteilte Einheit
Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg 1961 bis 1990
Berlin 2000
- Gerhard Rein
Die protestantische Revolution 1987 – 1990
Ein deutsches Lesebuch
Berlin 1990
- Albrecht Schönherr
Zum Weg der evangelischen Kirche in der DDR
Berlin 1986
- Richard Schröder
Mensch denkt, Gott lenkt
Oder: Die Bedeutung einer Kirche der Freiheit für die politische Freiheit
Frankfurt/M.: edition chrismon, 2010

Karlheinz Horn ist Studienleiter im Amt für kirchliche Dienste.



Henning Schluß

Digitale Unterrichtsmedien für den Religionsunterricht zum Thema DDR

Deine Geschichte

Die Seite www.deinegeschichte.de ist eine multimediale Lernseite des WEB 2.0. Die Benutzung ist für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler kostenlos. Die Schüler können eigene Beiträge auf die Seite hochladen und mit anderen Nutzern debattieren. Die Beiträge können sowohl Text- als auch Audio- und Video-Elemente enthalten. In Lerneinheiten wird das Können vermittelt, solche Beiträge zu erstellen und auf der Seite zu patzieren.

Ziel der Seite ist es, Geschichte auf attraktive Weise zu vermitteln. Schüler sollen angeregt werden, sich aktiv mit der zeitgenössischen Geschichte auseinanderzusetzen. Gleichzeitig steigern der unmittelbare Umgang und die eigene Anwendung von Medien die Medienkompetenz.

Entscheidend für die Nutzung im Unterricht ist darüber hinaus, dass zahlreiche Themen in verschiedenen Modulen bereits für den Unterricht didaktisch aufbereitet und leicht und kostenlos abrufbar sind.

Die Homepage ist dabei von dem Motto geleitet: „Geschichte besteht aus Geschichten. Wer die Geschichte, diesen Kollektivsingular, verstehen möchte, der muss sich darüber im Klaren sein, dass die Geschichte eigentlich ein Plural ist und sich aus vielen Einzelgeschichten zusammensetzt. Kleine Geschichten, von denen auch die Großeltern und Eltern, Freunde, Bekannte und Nachbarn erzählen, und die auf die große Geschichte zurückverweisen, da diese aus ihnen besteht und sie zugleich die Lebensläufe der Menschen bestimmt. Während Geschichtsbücher sich häufig um die abstrakten Linien, um den Wettlauf der Systeme, um die Einbettung in die europäische und die Weltgeschichte bemühen, strebt „Deine Geschichte“ auch die Verzahnung der deutschen Geschichte mit der Lebenswirklichkeit der Schüler an. Dass die deutsche Nachkriegsgeschichte die eigene, persönliche Lebensgeschichte betrifft, versucht der Titel vor Augen zu führen.“

Zu den Themenbereichen: „Opposition & Widerstand“; „Stasi & Spionage“; „Familie, Jugend & Schule“; „Wirtschaft & Arbeit“; „Mauer, Grenze & Flucht“; „Kirche“; „Medien & Propaganda“; „Staat & Gesellschaft“ sind bislang Module mit vorbereiteten Arbeitsblättern, Texten, Hörstücken, Videos und weiterem Material erstellt worden. Zum Thema „Kirche in der DDR“ sind neun Module bereitgestellt, von denen drei für den Stundenanfang, drei für die Erarbeitungsphase und drei für das Stundenende geeignet sind. Lehrerinnen und Lehrer können also auswählen, wie sie das bereitgestellte Material nutzen. Die pdf-Dateien lassen sich auch in ein Textverarbeitungsformat kopieren und dort nach Belieben verändern (das gilt für alle hier vorgestellten Medien).

Als Videobeiträge werden in dem Themenbereich Kirche angeboten: „Eine Kirche wird gesprengt“ – Ein Beitrag zur Sprengung der Versöhnungskirche, ein Gespräch mit Rainer Eppelmann, ein Beitrag zur Georgenkirche in Halle, ein Videobeitrag zu „Schwerter zu Pflugscharen“. Die entsprechenden Unterrichtsmodule sind mit weiteren Hintergrunddokumenten angereichert.

Länderministerien, öffentlich-rechtliche Rundfunksender und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützen die Seite, die laufend aktualisiert und erweitert wird, und die z.B. mit dem Comenius Edu-Media-Siegel ausgezeichnet wurde.

Jeder schweigt von etwas anderem

Mein persönlicher Favorit zum Thema Aufarbeitung der DDR im Dokumentarfilm ist der Streifen von Marc Bauder und Dörte Franke "Jeder schweigt von etwas anderem", der 2006 auf der Berlinale lief und inzwischen in zweiter Auflage bei bauderfilm verlegt wird (www.bauderfilm.de/jeder_schweigt.html). Auch im Rahmen der Zeit-Edition von Dokumentarfilmen ist der Film erschienen und in verschiedenen Bibliotheken zu haben, aber dort ohne das Unterrichtsmaterial, das auf der Original-DVD enthalten ist und das in diesem Fall ausgesprochen reichhaltig mit verschiedensten Zusatz- und Hintergrundmaterialien ausgestattet ist und auf das man für Unterrichtszwecke aber auch sonst nicht verzichten sollte.

Zum Inhalt: Drei Familien, aus der geschätzten Zahl von 250.000 politischen Gefangenen der DDR, kämpfen mit der Frage, wie viel Vergangenheit sie heute noch zulassen wollen. Über drei Generationen geprägt durch Trennung, Repression und Sippenhaft, sitzen manche Wunden so tief, dass sie über Jahrzehnte niemand aufreißen wollte. Jetzt werden die Kinder erwachsen und damit wächst der Druck, das alte Schweigeabkommen zu brechen. Doch wie stellt man seinen Eltern die richtigen Fragen? Will man als Kind überhaupt alles wissen? Und wer soll eigentlich den ersten Schritt machen?

Anne Gollin macht politische Führungen in der ehemaligen Stasi-Zentrale. Sie berichtet offen über ihre eigenen Erfahrungen mit einer Diktatur. In ihrer eigenen Familie jedoch hat die Trennung von ihrem kleinen Sohn eine tiefe Narbe hinterlassen. Der einjährige Sebastian lebte nach ihrer Verhaftung bei den Großeltern, wurde von der Staatssicherheit vorübergehend entführt und sah seine Mutter erst nach deren „Freikauf“ 1983 wieder. Während ihre Eltern bis heute kein Verständnis für ihr oppositionelles Verhalten damals haben, ist Annes Verhältnis zu ihrem Sohn noch immer von Schuldgefühlen und Hilflosigkeit geprägt.

Matthias und Tine Storck wurden damals gemeinsam verhaftet und sind heute Eltern dreier Kinder, die nach dem „Freikauf“ in Westdeutschland zur Welt kamen. Für Felix, Hannah und Luise ist die DDR ein abstrakter Mythos: ständig präsent und doch nicht greifbar. Aufgewachsen mit der Suche der Eltern nach ihren Akten und den Tätern von damals, haben sie heute nicht immer Verständnis für die Beschäftigung mit diesem Thema. Tine fragt sich, ob sie die Kinder mit ihrer Vergangenheit manchmal überfordern, während Matthias noch immer nach Antworten auf Fragen sucht, die er seinem eigenen Vater nicht mehr stellen kann. Dessen Stasi-Verwicklung wurde erst kurz vor seinem Tod aufgedeckt. In seinen Büchern fällt es Matthias leichter, dafür die richtigen Worte zu finden. Doch ob Felix, Hannah und Luise sie gelesen haben, weiß er nicht. Denn sie haben noch nie mit ihrem Vater darüber gesprochen.

Utz Rachowski reist quer durch Deutschland, um Schulklassen darüber zu berichten, wie er als Sechzehnjähriger ins Visier der Stasi geriet. Mit dem besten Freund teilt er den Humor angesichts absurder Stasi-Akten, genauso, wie die Albträume vom Gefängnis. Seine beiden Töchter Dagny und Anne dagegen trauen sich nicht, ihn darauf anzusprechen. Sie wuchsen bei ihrer Mutter auf und fragen sich nun, ob der Grund für die Trennung der Eltern in dieser Vergangenheit liegt. Auch seine eigene Mutter will die Vergangenheit lieber ruhen lassen, die in ihrem vogtländischen Dorf ohnehin noch sehr präsent ist: denn die Spitzel von damals belästigen sie noch heute. Und während Dagny und Anne nach einer Annäherung an ihren Vater suchen, glaubt er, dass seine Erfahrungen vielleicht für immer zwischen ihm und anderen Menschen stehen werden.

Für den Unterricht sind die Protagonisten der DVD auch deshalb so ergiebig, weil sie sich alle in Büchern und Texten literarisch ausgedrückt haben. Zentrale Texte der Autoren sind der DVD beigegeben und mit Arbeitsblättern auch für den Unterricht erschlossen. Der Teil zu Matthias Stork ist für den Religionsunterricht vielleicht deshalb in besonderer Weise geeignet, weil Matthias Storck Pfarrer ist, sein Vater Pfarrer war, er eine Abendmahlsgeschichte aus dem Knast berichtet und er von einem Pfarrer an das MfS ausgeliefert wurde. Wenn irgend möglich sollte hier aber die fachübergreifende Zusammenarbeit mit Geschichtslehrern gesucht werden, um diese Seite der DDR, die gerade bei den im Film zu Wort kommenden Jugendlichen bis heute nachwirkt, angemessen diskutieren zu können.

Tod im Stasiknast. Warum starb Matthias Domaschk?

Die DVD: „Tod im Stasiknast. Warum starb Matthias Domaschk?“ ist eine Produktion von Andreas K. Richter und Tom Franke, die von der Bundesstiftung Aufarbeitung 2006 herausgegeben wurde. Auch diese DVD ist mit umfangreichem Begleitmaterial für die Schule versehen. Zu beziehen ist sie für 7,50 € über die homepage der Stiftung Aufarbeitung (www.stiftung-aufarbeitung.de) auf der auch zahlreiche weitere Publikationen zu bekommen sind, die auch für den Unterricht ausgelegt sind.

Unter diesen zahlreichen Materialien ist der Film über Matthias Domaschk für den Religionsunterricht aus mindestens zwei Gründen besonders interessant. Matthias Domaschk war selbst ein Jugendlicher und somit im Alter nicht so weit entfernt von den Jugendlichen im Religionsunterricht der Sekundarstufen. Die wesentliche Bezugsgruppe von Matthias Domaschk war die Junge Gemeinde Jena Stadtmitte. Deshalb spielt auch die Kirche der DDR in den beigegebenen Arbeitsmaterialien eine besonders große Rolle

Am 12. April 1981 starb Matthias Domaschk unter ungeklärten Umständen in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Gera. Sein Tod wirkte für viele in der Opposition wie ein Fanal für weiteres Engagement und die Bereitschaft zu politischem Widerstand, verunsicherte jedoch andere. In der Dokumentation erzählen Freunde wie Weggefährten von der gemeinsamen Zeit mit Matthias Domaschk und schildern aus eigenem Erleben, unter welchen Umständen sie aufwuchsen und zunehmend in Opposition zur SED-Diktatur gerieten. Die beigegebenen Archivmaterialien und private 8mm-Filme gestatten einen exemplarischen Einblick in die Lebenswelt rebellierender Jugendlicher in der DDR der 1970er und 1980er Jahre.

Die Jenaer Oppositionsbewegung, die mit Jürgen Fuchs ihren prominentesten Protagonisten hatte und in der die JG Stadtmitte mit ihrer offenen Arbeit einen wesentlichen Kristallisationspunkt bildete, kann verständlich machen, wie Opposition in der DDR und Evangelische Kirche eine durchaus auch ambivalente Symbiose eingingen.

Wessen Lerngruppe besonders an Themen der Bewahrung der Schöpfung interessiert ist, für den könnte die DVD: „Das war Bitteres aus Bitterfeld“ (ein Film von Rainer Hällfritzsch, Ulrike Hemberger und Margit Miosga) aus dem reichhaltigen Fundus der Stiftung (7,50 €) besonders interessant sein, in dem die Geschichte eines Videoberichts über die Umweltzustände in der DDR in den 80er Jahren recherchiert wird und in dem auch die Akteure der Umweltbibliothek der Zionskirche in Berlin eine zentrale Rolle spielen.

OKR Dr. Henning Schluß ist im Konsistorium für den Religionsunterricht in Brandenburg zuständig.



Karlheinz Horn Filme in der Medienzentrale

Willis VIPs: Wer war das Volk? - Willi und der Mauerfall

Arne Sinnwell, Deutschland 2005

25 Min., f., DVD, Magazinbeitrag, FSK: LEHR

„Wir sind das Volk!“ riefen im Herbst 1989 immer mehr Bürgerinnen und Bürger der DDR ihren Politikern zu. Wichtige Ausgangspunkte waren die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche, die Pfarrer Christian Führer ins Leben gerufen hatte. Jeden Montag Abend trafen sich zunächst hunderte und schließlich zehntausende Menschen, um protestierend durch die Straßen Leipzigs zu ziehen. Ihr Ziel: Freiheit. 16 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR lebt und arbeitet Christian Führer immer noch in Leipzig, wo er Reporter Willi davon erzählt, was damals geschah. Die Bilder der Demonstranten in den Nachrichten der Welt waren eine Sensation, die der Protestbewegung weiteren Schub gaben. Dass sie gesendet wurden, ist unter anderem Siegbert Schefke zu verdanken. Längst waren alle westlichen Journalisten aus dem Land gewiesen worden, weil die Staatsführung nicht wollte, dass Bilder der Demonstrationen öffentlich wurden. Überall waren Sicherheitsbeamte und Polizisten, die zum Teil bereits gewaltsam gegen die Menschen vorgegangen waren. Alle hatten Angst, dass nun sogar Waffen zum Einsatz kommen würden, was zum Glück nicht geschah. Heimlich filmte Siegbert von einem Kirchturm aus, wie 70.000 Bürger friedlich durch die Straßen zogen.

Zusätzliches Material: 7 weitere Filmausschnitte (z.B. Tageschau), 4 Erkläranimationen, 2 Hörstücke, 4 Lieder, 11 Bildergalerien, 10 Unterrichtsbausteine, 26 Info- und Arbeitsmaterialien.
ab 8 Jahren

„Fürchtet euch nicht“ - Christen in der DDR

Gerold Hofmann, Deutschland 2009

47 Min., f., DVD Dokumentarfilm, FSK: LEHR

Was wäre passiert, wenn die Kirche während der „Zeitenwende“ nicht zur Gewaltlosigkeit aufgerufen hätte? Christen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Revolution in der DDR einen friedlichen Verlauf nahm. Der neu produzierte Film von Gerold Hofmann erzählt von Menschen, die in der atheistischen DDR ihren christlichen Glauben bewahrt haben und deshalb in ihrem Leben vielfach benachteiligt wurden. Doch unter dem schützenden Dach der Kirche konnten Christen und Nichtchristen ihre oppositionelle Arbeit gegen den Staat entfalten und durch aktives politisches Handeln den Untergang des totalitären Staates beschleunigen. Der Film zeigt auf, wie der christliche Einsatz für den Frieden über die Jahre hinweg wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Revolution im Herbst 1989 einen überwiegend friedlichen Verlauf nahm. Gezeigt wird, woher die Protagonisten ihre Motivation und die Kraft für den Widerstand nahmen. Prägend war für alle der Glaube, wie er schon im Elternhaus praktiziert wurde. Die Theologie Bonhoeffers prägte Heino Falcke und Ruth Misselwitz in ihrem Selbstverständnis. So predigte und lebte Heino Falcke die Überzeugung, dass sich aus christlichem Glauben auch politische Verantwortung ergibt. Ruth Misselwitz spricht über ihre Motivation zu Veränderung des Staates DDR, die sie aus dem Evangelium und vor allem der Bergpredigt be-

zieht. In einem Interview erläutert Bischof Huber die Gründe der Entkirchlichtung in den neuen Bundelländern.

Eine Bildergalerie veranschaulicht, dass der friedliche Verlauf der Revolution in Ostdeutschland eine Vorgeschichte im Engagement von Christen hat.

Im DVD-ROM-Teil stehen Arbeitsblätter, didaktische Hinweise und ergänzende Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Ausführliche Beschreibungen von Einsatzmöglichkeiten der DVD im Unterricht (je ein Modulsatz für den Einsatz in der Sekundarstufe I und II) werden gegeben.

ab 14 Jahren

Christen in der DDR: 01. Klassenkampf und Kirche

Reinhard Henkys / Peter Moers, Deutschland 1999

45 Min., f., VHS, Dokumentarfilm, FSK: o.A.

In einer zweiteiligen Dokumentation unternimmt Reinhard Henkys, einer der profiliertesten Kenner der vierzigjährigen DDR-Kirchengeschichte, den Versuch einer Bilanz. In den ersten Nachkriegsjahren bekannten sich neun von zehn Deutschen in der DDR zur evangelischen oder katholischen Konfession. Als der Staat am Ende war, gehörte höchstens noch jeder vierte einer Kirche an. Im ersten Teil wird gezeigt, wie unter Walter Ulbrichts Herrschaft mit dem Kampf gegen die „Junge Gemeinde“, dem öffentlichen Druck zum Kirchenaustritt und der Durchsetzung der Jugendweihe die Kirchen an gesellschaftlichem Einfluss verloren. Trotz aller Anstrengungen gelang es der DDR allerdings nicht, die Kirchen ganz zu beseitigen oder sich völlig gefügig zu machen. Erinnerungen von Zeitzeugen - etwa an den gesamtdeutschen Evangelischen Kirchentag 1954 in Leipzig - veranschaulichen dies.

ab 14 Jahren

Christen in der DDR: 02. Kerzen, Demos und Gebete

Reinhard Henkys / Peter Moers, Deutschland 1999

45 Min., f., VHS, Dokumentarfilm, FSK: o.A.

Im zweiten Teil geht es vor allem um die Honecker-Ära. Als „Kirche im Sozialismus“ strebten die Protestanten nach neuer gesellschaftlicher Relevanz. Der SED-Staat versuchte - vorwiegend aus außenpolitischen Gründen - „gute Miene zum bösen Spiel“ zu machen. So wurde 1978 den evangelischen Kirchen Sendezeiten im DDR-Fernsehen eingeräumt. Das Luther-Jubiläum 1983 wurde auch mit staatlichem Pomp auf der Wartburg gefeiert. Doch die gewünschte Totalanpassung der Christen an den kommunistischen Staat blieb aus. Geschützt von Kirchenmauern bereiteten resistente Christen und Nichtchristen mit „Kerzen, Demos und Gebeten“ der SED-Herrschaft ein gewaltloses Ende. Zu den befragten Zeitzeugen gehören u.a. Joachim Gauck (damals Pastor in Rostock) und Manfred Stolpe (damals leitender Kirchenjurist).

ab 14 Jahren

Einer trage des anderen Last

Lothar Warneke, DDR 1988

113 Min., f., VHS, Spielfilm, FSK: 12

In einem privaten Lungensanatorium begegnen sich zu Beginn der 50er Jahre zwei extrem gegensätzliche Menschen - der junge Volkspolizist Josef Heiliger und Hubertus Koschenz, ein evangelischer Vikar. Sie müssen miteinander ein Zimmer teilen, denn beide sind an Tuberkulose erkrankt. Das ist vorerst aber auch die einzige Gemeinsamkeit. Denn während Heiliger ein Stalinbild über seinem Nachttisch aufhängt, lässt es sich der Vikar nicht nehmen, ein Christusbild anzubringen. Und summt Hubertus beim Rasieren „Ein feste Burg ist unser Gott“, so intoniert der andere die Internationale. Das geht nicht lange gut. Bald fordern beide vom Chefarzt, in getrennte Zimmer verlegt zu werden. Doch der Arzt lehnt ab. Josef Heiliger ist schwer krank, und ihm droht die Frühinvalidität, wenn ein neues Präparat aus den USA nicht zur Therapie eingesetzt werden kann. Dennoch gewinnt er neuen Lebensmut. Er verliebt sich in die junge Mitpatientin Sonja, allerdings ohne zu wissen, dass auch sie von der tödlichen Krankheit gezeichnet ist. Mit Koschenz kommt er nach einem reinigenden Krach besser aus. Als es Frühling wird, verläßt Heiliger das Sanatorium. Koschenz hat sich über das schweizerische evangelische Hilfswerk das Wunderpräparat besorgt und es heimlich Josef überlassen.

ab 14 Jahren



Impressum

Herausgeber:

Amt für kirchliche Dienste,
Goethestr. 26-30, 10625 Berlin,
Direktor Dr. Hartmut Lucas (V.i.S.d.P.)

Kontakt: 030/3191-278

pti-berlin@akd-ekbo.de

<http://www.akd-ekbo.de/paedagogisch-theologisches-institut/zeitsprung>

ISSN 1869-3571

Redaktion:

OKR Dr. Henning Schluß
Jens Kramer (Schriftleitung)
Cornelia Oswald

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion bemüht sich, alle Rechtsinhaber der verwendeten Texte und Bilder zu ermitteln. Dies ist nicht in allen Fällen möglich. Ansprüche werden im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Bildnachweis: Titel: Bundesarchiv Bild 183-W0222-028

Druck: AKD

Grundlayout: Anja Zühlke, Iris Hartwig

Kirche in der DDR - Daten und Ereignisse (Auswahl)

8. Mai 1945	Kapitulation der deutschen Wehrmacht
19. Oktober 1945	Stuttgarter Schuldbekennnis
Mai 1948	Bischöfe der SBZ beklagen die Unterdrückung der Religionsfreiheit
28. April 1950	Treffen der ev. Bischöfe mit Ministerpräsident Otto Grotewohl
1. Januar 1953	Verbot des Religionsunterrichts in Schulräumen
27. Januar 1953	SED-Politbüro beschließt Maßnahmen gegen die Junge Gemeinde
Februar/März 1953	Verhaftungen zahlreicher kirchlicher Mitarbeiter
April-Juni 1953	Massives Vorgehen gegen die Junge Gemeinde
14. April 1953	Appell der Bischöfe an die sowjetische Kontrollkommission, die Kirchenverfolgung zu unterbinden
Juni 1953	KPdSU fordert nach dem Tod Stalins einen radikalen Kurswechsel der SED, auch in Kirchenfragen
10. Juni 1953	Gespräch zwischen Vertretern des Staates und der Kirche: Einstellung antikirchlicher Maßnahmen wird zugesichert
17. Juni 1953	Volksaufstand in der DDR und Zerschlagung
14. November 1954	Einführung der Jugendweihe
30. November 1954	EKiBB: Konfirmation und Jugendweihe sind unvereinbar
10. Februar 1956	Kirchensteuern werden nicht mehr durch die Finanzämter eingezogen
8. März 1957	Bildung einer „Dienststelle für Kirchenfragen“ (später Staatssekretariat), Leitung: Staatssekretär Werner Eggerath
12. Februar 1958	Lange-Erlass: Behinderung der Christenlehre
Juni/Juli 1958	Staat-Kirche-Verhandlungen Abschluss-Kommuniqué: Christen „respektieren die Entwicklung zum Sozialismus“
1. Juli 1958	Gründung des regimetreuen „Bundes ev. Pfarrer in der DDR“

Kirche in der DDR - Daten und Ereignisse (Auswahl)

15. November 1960	Steigewasser wird Staatssekretär für Kirchenfragen (bis 1979)
13. August 1961	DDR-Grenzschließung (Mauerbau)
24. Januar 1962	Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht
7. September 1964	Waffenloser Militärdienst wird möglich (Bausoldaten)
15. Februar 1966	EKiBB-Synoden wählen Kurt Scharf zum Bischof DDR verhindert Amteinführung in der DDR-Region
28. August 1967	Einführung der 5-Tage-Woche und Abschaffung kirchlicher Feiertage (Ostermontag, Himmelfahrt, Reformationstag, Buß- und Betttag)
10. Juni 1969	Grundordnung des Bundes Ev. Kirchen in der DDR (BEK) tritt in Kraft
1. März 1971	Alle Veranstaltungen in Kirchenräumen ohne unmittelbar religiösen Charakter müssen angemeldet werden
2.-6. Juni 1971	BEK-Synode in Eisenach; Formulierung von der „Kirche in der sozialistischen Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie“
6. März 1978	Spitzengespräch zwischen Staat und Kirche
18. August 1976	Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz
3.-11. November 1981	Zweite Friedensdekade: Schwerter zur Pflugscharen
25. Januar 1982	Berliner Appell von Robert Havemann und Rainer Eppelmann
24./25. November 1987	Aktion des MfS gegen die Umweltbibliothek in der Zionskirche, Verhaftungen und Mahnwachen
12.-15. Februar 1988	Ökumenische Versammlung der Kirchen in Dresden
4. September 1989	Nikolaikirche Leipzig: Aufruf zu Reisefreiheit; wöchentlich wachsende Beteiligung an den Friedensgebeten (Montagsdemonstrationen)
Sept./Oktober 1989	Zahlreiche Demonstrationen in mehreren Städten für Meinungs- und Reisefreiheit
9. November 1989	Öffnung der innerdeutschen Grenze
27. Juni 1991	Wiederherstellung der Einheit der EKD